J. W. Stalin

Werke

11

1928 – MÄRZ 1929

HERAUSGEGEBEN
AUF BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEE
DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI
DER SOWJETUNION (BOLSCHEWIKI)

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT
AUF BESCHLUSS DES ZETRALKOMITEES
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS

DIETZ VERLAG BERLIN
1954

INHALT

5 … Vorwort

1928

8 … Über die Getreidebeschaffung und die Entwicklungsperspektiven der Landwirtschaft.
13 … Die ersten Ergebnisse der Beschaffungskampagne und die weiteren Aufgaben der Partei.
18 … Begrüßungsschreiben zum zehnten Jahrestag der Roten Armee
19 … Über drei Besonderheiten der Roten Armee.
22 … Über die Arbeiten des vereinigten Aprilplenums des ZK und der ZKK
22 … I. Über Selbstkritik
27 … II. Die Frage der Getreidebeschaffung
33 … III. Die Schachty-Affäre
38 … IV. Allgemeine Schlussfolgerung
40 … Begrüßungsschreiben an die Arbeiter von Kostroma
41 … Rede auf dem VIII. Kongress des Leninschen Kommunistischen Jugendverbands der Sowjetunion
41 … I. Stärkt die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse
43 … II. Organisiert die Massenkritik von unten
44 … III. Die Jugend muss die Wissenschaft meistern
47 … An die „Komsomolskaja Prawda“. Zum dritten Jahrestag ihres Bestehens.
48 … An die Swerdlow-Universität. Zum zehnten Jahrestag ihres Bestehens.
49 … An der Getreidefront.
57 … Brief an die Mitglieder des Zirkels zu Fragen des Parteiaufbaus bei der Kommunistischen Akademie
59 … Lenin und die Frage des Bündnisses mit dem Mittelbauern. Antwort an Genossen S.
66 … An die Mitglieder des Politbüros des ZK. Antwort an Frumkin.
71 … Gegen die Vulgarisierung der Losung der Selbstkritik
77 … Plenum des ZK der KPdSU(B), 4.-12. Juli 1928
77 … Über das Programm der Komintern.
86 … Über die Industrialisierung und das Getreideproblem.
101 … Über den Zusammenschluss der Arbeiter und Bauern und über die Sowjetwirtschaften.
105 … Über die Ergebnisse des Juliplenums des ZK der KPdSU(B).
105 … I. Fragen der Komintern
108 … II. Fragen des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR
114 … III. Schlussbemerkung
116 … An den Leningrader Ossoaviachim
117 … Brief an Genossen Kujbyschew
118 … Dem Andenken des Genossen I. I. Skworzow-Stepanow
119 … Über die rechte Gefahr in der KPdSU(B).
127 … Antwort an Genossen Sch

129 … An den Leninschen Kommunistischen Jugendverband.
130 … Zum zehnten Jahrestag des ersten Kongresses der Arbeiterinnen und Bäuerinnen
131 … Über die Industrialisierung des Landes und über die rechte Abweichung in der KPdSU(B).
131 … I. Die Frage des Entwicklungstempos der Industrie
136 … II. Das Getreideproblem
142 … III. Über den Kampf gegen die Abweichungen und das Versöhnlertum ihnen gegenüber
153 … An die Arbeiter der „Katuschka“, an die Arbeiter der Jarzewoer Fabrik im Gouvernement Smolensk
154 … An die Arbeiter des Werks „Krasny Profintern“ in Beshiza
155 … Zum zehnten Jahrestag der Frunse-Militärakademie der Roten Arbeiter- und Bauernarmee
156 … Über die rechte Gefahr in der deutschen Kommunistischen Partei.
156 … I. Das Problem der kapitalistischen Stabilisierung
158 … II. Das Problem der Klassenkämpfe des Proletariats
159 … III. Das Problem der deutschen Kommunistischen Partei
162 … IV. Die Rechten in der KPD und in der KPdSU(B)
163 … V. Über die Entwürfe für einen geschlossenen und einen offenen Brief .
164 … Antwort an Kuschtyssew
…
… 1929
166 … So tief sind sie gesunken
168 … Die Bucharingruppe und die rechte Abweichung in unserer Partei.
172 … Antwort an Bill-Belozerkowski
174 … An die Arbeiter und Arbeiterinnen des „Krasny Trugolnik“
175 … Telegramm nach Proskurow an die Rotarmisten, Kommandeure und politischen Funktionäre des Ersten Roten Kosakenregiments
176 … Begrüßungsschreiben an die „Selskochosjaistwennaja Gaseta“
177 … Die nationale Frage und der Leninismus.
177 … 1. Der Begriff „Nation“
178 … 2. Die Entstehung und Entwicklung der Nationen
180 … 3. Die Zukunft der Nationen und der nationalen Sprachen
184 … 4. Die Politik der Partei in der nationalen Frage

188 … Anmerkungen

VORWORT

Der elfte Band der Werke J. W. Stalins enthält die Schriften, die von Januar 1928 bis März 1929 geschrieben worden sind.

In dieser Periode entfaltete die bolschewistische Partei, gestützt auf die in der sozialistischen Industrialisierung des Landes erzielten Erfolge, eine intensive Tätigkeit, um die Überleitung der werktätigen Massen der Bauernschaft vom Weg der Einzelwirtschaft auf den Weg der kollektiven sozialistischen Wirtschaft vorzubereiten. In konsequenter Durchführung des vom XV. Parteitag der KPdSU(B) beschlossenen Kurses auf die Kollektivierung der Landwirtschaft bereitete die Partei alle für den Masseneintritt der Bauern in die Kollektivwirtschaften notwendigen Bedingungen vor.

Als die Partei zur Offensive gegen das Kulakentum überging, warf die feindliche Gruppe der rechten Kapitulanten, die Bucharin-Rykow-Gruppe, die Maske ab und wandte sich offen gegen die Politik der Partei.

In dem Brief „An die Mitglieder des Politbüros des ZK“, in den Reden „Über die rechte Gefahr in der KPdSU(B)“, „Über die Industrialisierung des Landes und über die rechte Abweichung in der KPdSU(B)“, „Die Bucharingruppe und die rechte Abweichung in unserer Partei“, in dem Artikel „So tief sind sie gesunken“ und in anderen Schriften deckt J. W. Stalin das konterrevolutionäre kulakische Wesen der rechten Abweichung auf, entlarvt er die Unterminierungsarbeit der rechten Kapitulanten und der illegalen antisowjetischen trotzkistischen Organisation, weist er auf die Notwendigkeit hin, einen unversöhnlichen Kampf an zwei Fronten zu führen, aber das Feuer gegen die rechte Abweichung zu konzentrieren.

In den Referaten „Über die Arbeiten des vereinigten Aprilplenums des ZK und der ZKK“, „Über die Ergebnisse des Juliplenums des ZK der KPdSU(B)“, in der Unterredung „An der Getreidefront“, in den Reden „Über die Industrialisierung und das Getreideproblem“, „Über den Zusammenschluss der Arbeiter und Bauern und über die Sowjetwirtschaften“, in der Rede auf dem VIII. Kongress des Leninschen Kommunistischen Jugendverbands der Sowjetunion, in der Rede „Über die Getreidebeschaffung und die Entwicklungsperspektiven der Landwirtschaft“, in dem Artikel „Lenin und die Frage des Bündnisses mit dem Mittelbauern“ und in anderen Arbeiten legt J. W. Stalin die grundlegenden Mittel und Wege zur Lösung des Getreideproblems, zum Aufbau der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften, zur Festigung des Zusammenschlusses zwischen Stadt und Land fest. In diesen Schriften begründet J. W. Stalin die Notwendigkeit eines schnellen Entwicklungstempos der Industrie als der Grundlage des Sozialismus und der Verteidigung des Landes, stellt er die Aufgabe der Heranbildung neuer Kader aus der Mitte der Arbeiterklasse, die fähig sind, die Wissenschaft und Technik zu meistern. J. W. Stalin unterstreicht die dringende Notwendigkeit der allseitigen Entfaltung von Kritik und Selbstkritik als der bolschewistischen Methode zur Erziehung der Kader, als der Triebkraft der Entwicklung der Sowjetgesellschaft.

Der weiteren Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie und der Begründung der Politik der bolschewistischen Partei in der nationalen Frage ist die zum erstenmal veröffentlichte Schrift „Die nationale Frage und der Leninismus“ gewidmet, in der J. W. Stalin die These von den neuen, sozialistischen Nationen aufstellt, die sich zum erstenmal in der Sowjetunion gebildet haben, in der er den prinzipiellen Unterschied zwischen bürgerlichen Nationen und sozialistischen Nationen aufzeigt und die Geschlossenheit und Lebenskraft der sozialistischen Nationen betont.

Im elften Band hat J. W. Stalins bekannte Rede „Über drei Besonderheiten der Roten Armee“ Aufnahme gefunden, in der die Quellen der Kraft und der Macht der Roten Armee aufgezeigt und die Wege für ihre weitere Stärkung vorgezeichnet werden.

Fragen der internationalen revolutionären Bewegung und die Aufgaben der kommunistischen Bruderparteien werden behandelt in dem Referat „Über die Ergebnisse des Juliplenums des

ZK der KPdSU(B)“, in den Reden „Über das Programm der Komintern“, „Über die rechte Gefahr in der deutschen Kommunistischen Partei“. J. W. Stalin unterstreicht die internationale Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR. J. W. Stalin erläutert, dass die Neue Ökonomische Politik (NÖP) des Sowjetstaates eine unumgängliche Phase der sozialistischen Revolution in allen Ländern ist.
Zum erstenmal veröffentlicht werden im elften Band folgende 14 Arbeiten J. W. Stalins: „Über die Getreidebeschaffung und die Entwicklungsperspektiven der Landwirtschaft“; „Die ersten Ergebnisse der Beschaffungskampagne und die weiteren Aufgaben der Partei“; „An die Mitglieder des Politbüros des ZK“; „Über das Programm der Komintern“; „Über die Industrialisierung und das Getreideproblem“, „Über den Zusammenschluss der Arbeiter und Bauern und über die Sowjetwirtschaften“; „Brief an Genossen Kujbyschew“; „Antwort an Genossen Sch.“; „Antwort an Kuschtyssew“; „So tief sind sie gesunken“; „Die Bucharingruppe und die rechte Abweichung in unserer Partei“; „Antwort an Bill-Belozerkowski“; „Telegramm nach Proskurow“; „Die nationale Frage und der Leninismus“.

Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim ZK der KPdSU

1928

ÜBER DIE GETREIDEBESCHAFFUNG UND DIE ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN DER LANDWIRTSCHAFT

Aus Reden in verschiedenen Bezirken Sibiriens im Januar 1928[1]

(Kurze Niederschrift)

Ich bin für kurze Zeit zu Ihnen nach Sibirien kommandiert worden. Mein Auftrag besteht darin, Ihnen bei der Erfüllung des Getreidebeschaffungsplans zu helfen. Ferner habe ich den Auftrag, mit Ihnen die Frage der Entwicklungsperspektiven der Landwirtschaft, den Plan der Entfaltung des Aufbaus von Kollektiv- und Sowjetwirtschaften in Ihrer Region zu besprechen.

Es wird Ihnen bekannt sein, dass wir in diesem Jahr in der Getreidebilanz unseres Landes einen Fehlbetrag, ein Defizit von mehr als 100 Millionen Pud Getreide haben. Im Zusammenhang damit sahen sich die Regierung und das ZK veranlasst, in allen Gebieten und Regionen bei der Getreidebeschaffung alles daranzusetzen, um diese Lücke in unserer Getreidebilanz zu schließen. Das Defizit wird vor allem aus den Gebieten und Regionen mit hohen Ernteerträgen gedeckt werden müssen, wobei erreicht werden muss, dass diese den Plan der Getreidebeschaffung nicht nur erfüllen, sondern übererfüllen.

Sie wissen natürlich, wozu das Defizit führen kann, wenn es nicht ausgeglichen wird. Es wird dazu führen, dass unsere Städte und Industriezentren sowie unsere Rote Armee in eine schwierige Lage versetzt, dass sie schlecht versorgt und vom Hunger bedroht werden. Es ist klar, dass wir das nicht zulassen können.

Wie denken Sie hierüber, welche Maßnahmen gedenken Sie zu ergreifen, um Ihre Pflicht dem Lande gegenüber zu erfüllen? Ich bin durch die Bezirke Ihrer Region gefahren und konnte mich davon überzeugen, dass man sich bei Ihnen nicht ernsthaft darum bemüht, unserem Lande zu helfen, aus der Getreidekrise herauszukommen. Sie haben eine Ernte, wie sie in vielen Jahren einmal vorkommt, man kann sagen, wie sie noch nicht dagewesen ist. Getreideüberschüsse haben Sie in diesem Jahr mehr denn je, der Plan der Getreidebeschaffung aber wird nicht erfüllt. Warum, aus welchem Grunde?

Sie sagen, der Plan der Getreidebeschaffung sei angespannt, er sei unerfüllbar. Wieso unerfüllbar, wie können Sie das behaupten? Ist es etwa nicht Tatsache, dass die Ernte bei Ihnen in diesem Jahr wirklich unvergleichlich gut ist? Ist es etwa nicht Tatsache, dass der Getreidebeschaffungsplan für Sibirien in diesem Jahr fast der gleiche ist wie im Vorjahr? Warum halten Sie dann den Plan für unerfüllbar? Sehen Sie sich die Kulakenwirtschaften an: Dort sind die Speicher und Scheunen voll von Getreide, das Getreide liegt, da keine Speicherräume mehr da sind, in offenen Schuppen, in den Kulakenwirtschaften gibt es Getreideüberschüsse von 50000 bis 60000 Pud je Wirtschaft, nicht gerechnet die Vorräte für Saatzwecke, Ernährung, Fütterung des Viehs, und da sagen Sie, der Getreidebeschaffungsplan sei unerfüllbar. Woher dieser Pessimismus bei Ihnen?

Sie sagen, dass die Kulaken das Getreide nicht abliefern wollen, dass sie auf eine Erhöhung der Preise warten und es vorziehen, eine hemmungslose Spekulation zu treiben. Das ist richtig. Aber die Kulaken warten nicht einfach auf eine Erhöhung der Preise, sondern sie fordern eine Preiserhöhung auf das Dreifache im Vergleich zu den staatlichen Preisen. Glauben Sie, dass man die Kulaken zufrieden stellen kann? Die Dorfarmut und ein erheblicher Teil der Mittelbauern haben das Getreide bereits zu staatlichen Preisen an den Staat abgeliefert. Kann man zulassen, dass der Staat den Kulaken für das Getreide dreimal soviel bezahlt wie der Dorfarmut und den Mittelbauern? Man braucht diese Frage nur zu stellen, um zu begreifen, dass es absolut unzulässig ist, die Forderungen der Kulaken zu befriedigen.

Wenn die Kulaken eine hemmungslose Spekulation mit den Getreidepreisen treiben, warum belangen Sie sie dann nicht wegen Spekulation?
Wissen Sie denn nicht, dass es ein Gesetz gegen die Spekulation gibt - den Artikel 107 des Strafgesetzbuches der RSFSR, kraft dessen Personen, die sich der Spekulation schuldig machen, gerichtlich zur Verantwortung gezogen und die Waren zugunsten des Staates konfisziert werden? Warum wenden Sie dieses Gesetz nicht gegen die Getreidespekulanten an? Fürchten Sie vielleicht, die Ruhe der Herren Kulaken zu stören?!
Sie sagen, die Anwendung des Artikels 107 gegen die Kulaken sei eine außerordentliche Maßnahme, sie werde keine guten Ergebnisse zeitigen und die Lage im Dorf verschlechtern. Besonders versteifte sich hierauf Genosse Sagumenny. Zugegeben, dass dies eine außerordentliche Maßnahme sein wird. Was folgt denn daraus? Warum zeitigte die Anwendung des Artikels 107 in anderen Regionen und Gebieten vorzügliche Ergebnisse, warum scharte sie die werktätige Bauernschaft um die Sowjetmacht und verbesserte die Lage auf dem Lande, während sie bei Ihnen, in Sibirien, schlechte Ergebnisse zeitigen und die Lage verschlechtern soll? Warum, aus welchem Grunde?
Sie sagen, dass Ihre Staatsanwaltschafts- und Gerichtsbehörden hierzu nicht bereit seien. Warum aber fanden sich die Staatsanwaltschaft und Gerichtsbehörden in anderen Regionen und Gebieten hierzu bereit und handeln mit vollem Erfolg, während sie bei Ihnen nicht bereit sind, den Artikel 107 gegen die Spekulanten in Anwendung zu bringen? Wer ist daran schuld? Es liegt auf der Hand, dass Ihre Parteiorganisationen daran schuld sind, die offensichtlich schlecht arbeiten und sich nicht dafür einsetzen, dass die Gesetze unseres Landes gewissenhaft eingehalten werden. Ich habe mit einigen Dutzend Vertretern Ihrer Staatsanwaltschaftsund Gerichtsbehörden gesprochen. Fast alle wohnen bei Kulaken, sind Kostgänger der Kulaken und sind natürlich bemüht, mit den Kulaken in Frieden zu leben. Auf meine Frage antworteten sie, dass bei den Kulaken die Wohnung sauberer und das Essen besser sei. Selbstverständlich kann man von solchen Vertretern der Staatsanwaltschafts- und Gerichtsbehörden nichts Vernünftiges und für den Sowjetstaat Nützliches erwarten. Unbegreiflich ist nur, warum diese Herren bis jetzt noch nicht hinausgeworfen und durch andere, ehrliche Menschen ersetzt worden sind.
Ich schlage vor:
a) von den Kulaken die sofortige Abgabe aller Getreideüberschüsse zu staatlichen Preisen zu verlangen;
b) im Falle einer Weigerung der Kulaken, sich dem Gesetz zu fügen, sie gemäß Artikel 107 des Strafgesetzbuchs der RSFSR gerichtlich zur Verantwortung zu ziehen und ihre Getreideüberschüsse zugunsten des Staates zu konfiszieren mit der Maßgabe, 25 Prozent des konfiszierten Getreides unter die Dorfarmut und die wirtschaftlich schwächeren Mittelbauern zu den niedrigen staatlichen Preisen oder auf Kredit mit langjähriger Zahlungsfrist zu verteilen.
Was die Vertreter Ihrer Staatsanwaltschafts- und Gerichtsbehörden betrifft, so schlage ich vor, alle ungeeigneten abzusetzen und durch ehrliche, gewissenhafte Sowjetmenschen zu ersetzen.
Sie werden bald sehen, dass diese Maßnahmen großartige Ergebnisse zeitigen werden und dass es Ihnen gelingen wird, den Plan der Getreidebeschaffung nicht nur zu erfüllen, sondern über zu erfüllen.
Aber damit ist die Angelegenheit nicht erschöpft. Diese Maßnahmen werden ausreichen, um die Lage in diesem Jahr einzurenken. Es gibt aber keine Garantie, dass die Kulaken die Getreidebeschaffung nicht auch im nächsten Jahr sabotieren werden. Mehr noch, man kann mit Sicherheit sagen, dass, solange es Kulaken gibt, auch die Getreidebeschaffung sabotiert werden wird. Um für die Getreidebeschaffung eine mehr oder weniger befriedigende Grundlage zu schaffen, sind andere Maßnahmen notwendig. Was sind das nun für Maßnahmen? Ich meine die Entfaltung des Aufbaus von Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften.

Die Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften sind, wie Ihnen bekannt ist, Großwirtschaften, die imstande sind, Traktoren und Maschinen anzuwenden. Es sind dies Wirtschaften mit einer größeren Warenproduktion als die Gutsbesitzer- und Kulakenwirtschaften. Man darf nicht vergessen, dass unsere Städte und unsere Industrie mit jedem Jahr wachsen und weiter wachsen werden. Das ist notwendig für die Industrialisierung des Landes. Folglich wird mit jedem Jahr die Nachfrage nach Getreide und also auch das Ausmaß der Getreidebeschaffungspläne wachsen. Wir können unsere Industrie nicht von den Launen der Kulaken abhängig machen. Daher muss erreicht werden, dass im Verlauf der nächsten drei, vier Jahre die Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften als Getreidelieferanten dem Staat wenigstens ein Drittel des erforderlichen Getreides liefern können. Das würde die Kulaken in den Hintergrund drängen und die Grundlage schaffen für eine mehr oder weniger einwandfreie Versorgung der Arbeiter und der Roten Armee mit Brot. Um das aber zu erreichen, muss man mit aller Macht, ohne Kräfte und Mittel zu schonen, den Aufbau der Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften entfalten. Das kann man tun, und das müssen wir tun.

Aber auch das ist nicht alles. Unser Land kann nicht nur dem heutigen Tag leben. Wir müssen auch an das Morgen denken, an die Entwicklungsperspektiven unserer Landwirtschaft, schließlich an das Schicksal des Sozialismus in unserem Lande. Das Getreideproblem ist ein Teil des landwirtschaftlichen Problems, das landwirtschaftliche Problem aber ist ein Bestandteil des Problems des Aufbaus des Sozialismus in unserem Lande. Die teilweise Kollektivierung der Landwirtschaft, von der ich soeben gesprochen habe, genügt, um die Arbeiterklasse und die Rote Armee mehr oder weniger befriedigend mit Brot zu versorgen, sie ist aber völlig ungenügend, um:

a) eine feste Basis zu schaffen für eine völlig ausreichende Versorgung des ganzen Landes mit Lebensmitteln bei gleichzeitiger Sicherung der notwendigen Lebensmittelreserven in den Händen des Staates,

b) den sozialistischen Aufbau auf dem Lande, in der Landwirtschaft, zum Sieg zu führen.

Gegenwärtig beruht die Sowjetordnung auf zwei verschiedenartigen Grundlagen: auf der vereinigten sozialisierten Industrie und auf der individuellen kleinbäuerlichen Wirtschaft, deren Grundlage das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist. Kann sich die Sowjetordnung lange auf diese verschiedenartigen Grundlagen stützen? Nein, das kann sie nicht.

Lenin sagt, dass, solange im Lande die individuelle Bauernwirtschaft überwiegt, die Kapitalisten und Kapitalismus hervorbringt, die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus bestehen bleibt. Natürlich kann, solange eine solche Gefahr besteht, von einem Sieg des sozialistischen Aufbaus in unserem Lande nicht ernsthaft gesprochen werden.

Folglich ist für die Festigung der Sowjetordnung und den Sieg des sozialistischen Aufbaus in unserem Lande die Sozialisierung der Industrie allein völlig ungenügend. Dazu ist es notwendig, von der Sozialisierung der Industrie zur Sozialisierung der gesamten Landwirtschaft überzugehen.

Was aber bedeutet das?

Das bedeutet erstens, dass man allmählich, aber unentwegt die individuellen Bauernwirtschaften, deren Produktion den geringsten Warenteil aufweist, zu Kollektivwirtschaften vereinen muss, deren Produktion den größten Warenteil aufweist.

Das bedeutet zweitens, dass man ausnahmslos alle Bezirke unseres Landes mit Kollektivwirtschaften (und Sowjetwirtschaften) überziehen muss, die imstande sind, nicht nur die Kulaken, sondern auch die Einzelbauern als Lieferanten von Getreide an den Staat zu ersetzen.

Das bedeutet drittens, alle Quellen zu beseitigen, die Kapitalisten und Kapitalismus hervorbringen, und die Möglichkeit einer Restauration des Kapitalismus zu beseitigen.

Das bedeutet viertens, eine feste Basis zu schaffen für eine reibungslose und reichliche Versorgung des ganzen Landes nicht nur mit Getreide, sondern auch mit anderen Lebensmitteln bei gleichzeitiger Sicherung der notwendigen Reserven für den Staat.
Das bedeutet fünftens, eine einheitliche und feste sozialistische Basis für die Sowjetordnung, für die Sowjetmacht zu schaffen.
Das bedeutet schließlich, den Sieg des sozialistischen Aufbaus in unserem Lande zu sichern.
Das sind die Entwicklungsperspektiven unserer Landwirtschaft.
Das ist die Aufgabe für den siegreichen Aufbau des Sozialismus in unserem Lande.
Diese Aufgabe ist nicht einfach, sondern schwierig, aber sie kann durchaus gelöst werden, denn Schwierigkeiten sind dazu da, um sie zu überwinden und zu siegen.
Man muss sich darüber klar sein, dass wir auf der Basis der kleinen individuellen Bauernwirtschaft nicht weiter vorankommen können, dass wir Großwirtschaften in der Landwirtschaft brauchen, die imstande sind, Maschinen anzuwenden und die meisten Waren zu liefern. Für die Schaffung von Großwirtschaften in der Landwirtschaft gibt es zwei Wege: den kapitalistischen Weg, der durch die massenhafte Ruinierung der Bauern und die Organisierung großer kapitalistischer, Arbeit ausbeutender Güter realisiert wird, und den sozialistischen Weg, der realisiert wird durch die Vereinigung der kleinen Bauernwirtschaften zu großen Kollektivwirtschaften - ohne Ruinierung der Bauern und ohne Ausbeutung von Arbeit. Unsere Partei hat den sozialistischen Weg der Schaffung von Großwirtschaften in der Landwirtschaft gewählt.
Lenin stellte schon vor dem Sieg der Oktoberrevolution und dann unmittelbar nach dem Sieg als Entwicklungsperspektive unserer Landwirtschaft und als entscheidendes Mittel für den Sieg des Sozialismus auf dem Lande, in der Landwirtschaft, der Partei die Aufgabe, die kleinen Bauernwirtschaften zu großen Kollektivwirtschaften zu vereinen.
Lenin erklärte:

a) „Das System der Kleinwirtschaft beim Bestehen der Warenproduktion ist nicht imstande, die Menschheit von Massenelend und Massenunterdrückung zu erlösen“ (Bd. XX, S. 122[2]);
b) „Wenn wir in althergebrachter Weise in kleinen Wirtschaften hocken bleiben, und sei es auch als freie Bürger auf freier Scholle, so droht uns dennoch der unvermeidliche Untergang“ (Bd. XX, S. 417[3]);
c) „Nur durch gemeinsame, artelmäßige, genossenschaftliche Arbeit kann man aus der Sackgasse, in die uns der imperialistische Krieg getrieben hat, einen Ausweg finden“ (4. Ausgabe, Bd. 30, S. 123, russ.).

Lenin erklärt weiter:

„Nur in dem Falle, dass es gelingt, den Bauern die Vorzüge der gesellschaftlichen, kollektiven, gemeinschaftlichen, artelmäßigen Bodenbestellung in der Praxis vor Augen zu führen, nur wenn es gelingt, dem Bauern mittels der gemeinschaftlichen, der Artelwirtschaft zu helfen, nur dann wird die Arbeiterklasse, die die Staatsmacht in der Hand hat, den Bauern wirklich den Beweis erbringen, dass sie im Rechte ist, und die Millionenmassen der Bauern fest und wirklich auf ihre Seite ziehen. Die Bedeutung jeder Art von Betrieben, die die genossenschaftliche und artelmäßige Landwirtschaft fördern, kann daher schwerlich überschätzt werden. Wir haben Millionen zersplitterter, in den entlegensten Winkeln zerstreuter Dörfer, einzelner Wirtschaften... Nur wenn praktisch, durch die Erfahrung, die den Bauern zugänglich ist, erwiesen sein wird, dass der Übergang zur genossenschaftlichen, artelmäßigen Landwirtschaft notwendig und möglich ist, nur dann werden wir das Recht haben zu sagen, dass in einem so riesigen Bauernland wie Rußland ein ernster Schritt auf dem Wege zur sozialistischen Landwirtschaft getan worden ist.“' (4. Ausgabe, Bd. 30, S. 173/174 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 629/630].)

Das sind die Weisungen Lenins.

Von diesen Weisungen Lenins ausgehend, beschloss der XV. Parteitag unserer Partei[4] in seiner Resolution „Über die Arbeit auf dem Lande“:

„In der gegenwärtigen Periode muss die Aufgabe der Vereinigung und Umgestaltung der kleinen individuellen Bauernwirtschaften zu großen Kollektiven als die Hauptaufgabe der Partei auf dem Lande angesehen werden.“[5]

So, Genossen, ist es um die Frage der Sozialisierung der Landwirtschaft in unserem Lande bestellt.
Unsere Pflicht ist es, diese Weisungen zu erfüllen.

Zum erstenmal veröffentlicht.

DIE ERSTEN ERGEBNISSE DER BESCHAFFUNGSKAMPAGNE UND DIE WEITEREN AUFGABEN DER PARTEI

An alle Organisationen der KPdSU(B)

Vor anderthalb Monaten, Anfang Januar 1928, hatten wir eine überaus ernste Krise in der Getreidebeschaffung. Während wir bis Januar 1927 428 Millionen Pud Getreide zu beschaffen vermochten, erreichte die Getreidebeschaffung bis Januar 1928 kaum 300 Millionen Pud. Wir hatten also im Januar 1928 im Vergleich zum Januar 1927 ein Defizit, einen Fehlbetrag von 128 Millionen Pud. Dieser Fehlbetrag ist zugleich der annähernde zahlenmäßige Ausdruck der Krise in der Getreidebeschaffung.

Was bedeutet die Krise in der Getreidebeschaffung, wovon zeugt sie, und welches sind ihre wahrscheinlichen Folgen?

Das bedeutet vor allem eine Krise in der Versorgung der Arbeiterbezirke, eine Erhöhung der Getreidepreise in diesen Bezirken, eine Untergrabung des Reallohns der Arbeiter.

Das bedeutet zweitens eine Krise in der Versorgung der Roten Armee, Unzufriedenheit unter den Rotarmisten.

Das bedeutet drittens eine Krise in der Versorgung der Flachs- und Baumwollbezirke, Spekulantenpreise für Getreide in diesen Bezirken, den Übergang der Flachsbauer und Baumwollpflanzer zum Anbau von Getreide - also eine Einschränkung des Anbaus von Baumwolle und Flachs, die zu einer Einschränkung der entsprechenden Zweige der Textilindustrie führt.

Das bedeutet viertens das Fehlen von Getreidereserven in den Händen des Staates, sowohl für den Bedarf innerhalb des Landes (im Falle einer Missernte) als auch für den Bedarf des Exports, den wir brauchen, um Betriebsausrüstungen und landwirtschaftliche Maschinen einführen zu können.

Sie bedeutet schließlich eine Untergrabung unserer gesamten Preispolitik, eine Untergrabung der Politik der Stabilität der Getreidepreise, eine Untergrabung der Politik der systematischen Preissenkung für Industriewaren.

Um aus diesen Schwierigkeiten herauszukommen, musste das Versäumte nachgeholt und das Beschaffungsdefizit von 128 Millionen Pud ausgeglichen werden. Um aber dieses Defizit auszugleichen, mussten die Partei und die Regierung alle Hebel in Bewegung setzen, mussten die Organisationen aus ihrem Winterschlaf aufgerüttelt, die besten Kräfte der Partei von oben bis unten an die Beschaffungsfront geworfen und die Beschaffung um jeden Preis gesteigert werden unter restloser Ausnutzung der kurzen Frist, die verblieben ist, bis die Wege wegen der Schneeschmelze schlecht befahrbar werden.

Zu eben diesem Zweck wurden die ersten zwei Direktiven des ZK der KPdSU(B) über die Getreidebeschaffung herausgegeben (die erste am 14.12.1927 und die zweite am 24.12.1927). Da diese Direktiven jedoch ohne Wirkung blieben, sah sich das ZK der KPdSU(B) gezwungen, am 6.1.1928 eine dritte Direktive, eine sowohl ihrem Ton als auch ihren Forderungen nach völlig ungewöhnliche Direktive, herauszugeben. Diese Direktive schließt mit einer Drohung an die Adresse der Leiter der Parteiorganisationen für den Fall, dass sie nicht in kürzester Frist einen entschiedenen Umschwung in der Getreidebeschaffung erzielen. Es ist klar, dass eine solche Drohung nur in Ausnahmefällen ausgesprochen werden kann, um so mehr als die Sekretäre der Parteiorganisationen nicht um ihres Postens willen, sondern um der Revolution willen arbeiten. Nichtsdestoweniger hielt es das ZK in Anbetracht der außerordentlichen Umstände, über die ich oben sprach, für angebracht, diesen Schritt zu tun.

Aus der Reihe der Ursachen, die für die Krise in der Getreidebeschaffung bestimmend waren, sind folgende hervorzuheben.

Erstens. Das Dorf wächst und wird reicher. Gewachsen und reich geworden ist vor allem der Kulak. Drei Jahre guter Ernte sind nicht spurlos vorübergegangen. Getreideüberschüsse gibt es in diesem Jahr nicht weniger als im Vorjahr, ebenso wie es auch Industriewaren im Lande in diesem Jahr nicht weniger, sondern mehr als im Vorjahr gibt. Indes erhielten die wohlhabenden Schichten des Dorfes in diesem Jahr die Möglichkeit, sich die notwendigen Mittel durch Verkauf von Rohstoffkulturen, Fleischprodukten usw. zu verschaffen und das Getreide zurückzuhalten, um die Preise für das Getreide in die Höhe zu schrauben. Zwar kann man nicht sagen, dass der Kulak über die Hauptmasse des Getreides verfügt, aber er ist eine wirtschaftliche Autorität im Dorf, er ist eng mit dem städtischen Spekulanten liiert, der mehr für das Getreide zahlt, und er hat die Möglichkeit, den Mittelbauern, was die Erhöhung der Getreidepreise, die Untergrabung der sowjetischen Preispolitik betrifft, unter seinen Einfluss zu bringen, da er keinem Widerstand seitens unserer Beschaffungsorganisationen begegnet.
Zweitens. Unsere Beschaffungsorganisationen sind ihrer Aufgabe nicht gerecht geworden. Unter Missbrauch der Qualitätsvergütung und „gesetzlicher" Preiszuschläge jeder Art trieben unsere Beschaffungsorganisationen, anstatt die Spekulation zu zügeln, eine tolle Konkurrenz untereinander, untergruben die einheitliche Front der Beschaffungsorgane, trieben die Getreidepreise in die Höhe und halfen so, ohne es zu wollen, den Spekulanten und Kulaken, die sowjetische Preispolitik zu untergraben, die Marktlage zu verschlechtern, die Getreidebeschaffung zu vermindern. Zwar hätte die Partei diesen Mängeln ein Ende machen können, wenn sie eingegriffen hätte. Aber, berauscht von den Erfolgen der vorjährigen Getreidebeschaffung und abgelenkt durch die Diskussion[6], ging sie an diesen Mängeln vorbei in der Annahme, dass alle Mängel im Selbstlauf verschwinden würden. Mehr noch, eine ganze Reihe von Parteiorganisationen ging an die Getreidebeschaffung formal heran wie an etwas, das sie nichts angeht, und vergaß dabei, dass die Verantwortung gegenüber der Arbeiterklasse für die Mängel in der Getreidebeschaffung ebenso wie auch für die Mängel in der Arbeit aller und jeglicher Wirtschafts- und Genossenschaftsorganisationen vor allem auf die Partei fällt.
Drittens. Die Linie unserer Arbeit auf dem Lande wurde in einer ganzen Reihe von Bezirken entstellt. Die Grundlosung der Partei „Stütze dich auf die Dorfarmut, schließe ein festes Bündnis mit dem Mittelbauern, stelle keine Minute lang den Kampf gegen das Kulakentum ein" - wurde nicht selten falsch durchgeführt. Während die Parteiorganisationen es gelernt haben, das Bündnis mit dem Mittelbauern herzustellen, was eine gewaltige Errungenschaft für die Partei ist, haben sie die Arbeit mit der Dorfarmut bei weitem noch nicht überall in Fluss gebracht. Was den Kampf gegen das Kulakentum und die Kulakengefahr betrifft, so ist auf diesem Gebiet von unseren Parteiorganisationen bei weitem noch nicht alles getan worden, was sie hätten tun müssen. Hieraus erklärt sich unter anderem auch die Tatsache, dass in unseren Organisationen, sowohl in den Parteiorganisationen als auch in anderen, in letzter Zeit gewisse parteifremde Elemente in Erscheinung getreten sind, die die Klassen auf dem Lande nicht sehen, die Grundlagen unserer Klassenpolitik nicht verstehen und versuchen, ihre Arbeit so einzurichten, dass sie niemand im Dorfe vor den Kopf stoßen, mit dem Kulaken in Frieden leben und überhaupt unter „allen Schichten" des Dorfes ihre Popularität erhalten. Es ist klar, dass das Vorhandensein solcher „Kommunisten" im Dorf nicht dazu angetan sein konnte, unsere Arbeit auf dem Lande zu verbessern, die Ausbeuterneigungen des Kulakentums einzuschränken und die Dorfarmut um die Partei zusammenzuschließen.
Weiter. Bis zum Januar war die zahlungsfähige Nachfrage der Bauernschaft infolge der gestiegenen Einkünfte der Bauern aus Nichtgetreidekulturen, aus der Viehwirtschaft und aus dem Nebengewerbe im Vergleich zum Vorjahr erheblich gestiegen, wobei trotz der Vergrößerung der Menge der ins Dorf gelieferten Industriewaren ein gewisser Rückgang im Gesamtwert des Warenangebots zu beobachten war, das heißt ein Zurückbleiben des Warenangebots hinter dem Wachstum der zahlungsfähigen Nachfrage.

All das, in Verbindung mit solchen Fehlern in unserer Arbeit wie der verspäteten Belieferung des Dorfes mit Industriewaren, den Unzulänglichkeiten der landwirtschaftlichen Steuer, dem Unvermögen, die Geldüberschüsse aus dem Dorf abzuziehen usw., - schuf die Bedingungen, die zu der Krise in der Getreidebeschaffung geführt haben.
Es versteht sich von selbst, dass die Verantwortung für diese Fehler vor allem auf das ZK und nicht nur auf die Ortsorganisationen der Partei fällt.
Um die Krise zu liquidieren, war es vor allem notwendig, die Parteiorganisationen auf die Beine zu bringen, ihnen klarzumachen, dass die Getreidebeschaffung Sache der ganzen Partei ist.
Zweitens war es notwendig, die Spekulation zu zügeln und unter Ausnutzung der sowjetischen Gesetze gegen die Spekulation mit Waren des Massenbedarfs durch einen Schlag gegen die Spekulanten und die Spekulantenelemente des Kulakentums gesunde Verhältnisse auf dem Markt herzustellen.
Drittens war es notwendig, unter Ausnutzung der Gesetze über die Selbstbesteuerung, über die Bauernanleihe und über den Kampf gegen die Erzeugung von selbst gebranntem Schnaps die Geldüberschüsse aus dem Dorf abzuziehen.
Viertens war es notwendig, unsere Beschaffungsorganisationen der Kontrolle der Parteiorganisationen zu unterstellen, sie zur Einstellung der gegenseitigen Konkurrenz zu zwingen und zur Durchführung der sowjetischen Preispolitik zu verpflichten.
Schließlich war es notwendig, mit der Entstellung der Parteilinie in der praktischen Arbeit auf dem Lande Schluss zu machen, das Hauptgewicht dabei auf den Kampf gegen die Kulakengefahr zu legen und unsere Parteiorganisationen zu verpflichten, „die Offensive gegen das Kulakentum weiterzuentwickeln“ (siehe die Resolution des XV. Parteitags „über die Arbeit auf dem Lande“)[7]
Aus den Direktiven des ZK ist bekannt, dass die Partei in ihrem Kampf für die Verstärkung der Getreidebeschaffung zu eben diesen Maßnahmen griff und eine entsprechende Kampagne im ganzen Lande einleitete.
Unter anderen Bedingungen und in einer anderen Situation hätte die Partei auch andere Kampfformen anwenden können, sie hätte zum Beispiel Dutzende Millionen Pud Getreide auf den Markt werfen und auf diese Weise die wohlhabenden Schichten des Dorfes, die kein Getreide auf den Markt bringen, mürbe machen können. Hierfür wären aber entweder ausreichende Getreidereserven in den Händen des Staates oder bedeutende Valutareserven für die Einfuhr von Dutzenden Millionen Pud Getreide aus dem Ausland notwendig gewesen. Diese Reserven besaß der Staat jedoch bekanntlich nicht. Und eben weil diese Reserven nicht vorhanden waren, sah sich die Partei vor die Notwendigkeit gestellt, die außerordentlichen Maßnahmen zu ergreifen, die in den Direktiven des ZK ihre Widerspiegelung fanden, die in der Entfaltung der Beschaffungskampagne zum Ausdruck kamen und von denen ein großer Teil nur für die Periode des laufenden Beschaffungsjahres Gültigkeit behalten kann.
Das Gerede darüber, dass wir angeblich die NÖP aufheben, die Ablieferungspflicht einführen, die Enteignung der Kulaken betreiben usw., ist konterrevolutionäres Geschwätz, gegen das ein entschiedener Kampf geführt werden muss. Die NÖP ist die Grundlage unserer Wirtschaftspolitik und wird es für eine lange geschichtliche Periode bleiben. Die NÖP bedeutet Warenumsatz und Zulassung des Kapitalismus unter der Bedingung, dass der Staat das Recht und die Möglichkeit behält, den Handel vom Standpunkt der Diktatur des Proletariats zu regulieren. Ohne dies würde die Neue Ökonomische Politik eine einfache Wiederherstellung des Kapitalismus bedeuten, was die konterrevolutionären Schwätzer, die von einer Aufhebung der NÖP reden, nicht begreifen wollen.
Jetzt können wir mit vollem Recht feststellen, dass die ergriffenen Maßnahmen und die zur Entfaltung gekommene Getreidebeschaffungskampagne bereits von einem ersten entschiedenen Sieg der Partei gekrönt wurden. Das Tempo der Getreidebeschaffung ist entschieden und allerorts gestiegen. Die Getreidebeschaffung im Januar überstieg die des

Dezembers um das Doppelte. Das Beschaffungstempo im Februar ergibt eine weitere Steigerung. Die Beschaffungskampagne wurde zu einem Prüfstein für alle unsere Organisationen, sowohl für die Parteiorganisationen als auch für die Sowjet- und die Genossenschaftsorganisationen, sie erleichterte ihre Säuberung von entarteten Elementen und förderte neue, revolutionäre Funktionäre zutage. Die Mängel in der Arbeit der Beschaffungsorganisationen werden offenbar, und im Verlauf der Beschaffungskampagne zeichnen sich die Wege für ihre Beseitigung ab. Die Parteiarbeit auf dem Lande verbessert sich, sie wird von einem frischeren Geist durchdrungen, mit der Entstellung der Parteilinie wird Schluss gemacht. Der Einfluss des Kulaken im Dorf geht zurück, die Arbeit unter der Dorfarmut belebt sich, das sowjetische gesellschaftliche Leben auf dem Lande festigt sich, die Autorität der Sowjetmacht unter den Hauptmassen der Bauernschaft, darunter auch unter den Mittelbauern, wächst.

Es liegt klar auf der Hand, dass wir im Begriff sind, aus der Krise der Getreidebeschaffung herauszukommen.

Neben den oben angeführten Erfolgen bei der praktischen Verwirklichung der Direktiven der Partei gibt es jedoch eine ganze Reihe von Entstellungen und Überspitzungen, die, wenn sie nicht liquidiert werden, neue Schwierigkeiten hervorrufen können. Zu solchen Entstellungen und Überspitzungen gehören die Bestrebungen in einzelnen Bezirken, zu einem unmittelbaren Warenaustausch, zu einer zwangsweisen Unterbringung der landwirtschaftlichen Anleihe, zur Organisierung eines Ersatzes von Absperrungstrupps überzugehen, und schließlich missbräuchliche Verhaftungen, ungesetzliche Beschlagnahme von Getreideüberschüssen usw. Alle diese Erscheinungen müssen entschieden liquidiert werden.

Neben der weiteren Verstärkung der Arbeit aller Organe zwecks vollständiger Erfüllung des Getreidebeschaffungsplans macht das ZK es allen lokalen Partei- und Sowjetorganisationen zur Pflicht, sofort damit zu beginnen, die Kampagne zur Aussaat des Sommergetreides so vorzubereiten, dass eine Erweiterung des Ackers für Sommersaat gewährleistet wird.

Der Agitation einzelner Spekulanten- und Kulakenelemente für eine Verringerung der Saatflächen muss eine einheitliche, einmütige, organisierte Kampagne für die Erweiterung der Saatflächen der armen Schichten im Dorf und der Mittelbauern, bei besonderer Unterstützung durch die Kollektivwirtschaften, entgegengesetzt werden.

Von dem Dargelegten ausgehend, fordert das ZK der KPdSU(B):

1. Die Kampagne zur Verstärkung der Getreidebeschaffung ist mit unverminderter Kraft fortzuführen, und die Erfüllung des Jahresplans der Getreidebeschaffung ist um jeden Preis durchzusetzen.
2. Der Kampf gegen alle direkten und indirekten Methoden zur Erhöhung der vertraglich festgelegten Preise ist zu verstärken.
3. Der Konkurrenz zwischen den staatlichen und genossenschaftlichen Beschaffungsorganen ist entschieden ein Ende zu machen, und es ist zu gewährleisten, dass sie im Kampf gegen Aufkäufer und Kulaken, die durch Preiserhöhung Spekulationsgeschäfte machen, tatsächlich in einer einheitlichen Front vorgehen.
4. Der Druck auf die Kulaken - die wirklichen großen Besitzer von Überschüssen an Warengetreide - ist fortzusetzen, dabei ist dieser Druck ausschließlich auf der Grundlage der sowjetischen Gesetzlichkeit auszuüben (insbesondere durch praktische Anwendung des Artikels 107 des Strafgesetzbuches der RSFSR und des entsprechenden Artikels des ukrainischen Strafgesetzbuches gegenüber einzelnen böswilligen Elementen, die Überschüsse von 2000 und mehr Pud an Warengetreide besitzen), wobei jedoch auf keinen Fall durch diese und ähnliche Maßnahmen die Mittelbauernschaft getroffen werden darf.
5. Von den Getreideüberschüssen, die auf Grund des Gesetzes bei Spekulanten und Spekulantenelementen des Kulakentums beschlagnahmt werden, sind 25 Prozent der Dorfarmut auf Kredit mit langjähriger Zahlungsfrist zu übergeben, damit diese ihren Bedarf an Saatgut und nötigenfalls an Konsumgetreide decken kann.

6. In der praktischen Arbeit während der Kampagne zur Verstärkung der Getreidebeschaffung sind Überspitzungen und Entstellungen entschieden auszumerzen, die in einzelnen Fällen zur Anwendung von Methoden aus der Zeit der Ablieferungspflicht geführt haben, wie Aufschlüsselung des abzuliefernden Getreides nach Wirtschaften, Absperrungstrupps zwischen den einzelnen Bezirken usw.
7. Beim Eintreiben von Schulden der Bauern an den Staat (Rückstände in Bezug auf die landwirtschaftliche Steuer, Versicherung, Darlehen usw.) sind der Dorfarmut sowie erforderlichenfalls den wirtschaftlich schwächeren Mittelbauern Erleichterungen und Vergünstigungen zu gewähren, wobei aber auf die wohlhabenden und insbesondere auf die kulakischen Schichten des Dorfes weiterhin Druck auszuüben ist.
8. Was die Selbstbesteuerung anbetrifft, ist die Progression der Besteuerung der kulakischen und wohlhabenden Schichten des Dorfes im Vergleich zur landwirtschaftlichen Steuer zu erhöhen. Für die ärmsten Schichten des Dorfes ist eine Befreiung von der Selbstbesteuerung und für die wirtschaftlich schwächeren Mittelbauern und die Familien der Rotarmisten sind Erleichterungen zu gewährleisten. Die Kampagne für die Selbstbesteuerung ist überall zu entfalten, wobei die gesellschaftliche Initiative zu heben ist und die Dorfarmut, der Kommunistische Jugendverband, Frauendelegierte und die Dorfintelligenz hierzu auf breiter Grundlage heranzuziehen sind. Die Beträge aus der Selbstbesteuerung sind streng für den vorgesehenen Zweck zu verwenden, ihre Verausgabung für den Unterhalt des Apparats darf nicht zugelassen werden, Objekte für die Anlage dieser Mittel, Kostenanschläge usw. sind auf Bauernversammlungen konkret zu erörtern und zu bestätigen, und eine umfassende gesellschaftliche Kontrolle über die Verwendung der Beträge ist zu gewährleisten.
9. Mit administrativen Maßnahmen bei der Unterbringung der Bauernanleihe (Verrechnung mit den Bauern für Getreidelieferungen vermittels der Anleihe, zwangsweise Unterbringung der Anleihe, aufgeschlüsselt nach Wirtschaften usw.) ist entschieden Schluss zu machen, die Aufmerksamkeit ist darauf zu konzentrieren, den Bauern die Vorteile, die ihnen die Bauernanleihe bringt, klarzumachen, und der Einfluss und die Kräfte der gesellschaftlichen Organisationen des Dorfes sind dazu auszunutzen, die Obligationen der Bauernanleihe auch unter den reichen Schichten des Dorfes unterzubringen.
10. Unverminderte Aufmerksamkeit ist auf die Befriedigung der Nachfrage nach Industriewaren in den Getreidebeschaffungsbezirken zu richten. Die zutage getretenen direkten und indirekten Formen des Warenaustauschs von Getreide gegen Industriewaren sind auszumerzen, in Ausnahmefällen bei besonders raren Mangelwaren sind die Vergünstigungen, die die Genossenschaftsmitglieder genießen, auf nicht genossenschaftlich organisierte Bauern auszudehnen, wenn diese Getreide verkaufen.
11. Im Verlauf der Beschaffungskampagne ist die Überprüfung und die entschiedene Säuberung der Partei-, Sowjet- und Genossenschaftsorganisationen fortzusetzen, fremde Elemente und Elemente, die sich diesen Organisationen angebiedert haben, sind aus ihnen zu vertreiben und durch disziplinierte Parteifunktionäre und erprobte parteilose Funktionäre zu ersetzen.

Im Auftrage des ZK der KPdSU(B)

J. Stalin

13. Februar 1928.

Zum erstenmal veröffentlicht.

BEGRÜSSUNGSSCHREIBEN ZUM ZEHNTEN JAHRESTAG DER ROTEN ARMEE

Gruß der Roten Armee, die in gewaltigen Schlachten die Errungenschaften des Oktobers behauptet hat!
Ruhm den Kämpfern, die für die Sache des Proletariats gefallen sind!
Ruhm den Kämpfern, die auf der Wacht stehen für das große Werk des sozialistischen Aufbaus!

J. Stalin

„Krasnaja Swesda“
(Der Rote Stern) Nr. 46,
23. Februar 1928.

ÜBER DREI BESONDERHEITEN DER ROTEN ARMEE

Rede in der Festsitzung des Plenums des Moskauer Sowjets
anlässlich des zehnten Jahrestags der Roten Armee
25.Februar 1928

Genossen! Gestatten Sie mir, im Namen des Zentralkomitees unserer Partei die Kämpfer unserer Roten Armee, die Kämpfer unserer Roten Marine, die Kämpfer unserer Roten Luftflotte und schließlich unsere Vordienstpflichtigen, die bewaffneten Arbeiter der UdSSR zu begrüßen.
Die Partei ist stolz darauf, dass es ihr mit Hilfe der Arbeiter und Bauern gelungen ist, die erste Rote Armee der Welt zu schaffen, die in gewaltigen Schlachten die Freiheit der Arbeiter und Bauern verteidigt und behauptet hat.
Die Partei ist stolz darauf, dass es der Roten Armee gelungen ist, den schweren Weg härtester Kämpfe gegen die inneren und äußeren Feinde der Arbeiterklasse und der Bauernschaft unseres Landes in Ehren zurückzulegen, dass es ihr gelungen ist, zur gewaltigsten revolutionären Kampfkraft zu werden - zum Schrecken der Feinde der Arbeiterklasse, zur Freude aller Unterdrückten und Versklavten.
Die Partei ist stolz darauf, dass die Rote Armee, die den langen Weg der Befreiung der Arbeiter und Bauern vom Joch der Gutsbesitzer und Kapitalisten zurückgelegt hat, sich nunmehr das Recht erkämpft hat, den zehnten Jahrestag ihres Bestehens zu feiern.
Genossen, worin liegt die Kraft, worin liegt die Quelle der Kraft unserer Roten Armee?
Worin bestehen die Besonderheiten, die unsere Rote Armee von allen und jeglichen Armeen, die jemals in der Welt existiert haben, von Grund aus unterscheiden?
Worin bestehen die Besonderheiten, die die Quelle der Kraft und der Macht unserer Roten Armee bilden?
Die erste grundlegende Besonderheit unserer Roten Armee besteht darin, dass sie die Armee der befreiten Arbeiter und Bauern ist, die Armee der Oktoberrevolution, die Armee der Diktatur des Proletariats.
Alle Armeen, die bisher unter dem Kapitalismus existierten, wie immer auch ihre Zusammensetzung sein mochte, waren und sind Armeen, die die Macht des Kapitals festigen. Sie waren und blieben Armeen der Herrschaft des Kapitals. Die Bourgeois aller Länder lügen, wenn sie behaupten, dass die Armee politisch neutral sei. Das ist nicht wahr. In den bürgerlichen Staaten ist die Armee der politischen Rechte beraubt, sie wird der politischen Arena ferngehalten. Das ist wahr. Aber das bedeutet durchaus nicht, dass sie politisch neutral ist. Im Gegenteil, immer und überall, in allen kapitalistischen Ländern, wurde und wird die Armee in den politischen Kampf hineingezogen, indem sie als Werkzeug zur Unterdrückung der Werktätigen dient. Ist es etwa nicht wahr, dass die Armee dort die Arbeiter unterdrückt, dass sie dort als Bollwerk der Herren dient?
Zum Unterschied von diesen Armeen hat unsere Rote Armee die Besonderheit, dass sie ein Werkzeug zur Festigung der Macht der Arbeiter und Bauern ist, ein Werkzeug zur Festigung der Diktatur des Proletariats, ein Werkzeug zur Befreiung der Arbeiter und Bauern vom Joch der Gutsbesitzer und Kapitalisten.
Unsere Armee ist eine Armee der Befreiung der Werktätigen.
Haben Sie darauf geachtet, Genossen, dass in der alten Zeit das Volk die Armee fürchtete und auch jetzt in den kapitalistischen Ländern sie weiterhin fürchtet, dass zwischen Volk und Armee eine Schranke besteht, die die Armee vom Volke trennt? Und bei uns? Bei uns bilden im Gegenteil Volk und Armee ein einheitliches Ganzes, eine einzige Familie. Nirgends in der Welt umgibt das Volk die Armee mit so viel Liebe und Fürsorge wie bei uns. Bei uns wird die Armee geliebt, geachtet, umsorgt. Warum? Weil zum erstenmal in der Welt die Arbeiter und

Bauern ihre eigene Armee geschaffen haben, die nicht den Herren dient, sondern den ehemaligen Sklaven, den nunmehr befreiten Arbeitern und Bauern.
Darin liegt die Quelle der Kraft unserer Roten Armee.
Was bedeutet aber die Liebe des Volkes zu seiner Armee? Das bedeutet, dass eine solche Armee das festeste Hinterland haben wird, dass eine solche Armee unbesiegbar ist.
Was ist eine Armee ohne festes Hinterland? Nichts. Die größten Armeen, die bestbewaffneten Armeen zerfielen und zerstoben, wenn sie kein festes Hinterland hatten, wenn sie nicht die Unterstützung und die Sympathien des Hinterlands, der werktätigen Bevölkerung besaßen. Unsere Armee ist die einzige Armee der Welt, die die Sympathien und die Unterstützung der Arbeiter und Bauern besitzt. Darin liegt ihre Kraft, darin liegt ihre Stärke.
Dadurch vor allem unterscheidet sich unsere Rote Armee von allen anderen Armeen, die in der Welt existierten und existieren.
Der Wunsch, die Aufgabe der Partei ist es, diese Besonderheit der Roten Armee, diese enge und brüderliche Verbundenheit mit den Arbeitern und Bauern, unserer Roten Armee zu erhalten und zu sichern.
Die zweite Besonderheit unserer Roten Armee besteht darin, dass unsere Armee eine Armee der Brüderlichkeit der Nationen unseres Landes ist, eine Armee der Befreiung der unterdrückten Nationen unseres Landes, eine Armee der Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit der Nationen unseres Landes.
In der alten Zeit pflegte man die Armeen im Geiste des Chauvinismus, im Geiste der Eroberungen, im Geiste der Notwendigkeit der Unterwerfung schwacher Nationen zu erziehen. Daraus erklärt sich eigentlich auch, dass die Armeen von altem Typus, die kapitalistischen Armeen, zugleich Armeen nationaler und kolonialer Unterdrückung waren. Darin lag eine der Hauptschwächen der alten Armeen. Unsere Armee unterscheidet sich von Grund aus von den Armeen kolonialer Unterdrückung. Ihr ganzes Wesen, ihre ganze Organisation beruht auf der Festigung der Freundschaftsbande zwischen den Nationen unseres Landes, auf der Idee der Befreiung der unterdrückten Völker, auf der Idee der Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit der sozialistischen Republiken, die zur Sowjetunion gehören.
Darin liegt die zweite Hauptquelle der Kraft und der Macht unserer Roten Armee. Darin liegt die Gewähr dafür, dass unserer Armee im kritischen Augenblick die größte Unterstützung der Millionenmassen aller und jeglicher Nationen und Nationalitäten, die unser unermessliches Land bewohnen, zuteil werden wird.
Der Wunsch, die Aufgabe der Partei ist es, diese Besonderheit unserer Roten Armee ebenfalls zu erhalten und zu sichern.
Schließlich die dritte Besonderheit der Roten Armee. Sie besteht in der Erziehung unserer Armee im Geiste des Internationalismus, in der Festigung dieses Geistes, sie besteht darin, dass der Geist des Internationalismus unsere ganze Rote Armee durchdringt.
In den kapitalistischen Ländern pflegt man die Armeen im Geiste des Hasses gegen die Völker anderer Länder zu erziehen, im Geiste des Hasses gegen andere Staaten, im Geiste des Hasses gegen die Arbeiter und Bauern anderer Länder. Wozu tut man das? Dazu, um die Armee im Falle kriegerischer Zusammenstöße zwischen Staaten, zwischen Mächten, zwischen Ländern in eine folgsame Herde zu verwandeln. Darin liegt die Ursache für die Schwäche aller kapitalistischen Armeen.
Unsere Armee ist auf völlig anderen Grundlagen aufgebaut. Die Kraft unserer Roten Armee besteht darin, dass sie gleich vom ersten Tage ihres Bestehens an im Geiste des Internationalismus, im Geiste der Achtung gegenüber den Völkern der anderen Länder, im Geiste der Liebe und Achtung gegenüber den Arbeitern aller Länder, im Geiste der Erhaltung und Festigung des Friedens zwischen den Ländern erzogen wird. Und gerade weil unsere Armee im Geiste des Internationalismus, im Geiste der Gemeinsamkeit der Interessen der

Arbeiter aller Länder erzogen wird, gerade deswegen ist unsere Armee die Armee der Arbeiter aller Länder.
Und dass dieser Umstand die Quelle der Kraft und der Macht unserer Armee ist, das werden dereinst die Bourgeois aller Länder erfahren, falls sie es wagen sollten, unser Land zu überfallen, denn dann werden sie sehen, dass unsere im Geiste des Internationalismus erzogene Rote Armee unzählige Freunde und Bundesgenossen hat, in allen Teilen der Welt, von Schanghai bis New York, von London bis Kalkutta.
Das, Genossen, ist die dritte grundlegende Besonderheit, von der der Geist unserer Armee durchdrungen ist und die die Quelle ihrer Kraft und ihrer Macht bildet.
Der Wunsch, die Aufgabe der Partei ist es, diese Besonderheit unserer Armee ebenfalls zu erhalten und zu sichern.
Diesen drei Besonderheiten verdankt unsere Armee ihre Kraft und ihre Macht.
Daraus erklärt sich auch die Tatsache, dass unsere Armee weiß, welchen Weg sie geht, denn sie besteht nicht aus Bleisoldaten, sondern aus bewussten Menschen, die wissen, wohin sie zu gehen und wofür sie zu kämpfen haben.
Eine Armee aber, die weiß, wofür sie kämpft, ist unbesiegbar, Genossen.
Darum hat unsere Rote Armee alles, um die beste Armee der Welt zu sein.
Es lebe unsere Rote Armee!
Es leben ihre Kämpfer!
Es leben ihre Führer!
Es lebe die Diktatur des Proletariats, die die Rote Armee hervorgebracht, ihr zum Sieg verholfen und sie mit Ruhm gekrönt hat! (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

„Prawda“ Nr. 50,
28. Februar 1928.

ÜBER DIE ARBEITEN DES VEREINIGTEN APRILPLENUMS DES ZK UND DER ZKK

Referat in der Versammlung des Aktivs
der Moskauer Organisation der KPdSU(B)
13. April 19281

(Im Referat sind einige Absätze wiederhergestellt, die seinerzeit in der Presse nicht veröffentlicht worden waren. Die Red.)

Genossen! Die soeben beendete gemeinsame Plenartagung des ZK und der ZKK[8] weist eine Besonderheit auf, durch die sie sich von den Plenartagungen der letzten zwei Jahre unterscheidet. Diese Besonderheit besteht darin, dass sie eine rein sachliche Tagung war, eine Tagung ohne innerparteilichen Kampf, eine Tagung ohne innerparteiliche Zuspitzungen.

Auf der Tagesordnung standen Fragen von größter Aktualität: die Getreidebeschaffung, die Schachty-Affäre[9], schließlich der Arbeitsplan des Politbüros und des ZK-Plenums. Wie Sie sehen, recht ernste Fragen. Und dennoch, ungeachtet dessen, nahm die Diskussion auf dem Plenum einen rein sachlichen Verlauf, und die Resolutionen wurden einstimmig angenommen. Das erklärt sich daraus, dass es auf dem Plenum keine Opposition gab.

Das erklärt sich daraus, dass man streng sachlich, ohne fraktionelle Ausfälle, ohne Fraktionsdemagogie an die Fragen heranging. Das erklärt sich daraus, dass die Partei erst nach dem XV. Parteitag, erst nach Liquidierung der Opposition die Möglichkeit erhielt, die praktischen Fragen ernst und energisch anzupacken.

Darin besteht die positive Seite und, wenn Sie wollen, ein unschätzbares Plus der Entwicklungsphase, in die wir nach dem XV. Parteitag unserer Partei, nach der Liquidierung der Opposition eingetreten sind.

I
ÜBER SELBSTKRITIK

Charakteristisch für die Arbeit des Plenums, für die Diskussionsreden und die Resolutionen des Plenums ist die Tatsache, dass die Arbeit des Plenums von Anfang bis Ende im Zeichen schärfster Selbstkritik stand. Mehr noch, die Erörterung keiner einzigen Frage auf dem Plenum, keine einzige Rede entbehrte der Kritik an den Mängeln unserer Arbeit, der Selbstkritik unserer Organisationen. Kritik an unseren Mängeln, ehrliche und bolschewistische Selbstkritik der Partei-, Sowjet- und Wirtschaftsorganisationen - das war der allgemeine Grundton der Arbeit des Plenums.

Ich weiß, es gibt in den Reihen der Partei Leute, die gegen Kritik im Allgemeinen und gegen Selbstkritik im Besonderen eine Abneigung haben. Diese Leute, die ich „lackierte“ Kommunisten nennen möchte (Heiterkeit), drücken sich in einem fort vor Selbstkritik und murren: Schon wieder diese verfluchte Selbstkritik, wieder dieses Hervorkehren unserer Mängel - kann man uns denn nicht in Ruhe lassen? Es ist klar, dass diese „lackierten“ Kommunisten mit dem Geist unserer Partei, mit dem Geist des Bolschewismus nichts gemein haben. In Anbetracht dieser Stimmungen bei Leuten, die weit davon entfernt sind, sich für Selbstkritik zu begeistern, sei nun die Frage gestattet: Brauchen wir Selbstkritik, woher kommt sie, und welchen Nutzen bringt sie?

Ich denke, Genossen, die Selbstkritik brauchen wir wie die Luft, wie das Wasser. Ich denke, unsere Partei könnte ohne sie, ohne die Selbstkritik, nicht vorwärts schreiten, sie könnte unsere Gebrechen nicht aufdecken, sie könnte unsere Mängel nicht beseitigen. Und Mängel gibt es hei uns viel. Das muss offen und ehrlich zugegeben werden.

Die Losung der Selbstkritik darf nicht als neue Losung betrachtet werden. Sie liegt im Wesen der bolschewistischen Partei selbst begründet. Sie liegt im Wesen des Regimes der Diktatur des Proletariats begründet.
Wenn unser Land das Land der Diktatur des Proletariats ist und die Diktatur von einer Partei, der Partei der Kommunisten, geleitet wird, die die Macht mit anderen Parteien nicht teilt noch teilen kann - ist es dann nicht klar, dass wir selber unsere Fehler aufdecken und korrigieren müssen, wenn wir vorwärts schreiten wollen, ist es dann nicht klar, dass es sonst niemand gibt, der sie aufdecken und korrigieren könnte? Ist es nicht klar, Genossen, dass die Selbstkritik eine der gewichtigsten Kräfte sein muss, die unsere Entwicklung vorantreiben?
Die Losung der Selbstkritik hat nach dem XV. Parteitag eine besonders starke Verbreitung erhalten. Warum? Weil nach dem XV. Parteitag, auf dem die Opposition liquidiert wurde, in der Partei eine neue Situation entstanden ist, die wir nicht unberücksichtigt lassen können.
Worin besteht das Neue der Situation? Darin, dass es bei uns keine oder fast keine Opposition mehr gibt, darin, dass angesichts des leichten Sieges über die Opposition, der an sich ein sehr großes Plus für die Partei bedeutet, in der Partei die Gefahr entstehen kann, dass man sich auf den Lorbeeren ausruht, sich der Sorglosigkeit hingibt und vor den Mängeln unserer Arbeit die Augen verschließt.
Der leichte Sieg über die Opposition ist ein gewaltiges Plus für unsere Partei. Aber er hat auch bestimmte negative Seiten, die darin bestehen, dass in der Partei das Gefühl der Selbstzufriedenheit, das Gefühl der Selbstgefälligkeit Platz greifen kann und dass sie beginnt, auf ihren Lorbeeren auszuruhen. Was aber bedeutet auf den Lorbeeren ausruhen? Das bedeutet auf unsern Vormarsch ein für allemal verzichten. Damit es aber nicht dazu kommt, brauchen wir die Selbstkritik - nicht jene gehässige und im Grunde genommen konterrevolutionäre Kritik, die die Opposition übte, sondern eine ehrliche und offene Kritik, eine bolschewistische Selbstkritik.
Der XV. Parteitag hat diesem Umstand Rechnung getragen, als er die Losung der Selbstkritik ausgab. Seitdem ist die Welle der Selbstkritik im Ansteigen begriffen und hat auch der Arbeit des Aprilplenums des ZK und der ZKK ihren Stempel aufgedrückt.
Es wäre seltsam, wollten wir uns davor fürchten, dass unsere Feinde, die inneren sowohl wie die äußeren, die Kritik an unseren Mängeln benutzen könnten, um großes Geschrei zu erheben: Aha, bei ihnen, bei den Bolschewiki, ist nicht alles zum besten bestellt. Es wäre seltsam, wollten wir Bolschewiki uns vor all dem fürchten. Die Stärke des Bolschewismus besteht ja gerade darin, dass er sich nicht fürchtet, seine Fehler einzugestehen. Mag die Partei, mögen die Bolschewiki, mögen alle ehrlichen Arbeiter und werktätigen Elemente unseres Landes die Mängel unserer Arbeit, die Mängel unseres Aufbaus aufdecken, mögen sie die Wege zur Beseitigung unserer Mängel aufzeigen, damit es in unserer Arbeit und in unserem Aufbau keinen Stillstand, keinen Sumpf, keine Fäulnis gibt, damit unsere gesamte Arbeit, unser gesamter Aufbau sich von Tag zu Tag verbessert und von Erfolg zu Erfolg schreitet. Das ist jetzt das Wichtigste. Mögen unsere Feinde über unsere Mängel schwatzen - solche Lappalien können und dürfen Bolschewiki nicht beirren.
Schließlich gibt es noch einen Umstand, der uns zur Selbstkritik drängt. Ich denke an die Frage: Massen und Führer. In letzter Zeit begannen sich bei uns gewisse eigentümliche Beziehungen zwischen den Führern und den Massen herauszubilden. Einerseits hat sich bei uns geschichtlich eine Gruppe von Führern herausgebildet und entwickelt, deren Autorität immer höher steigt und die für die Massen fast unerreichbar werden. Anderseits erfolgt der Aufstieg der Massen der Arbeiterklasse im Besonderen und der Massen der Werktätigen im Allgemeinen außerordentlich langsam, sie beginnen, von unten zu den Führern aufzuschauen, sind vom Glanz wie geblendet und fürchten sich oftmals, ihre Führer zu kritisieren.
Die Tatsache, dass sich bei uns eine Gruppe von Führern herausgebildet hat, die sehr hoch gestiegen sind und große Autorität genießen - diese Tatsache ist natürlich an sich eine große Errungenschaft unserer Partei. Es ist klar, dass ohne das Vorhandensein einer solchen

autoritativen Gruppe von Führern die Leitung des großen Landes undenkbar wäre. Aber die Tatsache, dass die Führer sich bei ihrem Aufstieg von den Massen entfernen und die Massen beginnen, von unten zu ihnen aufzuschauen, ohne dass sie es wagen, sie zu kritisieren - diese Tatsache muss eine gewisse Gefahr der Loslösung der Führer von den Massen und der Entfernung der Massen von den Führern heraufbeschwören.

Diese Gefahr kann dazu führen, dass die Führer überheblich werden und sich für unfehlbar halten. Aber was kann daran gut sein, wenn die führenden Spitzen überheblich werden und anfangen, von oben auf die Massen herabzuschauen? Es ist klar, dass das zu nichts anderem führen kann als zum Untergang der Partei. Wir wollen aber vorwärts schreiten und unsere Arbeit verbessern, nicht aber die Partei zugrunde richten. Und eben, um vorwärts zu schreiten und die Beziehungen zwischen den Massen und den Führern zu verbessern, muss man das Ventil der Selbstkritik ständig offen halten, muss man den Sowjetmenschen die Möglichkeit geben, ihren Führern „den Kopf zu waschen“, sie wegen ihrer Fehler zu kritisieren, damit die Führer nicht überheblich werden und die Massen sich nicht von den Führern entfernen.

Mitunter wird die Frage der Massen und der Führer mit der Frage des Aufrückens in führende Funktionen verwechselt. Das ist falsch, Genossen. Es handelt sich nicht um das Aufrücken neuer Führer, obgleich diese Frage die ernsteste Aufmerksamkeit der Partei verdient. Es handelt sich darum, die Führer, die bereits aufgerückt sind und große Autorität genießen, zu erhalten, indem ein ständiger und unlöslicher Kontakt zwischen ihnen und den Massen hergestellt wird. Es handelt sich darum, in Form von Selbstkritik und Kritik an unseren Mängeln die breite öffentliche Meinung der Partei, die breite öffentliche Meinung der Arbeiter-klasse als lebendige und wachsame moralische Kontrolle zu organisieren, für deren Stimme die Führer, die große Autorität genießen, ein aufmerksames Ohr haben müssen, wenn sie sich das Vertrauen der Partei, das Vertrauen der Arbeiterklasse erhalten wollen.

In diesem Sinne ist die Bedeutung der Presse, unserer Partei- und Sowjetpresse wahrhaft unschätzbar. In diesem Sinne ist unbedingt die Initiative der „Prawda“ bei der Organisierung des „Listok Rabotsche-Krestjanskoi Inspekzii“[10] zu begrüßen, eines Blattes, das die Mängel unserer Arbeit einer systematischen Kritik unterzieht. Man muss nur danach streben, dass die Kritik ernst ist, dass sie in die Tiefe dringt und nicht an der Oberfläche bleibt. In diesem Sinne ist auch die Initiative der „Komsomolskaja Prawda“[11] zu begrüßen, die die Mängel unserer Arbeit ungestüm und eifrig attackiert.

Mitunter wird auf die Kritiker geschimpft, weil ihre Kritik nicht vollkommen ist, weil ihre Kritik sich mitunter nicht als hundertprozentig richtig erweist. Nicht selten wird verlangt, dass die Kritik in allen Punkten richtig sei, und wenn sie nicht in jeder Hinsicht richtig ist, beginnt man, sie zu verunglimpfen und zu schmähen.

Das ist falsch, Genossen. Das ist ein gefährlicher Irrtum. Man versuche nur, eine solche Forderung aufzustellen, und man wird Hunderten, ja Tausenden von Arbeitern, Arbeiterkorrespondenten, Dorfkorrespondenten, die unsere Fehler berichtigen wollen, die aber manchmal nicht in der Lage sind, ihre Gedanken richtig zu formulieren, den Mund verschließen. Das gäbe einen Friedhof, aber keine Selbstkritik.

Sie müssen wissen, dass die Arbeiter sich manchmal scheuen, die Wahrheit über die Mängel unserer Arbeit auszusprechen. Sie scheuen sich nicht nur, weil sie deswegen etwas „abbekommen“ können, sondern auch, weil man sich wegen einer unvollkommenen Kritik über sie „lustig machen“ kann. Wie sollte auch der einfache Arbeiter oder der einfache Bauer, der die Mängel unserer Arbeit und unserer Planung am eigenen Leibe spürt, seine Kritik nach allen Regeln der Kunst begründen können? Wenn Sie von ihnen eine hundertprozentig richtige Kritik verlangen, dann machen Sie damit die Möglichkeit jeder Kritik von unten, die Möglichkeit jeder Selbstkritik zunichte. Darum denke ich, dass man auch eine Kritik, die nur 5-10 Prozent Wahrheit enthält, begrüßen, sie aufmerksam anhören und ihren gesunden Kern berücksichtigen muss. Sonst müssten Sie, wie gesagt, all den Hunderten und Tausenden dem

Sowjetregime treu ergebenen Menschen den Mund verschließen, die in der Kritik noch nicht genügend erfahren sind, aus deren Mund aber die Wahrheit selbst spricht.
Und eben, um die Selbstkritik nicht zu ersticken, sondern um sie zu entwickeln, eben deshalb ist es notwendig, jede Kritik, die von sowjetischen Menschen ausgeht, aufmerksam anzuhören, selbst wenn sie manchmal nicht völlig und nicht in allen ihren Teilen richtig ist. Nur unter diesen Bedingungen können die Massen die Überzeugung gewinnen, dass sie nicht wegen einer unvollkommenen Kritik etwas „abbekommen" und dass man sich nicht wegen einiger Fehler in ihrer Kritik über sie „lustig machen" wird. Nur unter dieser Voraussetzung kann die Selbstkritik wirklich Massencharakter annehmen und wirklich Massenwiderhall finden.
Es versteht sich von selbst, dass es sich hierbei nicht um „jedwede" Kritik handelt. Die Kritik eines Konterrevolutionärs ist ebenfalls Kritik. Aber sie bezweckt die Diffamierung der Sowjetmacht, die Untergrabung unserer Industrie und die Desorganisierung unserer Parteiarbeit. Selbstverständlich ist bei uns von einer solchen Kritik nicht die Rede. Ich spreche nicht von einer solchen Kritik, sondern von einer Kritik, die von Sowjetmenschen ausgeht, einer Kritik, die sich die Verbesserung der Organe der Sowjetmacht, die Verbesserung unserer Industrie und die Verbesserung unserer Partei- und Gewerkschaftsarbeit zum Ziel setzt. Wir brauchen die Kritik zur Festigung der Sowjetmacht, nicht aber zu ihrer Schwächung.
Und eben, um unser Werk zu festigen und zu verbessern, eben deshalb gibt die Partei die Losung der Kritik und Selbstkritik aus.
Was erwarten wir vor allem von der Losung der Selbstkritik, welche Ergebnisse kann sie zeitigen, wenn sie richtig und ehrlich durchgeführt wird? Sie muss zumindest zwei Ergebnisse zeitigen. Erstens muss sie die Wachsamkeit der Arbeiterklasse heben, ihre Aufmerksamkeit in Bezug auf unsere Mängel verschärfen, die Abstellung dieser Mängel erleichtern und allerhand „Überraschungen" in unserer Aufbauarbeit unmöglich machen. Zweitens muss sie das politische Kulturniveau der Arbeiterklasse heben, muss in ihr das Gefühl entwickeln, Herr im Lande zu sein, und es erleichtern, die Arbeiterklasse in der Verwaltung des Landes zu schulen.
Haben Sie beachtet, dass nicht nur die Schachty-Affäre, sondern auch die Beschaffungskrise im Januar 1928 für viele von uns eine „Überraschung" war? Die Schachty-Affäre ist in dieser Hinsicht besonders charakteristisch. Fünf Jahre lang konnte eine konterrevolutionäre Gruppe bürgerlicher Spezialisten, die ihre Direktiven von antisowjetischen Organisationen des internationalen Kapitals empfingen, ihr Unwesen treiben. Fünf Jahre lang wurden von unseren Organisationen alle möglichen Resolutionen und Beschlüsse verfasst und verschickt. Mit unserer Kohlenindustrie ging es natürlich trotzdem bergauf, da das sowjetische Wirtschaftssystem von einer solchen Lebenskraft und Stärke ist, dass es trotzdem die Oberhand gewann, trotz unserer Schlamperei und unserer Fehler, trotz der Diversionstätigkeit der Spezialisten. Fünf Jahre lang betrieb diese konterrevolutionäre Spezialistengruppe Schädlingsarbeit in unserer Industrie, sprengte Kessel, zerstörte Turbinen usw. Wir aber saßen da, als ob alles in bester Ordnung wäre. Und „plötzlich", wie der Blitz aus heiterem Himmel, die Schachty-Affäre.
Ist das normal, Genossen? Ich denke, das ist mehr als anomal. Am Steuer sitzen und um sich schauen, um doch nichts zu sehen, bis uns die Umstände mit der Nase auf irgendeinen Übelstand stoßen - das heißt noch nicht führen. Der Bolschewismus hat eine andere Auffassung von der Führung. Um zu führen, muss man voraussehen können. Aber voraussehen, Genossen, ist nicht immer leicht.
Eine Sache ist es, wenn ein, zwei Dutzend führender Genossen um sich schauen und die Mängel in unserer Arbeit bemerken, die Arbeitermassen aber weder um sich schauen noch die Mängel bemerken wollen oder können. Hier bestehen alle Aussichten, dass ganz bestimmt mancherlei übersehen, nicht alles bemerkt wird. Etwas anderes ist es, wenn zusammen mit ein, zwei Dutzend führenden Genossen Hunderttausende und Millionen Arbeiter um sich schauen und die Mängel in unserer Arbeit bemerken, unsere Fehler aufdecken, sich aktiv in das allgemeine Aufbauwerk einschalten und Wege zur Verbesserung dieses Werks aufzeigen.

Dann ist eher die Gewähr gegeben, dass es keine Überraschungen geben wird, dass negative Erscheinungen rechtzeitig erkannt und rechtzeitig Maßnahmen zur Beseitigung dieser Erscheinungen ergriffen werden.
Wir müssen es dahin bringen, dass die Wachsamkeit der Arbeiterklasse sich entwickelt, nicht aber eingeschläfert wird, dass Hunderttausende und Millionen Arbeiter sich aktiv in das allgemeine Werk des sozialistischen Aufbaus einschalten, dass Hunderttausende und Millionen Arbeiter und Bauern, und nicht nur ein Dutzend führender Männer, wachsam den Verlauf unseres Aufbaus verfolgen, auf unsere Fehler hinweisen und sie ans Tageslicht bringen. Nur unter dieser Voraussetzung wird es bei uns keine „Überraschungen" geben. Um dies aber zu erreichen, müssen wir die Kritik an unseren Mängeln von unten her entwickeln, müssen wir die Kritik zu einer Massenkritik machen, müssen wir uns die Losung der Selbstkritik aneignen und sie in die Tat umsetzen.
Schließlich über den Aufschwung der kulturellen Kräfte der Arbeiterklasse, über die Ausbildung der für die Verwaltung des Landes notwendigen Fertigkeiten in der Arbeiterklasse im Zusammenhang mit der Verwirklichung der Losung der Selbstkritik. Lenin sagte:

„Das Wichtigste, was uns fehlt, ist Kultiviertheit, ist die Kunst, zu verwalten... Ökonomisch und politisch sichert uns die NÖP vollauf die Möglichkeit, das Fundament der sozialistischen Ökonomik zu errichten. Es kommt ‚nur' auf die kulturellen Kräfte des Proletariats und seiner Avantgarde an."[12]

Was bedeutet das? Das bedeutet, dass es eine der grundlegenden Aufgaben unseres Aufbaus ist, die Arbeiterklasse mit den Fertigkeiten und dem Können auszurüsten, die notwendig sind, um das Land zu verwalten, die Wirtschaft zu verwalten, die Industrie zu verwalten.
Kann man in der Arbeiterklasse diese Fertigkeiten und dieses Können ausbilden, ohne die Kräfte und Fähigkeiten der Arbeiter freizusetzen, ohne in den besten Menschen der Arbeiterklasse die Kraft und die Fähigkeit zu entwickeln, unsere Fehler zu kritisieren, auf unsere Mängel hinzuweisen und unsere Arbeit voranzutreiben? Es ist klar, dass man das nicht kann.
Was ist aber erforderlich, um die Kräfte und Fähigkeiten der Arbeiterklasse und der Werktätigen überhaupt freizusetzen und ihnen die Möglichkeit zu geben, die zur Verwaltung des Landes notwendigen Fertigkeiten zu erwerben? Dazu ist vor allem eine ehrliche und bolschewistische Verwirklichung der Losung der Selbstkritik, eine ehrliche und bolschewistische Verwirklichung der Losung der Kritik von unten an den Mängeln und Fehlern unserer Arbeit erforderlich. Was bedeutet es, wenn die Arbeiter die Möglichkeit benutzen, offen und unumwunden die Mängel in der Arbeit zu kritisieren, unsere Arbeit zu verbessern und voranzutreiben? Das bedeutet, dass die Arbeiter aktiv an der Führung des Landes, der Wirtschaft, der Industrie teilnehmen. Das aber stärkt bei den Arbeitern das Gefühl, Herr im Lande zu sein, hebt ihre Aktivität, ihre Wachsamkeit und ihr kulturelles Niveau.
Die Frage der kulturellen Kräfte der Arbeiterklasse ist eine der entscheidenden Fragen. Warum? Weil von allen herrschenden Klassen, die es bisher gegeben hat, die Arbeiterklasse als herrschende Klasse in der Geschichte eine gewisse - und nicht ganz günstige - Sonderstellung einnimmt. Alle herrschenden Klassen, die es bisher gegeben hat - die Sklavenhalter, die Grundherren, die Kapitalisten -, waren gleichzeitig Klassen der Reichen. Sie hatten die Möglichkeit, ihren Kindern die für die Verwaltung notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln. Die Arbeiterklasse unterscheidet sich von ihnen unter anderem dadurch, dass sie keine reiche Klasse ist, dass sie früher nicht die Möglichkeit hatte, ihren Kindern die für die Verwaltung notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln, sie hat diese Möglichkeit erst jetzt, nach ihrem Machtantritt erhalten.
Eben hieraus ergibt sich unter anderem die Dringlichkeit, die der Frage der Kulturrevolution bei uns zukommt. Zwar hat die Arbeiterklasse der UdSSR in den zehn Jahren ihrer Herrschaft

in dieser Hinsicht weit mehr zu erreichen vermocht als die Gutsbesitzer und Kapitalisten in Jahrhunderten. Aber die internationale und die innere Situation sind derart, dass die erzielten Ergebnisse bei weitem noch nicht ausreichen. Deshalb muss jedes Mittel, das den Entwicklungsstand der kulturellen Kräfte der Arbeiterklasse heben kann, jedes Mittel, das in der Arbeiterklasse die Ausbildung der Fertigkeiten und des Könnens, die zur Verwaltung des Landes, der Industrie notwendig sind, erleichtern kann - muss ein jedes derartige Mittel von uns restlos ausgenutzt werden.

Aus dem Gesagten geht jedoch hervor, dass die Losung der Selbstkritik eins der wichtigsten Mittel ist, um die kulturellen Kräfte des Proletariats zu entfalten und in der Arbeiterklasse die zur Verwaltung notwendigen Fertigkeiten auszubilden. Hieraus ergibt sich ein weiterer Grund, der dafür spricht, dass die praktische Verwirklichung der Losung der Selbstkritik eine lebenswichtige Aufgabe für uns ist.

Das sind im Allgemeinen die Gründe, die uns die Losung der Selbstkritik, als die Losung des Tages, diktieren.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Arbeit des Aprilplenums des ZK und der ZKK im Zeichen der Selbstkritik stand.

Gehen wir jetzt zur Frage der Getreidebeschaffung über.

II
DIE FRAGE DER GETREIDEBESCHAFFUNG

Vor allem einige Worte über das Wesen der Getreidebeschaffungskrise, die Anfang Januar dieses Jahres zum Ausbruch kam. Das Wesen der Sache besteht darin, dass die Getreidebeschaffung bei uns seit Oktober vergangenen Jahres zurückzugehen begann, im Dezember erreichte sie den Tiefpunkt, und Anfang Januar dieses Jahres hatten wir bei der Getreidebeschaffung ein Defizit von 130 Millionen Pud. Die Ernte war bei uns in diesem Jahr kaum schlechter als im Vorjahr, möglich, dass sie hinter der vorjährigen Ernte ein wenig zurückblieb. Vorräte aus alten Ernten gab es in diesem Jahr mehr als im Vorjahr, und überhaupt war man der Meinung, dass unser Land in diesem Jahr nicht weniger, sondern mehr Warengetreide besitzt als im Vorjahr.

Dementsprechend war denn auch der Beschaffungsplan für dieses Jahr mit einer gewissen Erhöhung gegenüber dem Plan des Vorjahrs aufgestellt worden. Trotzdem ging die Getreidebeschaffung zurück, und wir hatten im Januar 1928 ein Defizit von 130 Millionen Pud. Es entstand eine „originelle“ Lage: Getreide gibt es viel im Lande, die Getreidebeschaffung aber geht zurück, wodurch die Gefahr des Hungers in den Städten und in der Roten Armee heraufbeschworen wird.

Woraus erklärt sich diese „Originalität“ der Lage? Waltet hier nicht irgendein Zufall? Viele neigen dazu, dies so zu erklären, dass etwas versäumt wurde, dass man mit der Opposition beschäftigt gewesen sei und dieses oder jenes übersehen habe. Dass tatsächlich etwas versäumt wurde, stimmt natürlich. Aber alles damit erklären wollen, dass hier etwas versäumt wurde, heißt in einen groben Fehler verfallen. Noch weniger darf man die Getreidebeschaffungskrise mit einem Zufall erklären. Derartige Dinge passieren nicht zufällig. Das wäre eine allzu billige Erklärung.

Welches waren dann die Bedingungen, die für die Beschaffungskrise bestimmend waren?

Ich glaube, dass es bei uns mindestens drei solcher Bedingungen gab.

Erstens. Die Schwierigkeiten unseres sozialistischen Aufbaus angesichts unserer internationalen und inneren Lage. Ich denke vor allem an die Entwicklungsschwierigkeiten der städtischen Industrie. Man müsste das Dorf mit Waren aller Art überhäufen, um vom Dorf ein Maximum an landwirtschaftlichen Produkten zu bekommen. Dazu ist eine schnellere Entwicklung unserer Industrie erforderlich, als dies gegenwärtig der Fall ist. Um die Industrie aber stärker entwickeln zu können, ist ein schnelleres Tempo der sozialistischen

Akkumulation erforderlich. Ein solches Akkumulationstempo zu erzielen ist aber nicht so leicht, Genossen. Daher der Mangel an Waren für das Dorf.
Ich denke ferner an die Schwierigkeiten unseres Aufbaus auf dem Lande. Die Landwirtschaft entwickelt sich langsam, Genossen. Die Landwirtschaft müsste mit Siebenmeilenschritten voranschreiten, das Getreide müsste billiger, die Ernte müsste größer werden, Düngemittel müssten in Massen angewandt werden, die maschinelle Getreideproduktion müsste sich in beschleunigtem Tempo entfalten. Aber das ist bei uns nicht der Fall und wird nicht so bald der Fall sein, Genossen.
Warum?
Weil unsere Landwirtschaft eine kleinbäuerliche Wirtschaft ist, an der sich ernsthafte Verbesserungen nur schwer vornehmen lassen. Die Statistik besagt, dass es bei uns vor dem Kriege ungefähr 16 Millionen individueller Bauernwirtschaften im ganzen Lande gab. Jetzt haben wir ungefähr 25 Millionen individueller Bauernwirtschaften. Das bedeutet, dass wir ein Land mit ausgesprochen kleinbäuerlicher Wirtschaft sind. Was aber stellt die kleinbäuerliche Wirtschaft dar? Sie stellt eine äußerst ungesicherte, äußerst primitive und unentwickelte Wirtschaft mit einer äußerst geringen Warenproduktion dar. Das aber ist der springende Punkt, Genossen. Düngemittel, Maschinen, agronomische Kenntnisse und andere Vervollkommnungen - das sind Dinge, die in Großwirtschaften mit Erfolg angewandt werden können, die aber in der kleinbäuerlichen Wirtschaft keine oder fast keine Verwendung finden. Darin besteht die Schwäche der kleinen Wirtschaft, und deshalb ist sie der Konkurrenz mit den kulakischen Großwirtschaften nicht gewachsen.
Gibt es bei uns überhaupt Großwirtschaften im Dorf, die Maschinen, Düngemittel, agronomische Kenntnisse usw. anwenden? Ja, die gibt es. Das sind erstens die Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften. Aber wir haben davon nur wenig, Genossen. Das sind zweitens die kulakischen (kapitalistischen) Großwirtschaften. Von diesen Wirtschaften gibt es in unserem Land gar nicht so wenig, und sie spielen immer noch eine beträchtliche Rolle in der Landwirtschaft.
Können wir den Weg der Förderung privater kapitalistischer Großwirtschaften im Dorfe betreten? Es ist klar, dass wir das nicht können. Daraus ergibt sich die Schlussfolgerung: alles daransetzen, um im Dorf Großwirtschaften vom Typ der Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften zu entwickeln, und dabei bemüht sein, sie zu Getreidefabriken für das ganze Land zu machen, die auf der Grundlage der modernen Wissenschaft organisiert sind. Daraus erklärt sich denn auch, dass der XV. Parteitag unserer Partei die Losung der allseitigen Entfaltung des Aufbaus von Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften ausgegeben hat.
Es wäre ein Fehler, zu glauben, dass die Kollektivwirtschaften nur aus den Schichten der Dorfarmut gebildet werden sollen. Das wäre falsch, Genossen. Unsere Kollektivwirtschaften (müssen aus armen Bauern und Mittelbauern bestehen, sie müssen nicht nur einzelne Gruppen und Grüppchen erfassen, sondern ganze Dörfer. Man muss dem Mittelbauern eine Perspektive geben und ihm zeigen, dass er die Wirtschaft am besten und am schnellsten durch die Kollektivwirtschaften entwickeln kann. Wenn der Mittelbauer nicht nach oben, in die Kulakengruppe, aufsteigen kann, ein Hinabsinken aber unvernünftig wäre, so muss man ihm die Perspektive geben, dass er die Wirtschaft durch den kollektivwirtschaftlichen Aufbau verbessern kann.
Aber Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften gibt es bei uns vorläufig nur wenig, unerhört wenig. Daher die Schwierigkeiten unseres Aufbaus auf dem Lande. Daher der unbefriedigende Stand der Getreideproduktion.
Zweitens. Daraus folgt, dass die Schwierigkeiten unseres Aufbaus in der Stadt und auf dem Lande die Grundlage bilden, auf der es zu einer Beschaffungskrise kommen kann. Das heißt aber noch nicht, dass es gerade in diesem Jahr zu einer Beschaffungskrise kommen musste. Bekanntlich bestanden diese Schwierigkeiten nicht nur in diesem Jahr, sondern auch im

vergangenen Jahr - warum ist es denn gerade in diesem Jahr zu einer Beschaffungskrise gekommen? Worin liegt hier das Geheimnis?
Das Geheimnis liegt darin, dass der Kulak in diesem Jahr die Möglichkeit erhielt, diese Schwierigkeiten auszunutzen, um die Getreidepreise in die Höhe zu schrauben, eine Attacke gegen die sowjetische Preispolitik zu unternehmen und somit unsere Beschaffungsarbeit zu hemmen. Diese Schwierigkeiten auszunutzen gelang ihm aber zumindest aus zwei Gründen:
erstens, weil drei Jahre guter Ernte nicht spurlos vorübergegangen sind, der Kulak ist in dieser Zeit gewachsen, im Dorfe überhaupt, beim Kulaken im besonderen, haben sich Getreidevorräte angesammelt, und so konnte der Kulak versuchen, die Preise zu diktieren;
zweitens, weil der Kulak die Unterstützung der städtischen Spekulanten hatte, die durch ihre Spekulantenmachenschaften die Getreidepreise in die Höhe schrauben.
Das bedeutet natürlich nicht, dass der Kulak über das meiste Getreide verfügt. Die Hauptmasse, die über den größten Teil des Getreides verfügt, besteht im Wesentlichen aus Mittelbauern. Aber der Kulak hat eine gewisse wirtschaftliche Autorität im Dorfe, und in der Frage der Preise kann er den Mittelbauern bisweilen unter seinen Einfluss bringen. Daher die Möglichkeit für die Kulakenelemente des Dorfes, die Schwierigkeiten unseres Aufbaus auszunutzen, um die Getreidepreise zu Spekulationszwecken in die Höhe zu schrauben.
Was aber bedeutet es, die Getreidepreise, sagen wir, um 40-50 Prozent hinaufzuschrauben, wie es zum Beispiel die Kulaken- und Spekulantenelemente getan haben? Das bedeutet vor allem, den Reallohn der Arbeiter zu untergraben. Angenommen, wir hätten darauf den Arbeitern den Lohn erhöht. Dann hätten aber die Preise für Industriewaren erhöht werden müssen, wodurch die materielle Lage sowohl der Arbeiterklasse als auch der Dorfarmut und des Mittelbauern beeinträchtigt worden wäre. Was aber hätte das bedeutet? Das hätte die direkte und unzweifelhafte Untergrabung unserer gesamten Wirtschaftspolitik bedeutet.
Damit hätte die Sache aber noch nicht ihr Bewenden gehabt. Angenommen, wir hätten die Getreidepreise im Januar oder im Frühjahr dieses Jahres, vor der Vorbereitung zur Aussaat, etwa um 40-50 Prozent erhöht. Wozu hätte das geführt? Wir hätten dann die Rohstoffbasis unserer Industrie desorganisiert. Die Baumwollpflanzer hätten die Baumwolle liegenlassen und wären zum Getreideanbau als zu einer einträglicheren Beschäftigung übergegangen. Die Flachsbauer hätten den Flachs liegenlassen und wären gleichfalls zum Getreideanbau übergegangen. Die Rübenbauer hätten das gleiche getan. Und so weiter und so fort. Kurzum: Wir hätten die Rohstoffbasis unserer Industrie wegen der Spekulantengelüste der kapitalistischen Elemente des Dorfes untergraben.
Aber auch das wäre noch nicht alles. Hätten wir die Getreidepreise, sagen wir, im Frühjahr dieses Jahres, hinaufgeschraubt, so hätten wir die Dorfarmut, die im Frühjahr sowohl zu Ernährungszwecken als auch zur Aussaat Getreide kauft, unfehlbar ruiniert. Mit vollem Recht hätten uns die Dorfarmut und die unteren Schichten der Mittelbauern sagen können: Ihr habt uns betrogen, denn wir haben euch unser Getreide im Herbst vorigen Jahres zu niedrigen Preisen verkauft, ihr aber zwingt uns jetzt, das Getreide zu hohen Preisen zu kaufen - wen schützt ihr denn, ihr Herren Sowjetleute, die Besitzlosen oder die Kulaken?
Darum musste die Partei den auf der Linie des spekulantenmäßigen Hinaufschraubens der Getreidepreise geführten Schlag des Kulakentums mit einem Gegenschlag beantworten, der den Kulaken und Spekulanten die Lust vertreibt, die Arbeiterklasse und unsere Rote Armee mit Hunger zu bedrohen.
Drittens. Ohne Zweifel hätten die kapitalistischen Elemente des Dorfes die Schwierigkeiten unseres Aufbaus nicht in dem Maße ausnützen können, wie sie es in der Tat getan haben, und die Beschaffungskrise hätte keinen so bedrohlichen Charakter angenommen, wenn ihnen dabei nicht noch ein Umstand zu Hilfe gekommen wäre. Was ist das für ein Umstand?
Es handelt sich um die Zerfahrenheit in unseren Beschaffungsorganen, darum, dass sie nicht in einheitlicher Front vorgehen, dass sie miteinander konkurrieren, dass sie nicht gewillt sind,

einen entschiedenen Kampf gegen das künstliche Hinaufschrauben der Getreidepreise zu führen.
Es handelt sich schließlich um die Trägheit unserer Parteiorganisationen in den Beschaffungsbezirken, darum, dass sie nicht gewillt sind, in die Kampagne für die Getreidebeschaffung entsprechend einzugreifen, dass sie nicht gewillt sind, einzugreifen und der Zerfahrenheit an der Beschaffungsfront ein Ende zu machen.
Berauscht von den Erfolgen der vorjährigen Beschaffungskampagne und in der Annahme, in diesem Jahr werde die Getreidebeschaffung im Selbstlauf erfolgen, überließen unsere Beschaffungs- und Parteiorganisationen alles der „Fügung Gottes“ und räumten den Kulaken- und Spekulantenelementen das Feld. Darauf hatten die Kulaken aber gerade gewartet. Es unterliegt wohl kaum einem Zweifel, dass die Beschaffungskrise ohne diesen Umstand keinen so bedrohlichen Charakter hätte annehmen können.
Man darf nicht vergessen, dass wir, das heißt unsere Organisationen, die Beschaffungsorganisationen sowohl wie auch die anderen, die Versorgung des Dorfes mit Industriewaren fast zu 80 Prozent und die Getreidebeschaffung im Dorfe fast zu 90 Prozent in der Hand haben. Es braucht nicht betont zu werden, dass uns dieser Umstand die Möglichkeit gibt, dem Kulaken im Dorfe die Bedingungen zu diktieren, vorausgesetzt, dass unsere Organisationen es verstehen, diese günstige Lage auszunutzen. Wir aber haben, statt diese günstige Lage auszunutzen, alles dem Selbstlauf überlassen und dadurch - natürlich, ohne es zu wollen - den kapitalistischen Elementen des Dorfes ihren Kampf gegen die Sowjetmacht erleichtert.
Das, Genossen, sind die Bedingungen, die für die Beschaffungskrise vom Ende vorigen Jahres bestimmend waren.
Sie sehen also, dass man die Beschaffungskrise nicht für einen Zufall halten kann.
Sie sehen, dass die Beschaffungskrise den ersten ernsthaften Vorstoß der kapitalistischen Elemente des Dorfes gegen die Sowjetmacht zum Ausdruck bringt, den sie unter den Verhältnissen der NÖP in einer der wichtigsten Fragen unseres Aufbaus, in der Frage der Getreidebeschaffung, unternehmen.
Das, Genossen, sind die klassenmäßigen Hintergründe der Getreidebeschaffungskrise.
Sie wissen, dass die Partei und die Sowjetmacht gezwungen waren, zur Liquidierung der Beschaffungskrise und zur Zügelung der Spekulantengelüste des Kulakentums eine Reihe praktischer Maßnahmen zu ergreifen. Über diese Maßnahmen wurde in unserer Presse ausführlich genug geschrieben. Darüber wird in der Resolution des vereinigten Plenums des ZK und der ZKK ziemlich eingehend gesprochen. Ich bin deshalb der Meinung, dass keine Notwendigkeit besteht, dies hier zu wiederholen.
Ich möchte nur über einige außerordentliche Maßnahmen sprechen, die in Anbetracht der außerordentlichen Verhältnisse ergriffen wurden und die natürlich wegfallen, sobald es diese außerordentlichen Verhältnisse nicht mehr gibt. Ich denke an die Anwendung des Artikels 107 des Gesetzes gegen die Spekulation. Dieser Artikel wurde vom Zentralexekutivkomitee im Jahre 1926 angenommen. Wir haben diesen Artikel im vergangenen Jahr nicht in Anwendung gebracht. Warum? Weil die Getreidebeschaffung, wie man sagt, normal verlief und zur Anwendung dieses Artikels kein Grund vorlag. Auf diesen Artikel besann man sich erst in diesem Jahr, Anfang 1928. Und man besann sich deshalb darauf, weil wir uns vor eine Reihe außerordentlicher Umstände gestellt sahen, die durch die Spekulantenmachenschaften des Kulakentums herbeigeführt worden waren und die die Gefahr einer Hungersnot heraufbeschworen. Wenn es im nächsten Beschaffungsjahr keine außerordentlichen Umstände gibt und die Beschaffung normal verläuft, dann wird der Artikel 107 selbstverständlich keine Anwendung finden. Und umgekehrt, wenn außerordentliche Umstände eintreten und die kapitalistischen Elemente wieder anfangen, „Finten“ zu machen, wird der Artikel 107 von neuem zur Anwendung gelangen.

Es wäre töricht, aus diesem Grunde von einer „Aufhebung“ der NÖP, von einer „Rückkehr“ zur Ablieferungspflicht usw. zu sprechen. An eine Aufhebung der NÖP können heute nur Feinde der Sowjetmacht denken. Für niemand ist heute die Neue Ökonomische Politik so vorteilhaft wie für die Sowjetmacht. Es gibt aber Leute, die da meinen, die NÖP bedeute nicht eine Verstärkung des Kampfes gegen die kapitalistischen Elemente, darunter auch gegen das Kulakentum, zum Zwecke ihrer Überwindung, sondern die Einstellung des Kampfes gegen das Kulakentum und die anderen kapitalistischen Elemente. Es braucht nicht betont zu werden, dass solche Leute mit dem Leninismus nichts gemein haben, denn für solche Leute ist in unserer Partei kein Platz und kann kein Platz sein.

Die Ergebnisse der Maßnahmen, die von der Partei und der Sowjetmacht zur Liquidierung der Lebensmittelkrise ergriffen wurden, sind Ihnen ebenfalls bekannt. Sie bestehen kurz in folgendem:

Erstens haben wir das Versäumte nachgeholt und Getreide beschafft, wobei das vorjährige Tempo der Beschaffung erreicht und stellenweise sogar überschritten wurde. Bekanntlich haben wir es fertig gebracht, in drei Monaten, von Januar bis März, mehr als 270 Millionen Pud Getreide zu beschaffen. Das ist natürlich nicht alles, was wir brauchen. Wir müssen noch mehr als 100 Millionen Pud beschaffen. Aber immerhin ist das eine Errungenschaft, die uns ermöglichte, die Beschaffungskrise zu liquidieren. Wir können jetzt mit vollem Recht sagen, dass die Partei und die Sowjetmacht an dieser Front gewaltige Erfolge erzielt haben.

Zweitens haben wir eine Gesundung, mehr oder weniger eine Gesundung unserer örtlichen Beschaffungs- und Parteiorganisationen erreicht, indem wir ihre Kampfbereitschaft in der Praxis überprüft und sie von offenkundig demoralisierten Elementen gesäubert haben, die keine Klassen im Dorfe anerkennen und es mit dem Kulaken nicht „verderben“ wollen.

Drittens haben wir die Arbeit im Dorfe verbessert, die Dorfarmut näher an uns herangezogen und die überwältigende Mehrheit der Mittelbauern fest für uns gewonnen, indem wir das Kulakentum isoliert und die wohlhabende Oberschicht der Mittelbauern ein wenig benachteiligt haben. Damit haben wir unsere alte bolschewistische Losung verwirklicht, die Lenin bereits auf dem VIII. Parteitag[13] ausgegeben hat: Stütze dich auf die Dorfarmut, verstehe es, ein festes Bündnis mit dem Mittelbauern zu schließen, stelle keine Minute lang den Kampf gegen das Kulakentum ein.

Ich weiß, dass manche Genossen diese Losung nicht besonders gern anerkennen. Es wäre merkwürdig, wollte man annehmen, das Bündnis der Arbeiter und Bauern bedeute unter den Verhältnissen der gefestigten Diktatur des Proletariats ein Bündnis der Arbeiter mit der gesamten Bauernschaft, darunter auch mit dem Kulakentum. Nein, Genossen, ein solches Bündnis propagieren wir nicht und können wir nicht propagieren. Unter den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats, unter den Bedingungen der Festigung der Macht der Arbeiterklasse bedeutet das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft: sich auf die Dorfarmut stützen, Bündnis mit dem Mittelbauern, Kampf gegen das Kulakentum. Wer glaubt, das Bündnis mit der Bauernschaft bedeute unter unseren Verhältnissen ein Bündnis mit dem Kulaken, der hat mit dem Leninismus nichts gemein. Wer glaubt, im Dorf müsse eine Politik betrieben werden, die allen gefällt, den Reichen sowohl wie den Armen, der ist kein Marxist, sondern ein Narr, denn eine solche Politik gibt es überhaupt nicht, Genossen. (Heiterkeit, Beifall.) Unsere Politik ist eine Klassenpolitik.

Das sind im Großen und Ganzen die Ergebnisse der Maßnahmen, die wir zur Verstärkung der Getreidebeschaffung ergriffen haben.

Zweifellos gab es bei der Durchführung dieser Maßnahmen in der Praxis eine ganze Reihe von Überspitzungen und Entstellungen der Parteilinie. Eine ganze Reihe von Fällen der Entstellung unserer Politik, die infolge unserer Tölpelhaftigkeit vor allem die Dorfarmut und die Mittelbauern trafen, die unrichtige Anwendung des Artikels 107 usw. - diese Fälle sind allgemein bekannt. Wir bestrafen die Schuldigen an diesen Entstellungen mit aller Strenge und werden das auch in Zukunft tun. Es wäre aber sonderbar, wollte man wegen dieser

Entstellungen die günstigen und wirklich bedeutsamen Ergebnisse der von der Partei getroffenen Maßnahmen übersehen, ohne die wir die Beschaffungskrise nicht hätten überwinden können. Wer das tut, der verschließt die Augen vor der Hauptsache und rückt Nebensächliches und Zufälliges in den Vordergrund. Wer das tut, der will die bedeutsamen Erfolge der Beschaffungskampagne gleichsam in einem Löffel Wasser ertränken, der sieht nur die Einzelfälle von Entstellungen unserer Linie, die sich keineswegs aus den von der Partei getroffenen Maßnahmen ergeben.

Gab es bei uns Umstände, die unsere Erfolge bei der Beschaffung und unseren Kampf gegen den Angriff der kapitalistischen Elemente des Dorfes erleichterten?

Ja, die gab es. Man könnte zumindest zwei solcher Umstände hervorheben.

Da ist erstens die Tatsache, dass das Eingreifen der Partei in die Beschaffungskampagne und der Schlag gegen die Kulaken- und Spekulantenelemente nach dem XV. Parteitag, nach der Liquidierung der Opposition erfolgte, nachdem die Partei durch die Zerschlagung der Parteifeinde die größte Einheit erzielt hatte. Der Kampf gegen das Kulakentum darf nicht als eine Kleinigkeit betrachtet werden. Um die Machenschaften der Kulaken und Spekulanten zu zerschlagen, ohne dass daraus irgendwelche Komplikationen im Lande entstehen, muss man eine absolut geschlossene Partei, ein absolut festes Hinterland und eine völlig feste Staatsmacht haben. Es lässt sich wohl kaum bezweifeln, dass das Vorhandensein dieser Bedingungen bedeutend dazu beitrug, dass das Kulakentum gezwungen war, auf den ersten Hieb den Rückzug anzutreten.

Da ist zweitens die Tatsache, dass es uns gelungen ist, unsere praktischen Maßnahmen zur Zügelung der Kulaken- und Spekulantenelemente mit den ureigensten Interessen der Arbeiterklasse, der Roten Armee und der Mehrheit der vermögenslosen Schichten des Dorfes zu verknüpfen. Der Umstand, dass die Kulaken- und Spekulantenelemente das Gespenst des Hungers über die werktätigen Massen in Stadt und Land heraufbeschworen und obendrein die Gesetze der Sowjetmacht verletzten (Artikel 107), dieser Umstand musste dazu führen, dass wir im Kampf gegen die kapitalistischen Elemente des Dorfes die Mehrheit des Dorfes hinter uns hatten. Der Kulak hat mit dem Getreide eine unverschämte Spekulation getrieben, er verursachte dadurch die größten Schwierigkeiten sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande, er verletzte obendrein die Gesetze der Sowjetmacht, das heißt den Willen des Zentralexekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Rotarmistendeputierten - ist es da nicht klar, dass dieser Umstand die Isolierung des Kulakentums erleichtern musste?

Es entstand bis zu einem gewissen Grade die gleiche Sachlage (natürlich mit entsprechenden Vorbehalten), wie wir sie im Jahre 1921 hatten, als die Partei mit Lenin an der Spitze angesichts der Hungersnot im Lande die Frage der Konfiszierung der Kirchenschätze aufrollte, um für die hungernden Gebiete Brot zu beschaffen, und auf Grund dieser Maßnahmen eine breite antireligiöse Kampagne entfaltete, und als die Pfaffen, die sich an die Kirchenschätze klammerten, praktisch gegen die hungernden Massen auftraten und dadurch die Erbitterung der Massen gegen die Kirche im allgemeinen, gegen die religiösen Vorurteile im besonderen, gegen die Pfaffen und ihre Führer im einzelnen hervorriefen. Es gab damals solche komischen Käuze in unserer Partei, die glaubten, Lenin habe die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Kirche erst im Jahre 1921 erkannt (Heiterkeit) und bis dahin habe er sie angeblich nicht erkannt. Das ist natürlich Unsinn, Genossen. Lenin war sich über die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Kirche natürlich auch vor 1921 im Klaren. Aber darum ging es gar nicht. Es kam darauf an, die breite antireligiöse Massenkampagne mit dem Kampf für die ureigensten Interessen der Volksmassen zu verknüpfen und die Kampagne so zu führen, dass sie für die Massen verständlich war, dass sie von den Massen unterstützt wurde.

Dasselbe gilt für die Maßnahmen, die die Partei zu Beginn dieses Jahres im Zusammenhang mit der Getreidebeschaffungskampagne durchgeführt hat. Es gibt Leute, die glauben, die Partei habe erst jetzt die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Kulakengefahr erkannt. Das ist natürlich Unsinn, Genossen. Die Partei war sich über die Notwendigkeit eines solchen

Kampfes stets im Klaren und führte ihn nicht in Worten, sondern durch Taten. Die Besonderheit der von der Partei Anfang dieses Jahres durchgeführten Maßnahmen besteht darin, dass die Partei in diesem Jahre die Möglichkeit erhielt, den entschiedenen Kampf gegen die Kulaken- und Spekulantenelemente des Dorfes mit dem Kampf für die ureigensten Interessen der breiten Massen der Werktätigen zu verknüpfen, und es dadurch vermochte, den Kulaken zu isolieren und die Mehrheit der werktätigen Massen des Dorfes fest auf ihre Seite zu ziehen.

Die Kunst der bolschewistischen Politik besteht keineswegs darin, wahllos aus allen Geschützen an allen Fronten zu schießen, ohne die Bedingungen der Zeit und des Ortes zu berücksichtigen, ohne die Bereitschaft der Massen zur Unterstützung dieses oder jenes Schrittes der Führung zu berücksichtigen. Die Kunst der bolschewistischen Politik besteht darin, Zeit und Ort geschickt auszuwählen und alle Umstände in Betracht zu ziehen, um das Feuer an der Front zu konzentrieren, an der am raschesten die größten Ergebnisse erzielt werden können.

In der Tat, was wären heute die Ergebnisse, wenn wir den wuchtigen Schlag gegen das Kulakentum vor etwa drei Jahren geführt hätten, als wir die Mittelbauern noch nicht fest für uns gewonnen hatten, als der Mittelbauer verbittert war und unsere Vorsitzenden der Exekutivkomitees der Amtsbezirke überfiel, als die Dorfarmut über die Ergebnisse der NÖP bestürzt war, als insgesamt nur 75 Prozent der Vorkriegsfläche bebaut waren, als die Erweiterung der Produktion von Lebensmitteln und Rohstoffen auf dem Lande die grundlegende Frage für uns war, als wir noch keine ernsthafte Lebensmittel- und Rohstoffbasis für die Industrie hatten?

Ich zweifle nicht daran, dass wir dann den Kampf verloren hätten, dass es uns nicht gelungen wäre, die Anbaufläche in dem Maße zu erweitern, wie wir sie jetzt erweitert haben, dass wir die Möglichkeit der Schaffung einer Lebensmittel- und Rohstoffbasis für die Industrie untergraben, das Erstarken des Kulakentums gefördert, den Mittelbauern von uns abgestoßen hätten und dass es möglicherweise jetzt ernsteste politische Komplikationen im Lande gäbe.

Wie sah es zu Beginn dieses Jahres im Dorf aus? Wir hatten eine bis auf den Vorkriegsstand erweiterte Anbaufläche, eine erstarkte Rohstoff- und Lebensmittelbasis für die Industrie, die Mehrheit der Mittelbauern stand fest hinter der Sowjetmacht, die Dorfarmut war mehr oder minder organisiert, die Partei- und Sowjetorganisationen im Dorfe hatten ihre Arbeit verbessert und waren erstarkt. Ist es etwa nicht klar, dass nur unter diesen Bedingungen auf einen ernsten Erfolg bei der Organisierung des Schlages gegen die Kulaken- und Spekulantenelemente zu rechnen war? Ist es etwa nicht klar, dass nur Narren nicht begreifen können, welch ein Unterschied zwischen diesen zwei Situationen bei der Organisierung eines breiten Massenkampfes gegen die kapitalistischen Elemente des Dorfes besteht?

Hier haben Sie ein Beispiel dafür, wie unvernünftig es ist, wahllos aus allen Geschützen an allen Fronten zu schießen, ohne die Bedingungen der Zeit und des Ortes, ohne das Kräfteverhältnis zwischen den kämpfenden Kräften zu berücksichtigen.

So, Genossen, ist es um die Frage der Getreidebeschaffung bestellt. Gehen wir jetzt zur Frage der Schachty-Affäre über.

III
DIE SCHACHTY-AFFÄRE

Welches sind die klassenmäßigen Hintergründe der Schachty-Affäre, worin liegen die Wurzeln der Schachty-Affäre, und auf welcher klassenmäßigen Grundlage konnte diese ökonomische Konterrevolution entstehen?

Es gibt Genossen, die die Schachty-Affäre für einen Zufall halten. Sie sagen gewöhnlich: Wir haben hier tüchtig geschlafen, wir haben nicht aufgepasst, aber wenn wir nicht geschlafen hätten, so hätte es bei uns überhaupt keine Schachty-Affäre gegeben. Dass hier geschlafen

wurde und tüchtig geschlafen wurde - darüber kann es keinen Zweifel geben. Aber alles damit erklären wollen bedeutet das Wesen der Sache nicht verstehen.
Was besagen die Tatsachen, die Materialien über die Schachty-Affäre?
Die Tatsachen besagen, dass die Schachty-Affäre eine ökonomische Konterrevolution ist, angezettelt von einem Teil der bürgerlichen Spezialisten, die die Kohlenindustrie früher beherrschten.
Die Tatsachen besagen ferner, dass diese in einer geheimen Gruppe organisierten Spezialisten von den früheren Besitzern, die sich heute in der Emigration befinden, sowie von konterrevolutionären sowjetfeindlichen kapitalistischen Organisationen des Westens Gelder für ihre Schädlingsarbeit erhielten.
Die Tatsachen besagen schließlich, dass diese Gruppe bürgerlicher Spezialisten auf Anweisungen kapitalistischer Organisationen des Westens handelte und unsere Industrie zu zerstören suchte.
Wovon zeugt nun das alles?
Das zeugt davon, dass wir es hier mit einer ökonomischen Intervention westeuropäischer sowjetfeindlicher kapitalistischer Organisationen in die Angelegenheiten unserer Industrie zu tun haben. Es gab seinerzeit eine militärisch-politische Intervention, die wir durch unseren Sieg im Bürgerkrieg zu liquidieren vermochten. Jetzt stehen wir dem Versuch einer ökonomischen Intervention gegenüber, zu deren Liquidierung wir keines Bürgerkriegs bedürfen, die wir aber trotzdem liquidieren müssen und die wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln liquidieren werden.
Es wäre töricht, anzunehmen, das internationale Kapital werde uns in Ruhe lassen. Nein, Genossen, so ist es nicht. Es existieren Klassen, es existiert das internationale Kapital, und dieses kann der Entwicklung des Landes, das den Sozialismus aufbaut, nicht ruhig zusehen. Früher glaubte das internationale Kapital, die Sowjetmacht durch eine direkte militärische Intervention stürzen zu können. Der Versuch ist misslungen. Heute ist es bestrebt und wird auch in Zukunft bestrebt sein, unsere wirtschaftliche Macht durch eine nicht sichtbare, nicht immer zu bemerkende, aber ziemlich nachhaltige ökonomische Intervention zu schwächen, indem es Schädlingsarbeit organisiert, allerlei „Krisen“ in diesem oder jenem Industriezweig vorbereitet und dadurch die Möglichkeit einer künftigen militärischen Intervention erleichtert. Hier ist alles zu einem Knoten geschürzt, zum Knoten des Klassenkampfes des internationalen Kapitals gegen die Sowjetmacht, und von irgendwelchen Zufällen kann gar keine Rede sein.
Eins von beiden:
Entweder wir werden auch in Zukunft eine revolutionäre Politik betreiben und die Proletarier und Unterdrückten aller Länder um die Arbeiterklasse der Sowjetunion scharen - und dann wird uns das internationale Kapital mit allen Mitteln in unserem Vormarsch zu stören suchen;
oder wir verzichten auf unsere revolutionäre Politik, machen dem internationalen Kapital eine Reihe prinzipieller Zugeständnisse - und dann dürfte das internationale Kapital wohl nicht abgeneigt sein, uns bei der Umwandlung unseres sozialistischen Landes in eine „gute“ bürgerliche Republik zu „helfen“.
Es gibt Leute, die glauben, wir könnten auf auswärtigem Gebiet eine Befreiungspolitik betreiben und zugleich erreichen, dass die Kapitalisten Europas und Amerikas uns dafür loben. Ich brauche nicht den Beweis zu erbringen, dass solche naiven Leute mit unserer Partei nichts gemein haben noch haben können.
England zum Beispiel verlangt von uns, dass wir zusammen mit ihm zu Raubzwecken Einflusssphären irgendwo, sagen wir in Persien, in Afghanistan oder in der Türkei, festlegen, wobei es seine Bereitschaft beteuert, mit uns „Freundschaft“ zu schließen, wenn wir auf dies Zugeständnis eingehen. Nun, vielleicht sollten wir auf dieses Zugeständnis eingehen, Genossen?
Allgemeiner Zuruf. Nein !

Stalin. Amerika verlangt, dass wir grundsätzlich auf die Politik der Unterstützung der Befreiungsbewegung der Arbeiterklasse anderer Länder verzichten, und versichert, dass alles gut sein würde, wenn wir auf ein solches Zugeständnis eingingen. Nun, Genossen, vielleicht sollten wir auf ein solches Zugeständnis eingehen?
Allgemeiner Zuruf. Nein!
Stalin. Wir könnten „freundschaftliche" Beziehungen zu Japan herstellen, wenn wir einverstanden wären, zusammen mit ihm die Mandschurei aufzuteilen. Können wir auf dieses Zugeständnis eingehen?
Allgemeiner Zuruf. Nein!
Stalin. Oder man verlangt zum Beispiel von uns, dass wir das Außenhandelsmonopol „lockern" und uns einverstanden erklären, alle Kriegs- und Vorkriegsschulden zu bezahlen. Vielleicht sollten wir darauf eingehen, Genossen?
Allgemeiner Zuruf. Nein!
Stalin. Aber gerade weil wir nicht auf diese und ähnliche Zugeständnisse eingehen können, ohne uns selbst aufzugeben - gerade darum müssen wir darauf gefasst sein, dass das internationale Kapital gegen uns auch in Zukunft allerlei Gemeinheiten begehen wird, ganz gleich, ob in der Art der Schachty-Affäre oder in einer anderen, ähnlichen Art.
Darin liegen die Klassenwurzeln der Schachty-Affäre.
Weshalb konnte bei uns eine militärische Intervention des internationalen Kapitals gelingen? Weil es in unserem Lande ganze Gruppen militärischer Spezialisten gab, Generale und Offiziere, Söhne von Bourgeois und Gutsbesitzern, die stets bereit waren, die Grundlagen der Sowjetmacht zu untergraben. Hätten diese Offiziere und Generale einen ernsthaften Krieg gegen die Sowjetmacht organisieren können ohne finanzielle, militärische und jegliche andere Unterstützung durch das internationale Kapital? Natürlich nicht. Hätte das internationale Kapital ohne die Hilfe dieser Gruppe weißgardistischer Offiziere und Generale eine ernsthafte Intervention organisieren können? Ich glaube nicht.
Es gab bei uns damals Genossen, die glaubten, dass die militärische Intervention ein Zufall gewesen sei, dass es, wenn wir Krasnow, Mamontow usw. nicht aus dem Gefängnis gelassen hätten, auch keine Intervention gegeben hätte. Das stimmt natürlich nicht. Dass die Freilassung Mamontows, Krasnows und anderer weißgardistischer Generale bei der Entwicklung des Bürgerkriegs eine Rolle gespielt hat - darüber kann es keinen Zweifel geben. Dass aber die Wurzeln der militärischen Intervention nicht darin, sondern in den Klassengegensätzen zwischen der Sowjetmacht einerseits und dem internationalen Kapital nebst seinen Spießgesellen, den Generalen in Rußland, anderseits liegen - darüber kann es ebenfalls keinen Zweifel geben.
Hätten einige bürgerliche Spezialisten, hätten die ehemaligen Grubenbesitzer bei uns die Schachty-Affäre organisieren können ohne finanzielle und moralische Unterstützung durch das internationale Kapital, ohne die Perspektive, dass das internationale Kapital ihnen beim Sturz der Sowjetmacht helfen würde? Natürlich nicht. Hätte das internationale Kapital bei uns eine ökonomische Intervention in der Art der Schachty-Affäre organisieren können, wenn es bei uns im Lande nicht eine Bourgeoisie und darunter eine bestimmte Gruppe bürgerlicher Spezialisten gäbe, die bereit sind, die Sowjetmacht auf jede nur erdenkliche Art zugrunde zu richten? Es ist klar, dass sie das nicht gekonnt hätten. Gibt es bei uns überhaupt Gruppen bürgerlicher Spezialisten, die sich zu einer ökonomischen Intervention, zur Untergrabung der Sowjetmacht bereit finden? Ich glaube, es gibt sie. Ich glaube nicht, dass es viele sein können. Dass es aber bei uns einige unbedeutende Gruppen konterrevolutionärer bürgerlicher Spezialisten gibt, deren Zahl viel geringer ist als während der militärischen Intervention - darüber kann es keinen Zweifel geben.
Die Vereinigung dieser beiden Kräfte gibt gerade den Boden ab für die ökonomische Intervention in der UdSSR.

Das eben sind die klassenmäßigen Hintergründe der Schachty-Affäre. Nun über die praktischen Schlussfolgerungen, die sich aus der Schachty-Affäre ergeben.
Ich möchte auf vier praktische Schlussfolgerungen eingehen, die uns die Schachty-Affäre signalisiert.
Lenin sagte, dass die Frage der Auswahl der Menschen eine der Grundfragen des Aufbaus des Sozialismus ist. Die Schachty-Affäre zeigt, dass wir unsere Wirtschaftskader schlecht ausgewählt haben und nicht nur schlecht ausgewählt, sondern diese selben Kader noch dazu in eine Lage versetzt haben, die ihr Wachstum erschwert. Man spricht von der Verordnung Nr. 33 und besonders von den sie ergänzenden „Musterrichtlinien“[14]. Die charakteristische Besonderheit dieser Musterrichtlinien besteht darin, dass sie den technischen Direktor mit fast allen Rechten ausstatten, während sie dem Betriebsleiter nur das Recht einräumen, Konflikte zu schlichten, „zu repräsentieren“ und Balalaika zu spielen. Es ist klar, dass sich unsere Wirtschaftskader unter solchen Verhältnissen nicht in genügendem Maße entwickeln konnten.
Seinerzeit war diese Verordnung absolut notwendig, denn sie wurde zu einem Zeitpunkt erlassen, als wir überhaupt keine eigenen Wirtschaftskader hatten, als wir die Industrie noch nicht zu leiten verstanden und notgedrungen die wichtigsten Rechte dem technischen Direktor einräumen mussten. Jetzt aber ist diese Verordnung zu einer Fessel geworden. Jetzt haben wir unsere eigenen Wirtschaftskader, die über Erfahrungen verfügen und sich zu wirklichen Leitern unserer Industrie entwickeln können. Und eben deshalb ist es an der Zeit, die veralteten Musterrichtlinien aufzuheben und sie durch neue zu ersetzen.
Man sagt, es sei den Kommunisten, besonders aber den kommunistischen Wirtschaftlern, die aus den Reihen der Arbeiter kommen, unmöglich, chemische Formeln zu bewältigen und überhaupt sich technische Kenntnisse anzueignen. Das ist nicht richtig, Genossen. Es gibt keine Festung auf der Welt, die die Werktätigen, die Bolschewiki nicht nehmen könnten. (Beifall.) Wir haben in unserm Kampf gegen die Bourgeoisie schon ganz andere Festungen genommen. Alles kommt darauf an, dass man den Wunsch hat, sich technische Kenntnisse anzueignen, und dass man sich mit Beharrlichkeit und bolschewistischer Geduld wappnet. Um aber die Arbeitsbedingungen unserer Wirtschaftskader zu ändern und ihnen zu helfen, wirkliche und vollberechtigte Meister ihres Fachs zu werden, ist es notwendig, die alten Musterrichtlinien aufzuheben und sie durch neue zu ersetzen. Andernfalls laufen wir Gefahr, dass unsere Kader verkümmern.
Waren etwa manche unserer Wirtschaftler, die jetzt heruntergekommen sind, früher schlechter als irgendjemand von uns? Wodurch ist es zu erklären, dass solche und ähnliche Genossen auf die schiefe Ebene kamen und sich zu zersetzen begannen, dass sie die Lebensweise der bürgerlichen Spezialisten annahmen? Das erklärt sich aus unserer falschen Wirtschaftspraxis, das erklärt sich aus der Art der Auswahl unserer Wirtschaftsfunktionäre und aus den Bedingungen ihrer Arbeit, die ihre Entwicklung erschweren, die sie in ein Anhängsel der bürgerlichen Spezialisten verwandeln. Mit einer solchen Praxis muss Schluss gemacht werden, Genossen.
Die zweite Schlussfolgerung, die uns die Schachty-Affäre signalisiert, besteht darin, dass wir die Kader in unseren technischen Hochschulen schlecht unterrichten, dass wir unsere roten Spezialisten schlecht ausbilden. Das ist eine Schlussfolgerung, um die wir auf keinen Fall herumkommen. Warum sind zum Beispiel viele unserer jungen Spezialisten ihren Aufgaben nicht gewachsen, warum taugen sie nicht für die Industrie? Weil sie nur aus Büchern gelernt haben, weil sie Spezialisten nur mit Bücherweisheiten sind, weil sie keine praktischen Erfahrungen haben, weil sie von der Produktion losgelöst sind und daher natürlich Schiffbruch erleiden. Brauchen wir aber etwa solche Spezialisten? Nein, nicht solche Spezialisten brauchen wir, mögen sie zehnmal junge Spezialisten sein. Wir brauchen Spezialisten - ganz gleich, ob Kommunisten oder nicht Kommunisten -, die nicht nur in der Theorie stark sind, sondern auch praktische Erfahrung haben und mit der Produktion verbunden sind.

Der junge Spezialist, der noch keine Grube gesehen hat und in keine Grube hinuntersteigen will, der junge Spezialist, der noch keine Fabrik gesehen hat und sich in keiner Fabrik schmutzig machen will, ein solcher Spezialist wird nie mit den alten, in der praktischen Erfahrung gestählten, aber unserer Sache feindlich gegenüberstehenden Spezialisten fertig werden. Es ist darum leicht zu erklären, dass nicht nur die alten Spezialisten und nicht nur unsere Wirtschaftler, sondern auch die Arbeiter solchen jungen Spezialisten nicht selten feindlich begegnen. Damit es aber solche Überraschungen mit den jungen Spezialisten nicht mehr gibt, muss ihre Ausbildung geändert werden, und zwar so geändert werden, dass die jungen Spezialisten gleich von ihren ersten Studienjahren in den technischen Hochschulen an mit der Produktion, mit der Fabrik, mit der Grube usw. unlöslich verbunden sind.
Die dritte Schlussfolgerung betrifft die Frage der Heranziehung der breiten Arbeitermassen zur Leitung der Industrie. Wie steht es hiermit, wenn man sich die Schachty-Materialien betrachtet? Sehr schlecht. Unerhört schlecht, Genossen. Es ist erwiesen, dass der Kodex für Arbeitsrecht verletzt, der Sechsstundentag bei Arbeiten unter Tage nicht immer eingehalten wird, dass die Arbeitsschutzbestimmungen missachtet werden. Und die Arbeiter dulden das. Die Gewerkschaften schweigen. Und die Parteiorganisationen ergreifen keine Maßnahmen, um mit diesem unerhörten Zustand Schluss zu machen.
Ein Genosse, der unlängst das Donezbecken besuchte, kroch dort in den Gruben herum und fragte die Bergarbeiter nach ihren Arbeitsbedingungen. Es ist bezeichnend, dass nicht einer der Bergarbeiter es für notwendig hielt, sich über die Bedingungen zu beklagen. „Wie geht es Ihnen, Genossen?“ fragt sie dieser Genosse. „Ganz gut, Genosse, es geht uns nicht schlecht“, antworten ihm die Bergarbeiter. „Ich fahre nach Moskau, sagen Sie mir, was soll ich dem Zentrum ausrichten?“ fragt er. „Sagen Sie dort, dass es uns nicht schlecht geht“, antworten ihm die Bergarbeiter. „Hören Sie, Genossen, ich bin doch kein Ausländer, ich bin Russe und bin hierher gekommen, um von Ihnen die Wahrheit zu erfahren“, sagt ihnen der Genosse. „Das ist uns ganz gleich, Genosse, wir sagen nur die Wahrheit sowohl den Ausländern als auch den Unsrigen“, antworten ihm die Bergarbeiter.
Da haben Sie die Physiognomie unserer Bergleute. Das sind nicht einfach Arbeiter, sondern Helden. Darin eben besteht auch der Reichtum des moralischen Kapitals, das wir in den Herzen der Arbeiter zu erwerben vermochten. Und man stelle sich nur vor, dass wir dieses unschätzbare moralische Kapital so gewissenlos und verbrecherisch vergeuden wie schlechte und untaugliche Sachwalter des großen Erbes der Oktoberrevolution! Aber, Genossen, von altem moralischem Kapital lange zehren und es so unbesonnen vergeuden - das geht nicht. Es ist Zeit, damit Schluss zu machen. Höchste Zeit!
Schließlich die vierte Schlussfolgerung, die die Kontrolle der Durchführung betrifft. Die Schachty-Affäre hat gezeigt, dass es um die Kontrolle der Durchführung bei uns auf allen Gebieten der Verwaltung unter aller Kritik schlecht bestellt ist, sowohl in der Partei als auch in der Industrie und in den Gewerkschaften. Es werden Resolutionen geschrieben, Direktiven versandt, aber niemand fühlt sich bemüßigt, zu fragen: Wie ist es aber um die Durchführung dieser Resolutionen und Direktiven bestellt, werden sie tatsächlich durchgeführt, oder werden sie zu den Akten gelegt?
Iljitsch sagte, dass eine der ernstesten Fragen bei der Verwaltung des Landes die Frage der Kontrolle der Durchführung ist. Aber gerade um diese Frage ist es bei uns unter aller Kritik schlecht bestellt. Resolutionen schreiben und Direktiven verschicken heißt noch nicht führen. Führen heißt die Durchführung der Direktiven kontrollieren und nicht nur ihre Durchführung, sondern auch die Direktiven selbst, heißt kontrollieren, ob sie vom Standpunkt der lebendigen praktischen Arbeit richtig oder falsch sind. Es wäre lächerlich, zu glauben, dass alle unsere Direktiven hundertprozentig richtig seien. So etwas gibt es nicht und kann es nicht geben, Genossen. Die Kontrolle der Durchführung besteht ja gerade darin, dass unsere Funktionäre im Feuer der praktischen Erfahrung nicht nur die Durchführung unserer Direktiven, sondern

auch die Richtigkeit der Direktiven selbst überprüfen müssen. Deshalb bedeuten Mängel auf diesem Gebiet Mängel in unserer gesamten Führung.
Nehmen wir zum Beispiel die Kontrolle der Durchführung auf der reinen Parteilinie. Wir lassen gewöhnlich die Sekretäre der Bezirks- und Gouvernementskomitees zur Berichterstattung in das ZK kommen und kontrollieren die Durchführung der Direktiven des ZK. Die Sekretäre erstatten Bericht, stellen die Mängel in ihrer Arbeit fest. Das ZK kritisiert sie und fasst schablonenhafte Resolutionen mit den Weisungen, die Arbeit zu vertiefen und zu verbreitern, das und das in den Vordergrund zu rücken, dem und dem ernste Aufmerksamkeit zu schenken usw. Die Sekretäre fahren mit diesen Resolutionen zurück. Dann lassen wir sie wieder kommen, und es wiederholt sich dasselbe: Vertiefung, Verbreiterung usw., usw. Ich sage nicht, dass diese ganze Arbeit nutzlos ist. Nein, Genossen, diese Sache hat ihre guten Seiten im Sinne der Erziehung und Straffung der Organisationen. Man muss aber gestehen, dass diese Methode der Kontrolle der Durchführung bereits unzureichend ist. Man muss anerkennen, dass diese Methode durch eine andere Methode ergänzt werden muss, und zwar durch die Methode der Entsendung von führenden Partei- und Sowjetfunktionären zur Arbeit draußen im Lande. (Zuruf: „Das ist eine gute Sache!“) Ich spreche von einer Entsendung unserer führenden Genossen zu zeitweiliger Arbeit draußen im Lande, von ihrer Entsendung nicht als Kommandierende, sondern als gewöhnliche Funktionäre, die den Ortsorganisationen zur Verfügung gestellt werden. Ich denke, dass diese Sache eine große Zukunft hat und die Kontrolle der Durchführung verbessern kann, wenn sie ehrlich und gewissenhaft durchgeführt wird.
Wenn die Mitglieder des ZK, die Mitglieder des Präsidiums der ZKK, die Volkskommissare und ihre Stellvertreter, die Mitglieder des Präsidiums des Zentralrats der Gewerkschaften, die Mitglieder der Präsidien der Zentralkomitees der Gewerkschaften, wenn sie systematisch ins Land hinausfahren und an Ort und Stelle arbeiten, um einen Einblick in die Arbeit zu gewinnen, um alle Schwierigkeiten, alle negativen und positiven Seiten kennen zu lernen - dann wird dies, das versichere ich Ihnen, die wirksamste und effektivste Kontrolle der Durchführung sein. Das wird das beste Mittel sein, die Erfahrungen unserer geschätzten Führer zu bereichern. Und wenn das zum System geworden ist - und es muss unbedingt zum System werden -, dann werden, das versichere ich Ihnen, die Gesetze, die wir hier schreiben, und die Direktiven, die wir ausarbeiten, bei weitem lebensnäher und richtiger sein, als es gegenwärtig der Fall ist.
So, Genossen, ist es um die Schachty-Affäre bestellt.

IV
ALLGEMEINE SCHLUSSFOLGERUNG

Wir haben innere Feinde. Wir haben äußere Feinde. Das darf man nicht vergessen, Genossen, nicht für eine Minute.
Wir hatten eine Beschaffungskrise, die bereits liquidiert ist. Die Beschaffungskrise bedeutete den ersten ernsthaften Vorstoß der kapitalistischen Elemente des Dorfes gegen die Sowjetmacht, den sie unter den Verhältnissen der NÖP unternahmen.
Wir haben die Schachty-Affäre, die wir bereits liquidieren und die zweifellos liquidiert werden wird. Die Schachty-Affäre bedeutet einen neuen ernsten Vorstoß des internationalen Kapitals und seiner Agenten in unserem Lande gegen die Sowjetmacht. Das ist eine ökonomische Intervention in unsere inneren Angelegenheiten.
Es braucht nicht betont zu werden, dass diese und ähnliche Vorstöße sowohl von innen als auch von außen sich wiederholen können und wahrscheinlich wiederholen werden. Unsere Aufgabe ist es, maximale Wachsamkeit an den Tag zu legen und auf der Hut zu sein. Und wenn wir wachsam sind, Genossen, werden wir unfehlbar unsere Feinde in Zukunft ebenso

schlagen, wie wir sie gegenwärtig schlagen und wie wir sie in der Vergangenheit geschlagen haben. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

„Prawda“ Nr. 90,
18. April 1928.

BEGRÜSSUNGSSCHREIBEN AN DIE ARBEITER VON KOSTROMA

Brüderlichen Gruß den Arbeitern von Kostroma zum 1. Mai, zum Tage der Enthüllung eines Denkmals in Kostroma, eines Denkmals für Lenin - den Begründer unserer Partei!
Es leben die Arbeiter von Kostroma!
Es lebe der 1. Mai!
Ewig lebe in den Herzen der Arbeiterklasse das Gedenken an Lenin!

30. April 1928.

J. Stalin

„Sewernaja Prawda“ (Nord-Prawda)
(Kostroma) Nr. 102, 4. Mai 1928.

REDE AUF DEM VIII. KONGRESS DES LENINSCHEN KOMMUNISTISCHEN JUGENDVERBANDS DER SOWJETUNION[15]

16. Mai 1928

Genossen! Im Allgemeinen ist es üblich, auf Kongressen über Errungenschaften zu sprechen. Kein Zweifel, dass wir Errungenschaften haben. Sie, diese Errungenschaften, sind natürlich nicht klein, und es besteht kein Grund, sie zu verheimlichen. Aber, Genossen, in letzter Zeit hat man bei uns begonnen, so viel und zuweilen bis zum Überdruss über Errungenschaften zu reden, dass einem jede Lust vergeht, Gesagtes zu wiederholen. Gestatten Sie mir daher, die übliche Ordnung zu durchbrechen und Ihnen ein paar Worte nicht über unsere Errungenschaften zu sagen, sondern über unsere Schwächen und über unsere Aufgaben im Zusammenhang mit diesen Schwächen.

Ich denke dabei an die Aufgaben, Genossen, die sich auf unseren inneren Aufbau beziehen.

Diese Aufgaben betreffen drei Fragen: die Frage der Linie unserer politischen Arbeit, die Frage der Hebung der Aktivität der breiten Volksmassen im allgemeinen, der Arbeiterklasse im besonderen, sowie des Kampfes gegen den Bürokratismus und schließlich die Frage der Heranbildung neuer Kader für unseren wirtschaftlichen Aufbau.

I
STÄRKT DIE KAMPFBEREITSCHAFT DER ARBEITERKLASSE

Beginnen wir mit der ersten Frage. Ein charakteristischer Zug der gegenwärtigen Lage besteht darin, dass wir nun schon fünf Jahre lang unter Bedingungen einer friedlichen Entwicklung aufbauen. Ich spreche von friedlicher Entwicklung nicht nur in dem Sinne, dass wir keinen Krieg mit auswärtigen Feinden haben, sondern auch in dem Sinne, dass es keine Elemente des Bürgerkriegs im Innern des Landes gibt. Das eben nennen wir Bedingungen einer friedlichen Entwicklung unseres Aufbaus.

Sie wissen, dass wir drei Jahre lang gegen die Kapitalisten der ganzen Welt Krieg geführt haben, um uns diese Bedingungen einer friedlichen Entwicklung zu erkämpfen. Sie wissen, dass wir uns diese Bedingungen erkämpft haben, und wir halten das für unsere größte Errungenschaft. Aber, Genossen, jede Errungenschaft, darunter auch diese Errungenschaft, hat auch ihre negativen Seiten. Die Bedingungen des friedlichen Aufbaus sind nicht ohne Auswirkungen für uns geblieben. Sie haben unserer Arbeit, unseren Funktionären, deren Mentalität ihren Stempel aufgedrückt. Wir sind in diesen fünf Jahren glatt vorangekommen, wie auf Schienen. Im Zusammenhang damit ist bei einer Reihe unserer Funktionäre die Stimmung aufgekommen, alles werde wie geölt gehen, wir säßen sozusagen in einem Extrazug und führen, ohne umzusteigen, direkt in den Sozialismus hinein.

Auf diesem Boden ist die Theorie des „Selbstlaufs“ entstanden, die Theorie des „Aufs-Glück-Vertrauens“, die Theorie, dass „sich alles von selbst einrenken wird“, dass es bei uns keine Klassen gäbe, dass sich unsere Feinde beruhigt hätten und dass bei uns alles wie am Schnürchen gehen werde. Daher ein gewisser Hang zur Trägheit, zum Schlummern. Und diese Schlummerpsychologie, diese Psychologie des „Selbstlaufs“ in der Arbeit - das eben ist die negative Seite der friedlichen Entwicklungsperiode.

Worin besteht die Gefahr solcher Stimmungen? Darin, dass sie der Arbeiterklasse den Blick trüben, sie hindern, ihre Feinde zu erkennen, dass die Arbeiterklasse mit prahlerischen Reden über die Schwäche unserer Feinde eingelullt und ihre Kampfbereitschaft geschwächt wird.

Man darf sich nicht damit zufrieden geben, dass wir in der Partei eine Million Mitglieder haben, im Kommunistischen Jugendverband zwei Millionen, in den Gewerkschaften zehn

Millionen, und glauben, dass damit alles für den endgültigen Sieg über die Feinde gesichert sei. Das wäre falsch, Genossen. Die Geschichte lehrt, dass die größten Armeen zugrunde gingen, wenn sie überheblich wurden, zu sehr auf die eigenen Kräfte vertrauten, die Kraft der Feinde zuwenig in Rechnung stellten, sich dem Schlummer hingaben, die Kampfbereitschaft einbüßten und im kritischen Moment überrumpelt wurden.

Die größte Partei kann überrumpelt werden, die größte Partei kann zugrunde gehen, wenn sie die Lehren der Geschichte nicht beherzigt, wenn sie nicht tagaus, tagein die Kampfbereitschaft ihrer Klasse stählt. Überrumpelt zu werden - das ist sehr gefährlich, Genossen. Überrumpelt werden bedeutet ein Opfer von „Überraschungen“ werden, ein Opfer der Panik vor dem Feind. Panik aber führt zum Zerfall, zur Niederlage, zum Untergang.

Ich könnte Ihnen viele Beispiele erzählen aus dem Leben unserer Armeen in der Zeit des Bürgerkriegs, als kleine Abteilungen große Truppenverbände zerschlugen, wenn diese Truppenverbände nicht die genügende Kampfbereitschaft besaßen. Ich könnte Ihnen erzählen, wie im Jahre 1920 drei Reiterdivisionen mit nicht weniger als 5000 Mann von einem einzigen Infanteriebataillon zerschlagen und in chaotische Flucht getrieben wurden allein, weil die überrumpelten Reiterdivisionen in Panik gerieten vor einem Feind, den sie nicht kannten, der äußerst gering war an Zahl und mit dem sie mit einem Schlage hätten fertig werden können, wenn diese Divisionen nicht geschlafen hätten und dann nicht in Panik, in Verwirrung geraten wären.

Das gleiche gilt für unsere Partei, für unseren Kommunistischen Jugendverband, für unsere Gewerkschaften, für unsere Kräfte überhaupt. Es ist nicht wahr, dass es bei uns bereits keine Klassenfeinde mehr gäbe, dass sie zerschlagen und liquidiert seien. Nein, Genossen, Klassenfeinde gibt es bei uns. Und es gibt sie nicht nur, sondern sie wachsen und versuchen, gegen die Sowjetmacht vorzugehen.

Davon zeugen unsere Beschaffungsschwierigkeiten im Winter dieses Jahres, als die kapitalistischen Elemente des Dorfes die Politik der Sowjetmacht zu durchkreuzen versuchten.

Davon zeugt die Schachty-Affäre, die ein Ausdruck ist für das gemeinsame Vorgehen des internationalen Kapitals und der Bourgeoisie unseres Landes gegen die Sowjetmacht.

Davon zeugen zahlreiche Tatsachen aus dem Gebiet der Innen- und der Außenpolitik, die Ihnen bekannt sind und auf die ich hier nicht weiter einzugehen brauche.

Man darf über diese Feinde der Arbeiterklasse nicht schweigen. Die Kräfte der Klassenfeinde der Arbeiterklasse zu unterschätzen wäre ein Verbrechen. Man darf über all das nicht schweigen, besonders jetzt, in der Periode unserer friedlichen Entwicklung, da die Schlummertheorie, die Theorie des „Selbstlaufs', die die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse schwächt, einen verhältnismäßig günstigen Boden findet.

Die gewaltige erzieherische Bedeutung der Beschaffungskrise und der Schachty-Affäre besteht darin, dass sie alle unsere Organisationen aufgerüttelt, die Theorie des „Selbstlaufs“ untergraben und ein übriges Mal das Vorhandensein von Klassenfeinden unterstrichen haben, die es gibt, die nicht schlafen und gegen die die Kräfte der Arbeiterklasse, ihre Wachsamkeit, ihr revolutionärer Geist, ihre Kampfbereitschaft gestärkt werden müssen.

Daher die dringliche Aufgabe der Partei, die politische Linie ihrer tagtäglichen Arbeit: Hebung der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse gegen ihre Klassenfeinde.

Man muss feststellen, dass der gegenwärtige Kongress des Kommunistischen Jugendverbands und besonders die „Komsomolskaja Prawda“ heute näher denn je an diese Aufgabe herangekommen sind. Sie wissen, dass in den Ausführungen der Redner ebenso wie in den Artikeln der „Komsomolskaja Prawda“ die Wichtigkeit dieser Aufgabe betont wird. Das ist sehr gut, Genossen. Nur ist es notwendig, diese Aufgabe nicht als eine zeitweilige und vorübergehende Aufgabe zu betrachten, denn die Aufgabe, die Kampfbereitschaft des Proletariats zu stärken, ist eine Aufgabe, von der unsere ganze Arbeit durchdrungen sein muss, solange es in unserem Lande Klassen gibt und solange die kapitalistische Umkreisung besteht.

II
ORGANISIERT DIE MASSENKRITIK VON UNTEN

Die zweite Frage betrifft die Aufgabe des Kampfes gegen den Bürokratismus, die Aufgabe der Organisierung einer Massenkritik an unseren Mängeln, die Aufgabe der Organisierung einer Massenkontrolle von unten.

Einer der schlimmsten Feinde unseres Vormarsches ist der Bürokratismus. Er lebt in allen unseren Organisationen - sowohl in den Parteiorganisationen als auch in den Organisationen des Kommunistischen Jugendverbands, sowohl in den Gewerkschaftsorganisationen als auch in den Wirtschaftsorganisationen. Wenn man von Bürokraten spricht, so weist man in der Regel mit dem Finger auf die alten parteilosen Beamten, die in unseren Karikaturen gewöhnlich als Leute mit einer Brille dargestellt werden. (Heiterkeit.) Das ist nicht ganz richtig, Genossen. Wenn es sich nur um die alten Bürokraten handelte, so wäre der Kampf gegen den Bürokratismus die leichteste Sache der Welt. Das Schlimme ist, dass es sich nicht um die alten Bürokraten handelt. Es handelt sich um die neuen Bürokraten, Genossen, es handelt sich um Bürokraten, die mit der Sowjetmacht sympathisieren, es handelt sich schließlich um Bürokraten aus den Reihen der Kommunisten. Der kommunistische Bürokrat ist der gefährlichste Typ des Bürokraten. Warum? Weil er seinen Bürokratismus mit seiner Parteimitgliedschaft maskiert. Und solche kommunistischen Bürokraten gibt es bei uns leider nicht wenig.

Nehmen Sie unsere Parteiorganisationen. Sie haben sicher von der Smolensker Affäre, von der Artjomowsker Affäre usw. gelesen. Ist das vielleicht ein Zufall? Woraus erklären sich diese schändlichen Fälle moralischer Zersetzung und moralischen Verfalls in einigen Gliedern unserer Parteiorganisationen? Daraus, dass dort das Monopol der Partei ad absurdum geführt, die Stimme der Massen erstickt, die innerparteiliche Demokratie beseitigt und Bürokratismus gezüchtet wurde. Wie ist dieses Übel zu bekämpfen? Ich bin der Meinung, dass es keine anderen Mittel gegen dieses Übel gibt noch geben kann als die Organisierung der Kontrolle durch die Parteimassen von unten, als die Entfaltung der innerparteilichen Demokratie. Was lässt sich dagegen einwenden, dass gegen diese demoralisierten Elemente der Zorn der Parteimassen entfacht und ihnen die Möglichkeit gegeben wird, solche Elemente zum Teufel zu jagen? Es lässt sich dagegen schwerlich etwas einwenden.

Oder nehmen wir zum Beispiel den Kommunistischen Jugendverband. Sie werden natürlich nicht leugnen, dass es im Kommunistischen Jugendverband hier und da völlig demoralisierte Elemente gibt, gegen die unbedingt ein schonungsloser Kampf geführt werden muss. Doch lassen wir die demoralisierten Elemente. Nehmen wir den letzten Fall eines prinzipienlosen Gruppenkampfes innerhalb des Kommunistischen Jugendverbands, in dessen Mittelpunkt einzelne Personen stehen, eines Kampfes, der die Atmosphäre im Kommunistischen Jugendverband vergiftet. Wie ist es zu erklären, dass man „Kossarewisten“ und „Sobolewisten“ im Kommunistischen Jugendverband in beliebiger Anzahl finden kann, während man Marxisten mit der Laterne in der Hand suchen muss? (Beifall.) Wovon zeugt diese Tatsache, wenn nicht davon, dass in einigen Gliedern der Spitzengruppe des Kommunistischen Jugendverbands ein Prozess bürokratischer Verknöcherung vor sich geht?

Und die Gewerkschaften? Wer wird leugnen, dass es Bürokratismus in den Gewerkschaften mehr als genug gibt? Wir haben Produktionsberatungen in den Betrieben. Wir haben zeitweilige Kontrollkommissionen bei den Gewerkschaften. Die Aufgabe dieser Organisationen besteht darin, die Massen zu wecken, unsere Mängel aufzudecken und Wege zur Verbesserung unseres Aufbaus aufzuzeigen. Warum entwickeln sich diese Organisationen bei uns nicht? Warum sind sie nicht von pulsierendem Leben erfüllt? Ist es nicht klar, dass der Bürokratismus in den Gewerkschaften zuzüglich des Bürokratismus in den Parteiorganisationen diese wichtigen Organisationen der Arbeiterklasse daran hindern, sich zu entwickeln?

Schließlich unsere Wirtschaftsorganisationen. Wer wird leugnen, dass unsere Wirtschaftsorgane an Bürokratismus kranken? Nehmen Sie nur die Schachty-Affäre. Zeugt denn die Schachty-Affäre nicht davon, dass unsere Wirtschaftsorgane nicht vorwärts schreiten, sondern kriechen, sich mühsam dahinschleppen?
Wie kann dem Bürokratismus in allen diesen Organisationen ein Ende bereitet werden?
Es gibt hierfür nur einen einzigen Weg - die Organisierung der Kontrolle von unten, die Organisierung der Kritik der Millionenmassen der Arbeiterklasse gegen den Bürokratismus in unseren Institutionen, gegen ihre Mängel, gegen ihre Fehler.
Ich weiß, dass wir, wenn wir den Zorn der werktätigen Massen gegen die bürokratischen Auswüchse in unseren Organisationen entfachen, mitunter genötigt sind, einige unserer Genossen anzutasten, die in der Vergangenheit Verdienste hatten, jetzt aber an der Krankheit des Bürokratismus leiden. Kann uns das aber etwa davon abhalten, die Kontrolle von unten zu organisieren? Ich denke, das kann es nicht und darf es nicht. Für die alten Verdienste soll man sich vor ihnen verneigen, für die neuen Fehler und für den Bürokratismus aber sollte man ihnen tüchtig eins drauf geben. (Heiterkeit, Beifall.) Wie kann es denn anders sein? Warum sollte man das nicht tun, wenn es die Interessen der Sache erfordern?
Man spricht über Kritik von oben, über Kritik seitens der Arbeiter- und Bauerninspektion, seitens des ZK unserer Partei usw. All das ist natürlich gut. Aber es ist bei weitem nicht genug. Mehr noch, das ist jetzt gar nicht die Hauptsache. Die Hauptsache ist jetzt, gegen den Bürokratismus überhaupt, gegen die Mängel in unserer Arbeit insbesondere, eine breite Welle der Kritik von unten auszulösen. Nur wenn wir erreichen, dass der Druck von zwei Seiten erfolgt - sowohl von oben als auch von unten -, nur wenn das Schwergewicht auf die Kritik von unten verlegt wird, wird man auf Erfolge im Kampf und auf die Ausrottung des Bürokratismus rechnen können.
Es wäre falsch, zu glauben, dass nur die Führer über Erfahrungen im Aufbau verfügen. Das stimmt nicht, Genossen. Die Millionenmassen der Arbeiter, die unsere Industrie aufbauen, sammeln tagaus, tagein gewaltige Erfahrungen im Aufbau, die für uns nicht weniger wertvoll sind als die Erfahrungen der Führer. Die Massenkritik von unten, die Kontrolle von unten brauchen wir unter anderem deshalb, damit diese Erfahrungen der Millionenmassen nicht verloren gehen, damit sie berücksichtigt und in die Tat umgesetzt werden.
Daher die dringliche Aufgabe der Partei: Schonungsloser Kampf gegen den Bürokratismus, Organisierung der Massenkritik von unten, Berücksichtigung dieser Kritik in den praktischen Beschlüssen über die Beseitigung unserer Mängel.
Man kann nicht sagen, dass der Kommunistische Jugendverband und insbesondere die „Komsomolskaja Prawda“ der Wichtigkeit dieser Aufgabe nicht Rechnung trügen. Der Mangel besteht hier darin, dass die Erfüllung dieser Aufgabe häufig nicht zu Ende geführt wird. Um sie aber zu Ende zu führen, muss man nicht nur die Kritik berücksichtigen, sondern auch die Resultate der Kritik, auch die Verbesserungen, die im Ergebnis der Kritik eingeführt werden.

III
DIE JUGEND
MUSS DIE WISSENSCHAFT MEISTERN

Die dritte Aufgabe betrifft die Frage der Heranbildung neuer Kader für den sozialistischen Aufbau.
Wir stehen, Genossen, vor den gewaltigen Aufgaben der Umgestaltung unserer gesamten Volkswirtschaft. In der Landwirtschaft müssen wir das Fundament einer zusammengeschlossenen gesellschaftlichen Großwirtschaft legen. Aus dem heute veröffentlichten Schreiben des Genossen Molotow[16] muss Ihnen bekannt sein, dass die Sowjetmacht sich die überaus schwierige Aufgabe stellt, die kleinen, zersplitterten

Bauernwirtschaften zu Kollektiven zusammenzuschließen und neue große Getreidesowjetwirtschaften zu schaffen. Es sind dies Aufgaben, ohne deren Lösung ein ernstlicher und schneller Vormarsch unmöglich ist.

Während sich die Sowjetmacht in der Industrie auf die höchstkonzentrierte Großproduktion stützt, stützt sie sich in der Landwirtschaft auf den in höchstem Grade zersplitterten kleinen bäuerlichen Wirtschaftsbetrieb, der nur zur Hälfte Warenwirtschaft ist und der weit weniger Warengetreide liefert als die Vorkriegswirtschaft, obwohl die Aussaatflächen den Vorkriegsstand erreicht haben. Das ist die Grundlage für alle möglichen Schwierigkeiten, die künftig bei der Getreidebeschaffung auftreten können. Um aus dieser Lage herauszukommen, muss man energisch an die Organisierung einer gesellschaftlichen Großproduktion in der Landwirtschaft gehen. Um aber eine Großwirtschaft zu organisieren, muss man die Wissenschaft von der Landwirtschaft beherrschen. Um sie aber zu beherrschen, muss man lernen. Indes ist die Zahl derjenigen, die die Wissenschaft von der Landwirtschaft beherrschen, bei uns unerhört gering. Daher die Aufgabe, neue, junge Kader von Baumeistern für die neue, gesellschaftliche Landwirtschaft heranzubilden.

In der Industrie steht es bei uns viel besser. Aber auch hier hemmt der Mangel an neuen Kadern von Baumeistern unseren Vormarsch. Man braucht sich nur die Schachty-Affäre ins Gedächtnis zu rufen, um zu verstehen, wie brennend die Frage neuer Kader von Baumeistern für die sozialistische Industrie ist. Gewiss, wir haben alte Spezialisten für den Aufbau der Industrie. Aber erstens haben wir ihrer nur wenig, zweitens sind nicht alle von ihnen gewillt, die neue Industrie aufzubauen, drittens verstehen viele von ihnen nicht die neuen Aufgaben des Aufbaus, viertens ist ein beträchtlicher Teil von ihnen inzwischen alt geworden und scheidet aus. Um die Sache voranzubringen, müssen wir in beschleunigtem Tempo neue Kader von Spezialisten aus den Reihen der Arbeiterklasse, der Kommunisten, der Jungkommunisten schaffen.

Menschen, die gern aufbauen und den Aufbau leiten möchten, haben wir zur Genüge, sowohl auf dem Gebiet der Landwirtschaft als auch auf dem Gebiet der Industrie. Aber Menschen, die aufzubauen und zu leiten verstehen, haben wir unerhört wenig. Im Gegenteil, Ignorantentum auf diesem Gebiet gibt es bei uns noch und noch. Mehr als das, es gibt bei uns Leute, die bereit sind, unsere kulturelle Rückständigkeit zu verherrlichen. Bist du Analphabet oder schreibst du falsch und brüstest dich mit deiner Rückständigkeit, so bist du ein Arbeiter „von der Werkbank“, so genießt du Ehre und Achtung. Hast du aber die kulturelle Rückständigkeit überwunden, hast du lesen und schreiben gelernt, hast du die Wissenschaft gemeistert, so bist du ein Fremdling, so hast du dich von den Massen „losgelöst“, hast aufgehört, ein Arbeiter zu sein.

Ich denke, dass wir nicht einen Schritt vorwärtskommen werden, solange wir diese Barbarei und Wildheit, diese barbarische Einstellung zur Wissenschaft und zu gebildeten Menschen nicht ausgemerzt haben. Die Arbeiterklasse kann nicht zum wirklichen Herrn des Landes werden, wenn sie es nicht versteht, ihre kulturelle Rückständigkeit zu überwinden, wenn sie es nicht versteht, eine eigene Intelligenz heranzubilden, wenn sie die Wissenschaft nicht meistert und wenn sie es nicht versteht, die Wirtschaft auf wissenschaftlicher Grundlage zu leiten.

Man muss begreifen, Genossen, dass die Kampfbedingungen jetzt andere sind als in der Periode des Bürgerkriegs. In der Periode des Bürgerkriegs konnte man die Stellungen des Feindes im Sturm nehmen, durch Kühnheit, Verwegenheit, durch eine Kavallerieattacke. Heute, unter den Bedingungen des friedlichen Aufbaus der Wirtschaft, können Kavallerieattacken die Sache nur verderben. Kühnheit und Verwegenheit braucht man auch jetzt, genauso wie früher. Aber mit Kühnheit und Verwegenheit allein kommt man nicht weit. Um jetzt den Feind zu besiegen, muss man es verstehen, die Industrie, die Landwirtschaft, das Verkehrswesen, den Handel aufzubauen, muss man der hoffärtigen und überheblichen Einstellung zum Handel entsagen.

Um aufzubauen, muss man etwas wissen, muss man die Wissenschaft meistern. Um aber etwas zu wissen, muss man lernen. Beharrlich, geduldig lernen. Bei allen lernen - sowohl bei den Feinden als auch bei den Freunden, besonders bei den Feinden. Lernen mit zusammengebissenen Zähnen, ohne Furcht, dass die Feinde über uns, über unsere Unwissenheit, über unsere Rückständigkeit lachen werden.
Vor uns steht eine Festung. Ihr Name, der Name dieser Festung, ist Wissenschaft mit ihren zahlreichen Wissenszweigen. Diese Festung müssen wir um jeden Preis nehmen. Diese Festung muss die Jugend nehmen, wenn sie der Erbauer eines neuen Lebens sein, wenn sie zu einem wirklichen Nachwuchs der alten Garde werden will.
Wir können uns jetzt nicht auf die Heranbildung kommunistischer Kader überhaupt, bolschewistischer Kader überhaupt beschränken, die über alles ein wenig zu schwätzen verstehen. Dilettantismus und Alleswisserei sind jetzt Fesseln für uns. Was wir jetzt brauchen, sind bolschewistische Spezialisten für die Metallindustrie, die Textilindustrie, die Brennstoffindustrie, für Chemie, für die Landwirtschaft, das Verkehrswesen, den Handel, für Buchhaltung usw. usf. Wir brauchen jetzt ganze Gruppen, Hunderte und Tausende neuer Kader aus den Reihen der Bolschewiki, die auf den verschiedensten Wissensgebieten ihr Fach beherrschen. Ohne das kann von einem schnellen Tempo des sozialistischen Aufbaus in unserem Lande gar keine Rede sein. Ohne das kann gar keine Rede davon sein, dass wir die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder werden einholen und überholen können.
Die Wissenschaft meistern, neue Kader bolschewistischer Spezialisten in allen Wissenszweigen schmieden, lernen, lernen, mit größter Beharrlichkeit lernen - das ist jetzt die Aufgabe.
Ein Massenfeldzug der revolutionären Jugend für die Meisterung der Wissenschaft - das ist es, was wir jetzt brauchen, Genossen. (Stürmischer Beifall, Rufe: „Hurra!“, „Bravo!“ Alle erheben sich von den Plätzen.)

„Prawda“ Nr. 113,
17. Mai 1928.

AN DIE „KOMSOMOLSKAJA PRAWDA“

Zum dritten Jahrestag ihres Bestehens

Freundschaftliche Grüße der „Komsomolskaja Prawda“, dem Kampforgan unserer Arbeiter- und Bauernjugend!

Ich wünsche ihr Erfolg an der schwierigen Front der Erziehung der Jugend im Geiste des unversöhnlichen Kampfes gegen die Feinde der Arbeiterklasse, im Geiste des Kampfes für den vollen Sieg des Kommunismus in der ganzen Welt!

Möge die „Komsomolskaja Prawda“ die Glocke sein, die die Schlafenden weckt, die Ermüdeten ermuntert, die Zurückgebliebenen vorandrängt, möge sie den Bürokratismus unserer Institutionen geißeln, die Mängel unserer Arbeit aufdecken, die Erfolge unseres Aufbaus aufzeigen und so die Heranbildung neuer Menschen, neuer Erbauer des Sozialismus fördern, einer neuen Generation von Jungen und Mädchen, die fähig sind, die alte Garde der Bolschewiki abzulösen!

Die Stärke unserer Revolution besteht darin, dass es bei uns keine Kluft zwischen der alten und der neuen Generation der Revolutionäre gibt. Wir siegen deshalb, weil die alte und die junge Garde bei uns gemeinsam marschieren, in einer einheitlichen Front, in einem Glied sowohl gegen die inneren als auch gegen die äußeren Feinde.

Die Aufgabe besteht darin, diese Einheit zu wahren und zu festigen.

Möge die „Komsomolskaja Prawda“ ein unermüdlicher Künder der Idee
dieser Einheit zwischen der alten und der jungen Garde der Bolschewiki sein!

26. Mai 1928.

J. Stalin

„Komsomolskaja Prawda“ Nr. 122,
27.Mai 1928.

AN DIE SWERDLOW-UNIVERSITÄT

Zum zehnten Jahrestag ihres Bestehens

Das zehnjährige Bestehen der Swerdlow-Universität[14] ist eine gewaltige Errungenschaft der Partei an der Front des Kampfes für die Heranbildung neuer leninistischer Kader.

In diesen zehn Jahren hat die Swerdlow-Universität der Partei Hunderte und Tausende der Sache des Kommunismus ergebene junge Funktionäre zugeführt, die die alte Garde der Bolschewiki ablösen.

In den zehn Jahren ihres Bestehens hat sich die Universität voll und ganz bewährt und somit gezeigt, dass sie nicht umsonst den Namen ihres Gründers, des Vorkämpfers für den Kommunismus, J. M. Swerdlows, trägt.

Die Arbeiterfunktionäre der Partei lehren, die wissenschaftliche Methode von Marx und Lenin zu meistern und sie beim sozialistischen Aufbau richtig anzuwenden - das ist die Aufgabe, die die Swerdlow-Universität in Ehren erfüllt hat, erfüllt und erfüllen wird.

Gruß den ehemaligen und jetzigen Swerdlow-Studenten zum zehnten Jahrestag der Kommunistischen J.-M.-Swerdlow-Universität!

Gruß dem Jubiläumslehrgang der Swerdlow-Studenten - dem neuen Trupp von Erbauern des Sozialismus!

J. Stalin

„Prawda“ Nr. 122,
27. Mai 1928.

AN DER GETREIDEFRONT

Aus einer Unterredung mit Studenten des Instituts der Roten Professur,
der Kommunistischen Akademie und der Swerdlow-Universität
28. Mai 1928

Frage. Was ist bei unseren Schwierigkeiten in der Getreidefrage als das Grundlegende zu betrachten? Worin besteht der Ausweg aus diesen Schwierigkeiten? Welche Schlussfolgerungen sind aus diesen Schwierigkeiten für das Entwicklungstempo unserer Industrie überhaupt, insbesondere vom Standpunkt des Wechselverhältnisses zwischen der Leicht- und der Schwerindustrie zu ziehen?

Antwort. Auf den ersten Blick könnte es scheinen, dass unsere Getreideschwierigkeiten zufälliger Natur seien, dass sie nur das Ergebnis schlechter Planung, nur das Ergebnis einer Reihe von Fehlern bei der Bilanzierung der Wirtschaft seien.

Das kann aber nur auf den ersten Blick so scheinen. In Wirklichkeit liegen die Ursachen der Schwierigkeiten hier viel tiefer. Dass schlechte Planung und Fehler bei der Bilanzierung der Wirtschaft hier eine bedeutende Rolle spielten, darüber kann kein Zweifel bestehen. Aber alles mit schlechter Planung und zufälligen Fehlern erklären wollen heißt in den gröbsten Fehler verfallen. Es wäre verfehlt, die Rolle und Bedeutung der Planung zu unterschätzen. Doch wäre es ein noch größerer Fehler, die Rolle des Planprinzips zu übertreiben, in der Annahme, dass wir schon eine Entwicklungsstufe erreicht haben, auf der es möglich ist, alles und jedes zu planen und zu regulieren.

Man darf nicht vergessen, dass es außer Elementen, auf die wir planmäßig einwirken können, in unserer Volkswirtschaft auch andere Elemente gibt, die sich vorläufig der Planung entziehen, dass es schließlich auch Klassen gibt, die uns feindlich gegenüberstehen und die nicht einfach durch die Planarbeit der Staatlichen Plankommission überwunden werden können.

Deshalb glaube ich, dass man nicht alles auf einfachen Zufall, auf Fehler der Planung usw. zurückführen kann.

Worin besteht also die Grundlage unserer Schwierigkeiten an der Getreidefront?

Die Grundlage unserer Getreideschwierigkeiten besteht darin, dass die Produktion von Warengetreide bei uns langsamer wächst als die Nachfrage nach Getreide.

Es wächst die Industrie. Es wächst die Zahl der Arbeiter. Es wachsen die Städte. Es wachsen schließlich die Gebiete, die gewerbliche Rohstoffe (Baumwolle, Flachs, Zuckerrüben usw.) erzeugen und eine Nachfrage nach Warengetreide geltend machen. All das führt zu einem raschen Anwachsen der Nachfrage nach Getreide, nach Warengetreide. Die Produktion von Warengetreide wächst aber in einem ungeheuer langsamen Tempo.

Man kann nicht behaupten, dass die Menge des beschafften Getreides, über das der Staat verfügt, in diesem Jahr geringer gewesen sei als im letzten oder vorletzten Jahr. Im Gegenteil, in diesem Jahr hatte der Staat weit mehr Getreide in den Händen als in den vergangenen Jahren. Und dennoch stehen wir vor Getreideschwierigkeiten.

Hier einige Zahlen. Im Jahre 1925/26 konnten wir bis zum 1. April 434 Millionen Pud Getreide beschaffen. Davon haben wir 123 Millionen Pud ins Ausland ausgeführt. Es blieben also 311 Millionen Pud beschafften Getreides im Lande. Im Jahre 1926/27 hatten wir zum 1. April 596 Millionen Pud beschafften Getreides. Davon haben wir 153 Millionen Pud ins Ausland ausgeführt. Im Lande blieben 443 Millionen Pud beschafften Getreides. Im Jahre 1927/28 hatten wir zum 1. April 576 Millionen Pud beschafften Getreides. Davon haben wir 27 Millionen Pud ins Ausland ausgeführt. Im Lande blieben 549 Millionen Pud beschafften Getreides.

Mit anderen Worten, wir hatten in diesem Jahr zum 1. April für den Bedarf des Landes um 100 Millionen Pud mehr beschafften Getreides als im letzten und um 230 Millionen Pud mehr als im vorletzten Jahr. Und dennoch haben wir in diesem Jahr Schwierigkeiten an der Getreidefront.

Ich habe in einem meiner Referate bereits gesagt, dass diese Schwierigkeiten von den kapitalistischen Elementen des Dorfes und vor allem von den Kulaken dazu ausgenutzt wurden, die sowjetische Wirtschaftspolitik zu hintertreiben. Sie wissen, dass die Sowjetmacht eine Reihe von Maßnahmen getroffen hat, die das Ziel verfolgen, dem sowjetfeindlichen Vorgehen des Kulakentums ein Ende zu machen. Ich werde deshalb hier nicht näher darauf eingehen. Mich interessiert in diesem Fall eine andere Frage. Ich meine die Frage nach den Ursachen des langsamen Anwachsens der Produktion von Warengetreide, die Frage, dass die Produktion von Warengetreide bei uns langsamer wächst als die Nachfrage nach Getreide, obwohl wir bereits die Vorkriegsnormen der Anbauflächen und der Bruttoproduktion an Getreide erreicht haben.

Und wirklich, ist es nicht Tatsache, dass wir die Vorkriegsnormen der Anbauflächen bereits erreicht haben? Ja, das ist Tatsache. Ist es etwa nicht Tatsache, dass die Bruttoproduktion an Getreide bereits im vergangenen Jahr die Vorkriegsnorm, das heißt 5 Milliarden Pud, erreicht hat? Ja, das ist Tatsache. Wodurch ist es dann zu erklären, dass wir trotz dieser Umstände nur halb soviel Warengetreide produzieren wie vor dem Kriege und nur etwa ein Zwanzigstel der Vorkriegsmenge exportieren?

Dies erklärt sich vor allem und hauptsächlich durch die Veränderung, die die Struktur unserer Landwirtschaft im Ergebnis der Oktoberrevolution erfahren hat, durch den Übergang von der gutsherrlichen und kulakischen Großwirtschaft, die die größte Menge an Warengetreide lieferte, zur klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaft, die die geringste Menge an Warengetreide liefert. Allein die Tatsache, dass wir vor dem Kriege 15-16 Millionen individueller Bauernwirtschaften hatten, jetzt hingegen 24-25 Millionen Bauernwirtschaften haben, schon allein diese Tatsache besagt, dass die Hauptbasis unserer Landwirtschaft gegenwärtig die kleine Bauernwirtschaft ist, die ein Minimum an Warengetreide liefert.

Die Stärke des landwirtschaftlichen Großbetriebs, ob es sich nun um eine gutsherrliche, kulakische oder kollektive Wirtschaft handelt, besteht darin, dass der Großbetrieb die Möglichkeit hat, Maschinen anzuwenden, wissenschaftliche Errungenschaften auszunutzen, Kunstdünger anzuwenden, die Arbeitsproduktivität zu steigern und auf diese Weise die größte Menge an Warengetreide zu liefern. Und umgekehrt liegt die Schwäche der kleinen Bauernwirtschaft darin, dass ihr diese Möglichkeiten fehlen oder nahezu fehlen, sie daher zur Hälfte Verbrauchswirtschaft ist mit einer geringen Warenproduktion.

Nehmen wir zum Beispiel die Kollektiv- und Sowjetwirtschaften. Sie liefern bei uns 47,2 Prozent ihrer gesamten Bruttoproduktion als Warengetreide. Mit anderen Worten, sie liefern verhältnismäßig mehr Warengetreide als die gutsherrliche Wirtschaft in der Vorkriegszeit. Und die klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften? Sie liefern bei uns insgesamt nur 11,2 Prozent ihrer Gesamtproduktion als Warengetreide. Der Unterschied spricht, wie Sie sehen, eine recht deutliche Sprache.

Hier einige Zahlen, die ein klares Bild von der Struktur der Getreideproduktion in der Vergangenheit, in der Periode vor dem Kriege, und in der Gegenwart, in der Periode nach der Oktoberrevolution, geben. Diese Zahlen stammen von Genossen Nemtschinow, Mitglied des Kollegiums der Statistischen Zentralverwaltung. Diese Zahlen erheben keinen Anspruch auf Genauigkeit, wie der Vorbehalt des Genossen Nemtschinow in dessen Memorandum besagt, sie geben lediglich die Möglichkeit, annähernde Berechnungen anzustellen. Doch genügen diese Zahlen durchaus, um den Unterschied zwischen der Vorkriegsperiode und der Periode nach dem Oktober hinsichtlich der Struktur der Getreideproduktion im Allgemeinen und der Produktion von Warengetreide im Besonderen zu verstehen.

	Bruttoproduktion an Getreide in Mill. Pud	in Proz	in Mill. Pud	*Warengetreide (Absatz außerhalb des Dorfes* in Proz	Anteil des Warengetreides in Proz.
Vor dem Kriege:					
1. Gutsbesitzer	600,0	12,0	281,6	21,6	47,0
2. Kulaken	1900,0	38,0	650,0	50,0	34,0
3. Mittelbauern und arme Bauern	2500,0	50,0	369,0	28,4	14,7
Insgesamt	5000,0	100,0	1300,6	100,0	26,0
Nach dem Kriege (1926/27):					
1. Sowjet- und Kollektivwirtschaften	80,0	1,7	37,8	6,0	47,2
2. Kulaken	617,0	13,0	126,0	20,0	20,0
3. Mittelbauern und arme Bauern	4052,0	85,3	466,2	74,0	11,2
Insgesamt	4749,0	100,0	630,0	100,0	13,3

Was besagt diese Tabelle?
Sie besagt erstens, dass die Erzeugung der überwiegenden Menge des Getreides von den Gutsbesitzern und Kulaken an die Klein- und Mittelbauern übergegangen ist. Das bedeutet, dass die Klein- und Mittelbauern, nachdem sie sich vom Joch der Gutsbesitzer gänzlich befreit und die Kraft des Kulakentums im wesentlichen untergraben haben, die Möglichkeit erhielten, ihre materielle Lage gründlich zu verbessern. Das ist ein Ergebnis der Oktoberrevolution. Darin vor allem kommt der entscheidende Gewinn zum Ausdruck, den die Oktoberrevolution den Hauptmassen der Bauernschaft gebracht hat.
Sie besagt zweitens, dass das Warengetreide bei uns in der Hauptsache im Besitz der Klein- und vor allem der Mittelbauern ist. Das bedeutet, dass die UdSSR nicht nur vom Standpunkt der Bruttoproduktion an Getreide, sondern auch vom Standpunkt der Produktion von Warengetreide im Ergebnis der Oktoberrevolution zu einem Lande der kleinbäuerlichen Wirtschaft, der Mittelbauer aber zur „zentralen Figur“ der Landwirtschaft geworden ist.
Sie besagt drittens, dass die Beseitigung der gutsherrlichen (Groß-) Wirtschaft, die Verringerung der kulakischen (Groß-)Wirtschaft auf weniger als ein Drittel und der Übergang zur kleinbäuerlichen Wirtschaft, mit einer Warenproduktion von nur 11 Prozent beim Fehlen einer einigermaßen entwickelten gesellschaftlichen Großwirtschaft auf dem Gebiet der Getreideproduktion (Kollektivwirtschaften, Sowjetwirtschaften) zu einem schroffen Rückgang der Produktion von Warengetreide im Vergleich zur Vorkriegszeit führen mussten und tatsächlich geführt haben. Es ist Tatsache, dass wir jetzt halb soviel Warengetreide haben, obwohl die Bruttoproduktion an Getreide die Vorkriegsnorm erreicht hat.
Das ist die Grundlage unserer Schwierigkeiten an der Getreidefront. Das ist der Grund, weshalb man unsere Schwierigkeiten bei der Getreidebeschaffung nicht einfach als Zufall betrachten darf.
Zweifellos hat hier auch der Umstand eine gewisse negative Rolle gespielt, dass unsere Handelsorganisationen unnötigerweise die Getreideversorgung einer Reihe kleiner und mittlerer Städte übernommen haben, was die Getreidevorräte des Staates in gewissem Maße

verringern musste. Es besteht aber kein Grund, daran zu zweifeln, dass die Grundlage unserer Schwierigkeiten an der Getreidefront nicht in diesem Umstand besteht, sondern in der Tatsache der langsamen Entwicklung des Warenteils unserer landwirtschaftlichen Produktion bei einem gesteigerten Anwachsen der Nachfrage nach Warengetreide.

Wo ist der Ausweg aus dieser Lage?

Es gibt Leute, die den Ausweg aus dieser Lage in der Rückkehr zur Kulakenwirtschaft, in der Entwicklung und Entfaltung der Kulakenwirtschaft sehen. Diese Leute wagen es nicht, von einer Rückkehr zur Gutsherrenwirtschaft zu sprechen, da sie offensichtlich begreifen, dass es heutzutage gefährlich ist, von solchen Dingen zu schwatzen. Aber sie sprechen umso lieber von der Notwendigkeit, in jeder Weise die Entwicklung der Kulakenwirtschaft zu fördern, im Interesse... der Sowjetmacht. Diese Leute sind der Meinung, dass sich die Sowjetmacht gleichzeitig auf zwei entgegengesetzte Klassen stützen könnte - auf die Klasse der Kulaken, deren Wirtschaftsprinzip die Ausbeutung der Arbeiterklasse ist, und auf die Klasse der Arbeiter, deren Wirtschaftsprinzip die Beseitigung jeder Ausbeutung ist. Ein Kunststück, das eines Reaktionärs würdig ist.

Es bedarf keiner Beweise, dass diese reaktionären „Pläne“ nichts mit den Interessen der Arbeiterklasse, mit den Prinzipien des Marxismus, mit den Aufgaben des Leninismus gemein haben. Das Gerede, der Kulak sei „nicht schlimmer“ als der städtische Kapitalist, der Kulak stelle keineswegs eine größere Gefahr dar als der NÖP-Mann in der Stadt und wir hätten deswegen jetzt das Kulakentum nicht „zu fürchten“ - dieses Gerede ist leeres liberales Geschwätz, das die Wachsamkeit der Arbeiterklasse und der großen Massen der Bauernschaft einschläfert. Man darf nicht vergessen: Während wir in der Industrie dem kleinen Kapitalisten in der Stadt die sozialistische Großindustrie entgegensetzen können, die neun Zehntel der gesamten Masse der Industriewaren liefert, können wir der kulakischen Großproduktion im Dorfe auf dem Gebiet der Produktion nur die noch nicht erstarkten Kollektiv- und Sowjetwirtschaften entgegensetzen, die bloß den achten Teil des Getreides produzieren, das die Kulakenwirtschaften erzeugen. Die Bedeutung der kulakischen Großwirtschaft im Dorfe verkennen, die Tatsache verkennen, dass das spezifische Gewicht des Kulakentums im Dorfe hundertmal größer ist als das der kleinen Kapitalisten in der städtischen Industrie, das hieße den Verstand verlieren, mit dem Leninismus brechen, auf die Seite der Feinde der Arbeiterklasse überlaufen.

Wo ist also der Ausweg aus dieser Lage?

1. Der Ausweg besteht vor allem darin, von den kleinen, rückständigen und zersplitterten Bauernwirtschaften zu vereinigten, großen, gesellschaftlichen Wirtschaften überzugehen, die mit Maschinen versehen, mit den Errungenschaften der Wissenschaft ausgerüstet und imstande sind, ein Maximum an Warengetreide zu produzieren. Der Ausweg besteht im Übergang von der individuellen Bauernwirtschaft zum kollektiven, zum gesellschaftlichen Betrieb in der Landwirtschaft.

Lenin rief schon in den ersten Tagen der Oktoberrevolution die Partei zur Organisierung von Kollektivwirtschaften auf. Seither hat die Propaganda für die Idee der Kollektivwirtschaften bei uns in der Partei nicht aufgehört. Aber erst in der letzten Zeit hat der Aufruf zur Organisierung von Kollektivwirtschaften einen Massenwiderhall gefunden. Das erklärt sich vor allem dadurch, dass die umfassende Entwicklung des Genossenschaftswesens im Dorfe einen Umschwung in der Stimmung der Bauernschaft zugunsten der Kollektivwirtschaften vorbereitet hat, die Tatsache aber, dass es eine Reihe von Kollektivwirtschaften gibt, die bereits jetzt 150-200 Pud pro Deßjatine ernten und 30-40 Prozent Warengetreide liefern, hat bei der armen Bauernschaft und bei den unteren Schichten der Mittelbauernschaft einen ernsthaften Drang zu den Kollektivwirtschaften ausgelöst.

Von nicht geringer Bedeutung ist hier auch der Umstand, dass der Staat erst in letzter Zeit die Möglichkeit erlangt hat, die Kollektivierungsbewegung in bedeutendem Maße zu finanzieren. Es ist bekannt, dass der Staat in diesem Jahr doppelt soviel Geld für die Unterstützung der

Kollektivwirtschaften zur Verfügung gestellt hat wie im Vorjahr (über 60 Millionen Rubel). Der XV. Parteitag hatte vollständig recht, als er erklärte, dass die Bedingungen für eine Massenbewegung zur Kollektivierung bereits herangereift sind, dass die Verstärkung der Kollektivierungsbewegung eins der wichtigsten Mittel zur Steigerung des Warenteils der Getreideproduktion des Landes ist.

Die Bruttoproduktion an Getreide betrug in den Kollektivwirtschaften im Jahre 1927 nach Angaben der Statistischen Zentralverwaltung nicht weniger als 55 Millionen Pud bei einem durchschnittlichen Warenteil der Produktion von 30 Prozent. Die ansteigende Welle der Bildung neuer Kollektivwirtschaften und die Erweiterung der alten zu Beginn dieses Jahres müssen bis Ende des Jahres eine bedeutende Steigerung der Getreideproduktion in den Kollektivwirtschaften ergeben. Die Aufgabe besteht darin, das gegenwärtige Entwicklungstempo der Kollektivierungsbewegung aufrechtzuerhalten, die Kollektivwirtschaften zu vergrößern, die fiktiven Kollektivwirtschaften aufzugeben, an ihrer Stelle wirkliche Kollektivwirtschaften zu schaffen und eine Ordnung festzulegen, bei der die Kollektivwirtschaften ihr gesamtes Warengetreide an die staatlichen und genossenschaftlichen Organisationen abzuliefern haben, widrigenfalls ihnen die staatlichen Subventionen und Kredite entzogen werden. Ich glaube, bei Einhaltung dieser Bedingungen könnten wir erreichen, dass wir von den Kollektivwirtschaften in 3-4 Jahren bis zu hundert Millionen Pud Warengetreide erhalten.

Manchmal stellt man die Kollektivierungsbewegung der Genossenschaftsbewegung entgegen, offensichtlich in der Annahme, dass die Kollektivwirtschaften und die Genossenschaften zwei verschiedene Dinge seien. Das ist natürlich falsch. Manche gehen sogar so weit, dass sie die Kollektivwirtschaften dem Genossenschaftsplan Lenins entgegenstellen. Es erübrigt sich zu sagen, dass eine solche Entgegenstellung nichts mit der Wahrheit zu tun hat. In Wirklichkeit sind die Kollektivwirtschaften eine Art der Genossenschaften, und zwar die ausgeprägteste Art der Produktivgenossenschaften. Es gibt Einkaufs-, Verkaufs- und Produktivgenossenschaften. Die Kollektivwirtschaften sind ein untrennbarer Bestandteil der Genossenschaftsbewegung im Allgemeinen und des Leninschen Genossenschaftsplans im Besonderen. Den Leninschen Genossenschaftsplan durchführen heißt die Bauernschaft von der Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaft zur Produktivgenossenschaft, sozusagen zur kollektivwirtschaftlichen Genossenschaft emporheben. Dadurch übrigens erklärt sich die Tatsache, dass Kollektivwirtschaften bei uns erst als Folge der Entwicklung und Stärkung der Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften aufkamen und sich entwickelten.

2. Der Ausweg besteht zweitens darin, die alten Sowjetwirtschaften zu erweitern und zu festigen, neue große Sowjetwirtschaften zu organisieren und zu entwickeln. Nach Angaben der Statistischen Zentralverwaltung betrug die Bruttoproduktion an Getreide in den zur Zeit bestehenden Sowjetwirtschaften im Jahre 1927 nicht weniger als 45 Millionen Pud, bei einem Warenteil der Produktion von 65 Prozent. Zweifellos könnten die Sowjetwirtschaften bei einer bestimmten Unterstützung durch den Staat die Getreideproduktion bedeutend steigern.

Aber die Aufgabe beschränkt sich nicht darauf. Es besteht ein Beschluss der Sowjetregierung, wonach in Gebieten, in denen es keine bäuerlichen Wirtschaften gibt, neue große Sowjetwirtschaften (von je 10000 bis 30000 Deßjatinen) organisiert werden sollen, die in 5-6 Jahren an die 100 Millionen Pud Warengetreide liefern sollen. Die Organisierung solcher Sowjetwirtschaften wurde bereits in Angriff genommen. Es ist unsere Aufgabe, diesen Beschluss der Sowjetregierung um jeden Preis durchzuführen. Ich glaube, unter der Voraussetzung, dass diese Aufgaben erfüllt werden, könnten wir erreichen, dass wir in 3-4 Jahren von den alten und neuen Sowjetwirtschaften zusammen 80-100 Millionen Pud Warengetreide erhalten.

3. Der Ausweg besteht schließlich darin, die Ertragsfähigkeit der kleinen und mittleren individuellen Bauernwirtschaften systematisch zu heben. Wir können und dürfen die individuelle kulakische Großwirtschaft nicht unterstützen. Aber wir können und müssen die

kleine und mittlere individuelle Bauernwirtschaft unterstützen, indem wir ihre Ertragsfähigkeit heben und sie in die Bahnen der genossenschaftlichen Organisation lenken. Diese Aufgabe ist alt und wurde bei uns mit besonderem Nachdruck bereits 1921 bei der Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer proklamiert. Diese Aufgabe wurde von unserer Partei auf dem XIV.[18] und dem XV. Parteitag bestätigt. Die Wichtigkeit der Aufgabe wird jetzt durch die Schwierigkeiten an der Getreidefront unterstrichen. Deshalb muss diese Aufgabe mit derselben Beharrlichkeit erfüllt werden wie die beiden ersten Aufgaben, die die Kollektivwirtschaften und die Sowjetwirtschaften betreffen.
Alle Angaben sprechen dafür, dass es möglich ist, die Ertragsfähigkeit der Bauernwirtschaft im Laufe einiger Jahre um 15-20 Prozent zu heben. Gegenwärtig werden bei uns nicht weniger als 5 Millionen Hakenpflüge verwendet. Allein ihre Ersetzung durch Pflüge mit eiserner Schar könnte einen überaus bedeutenden Mehrertrag an Getreide im Lande ergeben.
Ich spreche schon gar nicht von der Belieferung der Bauernwirtschaften mit einem gewissen Minimum an Dünger, gereinigtem Saatgut, kleinen Maschinen usw. Die Methode der Kontrahierung, die Methode des Abschlusses von Verträgen mit ganzen Dörfern über ihre Belieferung mit Saatgut usw., wobei sie sich ihrerseits zur Ablieferung einer entsprechenden Menge von Getreide verpflichten - diese Methode ist das beste Mittel zur Hebung der Ertragsfähigkeit der Bauernwirtschaften und zur Einbeziehung der Bauern in die Genossenschaften. Ich glaube, dass wir bei ernster Arbeit in dieser Richtung von den kleinen und mittleren individuellen Bauernwirtschaften in 3-4 Jahren mindestens weitere 100 Millionen Pud Warengetreide zusätzlich erhalten könnten.
Auf diese Weise könnten wir, vorausgesetzt, dass alle diese Aufgaben erfüllt werden, in 3-4 Jahren weitere 250-300 Millionen Pud Warengetreide zusätzlich zur Verfügung des Staates haben, was mehr oder weniger ausreichen dürfte, um sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landes entsprechend manövrieren zu können.
Das sind im Wesentlichen die Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Schwierigkeiten an der Getreidefront zu beheben.
Diese grundlegenden Maßnahmen mit den laufenden Maßnahmen zur Verbesserung der Planung auf dem Gebiet der Warenbelieferung des Dorfes zu verbinden und unsere Handelsorganisationen von der Verpflichtung zu befreien, eine ganze Reihe kleinerer und mittlerer Städte mit Getreide zu versorgen - das ist jetzt unsere Aufgabe.
Sollte man außer diesen Maßnahmen nicht noch eine Reihe anderer Maßnahmen treffen, sagen wir, Maßnahmen zur Verlangsamung des Entwicklungstempos unserer Industrie, deren Wachstum ein gesteigertes Anwachsen der Nachfrage nach Getreide herbeiführt, das vorläufig das Wachstum der Produktion von Warengetreide übersteigt? Nein, das soll man nicht. Auf keinen Fall! Das Entwicklungstempo der Industrie verlangsamen - heißt die Arbeiterklasse schwächen, denn jeder Schritt vorwärts in der Entwicklung der Industrie, jede neue Fabrik, jedes neue Werk stellt, nach einem Wort von Lenin, eine „neue Festung" der Arbeiterklasse dar, die ihre Positionen im Kampf gegen die kleinbürgerliche Elementargewalt, im Kampf gegen die kapitalistischen Elemente unserer Wirtschaft stärkt. Im Gegenteil, wir müssen das gegenwärtige Entwicklungstempo der Industrie beibehalten, wir müssen es so bald wie möglich weiter steigern, um das Dorf reichlich mit Waren zu beliefern und von dort möglichst viel Getreide zu bekommen, um die Landwirtschaft, und vor allem die Kollektiv- und Sowjetwirtschaften, mit Maschinen zu versorgen, um die Landwirtschaft zu industrialisieren und ihre Warenproduktion zu steigern.
Vielleicht sollte man größerer „Vorsicht" halber die Entwicklung der Schwerindustrie aufhalten, um die Leichtindustrie, die hauptsächlich für den bäuerlichen Markt arbeitet, zur Basis unserer Industrie zu machen? Auf keinen Fall! Das hieße Selbstmord begehen, unsere ganze Industrie, samt der Leichtindustrie, untergraben. Das hieße von der Losung der Industrialisierung unseres Landes abgehen, unser Land in ein Anhängsel des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems verwandeln.

Wir gehen hier von den bekannten Leitsätzen Lenins aus, die er auf dem IV. Kongress der Komintern[19] darlegte und die zweifellos für unsere ganze Partei bindend sind. Folgendes sagte Lenin hierüber auf dem IV. Kongress der Komintern:

„Die Rettung für Rußland ist nicht nur eine gute Ernte in der Bauernwirtschaft - das ist zuwenig - und nicht nur ein guter Zustand der Leichtindustrie, die der Bauernschaft Gebrauchsgegenstände liefert - das ist ebenfalls zuwenig -, wir brauchen auch eine Schwerindustrie."

Oder weiter:

„Wir sparen an allem, sogar an den Schulen. Das muss sein, weil wir wissen, dass wir ohne Rettung der Schwerindustrie, ohne ihre Wiederherstellung keinerlei Industrie aufbauen können, ohne diese aber werden wir überhaupt als selbständiges Land zugrunde gehen." (Siehe 4. Ausgabe, Bd. 33, S. 388/389 [deutsch in „Ausgewählte Werke" in zwei Bänden, Bd. II, S. 972].)

Diese Hinweise Lenins darf man nicht vergessen.
Wie wird es angesichts der geplanten Maßnahmen um das Bündnis der Arbeiter und Bauern stehen? Ich glaube, dass diese Maßnahmen die Festigung des Bündnisses der Arbeiter und Bauern nur erleichtern können.
In der Tat: Wenn die Kollektiv- und Sowjetwirtschaften sich in beschleunigtem Tempo entwickeln; wenn infolge der direkten Unterstützung der Klein- und Mittelbauern die Ertragsfähigkeit ihrer Wirtschaften steigt und die Genossenschaften immer breitere Massen der Bauernschaft erfassen; wenn der Staat neue Hunderte Millionen Pud Warengetreide erhält, die er zum Manövrieren braucht; wenn infolge dieser und ähnlicher Maßnahmen dem Kulakentum Zügel angelegt werden und es nach und nach überwunden wird - ist es da nicht klar, dass sich dann die Gegensätze zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft im Rahmen des Bündnisses der Arbeiter und Bauern immer mehr ausgleichen werden, dass die Notwendigkeit außerordentlicher Maßnahmen zur Getreidebeschaffung fortfallen wird, dass sich die breiten Massen der Bauernschaft immer mehr den kollektiven Wirtschaftsformen zuwenden werden und dass der Kampf für die Überwindung der kapitalistischen Elemente im Dorfe immer größere Massen erfassen und immer organisierteren Charakter annehmen wird?
Ist es nicht klar, dass die Sache des Bündnisses der Arbeiter und Bauern durch diese Maßnahmen nur gewinnen kann?
Man muss nur im Auge behalten, dass man sich das Bündnis der Arbeiter und Bauern unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats nicht als einfaches Bündnis vorstellen darf. Dieses Bündnis ist eine besondere Form des Klassenbündnisses der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen der Bauernschaft, die bezweckt: a) die Stärkung der Positionen der Arbeiterklasse; b) die Sicherung der führenden Rolle der Arbeiterklasse innerhalb dieses Bündnisses; c) die Aufhebung der Klassen und der Klassengesellschaft. Jede andere Auffassung vom Bündnis der Arbeiter und Bauern ist Opportunismus, Menschewismus, Sozialrevolutionarismus - alles was man will, nur nicht Marxismus, nur nicht Leninismus.
Wie lässt sich die Idee des Bündnisses der Arbeiter und Bauern mit dem bekannten Leitsatz von Lenin, dass die Bauernschaft „die letzte kapitalistische Klasse" ist, vereinbaren? Gibt es hier nicht einen Widerspruch? Es gibt hier nur einen scheinbaren, vermeintlichen Widerspruch.
In Wirklichkeit gibt es hier keinerlei Widerspruch. In demselben Bericht auf dem III. Kongress der Komintern[20], in dem Lenin die Bauernschaft als „die letzte kapitalistische Klasse" charakterisiert, in demselben Bericht begründet Lenin immer wieder die Notwendigkeit des Bündnisses der Arbeiter und Bauern und erklärt, dass „das höchste Prinzip der Diktatur die Aufrechterhaltung des Bündnisses des Proletariats mit der Bauernschaft ist,

damit das Proletariat die führende Rolle und die Staatsmacht behaupten kann“. Es ist klar, dass Lenin jedenfalls hier keinerlei Widerspruch sieht.
Wie ist der Leitsatz von Lenin zu verstehen, dass die Bauernschaft „die letzte kapitalistische Klasse“ ist? Bedeutet das etwa, dass die Bauernschaft aus Kapitalisten bestehe? Nein, das bedeutet es nicht.
Das bedeutet erstens, dass die individuelle Bauernschaft eine besondere Klasse ist, die die Wirtschaft auf der Grundlage des Privateigentums an den Produktionsinstrumenten und -mitteln aufbaut und sich dadurch von der Klasse der Proletarier unterscheidet, die die Wirtschaft auf der Grundlage des kollektiven Eigentums an den Produktionsinstrumenten und -mitteln aufbaut.
Das bedeutet zweitens, dass die individuelle Bauernschaft eine Klasse ist, die aus ihrer Mitte Kapitalisten, Kulaken und überhaupt Ausbeuter verschiedener Art hervorbringt, sie erzeugt und nährt.
Ist dieser Umstand nicht ein unüberwindliches Hindernis für die Organisierung des Bündnisses der Arbeiter und Bauern? Nein, er ist es nicht. Das Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats darf nicht als Bündnis mit der gesamten Bauernschaft betrachtet werden. Das Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft ist ein Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Massen der Bauernschaft. Ein solches Bündnis kann nicht ohne Kampf gegen die kapitalistischen Elemente der Bauernschaft, ohne Kampf gegen das Kulakentum verwirklicht werden. Ein solches Bündnis kann nicht fest sein ohne die Organisierung der armen Bauernschaft als der Stütze der Arbeiterklasse im Dorf. Deshalb kann das Bündnis der Arbeiter und Bauern unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Diktatur des Proletariats nur unter der bekannten Losung Lenins verwirklicht werden: Stütze dich auf die Dorfarmut, schließe ein festes Bündnis mit dem Mittelbauern, stelle keine Minute lang den Kampf gegen das Kulakentum ein. Denn nur wenn diese Losung durchgeführt wird, können die Hauptmassen der Bauernschaft in den Strom des sozialistischen Aufbaus einbezogen werden.
Sie sehen also, dass der Widerspruch zwischen den beiden Formeln Lenins nur ein vermeintlicher, scheinbarer Widerspruch ist. In Wirklichkeit gibt es zwischen ihnen keinerlei Widerspruch.

„Prawda“ Nr. 127,
2. Juni 1928.

BRIEF AN DIE MITGLIEDER DES ZIRKELS ZU FRAGEN DES PARTEIAUFBAUS BEI DER KOMMUNISTISCHEN AKADEMIE

Heute erhielt ich Slepkows Thesen über Selbstkritik. Diese Thesen wurden, wie sich herausstellt, in Ihrem Zirkel erörtert. Mitglieder des Zirkels sagten mir, dass diese Thesen verbreitet wurden als ein Dokument, das sich nicht eine Kritik an der Linie des ZK, sondern deren Begründung zum Ziel setzt.

Es wäre falsch, Parteimitgliedern das Recht einer Kritik an der Linie des ZK abzusprechen. Mehr noch: Ich lasse gelten, dass die Mitglieder Ihres Zirkels sogar das Recht haben, in ihrem engen Kreis der Position des ZK ihre besonderen Thesen entgegenzustellen. Es ist jedoch offensichtlich, dass Slepkows Thesen nicht das Ziel verfolgen, die Linie des ZK zu kritisieren oder ihr irgend etwas Neues entgegenzustellen, sondern dass sie es sich zur Aufgabe machen, die Position des ZK zu erläutern und zu begründen. Daraus erklärt sich wahrscheinlich auch, dass Slepkows Thesen in Moskauer Parteikreisen eine gewisse Verbreitung fanden.

Nichtsdestoweniger oder gerade deshalb halte ich es für meine Pflicht, zu erklären, dass Slepkows Thesen

a) mit der Position des ZK in der Frage der Losung der Selbstkritik nicht übereinstimmen,

b) dass sie diese Position „korrigieren“, „ergänzen“ und natürlich verschlechtern, und zwar zugunsten der bürokratischen Elemente unserer Institutionen und Organisationen.

1. Falsch ist vor allem die Linie der Thesen Slepkows. Slepkows Thesen erinnern nur äußerlich an Thesen über die Losung der Selbstkritik.

In Wirklichkeit sind es Thesen über die Gefahren der Losung der Selbstkritik. Zweifellos birgt jede revolutionäre Losung gewisse Möglichkeiten in sich, in der Praxis entstellt zu werden. Solche Möglichkeiten sind natürlich auch bei der Losung der Selbstkritik gegeben. Diese Möglichkeiten aber als Mittelpunkt der Frage, als Grundlage der Thesen über Selbstkritik hinstellen - heißt alles auf den Kopf stellen, die revolutionäre Bedeutung der Selbstkritik unterminieren, heißt den Bürokraten helfen, die bemüht sind, über die Selbstkritik in Anbetracht der mit ihr verbundenen „Gefahren“ mit formalen Stellungnahmen hinwegzugehen. Ich zweifle nicht daran, dass die bürokratischen Elemente unserer Partei- und Sowjetorganisationen Slepkows Thesen nicht ohne ein Gefühl der Befriedigung lesen werden.

Hat eine solche Einstellung irgendetwas gemein mit der Einstellung des ZK in der Frage der Selbstkritik, mit der Resolution des Aprilplenums des ZK und der ZKK über die Schachty-Affäre, mit dem Juni-Aufruf des ZK zur Frage der Selbstkritik[21]?

Ich denke, dass sie nichts mit ihr gemein hat.

2. Falsch sind Slepkows Thesen auch ihrem inneren Gehalt nach. Einer der ernstesten Faktoren, die die Selbstkritik unerlässlich machen, und zugleich eins der wichtigsten Objekte der Selbstkritik ist der Bürokratismus unserer Organisationen.

Kann man vorwärts schreiten, ohne den Bürokratismus unseres Partei- und Sowjetapparats zu bekämpfen?

Nein, das kann man nicht!

Kann man die Kontrolle der Massen organisieren, die Initiative und Selbsttätigkeit der Massen entwickeln, die Millionenmassen in den sozialistischen Aufbau einbeziehen, ohne einen entschiedenen Kampf gegen den Bürokratismus unserer Organisationen zu führen?

Nein, das kann man nicht!

Kann man mit dem Bürokratismus aufräumen, kann man ihn schwächen, entlarven, ohne die Losung der Selbstkritik in die Tat umzusetzen? Nein, das kann man nicht!

Kann man Thesen über die Losung der Selbstkritik aufstellen, ohne die Frage des Bürokratismus als negativen Faktors unseres sozialistischen Aufbaus und als eins der wichtigsten Objekte der Selbstkritik zu beleuchten?
Es ist klar, dass man das nicht kann.
Woraus ist es dann zu erklären, dass Slepkow es fertig gebracht hat, diese brennende Frage in seinen Thesen mit Stillschweigen zu übergehen? Wie kann man in Thesen über die Selbstkritik, die sich die Begründung der Position des ZK zum Ziel setzen, die wichtigste Aufgabe der Selbstkritik, den Kampf gegen den Bürokratismus, vergessen? Es ist aber eine Tatsache, dass in Slepkows Thesen kein Wort (buchstäblich nicht ein einziges Wort!) über den Bürokratismus unserer Organisationen, über die bürokratischen Elemente innerhalb dieser Organisationen, über die bürokratischen Entstellungen in der Arbeit unseres Partei- und Sowjetapparats gesagt wird.
Lässt sich dieses mehr als leichtfertige Verhalten zu dieser wichtigen Frage, zur Frage des Kampfes gegen den Bürokratismus, mit der Position des ZK in der Frage der Selbstkritik vereinbaren, mit solchen Dokumenten der Partei wie der Resolution des Aprilplenums des ZK und der ZKK über die Schachty-Affäre oder dem Juni-Aufruf des ZK über die Selbstkritik?
Ich denke, dass sich das nicht vereinbaren lässt.

Mit kommunistischem Gruß

8. Juni 1928.

J. Stalin

„Komsomolskaja Prawda“ Nr. 90,
19. April 1929.

LENIN UND DIE FRAGE DES BÜNDNISSES MIT DEM MITTELBAUERN

Antwort an Genossen S.

(Abdruck mit einigen Kürzungen. J. St.)

Genosse S.!
Es trifft nicht zu, dass Lenins Losung „Man muss verstehen, eine Verständigung mit dem Mittelbauern zu erzielen, dabei keine Minute lang auf den Kampf gegen den Kulaken verzichten und sich nur auf die Dorfarmut fest und sicher stützen", die in seinem bekannten Aufsatz über Pitirim Sorokin[22] gegeben wurde, eine Losung sei, die „aus der Periode der Komitees der Dorfarmut", vom „Ende der Periode der so genannten Neutralisierung der Mittelbauernschaft" stamme. Dies trifft ganz und gar nicht zu.
Die Komitees der Dorfarmut wurden im Juni 1918 gebildet. Ende Oktober 1918 hatten wir bereits ein Übergewicht unserer Kräfte im Dorfe über das Kulakentum und eine Wendung des Mittelbauern zur Sowjetmacht. Auf Grund dieser Wendung kam es denn auch zu dem Beschluss des ZK über die Aufhebung der Doppelmacht der Sowjets und der Komitees der Dorfarmut, über die Neuwahl der Amtsbezirks- und Dorfsowjets, über das Aufgehen der Komitees der Dorfarmut in den neu gewählten Sowjets und, folglich, über die Liquidierung der Komitees der Dorfarmut. Gesetzeskraft im Sowjetwege erhielt dieser Beschluss bekanntlich am 9. November 1918 auf dem VI. Sowjetkongress. Ich meine den Beschluss des VI. Sowjetkongresses vom 9. November 1918 über die Neuwahl der Dorf- und Amtsbezirkssowjets und das Aufgehen der Komitees der Dorfarmut in den Sowjets.
Wann aber erschien Lenins Aufsatz „Wertvolle Geständnisse Pitirim Sorokins", in dem Lenin an Stelle der Losung der Neutralisierung des Mittelbauern die Losung der Verständigung mit dem Mittelbauern aufstellt? Er erschien am 21. November 1918, das heißt fast zwei Wochen nach diesem Beschluss des VI. Sowjetkongresses. In diesem Aufsatz sagt Lenin ausdrücklich, dass die Politik der Verständigung mit dem Mittelbauern durch die Wendung des Mittelbauern nach unserer Seite diktiert wird.
Hier die Worte Lenins:

„Im Dorfe ist es unsere Aufgabe, den Gutsbesitzer zu vernichten, den Widerstand des Ausbeuters und Spekulanten, des Kulaken, zu brechen; fest und sicher stützen können wir uns dabei nur auf die Halbproletarier, auf die ‚Dorfarmut'. Doch der Mittelbauer ist nicht unser Feind. Er hat geschwankt, er schwankt und wird schwanken; die Aufgabe, auf die Schwankenden einzuwirken, ist nicht identisch mit der Aufgabe, den Ausbeuter niederzuwerfen und den aktiven Feind zu besiegen. Man muss verstehen, eine Verständigung mit dem Mittelbauern zu erzielen, dabei keine Minute lang auf den Kampf gegen den Kulaken verzichten und sich nur auf die Dorfarmut fest und sicher stützen - das ist die Aufgabe des Augenblicks, denn gerade jetzt ist infolge der oben angeführten Ursachen eine Wendung in der Mittelbauernschaft nach unserer Seite unausbleibliche." (4. Ausgabe, Bd. 28, S. 171, russ.)

Was folgt nun daraus?
Daraus folgt, dass Lenins Losung sich nicht auf die alte Periode bezieht, nicht auf die Periode der Komitees der Dorfarmut und der Neutralisierung des Mittelbauern, sondern auf die neue Periode, die Periode der Verständigung mit dem Mittelbauern. Sie spiegelt somit nicht das Ende der alten Periode, sondern den Beginn der neuen Periode wider.
Ihre Behauptung über Lenins Losung ist aber nicht nur der Form nach, nicht nur sozusagen in chronologischer Beziehung, sondern auch ihrem Wesen nach unzutreffend.

Es ist bekannt, dass Lenins Losung über die Verständigung mit dem Mittelbauern als neue Losung von der gesamten Partei auf dem VIII. Parteitag unserer Partei (März 1919) verkündet wurde. Es ist bekannt, dass der VIII. Parteitag derjenige Parteitag ist, der die Grundlagen unserer Politik des festen Bündnisses mit dem Mittelbauern geschaffen hat. Es ist bekannt, dass unser Programm, das Programm der KPdSU(B), gleichfalls auf dem VIII. Parteitag angenommen wurde. Es ist bekannt, dass in diesem Programm spezielle Punkte über die Stellung der Partei zu den verschiedenen Gruppierungen im Dorfe: zur Dorfarmut, zu den Mittelbauern und zum Kulakentum, enthalten sind. Was sagen diese Punkte des Programms der KPdSU(B) über die sozialen Gruppierungen auf dem Lande und über die Stellung der Partei zu ihnen? Hören Sie:

„In ihrer ganzen Arbeit auf dem Lande stützt sich die KPR nach wie vor auf dessen proletarische und halbproletarische Schichten, organisiert sie vor allem zu einer selbständigen Kraft, schafft Parteizellen auf dem Lande, Organisationen der Dorfarmut, einen besonderen Typus von Gewerkschaften der Proletarier und Halbproletarier des Dorfes usw., bringt sie in jeder Weise dem städtischen Proletariat näher und entreißt sie dem Einfluss der Dorfbourgeoisie und der Kleinbesitzerinteressen.
Gegenüber dem Kulakentum, der Dorfbourgeoisie, besteht die Politik der KPR in dem entschiedenen Kampf gegen die Ausbeutergelüste der Kulaken, in der Unterdrückung ihres Widerstandes gegen die Sowjetpolitik.
Gegenüber der Mittelbauernschaft besteht die Politik der KPR darin, sie allmählich und planmäßig in die Arbeit am sozialistischen Aufbau hineinzuziehen. Die Partei stellt sich die Aufgabe, die Mittelbauernschaft von den Kulaken zu trennen, sie durch entgegenkommendes Verhalten zu ihren Nöten auf die Seite der Arbeiterklasse zu ziehen, gegen ihre Rückständigkeit mit Maßnahmen der ideologischen Einwirkung, keineswegs aber mit Unterdrückungsmaßnahmen zu kämpfen; in allen Fällen, wo die Lebensinteressen der Mittelbauernschaft berührt werden, eine praktische Verständigung mit ihr anzustreben und ihr bei der Festlegung der Methoden zur Durchführung sozialistischer Umgestaltungen Zugeständnisse zu machen.“ („Der VIII. Parteitag der KPR(B)“, Stenographisches Protokoll, S. 351[23].)

Versuchen Sie doch, auch nur den allergeringsten Unterschied, wenn auch nur in Worten, zwischen diesen Punkten des Programms und der Losung Lenins zu finden! Sie werden diesen Unterschied nicht finden, weil er überhaupt nicht existiert. Mehr noch. Es kann keinerlei Zweifel darüber bestehen, dass die Losung Lenins den Beschlüssen des VIII. Parteitags über den Mittelbauern nicht nur nicht widerspricht, sondern im Gegenteil, die genaueste und gelungenste Formulierung dieser Beschlüsse ist. Und es ist doch eine Tatsache, dass das Programm der KPdSU(B) im März 1919 angenommen wurde, auf dem VIII. Parteitag, der die Frage des Mittelbauern speziell behandelte, während Lenins Aufsatz gegen Pitirim Sorokin, in dem die Losung der Verständigung mit dem Mittelbauern verkündet wurde, im November 1918, vier Monate vor dem VIII. Parteitag, in der Presse erschien.
Ist es etwa nicht klar, dass der VIII. Parteitag restlos die Losung Lenins bestätigt hat, die in seinem Aufsatz gegen Pitirim Sorokin aufgestellt wurde, als Losung, die die Partei in ihrer Arbeit auf dem Lande in der ganzen gegenwärtigen Periode des sozialistischen Aufbaus sich zur Richtschnur zu nehmen verpflichtet ist?
Worin besteht der Kern der Losung Lenins?
Der Kern der Losung Lenins besteht darin, dass sie wunderbar prägnant die dreieinige Aufgabe der Parteiarbeit auf dem Lande zusammenfasst, die in einer einzigen gedrängten Formel zum Ausdruck gebracht wird: a) Stütze dich auf die Dorfarmut, b) erziele eine Verständigung mit dem Mittelbauern, c) stelle keine Minute lang den Kampf gegen den Kulaken ein. Versuchen Sie doch, aus dieser Formel einen ihrer Teile als Basis für die Arbeit auf dem Lande im gegenwärtigen Moment herauszugreifen und hierbei die beiden übrigen zu vergessen, und Sie geraten unweigerlich in eine Sackgasse.

Kann man in der gegenwärtigen Phase des sozialistischen Aufbaus eine wirkliche und dauernde Verständigung mit dem Mittelbauern erzielen, ohne sich auf die Dorfarmut zu stützen und ohne den Kampf gegen den Kulaken zu führen?
Nein, das kann man nicht.
Kann man unter den Bedingungen der gegenwärtigen Entwicklung erfolgreich den Kampf gegen den Kulaken führen, ohne sich auf die Dorfarmut zu stützen und ohne eine Verständigung mit dem Mittelbauern erzielt zu haben?
Nein, das kann man nicht.
Wie lässt sich diese dreieinige Aufgabe der Parteiarbeit auf dem Lande am treffendsten in einer zusammenfassenden Losung zum Ausdruck bringen? Ich glaube, dass Lenins Losung diese Aufgabe am treffendsten zum Ausdruck bringt. Man muss anerkennen, dass man es treffender nicht sagen kann, als Lenin es gesagt hat...
Weshalb ist es notwendig, die Zweckmäßigkeit der Losung Lenins gerade jetzt, gerade unter den gegebenen Verhältnissen der Arbeit auf dem Lande zu betonen?
Weil gerade jetzt sich bei einzelnen Genossen die Tendenz bemerkbar macht, die dreieinige Aufgabe der Parteiarbeit auf dem Lande in Teile zu zerreißen und diese Teile voneinander abzusondern. Das wird restlos bestätigt durch die Praxis unserer Getreidebeschaffungskampagne im Januar-Februar dieses Jahres.
Dass man mit dem Mittelbauern eine Verständigung erzielen muss, das wissen alle Bolschewiki. Wie aber diese Verständigung zu erzielen ist, das begreift nicht jeder. Die einen glauben, die Verständigung mit dem Mittelbauern erzielen zu können durch Verzicht auf den Kampf gegen das Kulakentum oder durch Abschwächung dieses Kampfes: der Kampf gegen das Kulakentum könnte nämlich einen Teil der Mittelbauernschaft, ihren wohlhabenden Teil, von uns abschrecken.
Die anderen glauben, diese Verständigung mit dem Mittelbauern durch Verzicht auf die Arbeit zur Organisierung der Dorfarmut oder durch Abschwächung dieser Arbeit erzielen zu können: die Organisierung der Dorfarmut führe nämlich zu einer Absonderung der Dorfarmut, diese Absonderung aber könnte die Mittelbauern von uns abschrecken.
Als Folge dieser Abweichungen von der richtigen Linie wird der marxistische Leitsatz außer acht gelassen, dass die Mittelbauernschaft eine schwankende Klasse ist, dass man die Verständigung mit dem Mittelbauern nur dann zu einer dauernden machen kann, wenn man einen entschiedenen Kampf gegen das Kulakentum führt und die Arbeit unter der Dorfarmut verstärkt, dass der Mittelbauer ohne diese Bedingungen zum Kulakentum, als zu einem Machtfaktor, hinschwanken kann.
Denken Sie an die Worte Lenins, die er auf dem VIII. Parteitag gesagt hat:

„Es gilt, das Verhältnis zu der Klasse festzulegen, die keine bestimmte, beständige Stellung einnimmt. Das Proletariat ist in seiner Masse für den Sozialismus, die Bourgeoisie in ihrer Masse gegen den Sozialismus - das Verhältnis dieser beiden Klassen zueinander ist leicht zu bestimmen. Wenn wir aber zu einer Schicht wie der Mittelbauernschaft übergehen, da zeigt es sich, dass sie eine Klasse ist, die schwankt. Der Mittelbauer ist zum Teil Eigentümer, zum Teil Werktätiger. Er beutet nicht andere Vertreter der Werktätigen aus. Er musste Jahrzehnte hindurch seine Stellung mit größter Mühe behaupten, er hat am eigenen Leibe die Ausbeutung durch Gutsbesitzer und Kapitalisten erfahren, er hat alles durchgemacht und ist zugleich Eigentümer. Deshalb bietet unser Verhältnis zu dieser schwankenden Klasse gewaltige Schwierigkeiten." („Der VIII. Parteitag der KPR(B)", Stenographisches Protokoll, S.300[24].)

Es gibt aber auch andere Abweichungen von der richtigen Linie, die nicht minder gefährlich sind als die vorerwähnten. Es kommt vor, dass man zwar den Kampf gegen das Kulakentum führt, aber so plump und unsinnig, dass die Hiebe den Mittelbauern und den armen Bauern treffen. Die Folge davon ist, dass der Kulak heil bleibt, das Bündnis mit dem Mittelbauern

einen Riss erhält und ein Teil der armen Bauern vorübergehend in die Fänge des Kulaken gerät, der eine Wühlarbeit gegen die Sowjetpolitik betreibt.
Es kommen auch Fälle vor, wo man den Kampf gegen das Kulakentum in eine Enteignung der Kulaken und die Getreidebeschaffung in eine Ablieferungspflicht zu verwandeln sucht und dabei vergisst, dass die Enteignung der Kulaken unter unseren Verhältnissen eine Torheit ist, die Ablieferungspflicht aber nicht Bündnis mit dem Mittelbauern, sondern Kampf gegen ihn bedeutet.
Woher kommen diese Abweichungen von der Parteilinie?
Daher, dass man nicht versteht, dass die dreifältige Aufgabe der Parteiarbeit auf dem Lande eine einheitliche und unteilbare Aufgabe ist. Daher, dass man nicht versteht, dass man die Aufgabe des Kampfes gegen das Kulakentum nicht trennen darf von der Aufgabe der Verständigung mit dem Mittelbauern und diese beiden Aufgaben von der Aufgabe, die Dorfarmut zur Stütze der Partei auf dem Lande zu machen?

(Daraus folgt, dass die Abweichungen von der richtigen Linie eine zweifache Gefahr für das Bündnis der Arbeiter und Bauern schaffen: die Gefahr seitens derer, die, sagen wir, die zeitweiligen außerordentlichen Maßnahmen in der Getreidebeschaffung in einen ständigen oder lange beizubehaltenden Kurs der Partei verwandeln möchten, und die Gefahr seitens derer, die die Aufhebung der außerordentlichen Maßnahmen dazu benutzen möchten, den Kulaken volle Handlungsfreiheit zu geben und den völlig freien Handel, ohne Regulierung des Handels durch die Organe des Staates, zu verkünden. Zur Sicherung der richtigen Linie ist deshalb ein Kampf an zwei Fronten notwendig.
Ich benutze die Gelegenheit, um darauf hinzuweisen, dass unsere Presse sich nicht immer an diese Regel hält und bisweilen eine gewisse Einseitigkeit an den Tag legt. So kommt es zum Beispiel vor, dass man diejenigen entlarvt, die die außerordentlichen Maßnahmen in der Getreidebeschaffung, die zeitweiligen Charakter tragen, in einen ständigen Kurs unserer Politik verwandeln wollen und damit den Zusammenschluss gefährden. Das ist sehr gut. Nicht gut und falsch ist es aber, wenn man gleichzeitig denjenigen nicht genügend Aufmerksamkeit zuwendet und diejenigen nicht gebührend entlarvt, die den Zusammenschluss von der anderen Seite her gefährden, wenn man diejenigen nicht entlarvt, die der kleinbürgerlichen Elementargewalt erliegen, die Abschwächung des Kampfes gegen die kapitalistischen Elemente des Dorfes und die Einführung des völlig freien Handels ohne regulierende Rolle des Staates fordern und auf diese Weise den Zusammenschluss vom anderen Ende her untergraben. Das ist schon nicht mehr gut. Das ist eine Einseitigkeit.
Es kommt weiter vor, dass man diejenigen entlarvt, die, sagen wir, leugnen, dass die Hebung der individuellen kleinen und mittleren Bauernwirtschaften, die im gegebenen Stadium die Basis der Landwirtschaft bilden, möglich und zweckmäßig ist. Das ist sehr gut. Nicht gut und falsch ist es aber, wenn man nicht gleichzeitig diejenigen entlarvt, die die Bedeutung der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften herabsetzen und nicht sehen, dass die Aufgabe, die individuelle kleine und mittlere Bauernwirtschaft zu heben, praktisch durch die Aufgabe ergänzt werden muss, den Aufbau der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften zu verstärken. Das ist schon eine Einseitigkeit.
Um eine richtige Linie sicherzustellen, muss man den Kampf an zwei Fronten führen und sich von jeder Einseitigkeit frei machen.)

Was ist zu tun, damit diese Aufgaben in unserer laufenden Arbeit auf dem Lande nicht voneinander getrennt werden?
Hierzu muss zumindest eine solche richtunggebende Losung gegeben werden, die alle diese Aufgaben in einer gemeinsamen Formel vereinigt, folglich eine Losung, die nicht zulässt, dass diese Aufgaben voneinander getrennt werden.
Gibt es in unserem Parteiarsenal eine solche Formel, eine solche Losung?
Ja, es gibt sie. Eine solche Formel ist Lenins Losung: „Man muss verstehen, eine Verständigung mit dem Mittelbauern zu erzielen, dabei keine Minute lang auf den Kampf gegen den Kulaken verzichten und sich nur auf die Dorfarmut fest und sicher stützen."
Aus diesem Grunde glaube ich, dass diese Losung die zweckmäßigste und umfassendste Losung ist, dass sie gerade heute, gerade in den gegebenen Verhältnissen der Arbeit auf dem Lande in den Vordergrund zu rücken ist.
Sie halten die Losung Lenins für eine „oppositionelle" Losung und fragen in Ihrem Brief: *„Wie konnte es geschehen, dass... diese oppositionelle Losung zum 1. Mai 1928 in der ‚Prawda' erschien..., wie kann man das Erscheinen dieser Losung in den Spalten*

der ‚Prawda`, des Organs des ZK der KPdSU, erklären, ist das nur ein technisches Versehen, oder ist es ein Kompromiss mit der Opposition in der Frage des Mittelbauern?“

Recht forsch gesagt, das muss man schon zugeben! Immerhin, nehmen Sie die „Kurve“ nicht zu scharf, Genosse S., sehen Sie zu, dass Sie in Ihrem Übereifer nicht zu dem Schluss gelangen, dass die Veröffentlichung unseres Programms verboten werden müsse, des Programms, das die Losung Lenins voll bestätigt (Tatsache!), das in der Hauptsache von Lenin (keineswegs einem Oppositionellen!) ausgearbeitet und vom VIII. Parteitag (ebenfalls keiner oppositionellen Partei!) angenommen wurde. Mehr Achtung vor den bekannten Punkten unseres Programms über die sozialen Gruppierungen auf dem Lande! Mehr Achtung vor den Beschlüssen des VIII. Parteitags über die Mittelbauernschaft!...

Was Ihre Worte vom „Kompromiss mit der Opposition in der Frage des Mittelbauern“ betrifft, so sind diese Worte, meines Erachtens, einer Widerlegung nicht wert: sie sind Ihnen wohl nur im Eifer entschlüpft.

Sie sind offenbar durch den Umstand stutzig geworden, dass in der Losung Lenins und in dem vom VIII. Parteitag angenommenen Programm der KPdSU(B) von einer Verständigung mit dem Mittelbauern gesprochen wird, während Lenin in seiner Eröffnungsrede auf dem VIII. Parteitag von einem festen Bündnis mit dem Mittelbauern spricht. Sie erblicken darin wohl etwas wie einen Widerspruch. Sie sind möglicherweise sogar geneigt anzunehmen, dass die Politik der Verständigung mit dem Mittelbauern eine Art Abkehr von der Politik des Bündnisses mit ihm bedeutet. Das ist falsch, Genosse S. Das ist eine arge Verirrung. So können nur Menschen denken, die zwar die Buchstaben einer Losung zu lesen, nicht aber in den Sinn der Losung einzudringen vermögen. So können nur Menschen denken, die die Geschichte der Losung des Bündnisses, der Verständigung mit dem Mittelbauern nicht kennen. So können nur Menschen denken, die zu der Annahme fähig sind, dass Lenin, als er in seiner Eröffnungsrede auf dem VIII. Parteitag die Politik des „festen Bündnisses“ mit dem Mittelbauern verkündete, von sich selbst abrückte, da er in einer anderen Rede auf dem gleichen Parteitag und in dem vom VIII. Parteitag angenommenen Parteiprogramm davon sprach, dass wir jetzt eine Politik der „Verständigung“ mit dem Mittelbauern brauchen.

Worum handelt es sich hier? Es handelt sich darum, dass Lenin und die Partei in Gestalt des VIII. Parteitags keinerlei Unterschied zwischen dem Begriff „Verständigung“ und dem Begriff „Bündnis“ sehen. Es handelt sich darum, dass Lenin überall, in allen seinen Reden auf dem VIII. Parteitag ein Gleichheitszeichen setzt zwischen dem Begriff „Bündnis“ und dem Begriff „Verständigung“. Das gleiche ist von der Resolution des VIII. Parteitags „über das Verhältnis zur Mittelbauernschaft“ zu sagen, wo zwischen dem Begriff „Verständigung“ und dem Begriff „Bündnis“ ein Gleichheitszeichen gesetzt wird. Und da Lenin und die Partei die Politik der Verständigung mit dem Mittelbauern nicht für eine zufällige und schnell vorübergehende, sondern für eine auf längere Dauer berechnete Politik halten, so hatten und haben sie allen Grund, die Politik der Verständigung mit dem Mittelbauern als eine Politik des festen Bündnisses mit ihm, und umgekehrt, die Politik des festen Bündnisses mit dem Mittelbauern als Politik der Verständigung mit ihm zu bezeichnen. Es genügt, sich mit dem stenographischen Protokoll des VIII. Parteitags und mit der Resolution dieses Parteitags über den Mittelbauern bekannt zu machen, um sich davon zu überzeugen.

Hier ein Auszug aus der Rede Lenins auf dem VIII. Parteitag:

„Die Hiebe, die dem Kulaken zugedacht waren, trafen infolge der Unerfahrenheit der Sowjetfunktionäre, infolge der Schwierigkeit der Frage vielfach die Mittelbauernschaft. Hier haben wir ganz außerordentlich gesündigt. Die in dieser Beziehung gesammelte Erfahrung wird uns helfen, alles zu tun, um dies in Zukunft zu vermeiden. Das ist eine Aufgabe, die nicht theoretisch, sondern praktisch vor uns steht. Sie wissen sehr gut, dass das eine schwierige Aufgabe ist. Wir besitzen keine Güter, die wir dem Mittelbauern geben könnten, dieser aber ist ein Materialist, ein Praktiker, und fordert konkrete materielle Güter, die wir ihm heute nicht geben können und ohne die das Land vielleicht noch monatelang wird

auskommen müssen, solange der schwere Kampf dauert, der uns jetzt einen vollen Sieg verheißt. Wir können aber in unserer administrativen Praxis vieles tun: unseren Apparat verbessern, eine Menge Missbräuche abstellen. Wir können die Linie unserer Partei, die in ungenügendem Maße auf einen Block, ein Bündnis, eine Verständigung mit der Mittelbauernschaft gerichtet war - wir können und müssen diese Linie ausgleichen und ausrichten." („Der VIII. Parteitag der KPR(B)", Stenographisches Protokoll, S. 20[23].)

Sie sehen, dass Lenin zwischen „Verständigung" und „Bündnis" keinen Unterschied macht.
Und nun einige Auszüge aus der Resolution des VIII. Parteitags „Über das Verhältnis zur Mittelbauernschaft":

„Die Mittelbauern mit dem Kulakentum verwechseln, die gegen das Kulakentum gerichteten Maßnahmen in diesem oder jenem Grade auf sie ausdehnen, heißt nicht nur alle Dekrete der Sowjetmacht und ihre gesamte Politik auf das gröbste verletzen, sondern auch alle Grundprinzipien des Kommunismus, die auf eine Verständigung des Proletariats mit der Mittelbauernschaft in der Periode des Entscheidungskampfes des Proletariats für den Sturz der Bourgeoisie hinweisen als auf eine der Bedingungen eines schmerzlosen Übergangs zur Beseitigung jeder Ausbeutung.
Die Mittelbauernschaft, die infolge der Zurückgebliebenheit der landwirtschaftlichen Technik hinter der industriellen selbst in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, gar nicht zu reden von Rußland, verhältnismäßig starke ökonomische Wurzeln hat, wird sich noch ziemlich lange Zeit nach dem Beginn der proletarischen Revolution halten. Die Taktik der Sowjetfunktionäre auf dem Lande ebenso wie der Parteiarbeiter muss deshalb auf eine längere Periode der Zusammenarbeit mit der Mittelbauernschaft berechnet sein...
...Eine völlig richtige Politik der Sowjetmacht im Dorfe sichert somit das Bündnis und die Verständigung des siegreichen Proletariats mit der Mittelbauernschaft...
...Die Politik der Arbeiter- und Bauernregierung und der Kommunistischen Partei muss auch künftighin in diesem Geiste der Verständigung des Proletariats und der armen Bauernschaft mit der Mittelbauernschaft betrieben werden." („Der VIII. Parteitag der KPR(B)", Stenographisches Protokoll, S. 370-372[26].)

Wie Sie sehen, macht auch die Resolution keinen Unterschied zwischen „Verständigung" und „Bündnis".
Es wird nicht überflüssig sein, darauf hinzuweisen, dass in dieser Resolution des VIII. Parteitags kein einziges Wort über ein „festes Bündnis" mit dem Mittelbauern enthalten ist. Bedeutet das jedoch, dass die Resolution damit von der Politik des „festen Bündnisses" mit dem Mittelbauern abrückt? Keineswegs. Das bedeutet nur, dass die Resolution ein Gleichheitszeichen setzt zwischen dem Begriff „Verständigung", „Zusammenarbeit" und dem Begriff „festes Bündnis". Das ist auch verständlich: Es kann kein „Bündnis" mit dem Mittelbauern ohne eine „Verständigung" mit ihm geben, und ein Bündnis mit dem Mittelbauern kann nicht „fest" sein, wenn keine „dauerhafte" Verständigung und Zusammenarbeit mit ihm besteht.
Das sind die Tatsachen.
Eins von beiden: Entweder sind Lenin und der VIII. Parteitag von der Leninschen Erklärung über das „feste Bündnis" mit dem Mittelbauern abgerückt, oder man muss diese nicht ernst zu nehmende Annahme verwerfen und erkennen, dass Lenin und der VIII. Parteitag keinerlei Unterschied machen zwischen dem Begriff „Verständigung" und dem Begriff „festes Bündnis".
Wer also kein Opfer leerer Wortklauberei werden will, wer in den Sinn der Leninschen Losung eindringen will, die von der Dorfarmut als Stütze, von der Verständigung mit dem Mittelbauern und vom Kampf gegen das Kulakentum spricht, der muss verstehen, dass die Politik der Verständigung mit dem Mittelbauern die Politik des festen Bündnisses mit ihm ist.

Ihr Fehler besteht darin, dass Sie den Gaunertrick der Opposition nicht durchschaut haben und auf ihre Provokation hereingefallen, in die Ihnen vom Gegner gestellte Falle geraten sind. Die oppositionellen Gauner versichern mit Lärm und Geschrei, dass sie für die Losung Lenins über die Verständigung mit dem Mittelbauern eintreten, wobei sie provokatorisch darauf anspielen, dass die „Verständigung“ mit dem Mittelbauern und ein „festes Bündnis“ mit diesem verschiedene Dinge seien. Sie wollen dadurch zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: einmal ihren wirklichen Standpunkt gegenüber der Mittelbauernschaft verbergen, der nicht auf eine Verständigung mit dem Mittelbauern, sondern auf ein „Zerwürfnis mit dem Mittelbauern“ hinausläuft (siehe die bekannte Rede des Oppositionellen Smirnow, die ich auf der XVI. Moskauer Gouvernementskonferenz der Partei[27] zitiert habe); zweitens mit dem angeblichen Unterschied zwischen „Verständigung“ und „Bündnis“ die Einfältigen unter den Bolschewiki einfangen, sie endgültig verwirren und von Lenin abdrängen.
Was tun aber demgegenüber manche unserer Genossen? Anstatt den oppositionellen Betrügern die Maske vom Gesicht zu reißen, statt sie zu überführen, dass sie die Partei über ihren wirklichen Standpunkt getäuscht haben, lassen sie sich selbst fangen, gehen in die Falle und lassen sich von Lenin abdrängen. Die Opposition schlägt Lärm um die Losung Lenins, die Oppositionellen gebärden sich als Anhänger der Leninschen Losung - also muss ich mich von dieser Losung abgrenzen, damit man mich nicht mit der Opposition verwechselt, sonst könnte man mich des „Kompromisses mit der Opposition“ beschuldigen - das ist die Logik dieser Genossen!
Und das ist nicht das einzige Beispiel der Gaunermethoden der Opposition. Nehmen Sie zum Beispiel die Losung der Selbstkritik. Die Bolschewiki müssen wissen, dass die Losung der Selbstkritik die Grundlage unserer Parteitätigkeit, ein Mittel zur Festigung der proletarischen Diktatur, das Wesen der bolschewistischen Methode zur Heranbildung von Kadern ist. Die Opposition versichert mit viel Geschrei, die Losung der Selbstkritik sei von ihr, der Opposition, ersonnen worden, die Partei habe von ihr diese Losung übernommen und habe somit vor der Opposition kapituliert. Durch dieses Vorgehen will die Opposition zumindest zwei Dinge erreichen:
erstens der Arbeiterklasse verheimlichen und sie darüber täuschen, dass zwischen der oppositionellen „Selbstkritik“, deren Ziel die Zerstörung der Partei ist, und der bolschewistischen Selbstkritik, die sich die Festigung der Partei zum Ziel setzt, ein Abgrund liegt;
zweitens manchen Einfältigen einfangen und ihn dahin bringen, dass er sich von der Parteilosung der Selbstkritik abgrenze.
Wie reagieren aber darauf manche unserer Genossen? Anstatt den Betrügern von der Opposition die Maske vom Gesicht zu reißen und die Losung der bolschewistischen Selbstkritik zu verteidigen, gehen sie in die Falle, lassen sich von der Losung der Selbstkritik abdrängen, tanzen nach der Pfeife der Opposition und ... kapitulieren vor ihr, in der irrigen Annahme, dass sie sich von der Opposition abgrenzen.
Man könnte einen ganzen Haufen solcher Beispiele anführen.
Wir können aber in unserer Arbeit nach niemandes Pfeife tanzen. Umso weniger können wir uns in unserer Arbeit danach richten, was die Oppositionellen von uns sagen. Wir müssen unseren eigenen Weg gehen, über die gaunerischen Ausfälle der Opposition wie über die Fehler mancher unserer Bolschewiki hinweg, die auf die Provokation der Oppositionellen hereinfallen. Denken Sie an die Worte bei Marx: „Geh deinen Weg, und lass die Leute reden!“[28]

Geschrieben am 12. Juni 1928.
Veröffentlicht in der „Prawda“ Nr. 152,
3. Juli 1928.
Unterschrift: J. Stalin.

AN DIE MITGLIEDER DES POLITBÜROS DES ZK

Antwort an Frumkin

(Anlässlich des Briefes Frumkins vom 15. Juni 1928)

Frumkins Brief vom 15. Juni 1928 verdient eine aufmerksame Betrachtung.
Untersuchen wir ihn Punkt für Punkt.
1. Falsch ist vor allem Frumkins Einschätzung der internationalen Lage der UdSSR. In der Partei herrscht die allgemein anerkannte Auffassung, dass die Ursache für das Anwachsen der Gegensätze zwischen der UdSSR und ihrer kapitalistischen Umwelt, die Ursache für die Offensive der kapitalistischen Staaten gegen die UdSSR in dem Anwachsen der sozialistischen Elemente in der UdSSR liegt, in dem wachsenden Einfluss der UdSSR auf die Arbeiterklasse aller Länder, folglich in der Gefahr, die die erstarkende UdSSR für den Kapitalismus darstellt. Eben diese Auffassung vertritt auch der XV. Parteitag unserer Partei, wenn er in seiner Resolution zum Rechenschaftsbericht des ZK sagt: „Die Gegensätze zwischen den Ländern der bürgerlichen Umwelt und der UdSSR, die durch ihre siegreiche Entwicklung die Grundpfeiler des Weltkapitalismus erschüttert, haben sich verschärft. Das Anwachsen der sozialistischen Elemente in der UdSSR, der Zusammenbruch der bürgerlichen Hoffnungen auf eine Entartung der proletarischen Diktatur und zugleich die Verstärkung des internationalen revolutionären Einflusses der UdSSR sind die wichtigsten Faktoren dieser Verschärfung.“[29]
Bekanntlich ist die Partei nicht beiläufig, nicht zufällig zu dieser Einstellung gelangt, sondern in erbittertem Kampf gegen die Opposition, die offen behauptete, dass die Ursache für die Offensive des Imperialismus gegen die UdSSR in der Schwächung der UdSSR liege, die sich aus dem Prozess ihrer Entartung erkläre.
Frumkin ist jedoch mit dieser Einstellung der Partei absolut nicht einverstanden. Frumkin behauptet im Gegenteil, dass „der grundlegende und entscheidende Faktor für die Offensive der kapitalistischen Welt gegen die UdSSR in der politischen und ökonomischen Schwächung unserer Kräfte besteht“.
Was können diese zwei einander entgegengesetzten Einschätzungen, von denen die eine von Frumkin und die andere vom XV. Parteitag unserer Partei gegeben wurde, miteinander gemein haben?
2. Noch falscher ist Frumkins Einschätzung der inneren Lage der UdSSR. Wenn man Frumkins Brief liest, könnte man meinen, die Sowjetmacht liege in den letzten Zügen, das Land stehe am Rande des Abgrunds und der Untergang der UdSSR sei die Sache einiger Monate, wenn nicht einiger Tage. Es fehlt nur noch der Zusatz, dass „der Totenvogel schon gerufen hat“.
Wir sind es gewöhnt, aus dem Munde der Oppositionellen intelligenzlerisches Gejammer über einen „Untergang“ der UdSSR zu hören. Steht es aber Frumkin an, sich an der Opposition ein Beispiel zu nehmen?
Natürlich wäre es falsch, die Bedeutung unserer Schwierigkeiten zu unterschätzen. Noch falscher wäre es aber, ihre Bedeutung zu übertreiben, das Gleichgewicht zu verlieren und in Panik zu verfallen. Zweifellos ist der Kulak gegen die Sowjetmacht erbost: Es wäre grotesk, vom Kulaken eine freundschaftliche Einstellung zur Sowjetmacht zu verlangen. Zweifellos hat der Kulak Einfluss unter einem gewissen Teil der Dorfarmut und der Mittelbauern. Hieraus aber die Schlussfolgerung ziehen, dass die Mehrheit der Dorfarmut und der Mittelbauern gegen die Sowjetmacht gestimmt sei, dass „diese Stimmungen bereits auf die Arbeiterzentren überzugreifen beginnen“ - heißt den Kopf verlieren und in Panik verfallen. Nicht umsonst sagt man, dass „die Furcht tausend Augen hat“.

Man kann sich vorstellen, was aus Frumkin würde, wenn wir es heute nicht mit den gegenwärtigen Schwierigkeiten zu tun hätten, sondern mit ernsteren Schwierigkeiten, sagen wir mit einem Krieg, der Schwankungen aller Art ein breites „Tätigkeitsfeld“ eröffnet.
3. Völlig unrecht hat Frumkin, wenn er erklärt, dass „die Verschlechterung unserer Wirtschaftslage auf Grund der nach dem XV. Parteitag eingeschlagenen neuen politischen Linie gegenüber dem Dorfe noch schärfere Formen angenommen hat“. Gemeint sind dabei offensichtlich die Maßnahmen zur Verbesserung der Getreidebeschaffung, die von der Partei zu Beginn dieses Jahres ergriffen wurden. Frumkin hält diese Maßnahmen für schädlich, für Maßnahmen, die unsere Lage „verschlechtert“ haben.
Demnach hätte das Aprilplenum des ZK und der ZKK unrecht gehabt, als es feststellte,
a) dass „die Schwierigkeiten in der Getreidebeschaffung im Zusammenhang stehen mit den Schwierigkeiten, die mit dem schnellen Tempo der Industrialisierung des Landes verbunden sind, einem Tempo, das dem proletarischen Staat durch die ganze internationale und innere Situation diktiert wird, sowie mit den Fehlern der planwirtschaftlichen Leitung“,
b) dass „die Verschärfung der Disproportion in den Marktverhältnissen (zahlungsfähige Nachfrage des Dorfes einerseits und Angebot an Industriewaren anderseits) zu erklären ist durch das Steigen der Einkünfte des Dorfes, insbesondere seiner wohlhabenden und kulakischen Schichten“ (und nicht durch die Maßnahmen der Partei. J.St.),
c) dass „die Schwierigkeiten vertieft und kompliziert wurden durch das Bestreben des Kulakenteils des Dorfes und der Spekulanten, diese Schwierigkeiten auszunutzen, die Getreidepreise in die Höhe zu schrauben und die sowjetische Preispolitik zu hintertreiben"'. (und nicht durch die Maßnahmen der Partei. J.St.).
Demnach hätte das Aprilplenum des ZK und der ZKK unrecht gehabt, als es in seiner Resolution über die Getreidebeschaffung erklärte, dass „die angeführten Maßnahmen der Partei, die zu einem gewissen Teil außerordentlicher Natur waren, bei der Steigerung der Getreidebeschaffung bedeutsame Erfolge gezeitigt haben“[30].
Demnach hätte also Frumkin Recht, das Aprilplenum des ZK und der ZKK aber hätte Unrecht!
Wer hat nun schließlich Recht, Frumkin oder das Plenum des ZK und der ZKK?
Wenden wir uns den Tatsachen zu.
Was hatten wir Anfang Januar dieses Jahres? Wir hatten ein Defizit von 128 Millionen Pud Getreide gegenüber dem Vorjahr.
Wie ging damals die Getreidebeschaffung vonstatten? Im Selbstlauf, ohne irgendwelche außerordentlichen Maßnahmen der Partei, ohne dass die Partei aktiv in die Getreidebeschaffung eingriff.
Was haben uns damals der Selbstlauf und das Fehlen jedweder Maßnahmen des Drucks eingebracht? Ein Defizit von 128 Millionen Pud Getreide.
Welche Ergebnisse hätten wir jetzt, wenn die Partei den Rat Frumkins befolgt und damals nicht eingegriffen hätte, wenn das Defizit von 128 Millionen Pud Getreide nicht schon vor dem Frühjahr, vor der Frühjahrsaussaat beseitigt worden wäre? Wir hätten jetzt Hunger unter den Arbeitern, Hunger in den Industriezentren, Desorganisierung unseres Aufbaus, Hunger in der Roten Armee.
Konnte die Partei es unterlassen, einzugreifen, konnte sie vor der Anwendung außerordentlicher Maßnahmen haltmachen? Es ist klar, dass sie das nicht konnte.
Was folgt nun daraus? Daraus folgt, dass wir, wenn wir nicht rechtzeitig in die Getreidebeschaffung eingegriffen hätten, jetzt in unserer gesamten Volkswirtschaft eine überaus gefährliche Krise hätten.
Es gibt nur eine Schlussfolgerung: Frumkin ist völlig im Unrecht, wenn er gegen die Beschlüsse des Aprilplenums des ZK und der ZKK auftritt und ihre Revision fordert.
4. Völlig unrecht hat Frumkin, wenn er sagt: „Man muss zum XIV. und XV. Parteitag zurückkehren“. Wir brauchen nicht zum XV. Parteitag zurückzukehren, denn die Partei steht voll und ganz auf der Basis der Beschlüsse des XV. Parteitags. Frumkin aber fordert eine

Rückkehr zum XIV. Parteitag. Was heißt das? Heißt das nicht, den ganzen zurückgelegten Weg ausstreichen und zurück, nicht aber vorwärts gehen?
Der XV. Parteitag sagt in seiner Resolution „Über die Arbeit auf dem Lande“, dass es im Interesse der sozialistischen Entwicklung des Dorfes notwendig ist, eine „entschiedenere Offensive gegen den Kulaken“ zu führen.[37] Der XIV. Parteitag sagte das nicht und konnte es unter den damaligen Bedingungen nicht sagen. Was kann im Zusammenhang damit Frumkins Forderung, „zum XIV. Parteitag zurückzukehren“, bedeuten? Sie kann nur eins bedeuten: die Preisgabe der Politik der „entschiedeneren Offensive gegen den Kulaken“.
Es ergibt sich, dass Frumkins Forderung nach Rückkehr zum XIV. Parteitag zur Preisgabe der Beschlüsse des XV. Parteitags führt.
Der XV. Parteitag sagt in seiner Resolution „Über die Arbeit auf dem Lande“, dass „in der gegenwärtigen Periode die Aufgabe der Vereinigung und Umgestaltung der kleinen individuellen Bauernwirtschaften zu großen Kollektiven als die Hauptaufgabe der Partei auf dem Lande angesehen werden muss“[32]. Der XIV. Parteitag sagte das nicht und konnte es unter den damaligen Bedingungen nicht sagen. Das konnte erst zur Zeit des XV. Parteitags gesagt werden, als sich neben der alten und für uns unbedingt bindenden Aufgabe, der Entwicklung der individuellen kleinen und mittleren Bauernwirtschaft, eine neue praktische Aufgabe vor uns erhob, die Entwicklung der Kollektivwirtschaften als Waren produzierender Großwirtschaften.
Was kann im Zusammenhang damit Frumkins Forderung, „zum XIV. Parteitag zurückzukehren“, bedeuten? Sie kann nur eins bedeuten: die Preisgabe der neuen praktischen Aufgabe, der Entwicklung der Kollektivwirtschaften. Daraus erklärt sich denn auch die Tatsache, dass Frumkin die praktische Aufgabe, die Entwicklung der Kollektive, durch die spitzfindige Aufgabe der „maximalen Unterstützung der Dorfarmut, die in die Kollektive eintritt“, ersetzt.
Es ergibt sich folglich, dass Frumkins Forderung nach Rückkehr zum XIV. Parteitag zur Preisgabe der Beschlüsse des XV. Parteitags führt. Der XV. Parteitag sagt in seiner Resolution „Über die Direktiven für die Ausarbeitung des Fünfjahrplans der Volkswirtschaft“, dass „gegenwärtig eine größere Unterstützung allen lebensfähigen Formen der Produktivgenossenschaften erwiesen werden muss (Kommunen, Kollektivwirtschaften, Artels, Produktionsgesellschaften, genossenschaftlichen Betrieben usw.) sowie den Sowjetwirtschaften, die auf eine höhere Stufe gehoben werden müssen“[33]. Der XIV. Parteitag sagte das nicht und konnte es unter den damaligen Bedingungen nicht sagen. Das konnte erst zur Zeit des XV. Parteitags gesagt werden, als sich neben der Aufgabe der Entwicklung der individuellen kleinen und mittleren Bauernwirtschaft einerseits und der Entwicklung der Kollektivwirtschaften anderseits noch eine neue praktische Aufgabe vor uns erhob, die Entwicklung der Sowjetwirtschaften als Wirtschaftseinheiten mit der größten Warenproduktion.
Was kann im Zusammenhang damit Frumkins Forderung, „zum XIV. Parteitag zurückzukehren“, bedeuten? Sie kann nur eins bedeuten: die Preisgabe der Politik der „Hebung der Sowjetwirtschaften auf eine höhere Stufe“. Daraus erklärt sich denn auch, dass Frumkin die vom XV. Parteitag gestellte positive Aufgabe, die Entwicklung der Sowjetwirtschaften, durch die negative Aufgabe ersetzt, „die Erweiterung der Sowjetwirtschaften nicht in forciertem und überforciertem Tempo zu betreiben“, obgleich Frumkin wissen muss, dass die Partei sich hierbei keine „Überforcierung“ zur Aufgabe macht noch machen kann, denn wir beginnen eben erst, die Frage der Organisierung neuer Sowjetwirtschaften ernsthaft in Angriff zu nehmen.
Es ergibt sich wiederum, dass Frumkins Forderung nach Rückkehr zum XIV. Parteitag zur Preisgabe der Beschlüsse des XV. Parteitags führt.
Wie nimmt sich nach allem Gesagten Frumkins Erklärung aus, dass das ZK sich von den Beschlüssen des XV. Parteitags „abgewandt“ habe? Ist es nicht richtiger, zu sagen, dass

Frumkins ganzer Brief einen schlecht maskierten Versuch darstellt, die Beschlüsse des XV. Parteitags zu einer Reihe wichtigster Fragen zunichte zu machen?
Ist das nicht die Erklärung für Frumkins Behauptung, dass die Resolution des Aprilplenums des ZK und der ZKK über die Getreidebeschaffung angeblich „voller Halbheiten“ sei, dass sie „doppeldeutig“ sei? Ist es nicht richtiger, zu sagen, dass die Resolution des Plenums richtig ist, Frumkin aber tatsächlich in Anbetracht einer gewissen „Halbheit“ seiner Position „alles doppelt zu sehen“ beginnt?
Der grundlegende Fehler Frumkins besteht darin, dass er nur eine Aufgabe vor Augen hat, die Hebung der individuellen Bauernwirtschaft, wobei er annimmt, dass sich unser Verhältnis zur Landwirtschaft im Wesentlichen hierauf beschränke.
Sein Fehler besteht darin, dass er das Neue nicht begreift, das uns die Partei auf ihrem XV. Parteitag gegeben hat, er begreift nicht, dass man sich jetzt nicht allein auf die Aufgabe der Hebung der individuellen Bauernwirtschaft beschränken kann, dass man dieser Aufgabe zwei neue praktische Aufgaben hinzufügen muss: die Aufgabe der Entwicklung der Sowjetwirtschaften und die Aufgabe der Entwicklung der Kollektivwirtschaften.
Frumkin begreift nicht, dass wir ohne Verknüpfung der ersten Aufgabe mit den beiden letzten, weder was die Versorgung des Staates mit Warengetreide noch was die Organisierung der gesamten Volkswirtschaft auf der Grundlage des Sozialismus betrifft, aus der Lage herauskommen können.
Heißt das, dass wir schon jetzt den Schwerpunkt auf die Sowjet- und Kollektivwirtschaften verlegen? Nein, das heißt es nicht. Der Schwerpunkt bleibt im gegebenen Stadium die weitere Hebung der individuellen kleinen und mittleren Bauernwirtschaft. Das heißt aber, dass diese Aufgabe allein bereits nicht mehr genügt. Das heißt, dass die Zeit gekommen ist, in der wir diese Aufgabe praktisch durch zwei neue Aufgaben, die Entwicklung der Kollektivwirtschaften und die Entwicklung der Sowjetwirtschaften, ergänzen müssen.
5. Völlig falsch ist Frumkins Bemerkung, dass „der Umstand, dass der Kulak als außerhalb des Gesetzes stehend erklärt wurde, zu Ungesetzlichkeiten gegenüber der gesamten Bauernschaft geführt hat“.
Erstens trifft es nicht zu, dass der Kulak als „außerhalb des Gesetzes stehend“ erklärt wurde.
Zweitens, wenn in diesen Worten Frumkins irgendein Sinn ist, so kann er nur darin bestehen, dass Frumkin von der Partei die Wiedereinsetzung des Kulakentums in die „Bürgerrechte“, die Rückgabe der politischen Rechte an den Kulaken (sagen wir des Wahlrechts für die Wahlen zu den Sowjets usw.) fordert.
Glaubt Frumkin, dass die Partei und die Sowjetmacht gewinnen würden, wenn sie die bekannten Beschränkungen in Bezug auf die Kulaken aufheben würden? Wie vereinbart sich diese „Gesinnung“ Frumkins mit dem Beschluss des XV. Parteitags über eine „entschiedenere Offensive gegen den Kulaken“?
Glaubt Frumkin, dass die Abschwächung des Kampfes gegen das Kulakentum unser Bündnis mit dem Mittelbauern festigen werde? Ahnt Frumkin nicht, dass die Rückgabe der Rechte an das Kulakentum den Bemühungen des Kulakentums, den Mittelbauern von uns loszulösen, nur förderlich sein kann?
Was für einen Wert hat nach alldem Frumkins Gerede über das Bündnis mit dem Mittelbauern?
Natürlich wäre es falsch, zu leugnen, dass es Fälle gibt, wo die Gesetze von einem gewissen Teil unserer Funktionäre auf dem Lande verletzt werden. Noch falscher wäre es, die Tatsache zu leugnen, dass, da der Kampf gegen den Kulaken von einem gewissen Teil unserer Funktionäre ungeschickt geführt wird, die dem Kulaken zugedachten Hiebe mitunter die Mittelbauern und sogar die armen Bauern treffen. Ohne Zweifel müssen diese Entstellungen der Parteilinie auf das entschiedenste bekämpft werden. Wie kann man aber daraus die Schlussfolgerung ziehen, dass der Kampf gegen das Kulakentum abgeschwächt, die Beschränkung der politischen Rechte des Kulakentums aufgehoben werden müsse usw.?

6. Recht hat Frumkin, wenn er behauptet, dass der Kampf gegen das Kulakentum nicht auf dem Wege der Enteignung der Kulaken geführt werden darf, wie es mitunter einige unserer Funktionäre draußen im Lande tun. Aber er irrt sich, wenn er glaubt, dass er damit etwas Neues gesagt habe. Den Genossen Molotow oder den Genossen Kubjak dieser Entstellungen zu beschuldigen, wie es Frumkin tut, und zu behaupten, dass die Partei derartige Entstellungen nicht bekämpfe, bedeutet, die größte Ungerechtigkeit zu begehen und sich in unzulässiger Weise zu ereifern.

7. Recht hat Frumkin, wenn er behauptet, dass man die Märkte, den Getreidemarkt öffnen muss. Aber er irrt sich, wenn er glaubt, dass er damit etwas Neues gesagt habe. Erstens war die Partei niemals für die Schließung der Märkte. Zweitens kann es Frumkin nicht unbekannt sein, dass, sofern in einigen Bezirken Märkte geschlossen wurden, das Zentrum den Ortsorganisationen unverzüglich die Anweisung gab, diese sofort zu öffnen und mit derartigen Entstellungen Schluss zu machen. Bekanntlich wurde dieser Beschluss des Zentrums den Ortsorganisationen schon Ende Mai (26. Mai) übermittelt, das heißt zwei Wochen vor Frumkins Brief. Das konnte Frumkin nicht unbekannt sein. Lohnte es danach, „offene Türen einzurennen“?

8. Recht hat Frumkin, wenn er behauptet, dass man die Getreidepreise erhöhen und den Kampf gegen die Herstellung von selbst gebranntem Schnaps verstärken muss. Aber wiederum wäre es seltsam, zu glauben, dass Frumkin damit Amerika entdeckt hätte. Der Kampf gegen die Herstellung von selbst gebrannten Schnaps ist bei uns seit Januar dieses Jahres im Gange. Den Kampf muss man verstärken, und er wird verstärkt werden, obgleich Frumkin nicht unbekannt sein kann, dass das Dorf darüber unzufrieden sein wird. Was die Erhöhung der Getreidepreise betrifft, so kann Frumkin nicht unbekannt sein, dass bei uns im Politbüro schon im Februar dieses Jahres, das heißt vier Monate vor Frumkins Brief, eine Preiserhöhung für den Beginn des neuen Beschaffungsjahres vorgesehen wurde. Nochmals: Lohnte es in Bezug auf die Preiserhöhung „offene Türen einzurennen“?

9. Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als sei Frumkins Brief unter der Flagge der Verteidigung des Bündnisses mit dem Mittelbauern geschrieben worden. Das ist aber nur der äußere Schein. In Wirklichkeit ist Frumkins Brief eine Fürsprache für den Kulaken, um Erleichterungen für ihn zu erreichen, eine Fürsprache für die Aufhebung der Beschränkungen in Bezug auf den Kulaken. Wer das Bündnis mit dem Mittelbauern festigen will, der kann nicht eine Abschwächung des Kampfes gegen das Kulakentum fordern.

Die Sicherung des festen Bündnisses mit dem Mittelbauern ist eine überaus wichtige Aufgabe unserer Partei. Dieses Bündnis können wir aber nur sichern, wenn wir einen entschiedenen Kampf gegen das Kulakentum führen, wenn wir die Dorfarmut zu einer Stütze des Proletariats auf dem Lande machen, schließlich, wenn wir bereit sind und es verstehen, zu einer dauerhaften Verständigung mit dem Mittelbauern zu kommen, zu einer Verständigung, die dazu angetan ist, das Bündnis mit dem Mittelbauern zu festigen und die Positionen des Proletariats im Kampf für den sozialistischen Aufbau zu stärken.

Unsere Politik auf diesem Gebiet muss gerichtet sein nicht auf die Abschwächung des Kampfes gegen die kapitalistischen Elemente des Dorfes, sondern auf „die Verständigung des Proletariats mit der Mittelbauernschaft“, auf „eine längere Periode der Zusammenarbeit mit der Mittelbauernschaft“, auf „das Bündnis und die Verständigung des siegreichen Proletariats mit der Mittelbauernschaft“ (siehe die Resolution des VIII. Parteitags „Über das Verhältnis zur Mittelbauernschaft“)[34]

20. Juni 1928.

J. Stalin

Zum erstenmal veröffentlicht.

GEGEN DIE VULGARISIERUNG DER LOSUNG DER SELBSTKRITIK

Die Losung der Selbstkritik darf nicht als etwas Vorübergehendes und Schnellvergängliches betrachtet werden. Die Selbstkritik ist eine besondere Methode, eine bolschewistische Methode zur Erziehung der Parteikader sowie der Arbeiterklasse überhaupt im Geiste der revolutionären Entwicklung. Schon Marx sprach von der Selbstkritik als von einer Methode zur Stärkung der proletarischen Revolution.[35] Was die Selbstkritik in unserer Partei betrifft, so geht der Beginn der Selbstkritik bis auf das Aufkommen des Bolschewismus in unserem Lande, bis auf die ersten Tage seines Entstehens als einer besonderen revolutionären Strömung in der Arbeiterbewegung zurück.

Bekanntlich hat Lenin bereits im Frühjahr 1904, als die Bolschewiki noch keine selbständige politische Partei bildeten, sondern gemeinsam mit den Menschewiki innerhalb einer sozialdemokratischen Partei wirkten - bekanntlich hat Lenin damals schon die Partei zur „Selbstkritik und rücksichtslosen Enthüllung der eigenen Mängel“ aufgerufen. Folgendes schrieb Lenin damals in seiner Broschüre „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“:

„Sie (das heißt die Gegner der Marxisten. J.St.) feixen und sind schadenfroh über unsere Streitigkeiten; sie werden sich natürlich bemühen, einzelne Stellen aus meiner Broschüre, die den Mängeln und Unzulänglichkeiten unserer Partei gewidmet ist, für ihre Zwecke aus dem Zusammenhang zu reißen. Die russischen Sozialdemokraten haben bereits genügend im Kugelregen der Schlachten gestanden, um sich durch diese Nadelstiche nicht beirren zu lassen, um dessen ungeachtet ihre Arbeit - Selbstkritik und rücksichtslose Enthüllung der eigenen Mängel - fortzusetzen, die durch das Wachstum der Arbeiterbewegung unbedingt und unvermeidlich ihre Überwindung finden werden. Die Herren Gegner aber mögen versuchen, uns ein Bild der wahren Sachlage in ihren ‚Parteien’ zu zeigen, das auch nur im entferntesten an das Bild heranreicht, das die Protokolle unseres 11. Parteitags wiedergeben!“ (Bd. VI, S.161[36].)

Deshalb sind die Genossen ganz und gar im Unrecht, die da glauben, die Selbstkritik sei eine vorübergehende Erscheinung, eine Mode, von der man in kurzer Zeit ebenso abkommen wird, wie man gewöhnlich von jeder Mode abkommt. In Wirklichkeit ist die Selbstkritik eine nicht wegzudenkende und ständig wirkende Waffe in der Rüstkammer des Bolschewismus, ist sie mit der ganzen Natur des Bolschewismus, mit seinem revolutionären Geist untrennbar verbunden.

Manchmal wird behauptet, die Selbstkritik sei eine gute Sache für eine Partei, die noch nicht zur Macht gelangt ist und die „nichts zu verlieren“ habe, die Selbstkritik sei jedoch gefährlich und schädlich für eine Partei, die bereits zur Macht gelangt ist, die von feindlichen Kräften umgeben ist und gegen die die Enthüllungen ihrer Schwächen von Feinden ausgenutzt werden können.

Das ist falsch. Das ist absolut falsch! Im Gegenteil, gerade weil der Bolschewismus zur Macht gelangt ist, gerade weil die Bolschewiki durch die Erfolge unseres Aufbaus überheblich werden könnten, gerade weil die Bolschewiki ihre Schwächen übersehen und dadurch die Sache ihrer Feinde erleichtern könnten - gerade darum ist die Selbstkritik besonders jetzt, besonders nach der Eroberung der Macht vonnöten.

Das Ziel der Selbstkritik ist die Aufdeckung und Ausmerzung unserer Fehler, unserer Schwächen - ist es etwa nicht klar, dass die Selbstkritik unter den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats den Kampf des Bolschewismus gegen die Feinde der Arbeiterklasse nur erleichtern kann? Lenin zog diese Besonderheiten der Lage nach der Eroberung der Macht durch die Bolschewiki in Betracht, als er in seiner Schrift „Der ‚linke Radikalismus’, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ im April/Mai 1920 schrieb:

„Das Verhalten einer politischen Partei zu ihren Fehlern ist eines der wichtigsten und sichersten Kriterien für den Ernst einer Partei und für die tatsächliche Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber ihrer Klasse und den werktätigen Massen. Einen Fehler offen zugeben, seine Ursachen aufdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, analysieren, die Mittel zur Behebung des Fehlers sorgfältig prüfen - das ist das Merkmal einer ernsten Partei, das heißt Erfüllung ihrer Pflichten, das heißt Erziehung und Schulung der Klasse und dann auch der Masse.“ (4. Ausgabe, Bd. 31, S. 39 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 703].)

Lenin hatte tausendmal Recht, als er auf dem XI. Parteitag im März 1922 sagte:

„Das Proletariat fürchtet nicht zuzugeben, dass ihm in der Revolution dies und jenes großartig gelungen, dies und jenes aber misslungen ist. Alle revolutionären Parteien, die bisher zugrunde gegangen sind, gingen daran zugrunde, dass sie überheblich wurden und nicht zu sehen vermochten, worin ihre Kraft bestand, dass sie fürchteten, von ihren Schwächen zu sprechen1. Wir aber werden nicht zugrunde gehen, weil wir nicht fürchten, von unseren Schwächen zu sprechen, und es lernen werden, die Schwächen zu überwinden.“ (4. Ausgabe, Bd. 33, S. 278, russ.)

Daraus ergibt sich nur eine Schlussfolgerung: Ohne Selbstkritik – keine richtige Erziehung der Partei, der Klasse, der Massen; ohne richtige Erziehung der Partei, der Klasse, der Massen - kein Bolschewismus.
Warum hat die Losung der Selbstkritik gerade jetzt, gerade im gegebenen historischen Augenblick, gerade im Jahre 1928 eine besonders aktuelle Bedeutung gewonnen?
Weil die Verschärfung der Klassenbeziehungen sowohl auf der inneren als auch auf der äußeren Linie jetzt krasser als vor ein oder zwei Jahren zutage getreten ist.
Weil die Wühlarbeit der Klassenfeinde der Sowjetmacht, die unsere Schwächen und unsere Fehler gegen die Arbeiterklasse unseres Landes ausnutzen, jetzt krasser als vor ein oder zwei Jahren in Erscheinung getreten ist.
Weil die Lehren der Schachty-Affäre und der „Getreidebeschaffungsmanöver“ der kapitalistischen Elemente des Dorfes plus unsere Fehler in der Planung an uns nicht spurlos vorübergehen können und nicht vorübergehen dürfen.
Wollen wir die Revolution festigen und unseren Feinden gewappnet entgegentreten, so müssen wir uns schnellstens von unseren Fehlern und Schwächen befreien, die durch die Schachty-Affäre und die Schwierigkeiten bei der Getreidebeschaffung aufgedeckt worden sind.
Wollen wir nicht den Feinden der Arbeiterklasse zur Freude von allerhand „Überraschungen“ und „Zufälligkeiten“ überrumpelt werden, so müssen wir schnellstens unsere noch nicht aufgedeckten, jedoch zweifellos vorhandenen Schwächen und Fehler aufdecken.
Hier zaudern hieße die Arbeit unserer Feinde erleichtern, unsere Schwächen und Fehler vertiefen. Es ist jedoch unmöglich, all dies zu schaffen, ohne die Selbstkritik zu entfalten, ohne die Selbstkritik zu verstärken, ohne die Millionenmassen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft zur Aufdeckung und Beseitigung unserer Schwächen und Fehler heranzuziehen.
Das Aprilplenum des ZK und der ZKK war deshalb vollkommen im Recht, als es in seiner Resolution zur Schachty-Affäre erklärte:

„Die Hauptbedingung zur Gewährleistung einer erfolgreichen Durchführung aller vorgesehenen Maßnahmen muss die tatsächliche Verwirklichung der Losung des XV. Parteitags über die Selbstkritik sein.“[37]

Um jedoch die Selbstkritik entfalten zu können, muss vor allem eine ganze Reihe von Hindernissen, die der Partei im Wege stehen, überwunden werden. Hierzu gehören die

kulturelle Rückständigkeit der Massen, der Mangel an kulturellen Kräften der proletarischen Vorhut, unsere Trägheit, unsere „kommunistische Hoffart“ usw. Doch eins der ärgsten Hindernisse, wenn nicht das ärgste Hindernis überhaupt, ist der Bürokratismus unserer Apparate. Es handelt sich darum, dass innerhalb unserer Partei-, Staats-, Gewerkschafts-, Genossenschafts- und aller Art anderer Organisationen bürokratische Elemente vorhanden sind. Es handelt sich um die bürokratischen Elemente, die von unseren Schwächen und Fehlern leben, die die Kritik der Massen, die Kontrolle der Massen wie das Feuer fürchten und die uns hindern, die Selbstkritik zu entfalten, uns hindern, uns von unseren Schwächen, von unseren Fehlern zu befreien. Der Bürokratismus in unseren Organisationen ist nicht einfach als Amtsschimmel und Kanzleiwirtschaft zu betrachten. Der Bürokratismus ist eine Äußerung des bürgerlichen Einflusses auf unsere Organisationen. Lenin hatte Recht, als er sagte:

„... es ist notwendig, dass wir begreifen, dass der Kampf gegen den Bürokratismus ein absolut notwendiger Kampf und dass er ebenso kompliziert ist wie der Kampf gegen das kleinbürgerliche Element. Der Bürokratismus ist in unserer Staatsordnung so sehr zum wunden Punkt geworden, dass in unserem Parteiprogramm von ihm die Rede ist, und zwar deshalb, weil er mit diesem kleinbürgerlichen Element und seiner Zersplitterung im Zusammenbang steht.“ (4. Ausgabe, Bd. 32, S. 167, russ.)

Mit umso größerer Beharrlichkeit muss der Kampf gegen den Bürokratismus unserer Organisationen geführt werden, wenn wir die Selbstkritik wirklich entfalten und uns von den Gebrechen unseres Aufbaus befreien wollen.
Mit umso größerer Beharrlichkeit müssen wir die Millionenmassen der Arbeiter und Bauern zur Kritik von unten, zur Kontrolle von unten mobilisieren, die das wichtigste Gegengift gegen den Bürokratismus sind.
Lenin hatte Recht, als er sagte:

„Wenn wir den Kampf gegen den Bürokratismus führen wollen, so müssen wir die breiten Massen heranziehen“ ... denn „kann man den Bürokratismus etwa auf andere Weise beseitigen als durch Tieranziehung der Arbeiter und Bauern?“ (4. Ausgabe, Bd. 31, S. 398, russ.)

Um jedoch die Millionenmassen „heranzuziehen“, gilt es, in allen Massenorganisationen der Arbeiterklasse und vor allem in der Partei selbst die proletarische Demokratie zu entfalten. Ohne diese Bedingung ist die Selbstkritik eine Null, ein Nichts, eine Phrase.
Wir brauchen nicht jedwede Selbstkritik. Wir brauchen eine Selbstkritik, die das Kulturniveau der Arbeiterklasse hebt, ihren Kampfgeist entwickelt, ihren Siegesglauben festigt, ihre Kräfte vermehrt und ihr hilft, der wirkliche Herr des Landes zu werden.
Die einen meinen, wenn einmal Selbstkritik vorhanden ist, dann brauche man keine Arbeitsdisziplin, dann könne man die Arbeit im Stich lassen und sich mit Geschwätz über alle möglichen Dinge befassen. Das wäre keine Selbstkritik, sondern eine Verhöhnung der Arbeiterklasse. Selbstkritik ist notwendig, nicht um die Arbeitsdisziplin zu zerstören, sondern um sie zu festigen, um sie zu einer bewussten Arbeitsdisziplin zu machen, die der kleinbürgerlichen Schlamperei zu widerstehen vermag.
Andere meinen, wenn einmal Selbstkritik vorhanden ist, dann sei keine Führung mehr erforderlich, dann könne man das Steuer verlassen und alles „dem natürlichen Lauf der Dinge“ überlassen. Das wäre keine Selbstkritik, sondern eine Schmach. Selbstkritik ist notwendig, nicht um die Führung zu schwächen, sondern um sie zu stärken, um sie aus einer papiernen und wenig autoritativen Führung in eine lebensverbundene und wirklich autoritative Führung zu verwandeln.

Es gibt jedoch auch „Selbstkritik“ anderer Art, eine „Selbstkritik“, die zur Zerstörung des Parteigeistes, zur Diskreditierung der Sowjetmacht, zur Schwächung unseres Aufbaus, zur Zersetzung der Wirtschaftskader, zur Entwaffnung der Arbeiterklasse, zu einem Geschwätz über Entartung führt. Gerade zu einer solchen „Selbstkritik“ hat uns gestern die trotzkistische Opposition aufgerufen. Es erübrigt sich zu sagen, dass die Partei mit dieser „Selbstkritik“ nichts gemein hat. Es erübrigt sich zu sagen, dass die Partei aus allen Kräften, mit allen Mitteln gegen eine solche „Selbstkritik“ kämpfen wird.
Man muss streng unterscheiden zwischen dieser uns fremden, zersetzenden, antibolschewistischen „Selbstkritik“ und unserer, der bolschewistischen Selbstkritik, deren Ziel es ist, den Parteigeist zu pflegen, die Sowjetmacht zu festigen, unseren Aufbau zu verbessern, unsere Wirtschaftskader zu stärken, die Arbeiterklasse zu wappnen.
Die Kampagne zur Verstärkung der Selbstkritik hat bei uns erst vor einigen Monaten begonnen. Uns fehlen noch die nötigen Unterlagen, um die erste Bilanz der Kampagne ziehen zu können. Doch schon jetzt kann man sagen, dass die Kampagne erfreuliche Ergebnisse zu zeitigen beginnt.
Es ist nicht zu leugnen, dass die Welle der Selbstkritik zu wachsen und sich zu verbreitern beginnt, dass sie immer breitere Schichten der Arbeiterklasse erfasst und sie in den sozialistischen Aufbau einbezieht. Davon sprechen allein schon solche Tatsachen wie die Belebung der Produktionsberatungen und der zeitweiligen Kontrollkommissionen.
Zwar gibt es immer noch Versuche, begründete und überprüfte Hinweise der Produktionsberatungen und der zeitweiligen Kontrollkommissionen zu den Akten zu legen, wogegen der entschiedenste Kampf geführt werden muss, da solche Versuche das Ziel haben, den Arbeitern jede Lust zur Selbstkritik zu nehmen. Es besteht jedoch kaum ein Grund, daran zu zweifeln, dass künftig derartige bürokratische Versuche durch die anwachsende Welle der Selbstkritik restlos hinweggespült werden.
Man kann auch nicht abstreiten, dass unsere Wirtschaftskader im Ergebnis der Selbstkritik sich zusammennehmen, wachsamer werden, ernsthafter an die Fragen der Wirtschaftsführung heranzugehen beginnen und dass unsere Partei-, Sowjet-, Gewerkschafts- und alle möglichen anderen Kader hellhöriger werden, feinfühliger auf die Bedürfnisse der Massen reagieren.
Zwar darf man nicht annehmen, dass die innerparteiliche und überhaupt die Arbeiterdemokratie in den Massenorganisationen der Arbeiterklasse bereits voll verwirklicht sind. Es besteht jedoch kein Grund, daran zu zweifeln, dass diese Sache mit der weiteren Entfaltung der Kampagne vorangetrieben wird.
Man kann auch nicht abstreiten, dass unsere Presse im Ergebnis der Selbstkritik lebendiger und lebensverbundener geworden ist und dass solche Trupps unserer Zeitungsmitarbeiter wie die Organisationen der Arbeiter- und Bauernkorrespondenten sich bereits in eine ernste politische Kraft zu verwandeln beginnen.
Zwar gleitet unsere Presse immer noch hie und da an der Oberfläche, sie hat noch nicht gelernt, von einzelnen kritischen Bemerkungen zu einer tiefer schürfenden Kritik überzugehen und von einer tief schürfenden Kritik zur Verallgemeinerung der Ergebnisse der Kritik, zur Aufzeigung der Errungenschaften, die dank der Kritik in unserem Aufbau erzielt worden sind. Es ist jedoch kaum daran zu zweifeln, dass diese Arbeit im weiteren Verlauf der Kampagne vorangetrieben wird.
Es ist jedoch notwendig, neben den positiven die negativen Seiten unserer Kampagne hervorzuheben. Ich meine die Entstellungen der Losung der Selbstkritik, die jetzt schon, zu Beginn der Kampagne, zu verzeichnen sind und die, wenn nicht sofort dagegen angekämpft wird, die Gefahr einer Vulgarisierung der Selbstkritik heraufbeschwören.
1. Es ist vor allem notwendig, hervorzuheben, dass sich in einer Reihe von Presseorganen die Tendenz bemerkbar gemacht hat, die Kampagne von dem Boden einer sachlichen Kritik an den Mängeln unseres sozialistischen Aufbaus auf den Boden eines Reklamegeschreis gegen

Auswüchse im persönlichen Leben überzuleiten. Das mag unglaublich erscheinen. Doch leider ist es Tatsache.
Nehmen wir zum Beispiel die Zeitung „Wlastj Truda“ [Macht der Arbeit], das Organ des Bezirkskomitees und Bezirksexekutivkomitees von Irkutsk (Nr. 128). Man findet dort eine ganze Seite, die von Reklamelosungen“ strotzt wie: „Hemmungslosigkeit im Geschlechtsleben ist bürgerlich“, „Ein Schnäpschen zieht das andere nach“, „Das eigene Häuschen äugt nach der eigenen Kuh“, „Banditen des Doppelbetts“, „Ein Schuss, der nicht losging“ usw. usf. Es fragt sich, was kann dieses „kritische“, der „Birshowka“[38] würdige Geschrei mit der bolschewistischen Selbstkritik gemein haben, deren Ziel es ist, unseren sozialistischen Aufbau zu verbessern? Es ist wohl möglich, dass der Verfasser dieser Reklamenotizen Kommunist ist. Es ist möglich, dass er von glühender Feindschaft gegen die „Klassenfeinde“ der Sowjetmacht erfüllt ist. Doch dass er hier vom richtigen Wege abirrt, die Losung der Selbstkritik vulgarisiert und die Sprache nicht unserer Klasse spricht, daran kann es keinen Zweifel geben.
2. Es ist ferner notwendig, hervorzuheben, dass selbst die Presseorgane, denen, allgemein gesprochen, die Fähigkeit, richtig zu kritisieren, nicht abgeht - dass selbst sie sich mitunter zu einer Kritik um der Kritik willen verleiten lassen, die Kritik in einen Sport, in Sensationsmacherei verwandeln. Nehmen wir zum Beispiel die „Komsomolskaja Prawda“. Allbekannt sind die Verdienste der „Komsomolskaja Prawda“ um die Entfaltung der Selbstkritik. Doch nehmen wir die letzten Nummern dieser Zeitung und sehen wir uns die „Kritik“ an den Führern des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion an, die aus einer ganzen Reihe unzulässiger Karikaturen über dieses Thema besteht. Es fragt sich, wer braucht eine derartige „Kritik“, und welche Ergebnisse kann sie zeitigen außer einer Kompromittierung der Losung der Selbstkritik? Wozu war eine derartige „Kritik“ nötig, wenn man natürlich die Interessen unseres sozialistischen Aufbaus im Auge hat und keine billige Sensation, darauf berechnet, dem Spießer etwas zum Kichern zu bieten? Natürlich erfordert die Selbstkritik den Einsatz aller Waffengattungen, darunter auch der „leichten Kavallerie“. Doch folgt etwa daraus, dass die leichte Kavallerie eine leichtsinnige Kavallerie sein soll?
3. Es ist schließlich notwendig, hervorzuheben, dass bei einer ganzen Reihe unserer Organisationen eine bestimmte Neigung besteht, die Selbstkritik in eine Hetze gegen unsere Wirtschaftler zu verwandeln, sie zur Diskreditierung der Wirtschaftler in den Augen der Arbeiterklasse auszunutzen. Es ist eine Tatsache, dass manche Ortsorganisationen in der Ukraine und in Zentralrußland eine direkte Hetze gegen unsere besten Wirtschaftler begonnen haben, deren ganze Schuld darin besteht, dass sie nicht hundertprozentig gegen Fehler gefeit sind. Wie wären sonst die von Ortsorganisationen gefassten Beschlüsse über Absetzung dieser Wirtschaftler zu verstehen, Beschlüsse ohne jede bindende Kraft, die jedoch offensichtlich darauf berechnet sind, die Wirtschaftler zu diskreditieren? Wie wäre es sonst zu verstehen, dass man die Wirtschaftler wohl kritisiert, aber ihnen nicht die Möglichkeit gibt, auf die Kritik zu antworten? Seit wann wird bei uns ein „Schemjaka-Gericht“ für Selbstkritik ausgegeben?
(Schemjaka-Gericht - nach einer alten russischen Erzählung über den ungerechten Richter Schemjaka. Der Übers.)
Natürlich können wir nicht fordern, dass die Kritik hundertprozentig richtig ist. Wenn die Kritik von unten kommt, dürfen wir sogar eine Kritik, die nur zu 5-10 Prozent richtig ist, nicht unbeachtet lassen. All dies ist richtig. Doch folgt etwa daraus, dass wir von den Wirtschaftlern fordern sollen, dass sie hundertprozentig gegen Fehler gefeit sind? Gibt es denn überhaupt Menschen, die hundertprozentig gegen Fehler gefeit sind? Ist es denn schwer, zu verstehen, dass zur Heranbildung von Wirtschaftskadern Jahre und nochmals Jahre erforderlich sind, dass wir mit den Wirtschaftlern äußerst behutsam und sorgsam umgehen müssen? Ist es denn schwer, zu verstehen, dass wir die Selbstkritik nicht zu einer Hetze gegen die Wirtschaftskader, sondern zu ihrer Verbesserung und Stärkung brauchen?

Kritisiert die Mängel unseres Aufbaus, aber vulgarisiert nicht die Losung der Selbstkritik und verwandelt sie nicht in ein Werkzeug für Reklameübungen über Themen wie „Banditen des Doppelbetts“, „Ein Schuss, der nicht losging“ und andere mehr.
Kritisiert die Mängel unseres Aufbaus, aber diskreditiert nicht die Losung der Selbstkritik und verwandelt sie nicht in eine Garküche zur Zubereitung billiger Sensationen.
Kritisiert die Mängel unseres Aufbaus, aber entstellt nicht die Losung der Selbstkritik und verwandelt sie nicht in ein Werkzeug der Hetze gegen unsere Wirtschaftler und andere Funktionäre.
Und die Hauptsache: Ersetzt die Massenkritik von unten nicht durch „kritisches“ Wortgeprassel von oben, gebt den Massen der Arbeiterklasse die Möglichkeit, ihre Aktivität zu entfalten und zur Behebung unserer Mängel, zur Verbesserung unseres Aufbaus ihre schöpferische Initiative zu offenbaren.

„Prawda“ Nr. 146,
26. Juni 1928.
Unterschrift: J. Stalin.

PLENUM DES ZK DER KPdSU(B).[39]

4.-12. Juli 1928

Zum erstenmal veröffentlicht.

ÜBER DAS PROGRAMM DER KOMINTERN

Rede am 5. Juli 1928

Vor allem, Genossen, muss die Frage des Umfangs des Entwurfs für das Programm der Komintern[40] geprüft werden.
Man sagt, der Programmentwurf sei zu groß, zu umfangreich. Man fordert, er solle auf die Hälfte, auf ein Drittel reduziert werden. Man fordert, das Programm solle einige allgemeine Formeln enthalten, man solle sich hierauf beschränken und diese Formeln als Programm bezeichnen.
Ich denke, dass diese Forderungen jeder Grundlage entbehren. Wer eine Reduzierung des Programms auf die Hälfte oder sogar auf ein Drittel fordert, versteht nicht die Aufgaben, vor denen die Verfasser des Programmentwurfs standen. Es handelt sich darum, dass das Programm der Komintern nicht das Programm der Partei irgendeines einzelnen Landes oder, sagen wir, ein Programm nur für „zivilisierte" Nationen sein kann. Das Programm muss alle kommunistischen Parteien der Welt, alle Nationen, alle Völker, sowohl Weiße als auch Farbige umfassen. Das ist der grundlegende und charakteristischste Zug des Programmentwurfs. Wie kann man aber die wichtigsten Erfordernisse und die Grundlinien der Arbeit aller Sektionen der Komintern, sowohl der östlichen als auch der westlichen, erfassen, wenn man das Programm auf die Hälfte oder auf ein Drittel reduziert? Mögen die Genossen versuchen, diese unlösbare Aufgabe zu lösen. Daher denke ich, dass, wenn man das Programm auf die Hälfte oder auf ein Drittel reduzierte, dies schon kein Programm mehr wäre, sondern eine leere Aneinanderreihung abstrakter Formeln, die den Sektionen der Komintern nichts bieten können.
Die Verfasser des Programms standen vor einer zweifachen Aufgabe: einerseits, das Hauptsächliche und Grundlegende in allen kommunistischen Parteien der Welt zu erfassen, anderseits, dieses Hauptsächliche und Grundlegende so zu erfassen, dass die einzelnen Thesen des Programms keine leere Formeln sind, sondern praktische Leitsätze für die verschiedenartigsten Länder und Völker, für die verschiedenartigsten kommunistischen Parteien und kommunistischen Gruppen. Sie werden zugeben, dass es völlig undenkbar ist, diese zweifache Aufgabe in einem kurzen und gedrängten Programmentwurf zu lösen.
Am kuriosesten ist, dass dieselben Genossen, die eine Reduzierung des Programms auf die Hälfte oder sogar auf ein Drittel vorschlagen, zugleich solche Vorschläge machen, die die Tendenz haben, den vorliegenden Programmentwurf auf das Doppelte, wenn nicht auf das Dreifache zu erweitern. In der Tat, wenn man in dem Programmentwurf ausführliche Formulierungen über die Gewerkschaften, über die Genossenschaften, über Kultur, über die nationalen Minderheiten in Europa usw. gibt, ist es dann nicht klar, dass sich daraus keinerlei Reduzierung des Programms ergeben kann? Der vorliegende Programmentwurf müsste auf das Doppelte, wenn nicht auf das Dreifache erweitert werden.
Dasselbe muss man von den Genossen sagen, die entweder fordern, dass das Programm eine konkrete Instruktion für die kommunistischen Parteien sein soll oder dass in ihm alles und jedes, einschließlich der einzelnen Thesen des Programms, erläutert werden soll. Erstens kann man nicht verlangen, dass das Programm nur eine Instruktion oder hauptsächlich eine Instruktion sein soll. Das ist falsch. Eine solche Forderung kann man an ein Programm nicht stellen, schon ganz abgesehen davon, dass die Erfüllung einer solchen Forderung den Umfang des Programms unglaublich erweitern würde. Zweitens kann in einem Programm nicht alles und jedes, einschließlich der einzelnen deklarativen oder theoretischen Thesen des Programms, erläutert werden. Hierfür gibt es Kommentare zum Programm. Man darf ein Programm nicht mit Kommentaren verwechseln.
Die zweite Frage betrifft die Struktur des Programms und die Anordnung der einzelnen Kapitel innerhalb des Programmentwurfs.

Einige Genossen fordern, man solle das Kapitel über das Endziel der Bewegung, über den Kommunismus, an den Schluss des Programms stellen, Ich denke, dass diese Forderung gleichfalls unbegründet ist. Zwischen dem Kapitel über die Krise des Kapitalismus und dem Kapitel über die Übergangsperiode befindet sich im Programmentwurf das Kapitel über den Kommunismus, über das kommunistische Wirtschaftssystem. Ist eine solche Anordnung der Kapitel richtig? Ich denke, dass sie völlig richtig ist. Man kann nicht von der Übergangsperiode sprechen, ohne vorher von jenem Wirtschaftssystem, in diesem Fall vom kommunistischen Wirtschaftssystem, zu sprechen, zu dem im Programm der Übergang gefordert wird. Es wird von der Übergangsperiode gesprochen, von dem Übergang vom Kapitalismus zu einem anderen Wirtschaftssystem. Aber Übergang wozu, zu was für einem System - davon muss die Rede sein, bevor die Übergangsperiode selbst charakterisiert wird. Das Programm muss vom Unbekannten zum Bekannten, vom weniger Bekannten zum mehr Bekannten führen. Von der Krise des Kapitalismus und dann von der Übergangsperiode zu sprechen, ohne vorher darauf einzugehen, zu welchem System der Übergang vollzogen werden soll, bedeutet, den Leser zu verwirren und eine elementare Forderung der Pädagogik, der auch der Programmaufbau entsprechen muss, zu verletzen. Ein Programm aber soll die Heranführung des Lesers vom weniger Bekannten zum mehr Bekannten erleichtern und nicht erschweren.

Andere Genossen sind der Meinung, dass der Absatz über die Sozialdemokratie nicht in das zweite Kapitel des Programmentwurfs aufgenommen werden solle, in dem von der ersten Phase der proletarischen Revolution und der teilweisen Stabilisierung des Kapitalismus die Rede ist. Sie glauben, dass sie damit eine Frage aufwerfen, die die Struktur des Programms betrifft. Das ist falsch, Genossen. In Wirklichkeit haben wir es hier mit einer politischen Frage zu tun. Aus dem zweiten Kapitel den Absatz über die Sozialdemokratie herauszunehmen, bedeutet, einen politischen Fehler in einer der wichtigsten, die Ursachen der teilweisen Stabilisierung des Kapitalismus betreffenden Fragen zu begehen. Das ist keine Frage der Struktur des Programms, sondern der Einschätzung der politischen Lage in der Periode der teilweisen Stabilisierung, der Einschätzung der konterrevolutionären Rolle der Sozialdemokratie als eines der Faktoren dieser Stabilisierung. Diese Genossen müssen wissen, dass wir in dem Kapitel über die teilweise Stabilisierung des Kapitalismus den Absatz über die Sozialdemokratie nicht auslassen können, denn diese Stabilisierung selbst kann nicht erklärt werden, ohne die Rolle der Sozialdemokratie als eines der wichtigsten Faktoren der Stabilisierung zu charakterisieren. Andernfalls müsste man auch den Absatz über den Faschismus aus diesem Kapitel herausnehmen und diesen Absatz ebenso wie auch den Absatz über die Sozialdemokratie in das Kapitel über die Parteien aufnehmen. Diese beiden Absätze, die Absätze über den Faschismus und über die Sozialdemokratie, aus dem Kapitel herauszunehmen, das von der teilweisen Stabilisierung des Kapitalismus handelt, bedeutet aber, sich selbst zu entwaffnen und sich jede Möglichkeit zu nehmen, die kapitalistische Stabilisierung zu erklären. Es ist klar, dass wir uns hierauf nicht einlassen können.

Die Frage der NÖP und des Kriegskommunismus. Die NÖP ist die Politik der proletarischen Diktatur, die gerichtet ist auf die Überwindung der kapitalistischen Elemente und den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft durch Ausnutzung des Marktes, vermittels des Marktes, nicht aber durch direkten Produktenaustausch, ohne Markt, unter Ausschluss des Marktes. Können die kapitalistischen Länder, zumindest die entwickeltesten von ihnen, beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ohne die NÖP auskommen? Ich denke, sie können das nicht. In diesem oder jenem Grade ist die Neue Ökonomische Politik mit ihren Marktbeziehungen und der Ausnutzung dieser Marktbeziehungen in der Periode der Diktatur des Proletariats für jedes kapitalistische Land absolut unerlässlich.

Bei uns gibt es Genossen, die diese These in Abrede stellen. Was bedeutet es aber, diese These in Abrede zu stellen?

Das bedeutet erstens, davon auszugehen, dass wir unmittelbar nach Machtantritt des Proletariats bereits über hundertprozentig fertige, den Austausch zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Kleinproduktion vermittelnde Verteilungs- und Versorgungsapparate verfügen würden, die es ermöglichen, sofort einen direkten Produktenaustausch ohne Markt, ohne Warenumsatz, ohne Geldwirtschaft herzustellen. Man braucht diese Frage nur zu stellen, um zu begreifen, wie absurd eine solche Annahme wäre.

Das bedeutet zweitens, davon auszugehen, dass die proletarische Revolution nach der Machtergreifung durch das Proletariat den Weg der Expropriation der mittleren und kleinen Bourgeoisie beschreiten und sich die ungeheuerliche Last aufbürden müsse, den künstlich geschaffenen Millionen neuer Arbeitslosen Arbeit zu beschaffen und für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Man braucht diese Frage nur zu stellen, um zu begreifen, wie unsinnig und töricht eine solche Politik der proletarischen Diktatur wäre. Ein Vorzug der NÖP ist es unter anderem gerade, dass sie die proletarische Diktatur von diesen und ähnlichen Schwierigkeiten befreit.

Hieraus aber folgt, dass die NÖP in allen Ländern eine unvermeidliche Phase der sozialistischen Revolution bildet.

Gilt dasselbe auch für den Kriegskommunismus? Kann man sagen, dass der Kriegskommunismus eine unvermeidliche Phase der proletarischen Revolution bilde? Nein, das kann man nicht. Der Kriegskommunismus ist eine durch Kriegssituation und Intervention diktierte Politik der proletarischen Diktatur, darauf berechnet, nicht vermittels des Markten, sondern unter Ausschluss des Marktes, durch Maßnahmen hauptsächlich außerökonomischen und teilweise militärischen Charakters den direkten Produktenaustausch zwischen Stadt und Land herzustellen, mit dem Ziel, die Verteilung der Produkte so zu organisieren, dass die Versorgung der revolutionären Armeen an der Front sowie der Arbeiter im Hinterland gewährleistet ist. Wenn nicht die Kriegssituation und die Intervention gewesen wären, so ist klar, dass es auch keinen Kriegskommunismus gegeben hätte. Daher darf man nicht behaupten, der Kriegskommunismus bilde eine ökonomisch unvermeidliche Entwicklungsphase der proletarischen Revolution.

Es wäre falsch, wollte man glauben, die proletarische Diktatur in der UdSSR habe ihre wirtschaftliche Tätigkeit mit dem Kriegskommunismus begonnen. Auf diesen Standpunkt gleiten einige Genossen ab. Dieser Standpunkt aber ist falsch. Im Gegenteil, die proletarische Diktatur begann bei uns ihre Aufbauarbeit nicht mit dem Kriegskommunismus, sondern mit der Verkündung der Grundlagen der so genannten Neuen Ökonomischen Politik. Alle kennen die Anfang 1918 erschienene Broschüre Lenins über „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“[41], in der Lenin zum erstenmal die Prinzipien der Neuen Ökonomischen Politik begründete. Diese Politik wurde zwar durch die Interventionsverhältnisse zeitweilig unterbrochen, und erst drei Jahre später, nach Beendigung des Krieges und der Intervention, konnten wir zu ihr zurückkehren. Die Tatsache aber, dass die proletarische Diktatur in der UdSSR zu den schon Anfang 1918 verkündeten Prinzipien der Neuen Ökonomischen Politik zurückkehren musste, diese Tatsache zeigt ganz deutlich, womit die proletarische Diktatur ihre Aufbauarbeit am Tage nach der Revolution beginnen und worauf sie ihre Aufbauarbeit begründen muss, wenn man natürlich von wirtschaftlichen Erwägungen ausgeht.

Mitunter wird der Kriegskommunismus mit dem Bürgerkrieg verwechselt, wird der erste mit dem zweiten identifiziert. Das ist natürlich falsch. Die Machtergreifung durch das Proletariat im Oktober 1917 war unbedingt eine Form des Bürgerkriegs. Es wäre aber falsch, zu sagen, wir hätten gleich im Oktober 1917 mit der Einführung des Kriegskommunismus begonnen. Man kann sich durchaus vorstellen, dass der Zustand eines Bürgerkriegs besteht, ohne dass Methoden des Kriegskommunismus angewandt werden, ohne dass auf die Grundlagen der Neuen Ökonomischen Politik verzichtet wird, wie das bei uns Anfang 1918, bis zur Intervention der Fall war.

Man sagt, die proletarischen Revolutionen würden isoliert verlaufen und deshalb könne keine einzige proletarische Revolution ohne Intervention, also auch ohne Kriegskommunismus auskommen. Das ist falsch. Nachdem wir die Festigung der Sowjetmacht in der UdSSR, ein Anwachsen der kommunistischen Parteien in den ausschlaggebenden Ländern des Kapitalismus und eine Stärkung der Komintern erreicht haben, kann und darf es schon keine isolierten proletarischen Revolutionen mehr geben. Man darf solche Faktoren wie die sich verschärfende Krise des Weltkapitalismus, wie die Existenz der Sowjetunion und das Anwachsen des Kommunismus in allen Ländern nicht außer acht lassen. (Zwischenruf: „In Ungarn war aber die Revolution isoliert.") Das war im Jahre 1919.[42] Jetzt aber schreiben wir 1928. Es genügt, sich an die Revolution in Deutschland im Jahre 1923[43] zu erinnern, als die proletarische Diktatur in der UdSSR sich auf eine direkte Unterstützung der deutschen Revolution vorbereitete, um die ganze Relativität und Bedingtheit der Argumentation einiger Genossen zu begreifen. (Zwischenruf: „Isolierte Revolution in Deutschland, Isoliertheit zwischen Frankreich und Deutschland.") Sie verwechseln die räumliche Entfernung mit der politischen Isoliertheit. Natürlich ist die räumliche Entfernung von Bedeutung. Trotzdem aber darf man sie nicht mit der politischen Isoliertheit verwechseln.

Und die Arbeiter in den Ländern der Interventen - glauben Sie, dass diese bei einer Intervention zum Beispiel gegen die deutsche Revolution schweigen und den Interventen nicht in den Rücken fallen werden?

Und die UdSSR und ihr Proletariat - glauben Sie, dass die proletarische Revolution in der UdSSR dem Treiben der Interventen ruhig zusehen wird?

Um den Interventen zu schaden, ist es keineswegs erforderlich, dass man mit dem Lande der Revolution unbedingt räumlich verbunden ist. Hierzu genügt es, die Interventen an den verwundbarsten Punkten ihres eigenen Territoriums zu treffen, damit sie die Gefahr spüren und die ganze Realität der proletarischen Solidarität begreifen. Angenommen. wir würden dem bürgerlichen England im Gebiet von Leningrad zu nahe treten und ihm erheblichen Schaden zufügen. Folgt daraus, dass sich England dafür unbedingt in Leningrad an uns rächen muss? Nein, das folgt nicht daraus. Es könnte sich dafür irgendwo in Batum, in Odessa, in Baku oder, sagen wir, in Wladiwostok an uns rächen. Dasselbe gilt für die Formen der Hilfe und Unterstützung, die die proletarische Diktatur der proletarischen Revolution in einem der Länder, sagen wir, Europas gegen die imperialistischen Interventen zuteil werden lässt.

Wenn man aber nicht gelten lassen kann, dass die Intervention und also auch der Kriegskommunismus eine für alle Länder unerlässliche Erscheinung sind, so kann und muss man dennoch gelten lassen, dass sie mehr oder weniger wahrscheinlich sind. Daher bin ich, ohne der Argumentation dieser Genossen zuzustimmen, einverstanden mit ihrer Schlussfolgerung, dass man im Programmentwurf die Formel, dass der Kriegskommunismus für die Länder der proletarischen Revolution bei einer bestimmten internationalen Situation möglich ist, durch die Formel ersetzen könnte, dass die Intervention und der Kriegskommunismus mehr oder weniger wahrscheinlich sind.

Die Frage der Nationalisierung des Bodens. Ich bin mit den Genossen nicht einverstanden, die vorschlagen, für die kapitalistisch entwickelten Länder die Formel von der Nationalisierung des Bodens zu ändern, und die fordern, in diesen Ländern die Nationalisierung des gesamten Bodens gleich am ersten Tage der proletarischen Revolution zu verkünden.

Ich bin ferner mit den Genossen nicht einverstanden, die vorschlagen, über die Nationalisierung des gesamten Bodens in den kapitalistisch entwickelten Ländern überhaupt nichts zu sagen. Meiner Meinung nach wäre es besser, über die spätere Nationalisierung des gesamten Bodens zu sprechen, wie es im Programmentwurf auch getan wird, mit dem Zusatz, dass den Klein- und Mittelbauern das Recht auf Bodennutzung gewährleistet wird.

Unrecht haben die Genossen, die glauben, die Nationalisierung des gesamten Bodens könne umso leichter durchgeführt werden, je stärker ein Land in kapitalistischer Hinsicht entwickelt ist. Im Gegenteil, je stärker ein Land in kapitalistischer Hinsicht entwickelt ist, um so

schwieriger ist es, die Nationalisierung des gesamten Bodens durchzuführen, denn um so stärker sind dort die Traditionen des Privateigentums an Grund und Boden, und um so schwieriger ist es folglich, gegen diese Traditionen zu kämpfen.
Lesen Sie Lenins Thesen über die Agrarfrage auf dem II. Kongress der Komintern[44], in denen er direkt vor übereilten und unvorsichtigen Schritten in dieser Richtung warnt - und Sie werden begreifen, wie falsch die Behauptung dieser Genossen ist. In den kapitalistisch entwickelten Ländern besteht das Privateigentum an Grund und Boden Hunderte von Jahren, was man von den kapitalistisch weniger entwickelten Ländern, in denen der Bauernschaft das Prinzip des Privateigentums an Grund und Boden noch nicht in Fleisch und Blut übergehen konnte, nicht sagen kann. Bei uns, in Rußland, sagten die Bauern sogar eine Zeitlang, dass der Boden niemandem gehöre, dass er Gottes Boden sei. Daraus erklärt sich denn auch, dass Lenin schon im Jahre 1906, in Erwartung der bürgerlich-demokratischen Revolution, bei uns die Losung der Nationalisierung des gesamten Bodens bei Gewährleistung des Rechts auf Bodennutzung für die Klein- und Mittelbauern aufstellte, davon ausgehend, dass die Bauernschaft das begreifen und dafür Verständnis haben wird.
Ist es nicht charakteristisch, dass derselbe Lenin im Jahre 1920 auf dem II. Kongress der Komintern die kommunistischen Parteien der kapitalistisch entwickelten Länder davor warnte, sofort die Losung der Nationalisierung des gesamten Bodens aufzustellen, da diese Losung für die von Eigentümerinstinkt durchdrungene Bauernschaft dieser Länder nicht sogleich annehmbar sein würde. Können wir diesen Unterschied außer acht lassen und die Weisungen Lenins nicht beachten? Es ist klar, dass wir das nicht können.
Die Frage des inneren Gehalts des Programmentwurfs. Es stellt sich heraus, dass einige Genossen der Meinung sind, der Programmentwurf sei, was seinen inneren Gehalt betrifft, nicht durch und durch international, da er, wie sie sagen, einen „zu russischen“ Charakter trage. Ich habe hier derartige Einwände nicht gehört. Solche Einwände werden aber, wie sich herausstellt, in manchen Kreisen rund um die Komintern gemacht.
Was konnte den Anlass zu solchen Äußerungen geben?
Vielleicht die Tatsache, dass es im Programmentwurf ein spezielles Kapitel über die UdSSR gibt? Aber was kann daran schlecht sein? Ist etwa unsere Revolution ihrem Charakter nach eine nationale und nur eine nationale Revolution, und nicht hauptsächlich eine internationale Revolution? Warum nennen wir sie dann die Basis der revolutionären Bewegung der ganzen Welt, den Hebel der revolutionären Entwicklung aller Länder, das Vaterland des Weltproletariats?
Bei uns hat es Leute gegeben, zum Beispiel unsere Oppositionellen, die die Revolution in der UdSSR für eine ausschließlich oder hauptsächlich nationale Revolution hielten. Sie haben sich dabei das Genick gebrochen. Seltsam, dass es, wie sich herausstellt, um die Komintern herum Leute gibt, die bereit sind, in die Fußtapfen der Oppositionellen zu treten.
Vielleicht ist unsere Revolution ihrem Typ nach eine nationale und nur eine nationale Revolution? Aber unsere Revolution ist eine sowjetische Revolution, die Sowjetform des proletarischen Staates aber ist eine mehr oder weniger obligatorische Form auch für die Diktatur des Proletariats in den anderen Ländern. Nicht umsonst sagte Lenin, dass die Revolution in der UdSSR eine neue Ära im Geschichtsverlauf, die Ära der Sowjets, eröffnet hat. Folgt daraus nicht, dass unsere Revolution nicht nur ihrem Charakter, sondern auch ihrem Typ nach hauptsächlich eine internationale Revolution ist, die ein Bild dessen vermittelt, was im Wesentlichen die proletarische Revolution in jedem Lande darstellen soll?
Es besteht kein Zweifel, dass der internationale Charakter unserer Revolution der proletarischen Diktatur in der UdSSR bestimmte Verpflichtungen gegenüber den Proletariern und unterdrückten Massen der ganzen Welt auferlegt. Lenin ging hiervon aus, als er sagte, dass der Sinn der Existenz der proletarischen Diktatur in der UdSSR darin besteht, alles nur Mögliche für die Entwicklung und den Sieg der proletarischen Revolution in anderen Ländern zu tun. Was aber folgt daraus? Daraus folgt zumindest, dass unsere Revolution ein Teil der

Weltrevolution, die Basis und das Werkzeug der revolutionären Bewegung der ganzen Welt ist.
Es besteht ebenfalls kein Zweifel, dass nicht nur die Revolution in der UdSSR Verpflichtungen gegenüber den Proletariern aller Länder hat und sie erfüllt, sondern dass auch die Proletarier aller Länder bestimmte, recht ernste Verpflichtungen gegenüber der proletarischen Diktatur in der UdSSR haben. Ihre Pflicht ist es, das Proletariat der UdSSR in seinem Kampf gegen innere und äußere Feinde zu unterstützen, gegen einen auf die Erdrosselung der proletarischen Diktatur in der UdSSR gerichteten Krieg zu kämpfen, den direkten Übergang der Armeen des Imperialismus auf die Seite der proletarischen Diktatur in der UdSSR im Falle eines Überfalls auf die UdSSR zu propagieren. Folgt daraus nicht, dass die Revolution in der UdSSR mit der revolutionären Bewegung in anderen Ländern untrennbar verbunden ist, dass der Triumph der Revolution in der UdSSR ein Triumph der Revolution in der ganzen Welt ist?
Kann man etwa nach alldem von der Revolution in der UdSSR als von einer lediglich nationalen Revolution, als von einer isolierten, nicht mit der revolutionären Bewegung in der ganzen Welt verbundenen Revolution sprechen?
Und umgekehrt, kann man etwa nach alldem außerhalb des Zusammenhangs mit der proletarischen Revolution in der UdSSR irgendetwas von der revolutionären Bewegung der Welt verstehen?
Was für einen Wert hätte ein Programm der Komintern, das von der proletarischen Weltrevolution handelt, wenn es die Grundfrage, die Frage des Charakters und der Aufgaben der proletarischen Revolution in der UdSSR, die Frage ihrer Pflichten gegenüber den Proletariern aller Länder und der Pflichten der Proletarier aller Länder gegenüber der proletarischen Diktatur in der UdSSR, überginge?
Daher bin ich der Meinung, dass die Einwände hinsichtlich des „russischen Charakters“ des Programmentwurfs der Komintern ein, wie soll man das möglichst gelinde sagen..., unschönes Gepräge, einen unangenehmen Beigeschmack haben.
Gehen wir zu einzelnen Bemerkungen über.
Ich bin der Ansicht, dass die Genossen Recht haben, die vorschlagen, auf Seite 55 des Programmentwurfs den Satz hinsichtlich der werktätigen Schichten des Dorfes, „die der Diktatur des Proletariats folgen“, zu ändern. Dieser Satz ist ein offensichtliches Missverständnis oder vielleicht ein Korrekturfehler. Man muss ihn ändern.
Aber diese Genossen haben völlig Unrecht, wenn sie vorschlagen, in den Programmentwurf alle Definitionen der Diktatur des Proletariats aufzunehmen, die Lenin gegeben hat. (Heiterkeit.) Auf Seite 52 wird folgende Definition der Diktatur des Proletariats gegeben, die im Wesentlichen Lenin entnommen ist:

„Die Diktatur des Proletariats ist die Fortsetzung seines Klassenkampfs unter neuen Bedingungen. Die Diktatur des Proletariats ist ein zäher Kampf, ein blutiger und unblutiger, gewaltsamer und friedlicher, militärischer und wirtschaftlicher, pädagogischer und administrativer Kampf gegen die Mächte und Traditionen der alten Gesellschaft, gegen die äußeren kapitalistischen Feinde, gegen die Überreste der Ausbeuterklassen innerhalb des Landes, gegen die auf Grund der noch nicht überwundenen Warenproduktion entstehenden Keime einer neuen Bourgeoisie.“[45]

Der Programmentwurf enthält noch eine Reihe anderer Definitionen der Diktatur entsprechend diesen oder jenen Aufgaben der Diktatur in den verschiedenen Stadien der proletarischen Revolution. Ich denke, dass das vollauf genügt. (Zwischenruf: „Eine der Formulierungen Lenins ist ausgelassen.“) Bei Lenin gibt es ganze Seiten über die Diktatur des Proletariats. Wenn wir all das in den Programmentwurf aufnehmen, so fürchte ich, dass dessen Umfang sich mindestens auf das Dreifache vergrößern würde.

Falsch ist auch der Einwand einiger Genossen hinsichtlich der These von der Neutralisierung der Mittelbauernschaft. Lenin sagt in seinen Thesen auf dem II. Kongress der Komintern direkt, dass die kommunistischen Parteien am Vorabend der Machtergreifung und im ersten Stadium der Diktatur des Proletariats in den kapitalistischen Ländern nicht auf mehr rechnen können als auf eine Neutralisierung der Mittelbauernschaft. Lenin sagt direkt, dass die kommunistischen Parteien erst nach der Festigung der Diktatur des Proletariats darauf rechnen können, ein festes Bündnis mit dem Mittelbauern herzustellen. Es ist klar, dass wir bei der Aufstellung des Programmentwurfs diese Weisung Lenins nicht unberücksichtigt lassen konnten, ganz abgesehen davon, dass diese Weisung den Erfahrungen unserer Revolution auf das genaueste entspricht.

Falsch ist auch die Bemerkung einer Reihe von Genossen hinsichtlich der nationalen Frage. Diese Genossen haben keinen Grund zu behaupten, dass der Programmentwurf die nationalen Momente der revolutionären Bewegung nicht berücksichtige. Die Frage der Kolonien ist im Wesentlichen eine nationale Frage. Im Programmentwurf wird prägnant genug von der imperialistischen Unterdrückung, von der Unterdrückung in den Kolonien, von der nationalen Selbstbestimmung, vom Recht der Nationen und der Kolonien auf Lostrennung usw. gesprochen.

Wenn diese Genossen die nationalen Minderheiten in Mitteleuropa meinen, so kann man diese Frage im Programmentwurf erwähnen, ich bin aber dagegen, dass im Programmentwurf die nationale Frage in Mitteleuropa speziell behandelt wird.

Schließlich über die Bemerkungen einer Reihe von Genossen hinsichtlich Polens als eines Landes, das den zweiten Typ der Entwicklung zur proletarischen Diktatur verkörpert. Diese Genossen glauben, dass die Klassifizierung der Länder in drei Typen, in Länder mit hoch entwickeltem Kapitalismus (Amerika, Deutschland, England), in Länder mit mittelmäßig entwickeltem Kapitalismus (Polen, Rußland vor der Februarrevolution usw.) und in koloniale Länder, falsch sei. Sie behaupten, dass man Polen zum ersten Typ der Länder rechnen müsse, dass man nur von zwei Typen von Ländern, von kapitalistischen und von kolonialen Ländern, sprechen könne.

Das ist falsch, Genossen. Außer den kapitalistisch entwickelten Ländern, in denen der Sieg der Revolution sofort zur proletarischen Diktatur führen wird, gibt es noch Länder, die kapitalistisch wenig entwickelt sind, Länder mit feudalen Überresten, mit einer speziellen Agrarfrage antifeudalen Typs (Polen, Rumänien usw.), in denen die Kleinbourgeoisie, besonders die Bauernschaft, im Falle eines revolutionären Ausbruchs unbedingt ein gewichtiges Wort sprechen wird und in denen der Sieg der Revolution, um zur proletarischen Diktatur zu führen, gewisse Zwischenstufen, sagen wir die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, erforderlich machen kann und gewiss auch machen wird.

Bei uns hat es ebenfalls Leute gegeben, wie zum Beispiel Trotzki, die vor der Februarrevolution behaupteten, der Bauernschaft käme keine ernsthafte Bedeutung zu, die Losung des Augenblicks sei die Losung „Weg mit dem Zaren, her mit der Arbeiterregierung". Sie wissen, dass Lenin sich entschieden von einer derartigen Losung abgrenzte, dass er sich gegen die Unterschätzung der Rolle und des spezifischen Gewichts der Kleinbourgeoisie, besonders der Bauernschaft, wandte. Manch einer glaubte bei uns damals, nach dem Sturz des Zarismus werde das Proletariat sofort die herrschende Stellung einnehmen. Was aber geschah in Wirklichkeit? In Wirklichkeit traten gleich nach der Februarrevolution die Millionen der kleinbürgerlichen Massen auf den Plan und gaben den kleinbürgerlichen Parteien, den Sozialrevolutionären und den Menschewiki, das Übergewicht. Die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki, die bis dahin gänzlich unbedeutende Parteien waren, wurden „plötzlich" zur herrschenden Kraft im Lande. Woher kam das? Das kam daher, dass die Millionenmassen der Kleinbourgeoisie in der ersten Zeit die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki unterstützten.

Daraus erklärt sich unter anderem auch die Tatsache, dass die proletarische Diktatur bei uns als Ergebnis eines mehr oder weniger schnellen Hinüberwachsens der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische Revolution errichtet wurde.
Es besteht kaum ein Grund, daran zu zweifeln, dass Polen und Rumänien zu den Ländern gehören, die auf dem Wege zur Diktatur des Proletariats mehr oder weniger schnell gewisse Zwischenstufen zurücklegen müssen.
Daher denke ich, dass diese Genossen Unrecht haben, wenn sie das Vorhandensein von drei Typen der revolutionären Entwicklung auf dem Wege zur Diktatur des Proletariats abstreiten. Polen und Rumänien sind Vertreter des zweiten Typs.
Das, Genossen, sind meine Bemerkungen zum Entwurf des Programms der Komintern.
Was den Stil des Programmentwurfs oder einige einzelne Formulierungen betrifft, so kann ich nicht behaupten, dass der Programmentwurf in dieser Beziehung vollkommen wäre. Es wird sich wohl als notwendig erweisen, einige Verbesserungen, Präzisierungen vorzunehmen, den Stil vielleicht zu vereinfachen usw. Aber das ist Sache der Programmkommission des VI. Kongresses der Komintern.[46]

ÜBER DIE
INDUSTRIALISIERUNG UND DAS GETREIDEPROBLEM

Rede am 9. Juli 1928

Genossen! Bevor ich zu der konkreten Frage unserer Schwierigkeiten an der Getreidefront übergehe, gestatten Sie mir, einige allgemeine Fragen zu berühren, die von theoretischem Interesse sind und die hier während der Diskussion auf der Plenartagung auftauchten.
Vor allem die allgemeine Frage nach den Hauptquellen für die Entwicklung unserer Industrie, nach den Wegen zur Sicherung des gegenwärtigen Tempos der Industrialisierung.
Diese Frage schnitten, vielleicht ohne sich dessen bewusst zu sein, Ossinski und nach ihm Sokolnikow an. Diese Frage ist von erstrangiger Bedeutung.
Ich denke, dass wir zwei Hauptquellen haben, aus denen unsere Industrie schöpft: erstens die Arbeiterklasse und zweitens die Bauernschaft.
In den kapitalistischen Ländern erfolgte gewöhnlich die Industrialisierung hauptsächlich durch die Ausplünderung fremder Länder, durch die Ausplünderung der Kolonien oder der besiegten Länder oder durch bedeutende, mehr oder weniger knechtende Auslandsanleihen.
Sie wissen, dass England Hunderte von Jahren in allen Kolonien, in allen Teilen der Welt Kapitalien zusammenraffte und auf diese Weise zusätzliche Investitionen in seiner Industrie machen konnte. Daraus erklärt sich unter anderem auch, dass England eine Zeitlang die „Werkstätte der Welt“ war.
Sie wissen ferner, dass Deutschland seine Industrie unter anderem mit Hilfe einer 5-Milliarden-Kontribution entwickelte, die es nach dem Deutsch-Französischen Krieg von Frankreich erhob.
Unser Land unterscheidet sich unter anderem gerade dadurch von den kapitalistischen Ländern, dass es keine Ausraubung von Kolonien und überhaupt keine Ausplünderung fremder Länder betreiben kann und darf. Dieser Weg ist uns also verschlossen.
Unser Land hat aber auch keine knechtenden Auslandsanleihen aufgenommen und will sie nicht aufnehmen. Folglich ist uns auch dieser Weg verschlossen.
Was bleibt dann übrig? Es bleibt nur das eine: mit Hilfe der inneren Akkumulation die Industrie zu entwickeln, das Land zu industrialisieren.
Unter dem bürgerlichen Regime wurden die Industrie, das Verkehrswesen usw. in unserem Lande gewöhnlich mit Hilfe von Anleihen entwickelt. Ob man die Errichtung neuer Werke oder die Neuausrüstung alter Werke, ob man die Anlage neuer Eisenbahnlinien oder die Errichtung großer Kraftwerke nimmt - kein einziges dieser Unternehmen kam ohne Auslandsanleihen aus. Dies aber waren knechtende Anleihen.
Völlig anders ist es bei uns unter der Sowjetordnung. Wir bauen die Turkestan-Eisenbahn mit einer Länge von 1400 Werst, die Hunderte Millionen Rubel erfordert. Wir bauen die Dnjepr-Kraftwerke, die gleichfalls Hunderte Millionen erfordern. Haben wir hierfür irgendeine knechtende Anleihe aufgenommen? Nein, das haben wir nicht getan. All das geschieht bei uns mit Hilfe der inneren Akkumulation.
Wo aber sind die Hauptquellen dieser Akkumulation? Es gibt, wie ich bereits sagte, zwei dieser Quellen: erstens die Arbeiterklasse, die Werte schafft und die Industrie voranbringt; zweitens die Bauernschaft.
Mit der Bauernschaft verhält es sich bei uns in dieser Hinsicht folgendermaßen: Sie zahlt dem Staat nicht nur die üblichen Steuern, direkte und indirekte, sondern sie muss außerdem überzahlen durch verhältnismäßig hohe Preise für Industriewaren - das als erstes -, und sie wird mehr oder minder unterbezahlt durch die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse - das als zweites.
Das ist eine zusätzliche Besteuerung der Bauernschaft im Interesse der Hebung der Industrie, die für das ganze Land, darunter auch für die Bauernschaft, arbeitet. Das ist eine Art „Tribut“,

eine Art Mehrsteuer, zu deren zeitweiliger Erhebung wir gezwungen sind, um das gegenwärtige Entwicklungstempo der Industrie aufrechtzuerhalten und weiter zu steigern, die Industrieproduktion für das ganze Land zu sichern, den Wohlstand des Dorfes weiter zu heben und dann diese zusätzliche Steuer, diese „Schere“ zwischen Stadt und Land überhaupt zu beseitigen.

Das ist ohne Zweifel eine unangenehme Sache. Aber wir wären keine Bolschewiki, wollten wir diese Tatsache vertuschen und die Augen davor verschließen, dass unsere Industrie und unser Land bedauerlicherweise ohne diese zusätzliche Besteuerung der Bauernschaft einstweilen noch nicht auskommen können.

Warum spreche ich darüber? Weil manche Genossen diese nicht zu bestreitende Sache offenbar nicht begreifen. Sie bauten ihre Reden darauf auf, dass die Bauernschaft die Waren überbezahlt, was absolut zutrifft, und dass die Bauernschaft durch die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse unterbezahlt wird, was ebenfalls zutrifft. Und was verlangen sie? Sie verlangen, dass Wiederherstellungspreise für Getreide eingeführt werden, dass diese „Schere“, diese Unter- und Überbezahlungen jetzt sofort beseitigt werden. Was bedeutet es aber, die „Schere“, sagen wir, in diesem oder im nächsten Jahr zu beseitigen? Das bedeutet, die Industrialisierung des Landes, darunter auch die Industrialisierung der Landwirtschaft, zu hemmen, unsere noch nicht erstarkte junge Industrie zu unterminieren und somit der gesamten Volkswirtschaft einen Schlag zu versetzen. Können wir uns hierauf einlassen? Es ist klar, dass wir das nicht können. Muss man die „Schere“ zwischen Stadt und Land, alle diese Unter- und Überbezahlungen beseitigen? Ja, man muss sie unbedingt beseitigen. Können wir sie aber jetzt sofort beseitigen, ohne unsere Industrie und also auch unsere Volkswirtschaft zu schwächen? Nein, das können wir nicht.

Worin muss in diesem Fall unsere Politik bestehen? Sie muss darin bestehen, diese „Schere“ allmählich zu schließen, sie von Jahr zu Jahr mehr zu schließen durch Herabsetzung der Preise für Industriewaren und Verbesserung der Technik in der Landwirtschaft, was zu einer Verbilligung der Getreideerzeugung führen muss, um dann, nach einer Reihe von Jahren, diese zusätzliche Besteuerung der Bauernschaft überhaupt zu beseitigen.

Kann die Bauernschaft diese Bürde tragen? Unbedingt, sie kann es: erstens, weil diese Bürde von Jahr zu Jahr leichter wird, zweitens, weil die Erhebung dieser zusätzlichen Steuer nicht unter kapitalistischen Entwicklungsbedingungen erfolgt, unter denen die Massen der Bauernschaft zu Verelendung und Ausbeutung verurteilt sind, sondern unter den Bedingungen der Sowjetordnung, wo der sozialistische Staat eine Ausbeutung der Bauernschaft ausschließt und wo mit der Zahlung dieser zusätzlichen Steuer eine stetige Verbesserung der materiellen Lage der Bauernschaft einhergeht.

So ist es um die Frage der Hauptquellen für die Entwicklung der Industrialisierung unseres Landes im gegenwärtigen Augenblick bestellt.

Die zweite Frage betrifft das Problem des Zusammenschlusses mit dem Mittelbauern, das Problem der Ziele dieses Zusammenschlusses und der Mittel und Wege hierzu.

Manche Genossen stellen die Dinge so hin, als ob der Zusammenschluss zwischen Stadt und Land, zwischen der Arbeiterklasse und den Hauptmassen der Bauernschaft ausschließlich auf der Linie der Textilien, auf der Linie der Befriedigung des persönlichen Bedarfs der Bauernschaft erfolge. Ist das richtig? Das ist völlig falsch, Genossen. Natürlich hat die Befriedigung der persönlichen Bedürfnisse der Bauernschaft, ihre Versorgung mit Textilien, gewaltige Bedeutung. Damit haben wir auch begonnen bei der Herstellung des Zusammenschlusses mit der Bauernschaft unter den neuen Bedingungen. Wenn man auf Grund dessen aber sagt, im Zusammenschluss mittels Textilien erschöpfe sich das ganze Problem, im Zusammenschluss mittels Befriedigung der persönlichen Bedürfnisse der Bauernschaft erschöpfe sich das wirtschaftliche Bündnis zwischen Arbeiter-klasse und Bauernschaft oder bestehe die Hauptgrundlage dieses Bündnisses, so bedeutet das, einen schwerwiegenden Fehler zu begehen. In Wirklichkeit erfolgt der Zusammenschluss zwischen

Stadt und Land nicht nur auf der Linie der Befriedigung der persönlichen Bedürfnisse der Bauernschaft, nicht nur auf der Linie der Textilien, sondern auch auf der Linie der Befriedigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse der Bauernschaft als des Produzenten landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Wir liefern der Bauernschaft nicht nur Kattun. Wir liefern ihr außerdem Maschinen jeder Art, Saatgut, Pflüge, Kunstdünger usw., die für die Hebung und die sozialistische Umgestaltung der Bauernwirtschaft von größter Bedeutung sind.

Der Zusammenschluss beruht somit nicht nur auf Textilien, sondern auch auf dem Metall. Ohne dieses wäre der Zusammenschluss mit der Bauernschaft nicht von Dauer.

Wodurch unterscheidet sich der Zusammenschluss auf der Grundlage der Textilien von dem Zusammenschluss auf der Grundlage des Metalls? Vor allem dadurch, dass der Zusammenschluss auf der Grundlage der Textilien hauptsächlich die persönlichen Bedürfnisse der Bauernschaft betrifft, die Produktion der Bauernwirtschaft aber gar nicht oder nur verhältnismäßig wenig berührt, während der Zusammenschluss auf der Grundlage des Metalls hauptsächlich die Produktion der Bauernwirtschaft betrifft, diese Wirtschaft verbessert, sie mit Maschinen ausrüstet, ihre Rentabilität hebt und den Boden vorbereitet für die Vereinigung der zersplitterten und kleinen Bauernwirtschaften zu gesellschaftlichen Großwirtschaften.

Es wäre falsch zu glauben, dass das Ziel des Zusammenschlusses in der Aufrechterhaltung der Klassen, insbesondere in der Aufrechterhaltung der Bauernklasse bestehe. Das ist falsch, Genossen. Das Ziel des Zusammenschlusses besteht keineswegs hierin. Das Ziel des Zusammenschlusses besteht darin, die Bauernschaft der Arbeiterklasse als dem Führer unserer gesamten Entwicklung näher zu bringen, das Bündnis der Bauernschaft mit der Arbeiterklasse als der leitenden Kraft dieses Bündnisses zu festigen, die Bauernschaft, ihre Mentalität, ihre Produktion allmählich im Geiste des Kollektivismus umzumodeln und so die Voraussetzungen für die Aufhebung der Klassen zu schaffen.

Das Ziel des Zusammenschlusses besteht nicht in der Aufrechterhaltung der Klassen, sondern in ihrer Aufhebung. Während der Zusammenschluss auf der Grundlage der Textilien die Produktion der Bauernwirtschaft wenig berührt und daher, allgemein gesprochen, nicht die Ummodelung der Bauernschaft im Geiste des Kollektivismus und nicht die Aufhebung der Klassen zur Folge haben kann, betrifft der Zusammenschluss auf der Grundlage des Metalls umgekehrt vor allem die Produktion der Bauernwirtschaft, ihre Maschinisierung, ihre Kollektivierung und muss eben deshalb die allmähliche Ummodelung der Bauernschaft, die allmähliche Beseitigung der Klassen, darunter auch der Bauernklasse, zur Folge haben.

Wie kann man überhaupt den Bauern, seine Mentalität, seine Produktion im Geiste einer Annäherung an die Mentalität der Arbeiterklasse, im Geiste des sozialistischen Produktionsprinzips umgestalten und ummodeln? Was ist dazu erforderlich?

Dazu ist vor allem eine umfassende Agitation unter den Bauernmassen im Geiste des Kollektivismus erforderlich.

Dazu sind zweitens die Entfaltung des Genossenschaftswesens und eine ständig zunehmende Erfassung der Millionen Bauernwirtschaften durch unsere genossenschaftlichen Einkaufs- und Verkaufsorganisationen erforderlich. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass wir ohne die weitgehende Entwicklung unserer Genossenschaften nicht jenen Umschwung unter den Bauern zugunsten der Kollektivwirtschaftsbewegung zu verzeichnen hätten, den wir gegenwärtig beobachten, denn die Entwicklung der Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften ist unter unseren Verhältnissen die Vorbereitung des Übergangs der Bauernschaft zum Kollektivismus.

Aber all das ist für die Ummodelung der Bauernschaft bei weitem noch nicht ausreichend. Die Hauptkraft für die Ummodelung des Bauern im Geiste des Sozialismus ist die neue landwirtschaftliche Technik, die Maschinisierung der Landwirtschaft, die kollektive Arbeit des Bauern, die Elektrifizierung unseres Landes.

Man beruft sich hier auf Lenin und zitiert die bekannte Stelle aus Lenins Werken über den Zusammenschluss mit der bäuerlichen Wirtschaft. Lenin aber in einem Teil zunehmen, ohne ihn im Ganzen nehmen zu wollen - das bedeutet, Lenin zu entstellen. Lenin verstand durchaus, dass der Zusammenschluss mit der Bauernschaft auf der Linie der Textilwaren eine sehr wichtige Sache ist. Aber er blieb hierbei nicht stehen, denn er bestand zugleich darauf, dass der Zusammenschluss mit der Bauernschaft auch auf der Linie des Metalls, auf der Linie der Versorgung der Bauernschaft mit Maschinen, auf der Linie der Elektrifizierung des Landes hergestellt wird, das heißt auf all den Linien, die die Ummodelung und Umgestaltung der bäuerlichen Wirtschaft im Geiste des Kollektivismus fördern.
Hören Sie bitte zum Beispiel folgendes Lenin-Zitat an:

„Die Ummodelung des kleinen Landwirts, die Umgestaltung seiner ganzen Mentalität und seiner Gepflogenheiten ist eine Sache, die Generationen erfordert. Diese Frage in Bezug auf den kleinen Landwirt lösen, sozusagen seine ganze Mentalität gesund machen, kann nur die materielle Basis, die Technik, die massenhafte Anwendung von Traktoren und Maschinen in der Landwirtschaft, die weitgehende Elektrifizierung. Das würde den kleinen Landwirt von Grund aus und mit riesiger Geschwindigkeit ummodeln.“ (4. Ausgabe, Bd. 32, S. 194, russ.)

Es ist klar: Das Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft kann nicht fest und dauerhaft sein, der Zusammenschluss kann nicht fest und dauerhaft sein, und er kann sein Ziel, die allmähliche Ummodelung des Bauern, seine Annäherung an die Arbeiterklasse und seine Überführung auf die Bahnen des Kollektivismus nicht erreichen, wenn der Zusammenschluss auf der Grundlage der Textilien nicht durch den Zusammenschluss auf der Grundlage des Metalls ergänzt wird.
So fasste Genosse Lenin den Zusammenschluss auf.
Die dritte Frage betrifft die Frage der Neilen Ökonomischen Politik (NÖP) und des Klassenkampfes unter den Bedingungen der NÖP.
Man muss vor allem festhalten, dass unsere Partei die Grundlagen der NÖP nicht erst nach dem Kriegskommunismus darlegte, wie das manchmal einige Genossen behaupten, sondern vor ihm, schon Anfang 1918, als wir erstmalig die Möglichkeit erhielten, mit dem Aufbau der neuen, sozialistischen Wirtschaft zu beginnen. Ich könnte mich auf die bekannte Broschüre von Iljitsch „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“ berufen, die Anfang 1918 herausgegeben wurde und in der die Grundlagen der NÖP dargelegt sind. Als die Partei nach dem Ende der Intervention die NÖP einführte, bezeichnete sie diese als Neue Ökonomische Politik, weil sie, diese Politik, durch die Intervention unterbrochen worden war und wir erst nach der Intervention, nach dem Kriegskommunismus, im Vergleich zu dem die NÖP wirklich eine neue ökonomische Politik war, die Möglichkeit erhielten, diese durchzuführen.
Zur Bestätigung dessen halte ich es für notwendig, mich auf die bekannte Resolution zu berufen, die auf dem IX. Sowjetkongress angenommen wurde und in der schwarz auf weiß geschrieben steht, dass die Grundlagen der Neuen Ökonomischen Politik schon vor dem Kriegskommunismus dargelegt wurden. In dieser Resolution „Über die vorläufigen Ergebnisse der Neuen Ökonomischen Politik“ heißt es:

„Die so genannte Neue Ökonomische Politik, deren grundlegende Prinzipien schon während der ersten Atempause, im Trübjahr 19181, genau festgelegt wurden, gründet sich auf die strenge Berücksichtigung der ökonomischen Kräfte Sowjetrußlands. Die Verwirklichung dieser Politik, die durch den kombinierten Überfall der konterrevolutionären Kräfte der russischen Gutsbesitzer und Bourgeois und des europäischen Imperialismus auf den Arbeiter- und Bauernstaat unterbrochen worden war, wurde erst nach der militärischen Liquidierung der Anschläge der Konterrevolution, Anfang 1921, möglich.“ (Siehe die „Beschlüsse des IX. Allrussischen Sowjetkongresses“, S. 16[47].)

Sie sehen also, wie unrecht einige Genossen haben, wenn sie behaupten, die Partei hätte die Notwendigkeit des Aufbaus des Sozialismus unter den Bedingungen des Marktes und der Geldwirtschaft, das heißt auch unter den Bedingungen der Neuen Ökonomischen Politik, angeblich erst nach dem Kriegskommunismus erkannt.
Was aber folgt daraus?
Daraus folgt vor allem, dass man die NÖP nicht lediglich als Rückzug ansehen darf.
Daraus folgt weiter, dass die NÖP die siegreiche und systematische Offensive des Sozialismus gegen die kapitalistischen Elemente unserer Wirtschaft voraussetzt.
Die Opposition, vertreten durch Trotzki, glaubt, dass uns nach Einführung der NÖP nur eins übrig bleibt - Schritt für Schritt zurückzuweichen, wie wir zu Beginn der NÖP zurückwichen, die NOP „zu erweitern" und unsere Positionen preiszugeben. Auf dieser falschen Auffassung von der NÖP basiert auch die Behauptung Trotzkis, die Partei habe dadurch, dass sie auf dem Lande die Bodenpacht und die Lohnarbeit zugelassen hat, die NÖP angeblich „erweitert" und sei von der Position Lenins abgewichen. Es ist vielleicht von Interesse, die Worte Trotzkis zu hören:

„Was aber bedeuten die letzten Maßnahmen der Sowjetmacht auf dem Lande - die Genehmigung zur Pachtung von Boden, zur Einstellung von Arbeitskräften - alles das, was wir Erweiterung der NÖP auf dem Lande nennen... War es aber möglich, die NÖP auf dem Lande nicht zu erweitern? Nein, weil dann die Bauernwirtschaft verkümmern würde, weil der Markt eingeengt, weil die Industrie gehemmt worden wäre." (Trotzki, „Acht Jahre", S. 16/17.)

Sehen Sie, wie weit man sich versteigen kann, wenn man sich den falschen Gedanken in den Kopf setzt, dass die NÖP ein Rückzug und nur ein Rückzug sei.
Kann man behaupten, die Partei habe dadurch, dass sie auf dem Lande die Lohnarbeit und die Bodenpacht zuließ, die NÖP „erweitert", sie sei von Lenin „abgewichen" usw.? Nein, das kann man natürlich nicht! Leute, die einen solchen Unsinn behaupten, haben mit Lenin und dem Leninismus nichts gemein.
Ich könnte mich hier auf den bekannten Brief Lenins an Ossinski vom 1. April 1922 stützen, in dem er direkt von der Notwendigkeit der Anwendung der Lohnarbeit und der Bodenpacht auf dem Lande spricht. Das war am Ende des XI. Parteitags, als unter den Delegierten die Frage der Arbeit auf dem Lande, die Frage der NÖP und ihrer Folgen eingehend erörtert wurde.
Hier ein Zitat aus diesem Brief, der einen Resolutionsentwurf für die Delegierten des Parteitags darstellt:

„Was die Bedingungen für die Anwendung der Lohnarbeit in der Landwirtschaft und die Bodenpacht betrifft, empfiehlt der Parteitag allen auf diesem Gebiet tätigen Funktionären, weder das eine noch das andere durch überflüssige Formalitäten zu erschweren und sich darauf zu beschränken, den Beschluss des letzten Sowjetkongresses durchzuführen, und ferner zu studieren, durch welche praktischen Maßnahmen Extreme und schädliche Übertreibungen in der erwähnten Hinsicht zweckmäßig begrenzt werden können." (Siehe Lenin-Sammelband IV, S. 396[48].)

Sie sehen, wie dumm und haltlos das Geschwätz von einer „Erweiterung" der NÖP, von einem „Abweichen" von Lenin bei der Zulassung der Bodenpacht und der Lohnarbeit auf dem Lande usw. ist.
Warum spreche ich hierüber?
Weil die Leute, die von einer „Erweiterung" der NÖP schwatzen, in diesem Geschwätz eine Rechtfertigung für ihr Zurückweichen vor den kapitalistischen Elementen auf dem Lande suchen.

Weil bei uns innerhalb der Partei und um die Partei herum Leute aufgetaucht sind, die in einer „Erweiterung“ der NOP die „Rettung“ des Zusammenschlusses der Arbeiter und Bauern sehen, die in Anbetracht der Aufhebung der außerordentlichen Maßnahmen den Verzicht auf die Einschränkung des Kulakentums fordern, die fordern, den kapitalistischen Elementen auf dem Lande freie Hand zu lassen... im Interesse des Zusammenschlusses.
Weil man die Partei gegen solche antiproletarischen Stimmungen mit allen Kräften, mit allen Mitteln sichern muss.
Um nicht weit zu greifen, verweise ich auf die Notiz eines Genossen, eines Mitarbeiters der „Bednota“[49], Ossip Tschernows, der dort eine ganze Reihe von Erleichterungen für das Kulakentum fordert, die nichts anderes bedeuten als eine wirkliche und unverhohlene „Erweiterung“ der NÖP. Ich weiß nicht, ob er Kommunist oder parteilos ist. Und dieser Genosse, Ossip Tschernow, der für die Sowjetmacht und für das Bündnis der Arbeiter mit der Bauernschaft ist, hat sich in der Bauernfrage derart verheddert, dass es schwer ist, ihn von einem Ideologen der Dorfbourgeoisie zu unterscheiden. Worin sieht er die Ursachen unserer Schwierigkeiten an der Getreidefront? „Die erste Ursache“, sagt er, „ist unbedingt das System der progressiven Einkommensteuer... Die zweite Ursache sind die juristischen Abänderungen der Wahlinstruktion, die Unklarheiten in der Instruktion darüber, wer als Kulak zu gelten hat.“
Was muss man tun, um die Schwierigkeiten zu beseitigen? „Vor allem ist notwendig“, sagt er, „das jetzt bestehende System der progressiven Einkommensteuer aufzuheben und durch ein System der Besteuerung nach Grund und Boden zu ersetzen, Arbeitsvieh und große landwirtschaftliche Geräte leicht zu besteuern... Die zweite, nicht weniger wichtige Maßnahme muss sein, die Wahlinstruktion zu revidieren, bei der Festlegung der Merkmale, die angeben, wo die kulakische, die Ausbeuterwirtschaft beginnt, großzügiger vorzugehen.“
Das ist sie - die „Erweiterung“ der NÖP. Wie Sie sehen, ist die Saat Trotzkis nicht ohne Früchte geblieben. Die falsche Auffassung von der NÖP bringt das Geschwätz von der „Erweiterung“ der NÖP hervor, das Geschwätz von der „Erweiterung“ der NÖP aber ruft alle möglichen Notizen, Artikel, Briefe und Anträge hervor mit der Forderung, dem Kulaken Freiheit zu lassen, ihn von den Einschränkungen zu befreien und ihm die Möglichkeit zu geben, sich ungehindert zu bereichern.
In dieser Hinsicht, in Bezug auf die Frage der NÖP und des Klassenkampfes unter den Bedingungen der NOP, möchte ich noch eins festhalten. Ich denke dabei an die Erklärung eines der Genossen, dass der Klassenkampf unter den Bedingungen der NÖP in Verbindung mit der Getreidebeschaffung angeblich nur drittrangige Bedeutung habe, dass er, dieser Klassenkampf, angeblich keinerlei ernsthafte Bedeutung im Hinblick auf unsere Schwierigkeiten bei der Getreidebeschaffung habe noch haben könne.
Ich muss sagen, Genossen, dass ich dieser Erklärung keineswegs zustimmen kann. Ich denke, dass es bei uns unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats kein einziges politisches oder wirtschaftliches Geschehnis von Bedeutung gibt noch geben kann, das nicht das Vorhandensein des Klassenkampfes in der Stadt oder auf dem Lande widerspiegelt. Hebt etwa die NÖP die Diktatur des Proletariats auf? Natürlich nicht! Im Gegenteil, die NÖP ist ein eigentümlicher Ausdruck und ein Werkzeug der Diktatur des Proletariats. Ist aber die Diktatur des Proletariats nicht die Fortsetzung des Klassenkampfes? (Zurufe: „Richtig!“) Wie kann man danach behaupten, dass der Klassenkampf bei solch bedeutenden politischen und wirtschaftlichen Geschehnissen wie dem Vorgehen des Kulakentums gegen die Sowjetpolitik während der Getreidebeschaffung, wie den Gegenmaßnahmen und den Offensivhandlungen der Sowjetmacht gegen die Kulaken und Spekulanten im Zusammenhang mit der Getreidebeschaffung eine drittrangige Rolle spiele?
Ist es etwa nicht Tatsache, dass wir während der Getreidebeschaffungskrise erstmalig unter den Bedingungen der NÖP ein ernsthaftes Vorgehen der kapitalistischen Elemente des Dorfes gegen die Sowjetpolitik zu verzeichnen hatten?

Gibt es etwa auf dem Lande keine Klassen und keinen Klassenkampf mehr?
Trifft es etwa nicht zu, dass die Losung Lenins, sich auf die Dorfarmut zu stützen, sich mit dem Mittelbauern zu verbünden und gegen die Kulaken zu kämpfen, unter den heutigen Bedingungen die Grundlosung unserer Arbeit auf dem Lande ist? Was aber ist diese Losung anderes als ein Ausdruck des Klassenkampfes auf dem Lande?
Natürlich darf man unsere Politik keineswegs als eine Politik der Schürung des Klassenkampfes ansehen. Warum? Weil die Schürung des Klassenkampfes zum Bürgerkrieg führt. Weil wir, sobald wir an der Macht sind, sobald wir diese Macht gefestigt und die Kommandohöhen in den Händen der Arbeiterklasse konzentriert haben, nicht daran interessiert sind, dass der Klassenkampf die Formen eines Bürgerkrieges annimmt. Das heißt aber keineswegs, dass dadurch der Klassenkampf aufgehoben ist oder dass er, dieser Klassenkampf, sich nicht verschärfen wird. Das heißt noch weniger, dass der Klassenkampf nicht die entscheidende Kraft unserer Vorwärtsentwicklung ist. Nein, das heißt es nicht.
Wir sagen oft, dass wir die sozialistischen Wirtschaftsformen auf dem Gebiet des Handels entwickeln. Was aber bedeutet das? Das bedeutet, dass wir dadurch Tausende und aber Tausende kleiner und mittlerer Händler aus dem Handel verdrängen. Kann man annehmen, dass diese aus der Handelssphäre verdrängten Händler sich still verhalten, dass sie nicht versuchen werden, Widerstand zu organisieren? Es ist klar, dass man das nicht kann.
Wir sagen oft, dass wir die sozialistischen Wirtschaftsformen auf dem Gebiet der Industrie entwickeln. Was aber bedeutet das? Das bedeutet, dass wir, vielleicht ohne das selbst zu bemerken, durch unseren Vormarsch zum Sozialismus Tausende und aber Tausende kleiner und mittlerer kapitalistischer Unternehmer verdrängen und ruinieren. Kann man annehmen, dass diese ruinierten Leute sich still verhalten, dass sie nicht versuchen werden, Widerstand zu organisieren? Natürlich kann man das nicht.
Wir sagen oft, dass man die Ausbeutergelüste des Kulakentums auf dem Lande einschränken, dass man das Kulakentum mit hohen Steuern belegen, dass man das Pachtrecht beschränken muss, dass man den Kulaken das Recht der Wahl in die Sowjets nicht zugestehen darf usw. usf. Was aber bedeutet das? Das bedeutet, dass wir die kapitalistischen Elemente des Dorfes unter Druck setzen und allmählich einengen, dass wir sie manchmal zum Ruin bringen. Kann man annehmen, dass die Kulaken uns dafür dankbar sein werden, dass sie nicht versuchen werden, einen Teil der Dorfarmut oder der Mittelbauern gegen die Politik der Sowjetmacht zu organisieren? Natürlich kann man das nicht.
Ist es nicht klar, dass unser ganzes Vorwärtsschreiten, jeder irgendwie bedeutsame Erfolg auf dem Gebiet des sozialistischen Aufbaus Ausdruck und Resultat des Klassenkampfes in unserem Lande ist?
Aber aus all dem ergibt sich, dass in dem Maße, wie wir vorwärts schreiten, der Widerstand der kapitalistischen Elemente wachsen, dass der Klassenkampf sich verschärfen wird; die Sowjetmacht aber, deren Kräfte mehr und mehr wachsen werden, wird eine Politik der Isolierung dieser Elemente, eine Politik der Zersetzung der Feinde der Arbeiterklasse und schließlich eine Politik der Unterdrückung des Widerstands der Ausbeuter durchführen und so die Basis für das weitere Vorwärtsschreiten der Arbeiterklasse und der Hauptmassen der Bauernschaft schaffen.
Man darf sich die Sache nicht so vorstellen, dass die sozialistischen Formen sich entwickeln und die Feinde der Arbeiterklasse verdrängen werden, die Feinde aber stillschweigend zurückweichen und unserem Vormarsch den Weg freigeben werden, dass wir dann weiter vorwärts schreiten, sie aber weiter zurückweichen werden, und dass dann „unerwartet" ausnahmslos alle sozialen Gruppen, sowohl die Kulaken als auch die Dorfarmut, sowohl die Arbeiter als auch die Kapitalisten, „plötzlich", „unmerklich", ohne Kampf und Erschütterungen, im Schoße der sozialistischen Gesellschaft angelangt sein werden. Solche Märchen gibt es nicht und kann es überhaupt nicht geben, besonders nicht unter den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats.

Es war niemals so und wird niemals so sein, dass die überlebten Klassen ihre Positionen freiwillig aufgeben, ohne zu versuchen, Widerstand zu organisieren. Es war niemals so und wird niemals so sein, dass der Vormarsch der Arbeiterklasse zum Sozialismus in der Klassengesellschaft ohne Kampf und Erschütterungen vor sich gehen kann. Im Gegenteil, der Vormarsch zum Sozialismus führt zwangsläufig dazu, dass die Ausbeuterelemente diesem Vormarsch Widerstand entgegensetzen, der Widerstand der Ausbeuter aber führt zwangsläufig zur Verschärfung des Klassenkampfes.

Darum darf man die Arbeiterklasse nicht durch das Geschwätz von einer zweitrangigen Rolle des Klassenkampfes einschläfern.

Die vierte Frage betrifft das Problem der außerordentlichen Maßnahmen gegen die Kulaken und Spekulanten.

Die außerordentlichen Maßnahmen dürfen nicht als etwas Absolutes und ein für allemal Gegebenes betrachtet werden. Außerordentliche Maßnahmen sind notwendig und zweckmäßig unter gewissen, außerordentlichen Verhältnissen, wenn wir keine anderen Maßnahmen Zum Zwecke des Manövrierens anwenden können. Außerordentliche Maßnahmen sind nicht notwendig, sondern schädlich unter anderen Verhältnissen, wenn wir andere, elastische Maßnahmen zum Zwecke des Manövrierens auf dem Markt anwenden können. Im Unrecht sind diejenigen, die glauben, dass außerordentliche Maßnahmen unter allen Verhältnissen schlecht seien. Gegen solche Leute muss ein systematischer Kampf geführt werden. Im Unrecht sind aber auch diejenigen, die glauben, dass außerordentliche Maßnahmen immer notwendig und zweckmäßig seien. Auch gegen solche Leute muss ein entschiedener Kampf geführt werden.

War die Anwendung außerordentlicher Maßnahmen unter den Verhältnissen der Getreidebeschaffungskrise ein Fehler? Heute erkennen alle an, dass das kein Fehler war, dass die außerordentlichen Maßnahmen im Gegenteil unser Land vor einer Krise der gesamten Wirtschaft gerettet haben. Was zwang uns, diese Maßnahmen anzuwenden? Das Defizit von 128 Millionen Pud Getreide im Januar dieses Jahres, das wir, bevor die Wege wegen der Schneeschmelze schlecht befahrbar wurden, ausgleichen mussten, und die Notwendigkeit, zugleich ein normales Tempo der Getreidebeschaffung herzustellen. Konnten wir auf die Anwendung außerordentlicher Maßnahmen verzichten in einer Lage, da wir die Getreidereserve von, sagen wir, 100 Millionen Pud nicht hatten, die notwendig gewesen wäre, um abwarten und auf dem Markt im Sinne einer Senkung der Getreidepreise intervenieren zu können, und da wir keine genügenden Valutareserven hatten, die notwendig gewesen wären, um größere Getreidemengen aus dem Ausland einführen zu können? Es ist klar, dass wir nicht darauf verzichten konnten. Was aber wäre gewesen, wenn wir dieses Defizit nicht ausgeglichen hätten? Wir hätten jetzt eine überaus ernste Krise der gesamten Volkswirtschaft, Hunger in den Städten, Hunger in der Armee.

Wenn wir eine Getreidereserve von 100 Millionen Pud gehabt hätten, um abwarten und dann durch ein Intervenieren auf dem Markt mit dem Ziel der Senkung der Getreidepreise den Kulaken mürbe machen zu können, hätten wir natürlich nicht zu außerordentlichen Maßnahmen gegriffen. Aber Sie wissen ja, dass wir eine solche Reserve nicht hatten.

Wenn wir damals eine Valutareserve von 100-150 Millionen Rubel gehabt hätten, um Getreide aus dem Ausland einzuführen, so hätten wir wohl nicht zu außerordentlichen Maßnahmen gegriffen. Aber Sie wissen ja, dass wir diese Reserve nicht hatten.

Heißt das, dass wir auch weiterhin ohne Reserven bleiben und erneut zu außerordentlichen Maßnahmen Zuflucht nehmen sollen? Nein, das heißt es nicht. Im Gegenteil, wir müssen alle von uns abhängenden Maßnahmen ergreifen, um Reserven anzusammeln und zu erreichen, dass keine Notwendigkeit für die Anwendung außerordentlicher Maßnahmen, welcher Art sie auch seien, besteht. Leute, die die außerordentlichen Maßnahmen zu einem ständigen oder dauernden Kurs unserer Partei machen wollen, sind gefährlich, denn sie spielen mit dem Feuer und gefährden den Zusammenschluss.

Ergibt sich nun hieraus, dass wir auf die Anwendung außerordentlicher Maßnahmen ein für allemal verzichten müssen? Nein, keineswegs. Wir haben keine Veranlassung, zu behaupten, dass nicht irgendwann erneut außerordentliche Verhältnisse eintreten können, die die Anwendung außerordentlicher Maßnahmen erforderlich machen. Eine solche Behauptung wäre leeres Geschwätz.
Lenin, der die Neue Ökonomische Politik begründete, hielt es jedoch selbst unter den Bedingungen der NÖP nicht für möglich, bei bestimmten Verhältnissen und unter bestimmten Umständen auf die Methoden der Komitees der Dorfarmut zu verzichten. Umso weniger können wir ein für allemal auf die Anwendung außerordentlicher Maßnahmen verzichten, die mit einer solch scharfen Maßnahme des Kampfes gegen das Kulakentum wie den Methoden der Komitees der Dorfarmut nicht auf die gleiche Stufe gestellt werden können.
Es ist vielleicht nicht überflüssig, an eine Episode mit Preobrashenski auf dem XI. Parteitag unserer Partei zu erinnern, die direkte Beziehung hierzu hat. Es ist bekannt, dass Preobrashenski auf dem XI. Parteitag in seinen Thesen über die Arbeit auf dem Lande den Versuch machte, die Politik der Anwendung von Methoden der Komitees der Dorfarmut im Kampf gegen das Kulakentum unter den Bedingungen der NÖP „ein für allemal“ abzulehnen. Preobrashenski schrieb in seinen Thesen: „Eine Politik der Zurückweisung dieser Schicht (des Kulakentums und der wohlhabenden Bauernschaft) und ihrer groben außerökonomischen Unterdrückung mit Methoden der Komitees der Dorfarmut aus dem Jahre 1918 wäre ein überaus schädlicher Fehler“ (§2).
Es ist bekannt, dass Lenin hierauf folgendermaßen antwortete:

„Der zweite Satz des zweiten Paragraphen (gegen die ‚Methoden der Komitees der Dorfarmut’) ist schädlich und falsch, denn ein Krieg zum Beispiel kann zur Anwendung der Methoden der Komitees der Dorfarmut zwingen. Der Gedanke muss vollkommen anders ausgedrückt werden, zum Beispiel so: In Anbetracht der überragenden Bedeutung, die die Hebung der Landwirtschaft und die Vermehrung ihrer Produkte hat, muss die Politik des Proletariats gegenüber dem Kulakentum und der wohlhabenden Bauernschaft im gegenwärtigen Augenblick hauptsächlich auf die Einschränkung ihrer Ausbeuterbestrebungen usw. gerichtet sein. Wie unser Staat diese Bestrebungen einschränken, wie er die Dorfarmut schützen soll und kann, das ist der springende Punkt. Das muss man studieren und unbedingt in der Praxis studieren, allgemeine Phrasen aber sind sinnlos.“ (Siehe Lenin-Sammelband IV, S. 391[50].)

Es ist klar, dass man die außerordentlichen Maßnahmen dialektisch betrachten muss, denn alles hängt von den Bedingungen der Zeit und des Ortes ab.
So ist es, Genossen, um die Fragen allgemeinen Charakters bestellt, die während der Diskussion aufgetaucht sind.
Gestatten Sie jetzt, zum Getreideproblem und zur Frage nach den Grundlagen unserer Schwierigkeiten an der Getreidefront überzugehen.
Ich denke, dass eine Reihe von Genossen in dieser Hinsicht einen Fehler gemacht haben, dass sie die verschiedenartigen Ursachen unserer Schwierigkeiten an der Getreidefront in einen Topf geworfen, dass sie zeitweilig wirkende und durch die Wirtschaftslage bedingte (spezifische) Ursachen mit lange wirkenden und grundlegenden Ursachen verwechselt haben.
Es gibt zweierlei Ursachen für die Getreideschwierigkeiten: lange wirkende, grundlegende Ursachen, für deren Beseitigung eine ganze Reihe von Jahren erforderlich ist, und spezifische, durch die Wirtschaftslage bedingte Ursachen, die man sofort beseitigen kann, wenn man eine Reihe notwendiger Maßnahmen ergreift und durchführt. Alle diese Ursachen in einen Topf werfen heißt die ganze Frage verwirren.
Worin bestehen der grundlegende Sinn und die grundlegende Bedeutung unserer Schwierigkeiten an der Getreidefront? Darin, dass sie das Getreideproblem, das Problem der

Erzeugung von Brotgetreide, das Problem der Landwirtschaft im Allgemeinen, das Problem der Getreideerzeugung im Besonderen, in seinem ganzen Umfang vor uns aufwerfen.
Gibt es bei uns überhaupt ein Getreideproblem als aktuelle Frage? Ja, unbedingt. Nur Blinde können daran zweifeln, dass das Getreideproblem jetzt in alle Poren des sowjetischen gesellschaftlichen Organismus eindringt. Wir können nicht leben wie Zigeuner - ohne Getreidereserven, ohne gewisse Reserven für den Fall einer Missernte, ohne Reserven für ein Manövrieren auf dem Markt, ohne Reserven für den Fall eines Krieges, schließlich ohne gewisse Reserven für den Export. Sogar ein Kleinbauer kommt bei aller Dürftigkeit seiner Wirtschaft nicht ohne Reserven, ohne einige Vorräte aus. Ist es denn nicht klar, dass ein großer Staat, der ein Sechstel der Erde umfasst, nicht ohne Getreidereserven für den inneren Bedarf und für den Export auskommen kann?
Gesetzt den Fall, die Winteraussaat in der Ukraine wäre nicht zugrunde gegangen und wir hätten das Getreidebeschaffungsjahr „gerade so“ abgeschlossen - kann man behaupten, dass das für uns ausreichend wäre? Nein, das kann man nicht. Wir können nicht weiterhin „gerade so“ leben. Wir müssen ein gewisses Minimum an Reserven zur Verfügung haben, wenn wir die Positionen der Sowjetmacht sowohl im Innern als auch nach außen hin behaupten wollen.
Erstens haben wir keine Garantie gegen einen militärischen Überfall. Glauben Sie aber, dass man das Land verteidigen kann, wenn man keinerlei Getreidereserven für die Armee hat? Die Genossen, die vor mir sprachen, hatten völlig recht, wenn sie sagten, dass der Bauer von heute bereits nicht mehr der ist, der er vor sechs Jahren war, als er fürchtete, den Grund und Boden an den Gutsbesitzer zu verlieren. Den Gutsbesitzer vergisst der Bauer bereits. Jetzt fordert er neue, bessere Lebensbedingungen. Können wir im Falle eines Überfalls der Feinde Krieg führen sowohl gegen den äußeren Feind an der Front als auch, um schleunigst Getreide für die Armee zu bekommen, gegen den Bauern im Hinterland? Nein, das können und dürfen wir nicht. Um das Land zu verteidigen, müssen wir gewisse Vorräte für die Versorgung der Armee haben, wenigstens für die ersten sechs Monate. Wozu sind diese sechs Monate Atempause notwendig? Um dem Bauern Gelegenheit zu geben, zur Besinnung zu kommen, sich mit der Gefahr des Krieges vertraut zu machen, sich in den Ereignissen zurechtzufinden und seine Kräfte anzuspannen für die gemeinsame Sache der Verteidigung des Landes. Wenn wir uns damit zufrieden geben werden, „gerade so“ auszukommen, werden wir niemals irgendwelche Reserven für den Fall eines Krieges haben.
Zweitens haben wir keine Garantie gegen Komplikationen auf dem Getreidemarkt. Wir brauchen unbedingt eine gewisse Reserve, um auf dem Getreidemarkt intervenieren, um unsere Preispolitik durchführen zu können. Denn wir können und dürfen nicht jedesmal zu außerordentlichen Maßnahmen greifen. Wir werden aber niemals solche Reserven haben, wenn wir jedesmal am Rande des Abgrunds wandeln und uns damit zufrieden geben, dass wir die Möglichkeit haben, das Beschaffungsjahr „gerade so“ abzuschließen.
Drittens haben wir keine Garantie gegen eine Missernte. Wir brauchen unbedingt eine gewisse Getreidereserve, um im Falle einer Missernte die hungernden Bezirke zu versorgen, wenigstens in gewissem Maße, wenigstens für eine gewisse Frist. Wir werden aber eine solche Reserve nicht haben, wenn wir die Produktion von Warengetreide nicht erhöhen und uns nicht ein für allemal und entschieden von der alten Gewohnheit losmachen, ohne Vorräte zu leben.
Endlich brauchen wir unbedingt eine Reserve für den Getreideexport. Wir müssen Ausrüstungen für die Industrie einführen. Wir müssen landwirtschaftliche Maschinen, Traktoren und die nötigen Ersatzteile einführen. Aber das alles ist nicht möglich, wenn wir nicht Getreide ausführen, wenn wir nicht durch den Export von Getreide gewisse Valutareserven ansammeln. In der Vorkriegszeit führten wir 500 bis 600 Millionen Pud Getreide jährlich aus. Wir konnten deshalb so viel ausführen, weil wir uns selbst nicht satt aßen. Das stimmt. Man muss sich aber klar darüber sein, dass es immerhin in der Vorkriegszeit bei uns doppelt soviel Warengetreide gab als jetzt. Und eben weil wir jetzt nur

halb soviel Warengetreide haben, eben deshalb fällt jetzt das Getreide für den Export aus. Was bedeutet aber der Ausfall des Getreides für den Export? Das bedeutet den Verlust der Quelle, mit deren Hilfe bei uns Ausrüstungen für die Industrie, Traktoren und Maschinen für die Landwirtschaft eingeführt wurden und eingeführt werden müssen. Kann man so, ohne Getreidereserven für den Export anzusammeln, weiterleben? Nein, das kann man nicht.
Sie sehen, wie unsicher und labil der Zustand unserer Getreidereserven ist.
Ich spreche schon gar nicht davon, dass wir nicht nur in dieser vierfachen Hinsicht keine Getreidereserven haben, sondern dass uns auch das bestimmte Minimum an Reserven fehlt, das notwendig ist, um reibungslos von einem Beschaffungsjahr zum anderen übergehen und die Städte in solch schwierigen Monaten wie Juni-Juli regelmäßig versorgen zu können.
Kann man nach all dem die Schärfe des Getreideproblems und den ernsten Charakter unserer Schwierigkeiten an der Getreidefront leugnen?
Im Zusammenhang mit den Getreideschwierigkeiten traten bei uns aber auch Schwierigkeiten politischen Charakters auf. Das darf man auf keinen Fall vergessen, Genossen. Ich denke dabei an die Unzufriedenheit unter einem gewissen Teil der Bauernschaft, unter einem gewissen Teil der Dorfarmut wie auch der Mittelbauern, die bei uns zu verzeichnen war und die eine gewisse Gefahr für den Zusammenschluss heraufbeschwor.
Natürlich wäre es völlig falsch, zu sagen, dass wir schon eine Entzweiung hätten, wie Frumkin in seinem Schreiben behauptet. Das stimmt nicht, Genossen. Eine Entzweiung ist eine ernste Angelegenheit. Entzweiung - das ist der Beginn des Bürgerkriegs, wenn nicht der Bürgerkrieg selbst. Man soll nicht durch „schreckliche“ Worte sich selbst Angst einjagen. Man soll nicht in Panik verfallen. Das ist eines Bolschewik unwürdig. Entzweiung - das bedeutet Bruch der Bauernschaft mit der Sowjetmacht. Wenn der Bauer aber wirklich mit der Sowjetmacht, die der Hauptabnehmer des bäuerlichen Getreides ist, gebrochen hätte, würde er die Anbauflächen nicht erweitern. Indes sehen wir, dass der Acker für Sommersaat in diesem Jahr in ausnahmslos allen Getreidegebieten erweitert wurde. Sieht das nach Entzweiung aus? Kann man etwa einen solchen Zustand als „Perspektivlosigkeit“ der Bauernwirtschaft bezeichnen, wie das zum Beispiel Frumkin tut? Sieht das nach „Perspektivlosigkeit“ aus?
Worin besteht die Grundlage unserer Getreideschwierigkeiten, wenn man von den lange wirkenden und grundlegenden Ursachen der Schwierigkeiten, und nicht von den zeitweiligen, durch die Wirtschaftslage bedingten Ursachen spricht?
Die Grundlage unserer Getreideschwierigkeiten besteht in der wachsenden Zerbröckelung und Zersplitterung der Landwirtschaft. Es ist eine Tatsache, dass die Landwirtschaft, besonders die Getreidewirtschaft, in immer kleinere Wirtschaften zerbröckelt, dass sie immer weniger rentabel und der Warenteil ihrer Produktion immer geringer wird. Wenn wir vor der Revolution etwa 15-16 Millionen Bauernwirtschaften hatten, so haben wir jetzt 24-25 Millionen, wobei der Zerbröckelungsprozess die Tendenz hat, sich weiter zu verstärken.
Es stimmt, dass die Anbauflächen, die wir jetzt haben, nur wenig hinter dem Umfang der Anbauflächen der Vorkriegszeit zurückbleiben, dass die Bruttoproduktion von Getreide insgesamt nur um etwa 5 Prozent geringer ist als in der Vorkriegszeit. Das Unglück ist aber, dass ungeachtet all dessen die Produktion von Warengetreide bei uns nur die Hälfte, das heißt etwa 50 Prozent, der Vorkriegsproduktion ausmacht. Das ist der Kernpunkt der Frage.
Worum handelt es sich? Es handelt sich eben darum, dass die Kleinwirtschaft weniger rentabel ist, dass sie weniger Waren liefert, dass sie weniger stabil ist als die Großwirtschaft. Die bekannte These des Marxismus, dass der Kleinbetrieb weniger vorteilhaft ist als der Großbetrieb, behält auch in der Landwirtschaft volle Gültigkeit. Daher liefert die kleine Bauernwirtschaft von derselben Bodenfläche weit weniger Warengetreide als die Großwirtschaft.
Wo ist der Ausweg aus dieser Lage?
Wir haben drei Auswege, wie in der Resolution des Politbüros gesagt wird.

1. Der Ausweg besteht darin, die Produktivität der kleinen und der mittleren Bauernwirtschaft möglichst zu steigern, den Hakenpflug durch den Eisenpflug zu ersetzen, diesen Wirtschaften kleine und mittlere Maschinen zu liefern, Kunstdünger zu liefern, sie mit Saatgut zu versorgen, sie in agronomischer Hinsicht zu unterstützen, die Bauernschaft in Genossenschaften zusammenzuschließen, Kontrakte mit ganzen Dörfern abzuschließen, ihnen dabei das beste Saatgut als Darlehen zur Verfügung zu stellen und somit ein kollektives Kreditieren der Bauernschaft zu gewährleisten, und schließlich ihnen über die Ausleihstationen große Maschinen zu leihen.

Unrecht haben die Genossen, die behaupten, die kleine Bauernwirtschaft habe die Möglichkeiten ihrer weiteren Entwicklung erschöpft und es lohne also nicht, sie weiter zu unterstützen. Das ist völlig falsch. Die individuelle Bauernwirtschaft hat nicht wenig weitere Entwicklungsmöglichkeiten. Man muss nur verstehen, ihr zu helfen, diese Möglichkeiten zu realisieren.

Unrecht hat auch die „Krasnaja Gaseta“[51], wenn sie behauptet, die Politik der Zusammenfassung der individuellen Bauernwirtschaften in Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften habe sich nicht bewährt. Das ist völlig falsch, Genossen. Im Gegenteil, die Politik der Zusammenfassung in Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften hat sich voll und ganz bewährt, sie hat eine reale Basis für einen Umschwung unter der Bauernschaft zugunsten der Kollektivwirtschaftsbewegung geschaffen. Zweifellos hätten wir ohne Entwicklung der Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften nicht jenen Umschwung in der Einstellung der Bauernschaft zu den Kollektivwirtschaften, den wir jetzt zu verzeichnen haben und der uns hilft, den kollektivwirtschaftlichen Aufbau weiter voranzuführen.

2. Der Ausweg besteht weiter darin, der Dorfarmut und den Mittelbauern zu helfen, auf der Basis der modernen Technik und kollektiver Arbeit ihre zersplitterten Kleinwirtschaften allmählich zu kollektiven Großwirtschaften zu vereinigen, die vorteilhafter sind und mehr Waren liefern. Ich meine alle Formen der Vereinigung der Kleinwirtschaften zu gesellschaftlichen Großwirtschaften, von den einfachen Gemeinschaften bis zu den Artels, die unvergleichlich mehr Waren liefern und unvergleichlich produktiver sind als die zersplitterten kleinen Bauernwirtschaften.

Das ist die Grundlage für die Lösung des Problems.

Unrecht haben die Genossen, die, indem sie für die Kollektivwirtschaften eine Lanze brechen, uns der „Rehabilitierung“ der kleinen Bauernwirtschaft beschuldigen. Sie sind offenbar der Meinung, man solle die individuelle Bauernwirtschaft bekämpfen und vernichten, nicht aber sie unterstützen und zu sich heranziehen. Das ist völlig falsch, Genossen. Die individuelle Bauernwirtschaft bedarf keineswegs einer „Rehabilitierung“. Sie ist wenig rentabel, das ist wahr. Das bedeutet aber noch nicht, dass sie völlig unvorteilhaft wäre. Wir würden den Zusammenschluss zunichte machen, wenn wir uns auf den Standpunkt der Bekämpfung und Vernichtung der individuellen Bauernwirtschaft stellten, wenn wir von der Leninschen Position der tagtäglichen Förderung und Unterstützung der individuellen Bauernwirtschaften durch die Kollektivwirtschaften abgingen.

Noch mehr im Unrecht sind diejenigen, die, indem sie die Kollektivwirtschaften lobpreisen, erklären, die individuelle Bauernwirtschaft sei unser „Fluch“. Das riecht schon direkt nach Krieg gegen die Bauernwirtschaft. Wie kommen sie dazu? Wenn die Bauernwirtschaft ein „Fluch“ ist, wie soll man dann das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Hauptmassen der Bauernschaft erklären? Bündnis der Arbeiterklasse mit einem „Fluch“ - gibt es auf der Welt solche Ungereimtheiten? Wie kann man so etwas sagen, wenn man zugleich den Zusammenschluss predigt? Man beruft sich auf die Worte Lenins, dass wir uns allmählich von dem Bauernklepper auf das stählerne Ross der Industrie setzen müssen. Das ist sehr gut. Aber setzt man sich denn so von einem Pferd auf ein anderes? Die Bauernwirtschaft zu einem „Fluch“ zu erklären, ohne vorher eine breite und mächtige Basis in Gestalt eines weit verzweigten Netzes von Kollektivwirtschaften geschaffen zu haben - bedeutet das nicht,

überhaupt ohne Ross, überhaupt ohne Basis zu bleiben? (Zurufe: „Richtig, sehr richtig!“) Der Fehler dieser Genossen besteht darin, dass sie die Kollektivwirtschaften den individuellen Bauernwirtschaften entgegenstellen. Wir aber wollen, dass diese zwei Wirtschaftsformen nicht einander entgegengestellt werden, sondern dass sie sich miteinander zusammenschließen, dass in diesem Zusammenschluss die Kollektivwirtschaft dem individuellen Bauern Unterstützung erweist und ihm hilft, nach und nach auf die Bahnen des Kollektivismus überzugehen. Ja, wir wollen, dass die Bauernschaft die Kollektivwirtschaften nicht als ihren Feind betrachtet, sondern als ihren Freund, der ihr hilft und helfen wird, sich von der Armut zu befreien. (Zurufe: „Das stimmt!“) Wenn das stimmt, dann darf man nicht von einer „Rehabilitierung“ der individuellen Bauernwirtschaft sprechen oder davon, dass die Bauernwirtschaft für uns ein „Fluch“ sei.
Man müsste sagen, dass die kleine Bauernwirtschaft im Vergleich zur großen Kollektivwirtschaft weniger vorteilhaft oder sogar am wenigsten vorteilhaft ist, dass sie aber dennoch einen gewissen nicht unerheblichen Nutzen bringt. Bei Ihnen aber ergibt sich, dass die kleine Bauernwirtschaft überhaupt unvorteilhaft und wohl sogar schädlich ist.
Lenin hatte eine andere Auffassung von der kleinen Bauernwirtschaft. Hören Sie, was er hierüber in seiner Rede „Über die Naturalsteuer“ sagte:

„Wenn die Bauernwirtschaft sich weiterentwickeln kann, so muss man auch den weiteren Übergang auf fester Basis sichern, der weitere Übergang aber besteht unweigerlich darin, dass die am wenigsten vorteilhafte und am meisten rückständige, zersplitterte bäuerliche Kleinwirtschaft sich durch allmählichen Zusammenschluss zur gesellschaftlichen Großlandwirtschaft organisiert. So haben sich die Sozialisten das alles von jeher vorgestellt. Das eben ist auch die Auffassung unserer Kommunistischen Partei.“ (4. Ausgabe, Bd. 32, S.264, russ.)

Es ergibt sich, dass die individuelle Bauernwirtschaft dennoch gewissen Nutzen bringt.
Eine Sache ist es, wenn die höhere Wirtschaftsform, die Großwirtschaft, die niedrigere bekämpft und ruiniert, wenn sie diese vernichtet. So ist es im Kapitalismus. Und etwas völlig anderes ist es, wenn die höhere Wirtschaftsform die niedrigere nicht ruiniert, sondern ihr hilft, aufzusteigen, auf die Bahnen des Kollektivismus überzugehen. So ist es in der Sowjetordnung.
Hören Sie, was Lenin über die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Kollektivwirtschaften und den individuellen Bauernwirtschaften sagt:

„Insbesondere muss man bestrebt sein zu erreichen, dass das Gesetz der Sowjetregierung (über die Kollektiv- und Sowjetwirtschaften. J.St.), das von den Sowjetwirtschaften, den landwirtschaftlichen Kommunen und allen ähnlichen Vereinigungen eine unverzügliche und allseitige Unterstützung der benachbarten Mittelbauern fordert, wirklich und in vollem Umfang durchgeführt wird. Nur auf Grund einer solchen tatsächlichen Hilfe ist die Verständigung mit der Mittelbauernschaft möglich. Nur so kann und muss man ihr Vertrauen gewinnen.“ (4. Ausgabe, Bd. 29, S. 195, russ.)

Es ergibt sich also, dass die Kollektiv- und Sowjetwirtschaften den Bauernwirtschaften eben als individuellen Wirtschaften helfen müssen. Schließlich ein drittes Lenin-Zitat:

„Nur in dem Falle, dass es gelingt, den Bauern die Vorzüge der gesellschaftlichen, kollektiven, gemeinschaftlichen, artelmäßigen Bodenbestellung in der Praxis vor Augen zu führen, nur wenn es gelingt, dem Bauern mittels der gemeinschaftlichen, der Artelwirtschaft zu helfen, nur dann wird die Arbeiterklasse, die die Staatsmacht in der Hand hat, den Bauern wirklich den Beweis erbringen, dass sie im Rechte ist, und die Millionenmassen der Bauern fest und wirklich auf ihre Seite ziehen.“ (4. Ausgabe, Bd. 30, S.173/174 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. 1I, S. 629].)

So hoch schätzte Lenin die Bedeutung der Kollektivwirtschaftsbewegung für die sozialistische Umgestaltung unseres Landes ein.
Es ist äußerst merkwürdig, dass einige Genossen in ihren großen Reden ihre gesamte Aufmerksamkeit auf die Frage der individuellen Bauernwirtschaften konzentrierten, dass sie kein einziges, buchstäblich kein einziges Wort über die Entwicklung der Kollektivwirtschaften als die aktuelle und entscheidende Aufgabe unserer Partei sagten.
3. Der Ausweg besteht schließlich darin, die alten Sowjetwirtschaften zu festigen und neue, große Sowjetwirtschaften, als die rentabelsten und die meisten Waren liefernden Wirtschaftseinheiten, zu schaffen.
Das sind die drei grundlegenden Aufgaben, deren Erfüllung uns die Möglichkeit gibt, das Getreideproblem zu lösen und somit die Grundlage unserer Schwierigkeiten an der Getreidefront zu beseitigen.
Die Besonderheit der gegenwärtigen Lage besteht darin, dass die erste Aufgabe, die Hebung der individuellen Bauernwirtschaft, die immer noch die Hauptaufgabe unserer Arbeit ist, bereits nicht mehr genügt, um das Getreideproblem zu lösen.
Die Besonderheit der gegenwärtigen Lage besteht darin, dass die erste Aufgabe praktisch durch zwei neue Aufgaben, die Entwicklung der Kollektivwirtschaften und die Entwicklung der Sowjetwirtschaften, ergänzt werden muss.
Ohne Verknüpfung dieser Aufgaben, ohne beharrliche Arbeit in allen diesen drei Richtungen kann man das Getreideproblem weder im Sinne der Versorgung des Landes mit Warengetreide noch im Sinne der Umgestaltung unserer gesamten Volkswirtschaft auf den Grundlagen des Sozialismus lösen.
Wie stand Lenin zu dieser Sache? Wir haben ein bekanntes Dokument, das davon zeugt, dass die der Aufmerksamkeit des Plenums empfohlene Resolution des Politbüros voll und ganz mit dem praktischen Plan zur Entwicklung der Landwirtschaft übereinstimmt, den Lenin in diesem Dokument entwarf. Ich meine die von Lenin verfasste „Direktive des Rates für Arbeit und Verteidigung“. Sie wurde im Mai 1921 herausgegeben. In diesem Dokument untersucht Lenin drei Gruppen praktischer Fragen: die erste Gruppe betrifft Fragen des Warenumsatzes und der Industrie, die zweite Gruppe - Fragen der Hebung der Landwirtschaft, die dritte Gruppe - verschiedene Wirtschaftsberatungen[52] und Gebietsberatungen zur Regulierung der Wirtschaft.
Was wird dort, in diesem Dokument, über die Landwirtschaft gesagt? Hier ein Zitat aus der „Direktive des Rates für Arbeit und Verteidigung“ :

„Zweite Fragengruppe. Hebung der Landwirtschaft: a) bäuerliche Wirtschaft, b) Sowjetwirtschaften, c) Kommunen, d) Artels, e) Gemeinschaften, f) andere Arten gesellschaftlicher Wirtschaft.“ (Siehe 4. Ausgabe, Bd. 32, S. 368, russ.)

Sie sehen, dass die praktischen Schlussfolgerungen der Resolution des Politbüros hinsichtlich der Lösung des Getreideproblems und überhaupt des landwirtschaftlichen Problems voll und ganz mit dem in der „Direktive des Rates für Arbeit und Verteidigung“ im Jahre 1921 dargelegten Plan Lenins übereinstimmen.
Es ist sehr interessant, festzustellen, mit welcher echt jugendlichen Freude Lenin, dieser Riese, der Berge versetzte, jede kleine Nachricht über die Gründung von ein oder zwei Kollektivwirtschaften oder über die Entsendung von Traktoren zu dieser oder jener Sowjetwirtschaft aufnahm. Hier zum Beispiel ein Auszug aus einem Brief „An die Gesellschaft für technische Unterstützung Sowjetrußlands“:

„Werte Genossen! In unseren Zeitungen erschienen außerordentlich erfreuliche Mitteilungen über die Arbeit der Mitglieder Ihrer Gesellschaft in Sowjetwirtschaften des Kreises Kirsanow, des Gouvernements Tambow und bei der Station Mitino im Gouvernement Odessa, sowie über die Arbeit einer Gruppe von Bergleuten des Donezbeckens... Ich werde beim Präsidium

des Allrussischen ZEK beantragen, die hervorragendsten Wirtschaften als Musterwirtschaften anzuerkennen und ihnen alle für eine günstige Entwicklung ihrer Arbeit notwendige besondere und außerordentliche Unterstützung zu gewähren. Nochmals drücke ich Ihnen im Namen unserer Republik meine tiefe Dankbarkeit aus und bitte Sie, dessen eingedenk zu sein, dass Ihre Unterstützung bei der Bodenbestellung mit Traktoren für uns besonders aktuell und wichtig ist. Es ist mir ein besonderes Vergnügen, Ihnen anlässlich der von Ihnen geplanten Organisierung von 200 landwirtschaftlichen Kommunen gratulieren zu können." (4. Ausgabe, Bd. 33, S. 344, russ.)

Und hier noch ein Auszug aus einem Brief „An die Gesellschaft der Freunde Sowjetrußlands" in Amerika:

„Werte Genossen! Ich habe soeben an Hand einer besonderen Umfrage des Permer Gouvernementsexekutivkomitees die in unseren Zeitungen erschienenen außerordentlich erfreulichen Mitteilungen überprüft über die Arbeit, die die Mitglieder Ihrer Gesellschaft, mit Harold Ware an der Spitze, mit der Traktorenabteilung des Permer Gouvernements in der Sowjetwirtschaft ‚Toikino' geleistet haben... Ich werde beim Präsidium des Allrussischen ZEK beantragen, diese Sowjetwirtschaft als Musterwirtschaft anzuerkennen und ihr sowohl bei den Bauarbeiten als auch bei der Versorgung mit Benzin, Metall und anderen für die Einrichtung einer Reparaturwerkstatt notwendigen Materialien besondere und außerordentliche Unterstützung zu gewähren. Nochmals drücke ich Ihnen im Namen unserer Republik meine tiefe Dankbarkeit aus und bitte Sie, dessen eingedenk zu sein, dass keinerlei Unterstützung für uns so aktuell und so wichtig ist, wie die, die Sie uns erweisen." (4. Ausgabe, Bd. 33, S. 343, russ.)

Sie sehen, mit welcher Freude Lenin jede kleinste Nachricht über die Entwicklung der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften aufnahm.
Möge das eine Lehre sein für diejenigen, die die Geschichte überlisten und bei dem siegreichen Aufbau des Sozialismus in unserem Lande ohne Kollektiv- und Sowjetwirtschaften auskommen wollen.
Ich schließe, Genossen. Ich denke, dass die Getreideschwierigkeiten für uns nicht ohne Nutzen sein werden. Unsere Partei hat gelernt und ist vorwärts geschritten, indem sie Schwierigkeiten und Krisen aller Art überwand. Ich denke, dass die gegenwärtigen Schwierigkeiten unsere bolschewistischen Reihen stählen und sie zwingen werden, energisch an die Lösung des Getreideproblems zu gehen. Dieses Problem lösen heißt aber eine der größten Schwierigkeiten beiseite räumen, die der sozialistischen Umgestaltung unseres Landes im Wege stehen.

ÜBER DEN ZUSAMMENSCHLUSS DER ARBEITER UND BAUERN UND ÜBER DIE SOWJETWIRTSCHAFTEN

Aus der Rede am 11. Juli 1928

Einige Genossen kamen in ihren Ausführungen über die Sowjetwirtschaften auf die gestrige Diskussion über die Frage der Getreidebeschaffung zurück. Nun denn, kommen wir auf die gestrige Diskussion zurück.

Worum ging bei uns gestern die Diskussion? Vor allem um die „Schere“ zwischen Stadt und Land. Es war davon die Rede, dass der Bauer immer noch die Industriewaren überbezahlt und für landwirtschaftliche Erzeugnisse unterbezahlt wird. Es war davon die Rede, dass diese Über- und Unterbezahlungen eine Mehrsteuer für die Bauernschaft darstellen, eine Art „Tribut“, eine zusätzliche Steuer zugunsten der Industrialisierung, eine Steuer, die wir unbedingt beseitigen müssen, die wir aber nicht jetzt sofort beseitigen können, wenn wir unsere Industrie nicht untergraben und das bestimmte Entwicklungstempo unserer Industrie, die für das ganze Land arbeitet und unsere Volkswirtschaft dem Sozialismus entgegenführt, nicht gefährden wollen.

Manchen hat das nicht gefallen. Diese Genossen fürchten sich offenbar, die Wahrheit anzuerkennen. Nun, das ist Geschmackssache. Manche glauben, es sei nicht angebracht, im Plenum des ZK die ganze Wahrheit zu sagen. Ich aber denke, dass wir verpflichtet sind, im Plenum des ZK unserer Partei die ganze Wahrheit zu sagen. Man darf nicht vergessen, dass das Plenum des ZK nicht als Massenmeeting betrachtet werden darf. Natürlich, die Worte „Mehrsteuer“, „zusätzliche Steuer“ sind unangenehme Worte, denn sie fallen einem auf die Nerven. Aber erstens geht es nicht um Worte. Zweitens entsprechen diese Worte durchaus der Wirklichkeit. Drittens sollen sie, diese unangenehmen Worte, ja gerade auf die Nerven fallen und die Bolschewiki veranlassen, mit allem Ernst an die Arbeit zu gehen, um diese „Mehrsteuer“ zu beseitigen, um die „Schere“ zu beseitigen.

Wie aber kann man diese unangenehmen Dinge beseitigen? Durch systematische Rationalisierung unserer Industrie und Senkung der Preise für Industriewaren. Durch systematische Verbesserung der Technik und Steigerung der Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft und durch allmähliche Verbilligung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Durch systematische Rationalisierung unserer Handels- und Beschaffungsapparate. Usw., usf.

All das lässt sich natürlich nicht in ein oder zwei Jahren erreichen. Wir müssen es aber unbedingt im Verlauf einer Reihe von Jahren erreichen, wenn wir uns von unangenehmen Dingen und auf die Nerven fallenden Erscheinungen aller Art frei machen wollen.

Ein Teil der Genossen steuerte gestern auf die sofortige Beseitigung der „Schere“ los und forderte im Grunde genommen die Einführung von Wiederherstellungspreisen für landwirtschaftliche Produkte. Gemeinsam mit anderen Genossen wandte ich mich dagegen und sagte, dass diese Forderung gegenwärtig den Interessen der Industrialisierung des Landes und folglich den Interessen unseres Staates zuwiderläuft.

Darum ging gestern bei uns die Diskussion, Genossen.

Heute erklären diese Genossen, dass sie sich von der Politik der Wiederherstellungspreise lossagen. Nun, das ist sehr gut. Es erweist sich, dass die gestrige Kritik für diese Genossen nicht vergebens war.

Die zweite Frage betrifft die Kollektiv- und Sowjetwirtschaften. Ich stellte in meiner Rede fest, dass es unnatürlich und merkwürdig ist, dass manche Genossen in ihren Ausführungen über Maßnahmen zur Hebung der Landwirtschaft in Verbindung mit der Getreidebeschaffung mit keinem einzigen Wort solch bedeutsame Maßnahmen wie die Entwicklung der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften berührt haben. Wie kann man etwas so Bedeutsames wie die Aufgabe

der Entwicklung der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften in der Landwirtschaft „vergessen“? Weiß man wirklich nicht, dass die Aufgabe der Entwicklung der individuellen Bauernwirtschaft bei all ihrer Bedeutung, die ihr gegenwärtig zukommt, bereits nicht mehr genügt, dass wir, wenn wir diese Aufgabe nicht praktisch durch neue Aufgaben, die Entwicklung der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften, ergänzen, das Problem der Getreidewirtschaft nicht lösen und aus den Schwierigkeiten nicht herauskommen werden, und zwar weder im Sinne der sozialistischen Umgestaltung unserer gesamten Volkswirtschaft (und folglich auch der Bauernwirtschaft) noch im Sinne der Versorgung des Landes mit gewissen Reserven an Warengetreide.

Wie kann man die Frage der Entwicklung der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften nach all dem „vergessen“, übergehen und mit Schweigen abtun?

Gehen wir jetzt zur Frage der großen Sowjetwirtschaften über. Die Genossen haben Unrecht, die behaupten, in Nordamerika gebe es keine großen Getreidewirtschaften. In Wirklichkeit gibt es solche Wirtschaften sowohl in Nord- als auch in Südamerika. Ich könnte mich auf einen Zeugen wie Professor Tulaikow berufen, der in der Zeitschrift „Nishneje Powolshje“[53] (Nr. 9) die Ergebnisse seiner Untersuchung der amerikanischen Landwirtschaft veröffentlicht hat.

Gestatten Sie mir, ein Zitat aus dem Artikel Tulaikows anzuführen.

„Eine Weizenwirtschaft in Montana gehört der Gesellschaft ‚Campbell Farming Corporation’. Ihre Bodenfläche beläuft sich auf 95000 Acres oder etwa 32000 Deßjatinen. Die Wirtschaft wird von einem Rain umschlossen und zur Bearbeitung in vier Sektionen, nach unseren Bezeichnungen Chutors, aufgeteilt, von denen jede von einem besonderen Leiter verwaltet wird, die gesamte Wirtschaft aber wird von einer Person geleitet - dem Direktor dieser Korporation, Thomas Campbell.

In diesem Jahr wird nach einer Zeitungsmitteilung, die natürlich von der gleichen Korporation eingeschickt wurde, von der gesamten Bodenfläche etwa die Hälfte bebaut, wobei eine Ernte von etwa 410000 Bushel Weizen (etwa 800000 Pud), 20000 Bushel Hafer und 70000 Bushel Leinsamen erwartet wird. Man rechnet mit einer Gesamteinnahme des Betriebs von 500000 Dollar.

Pferde und Maultiere sind in dieser Wirtschaft fast vollständig durch Traktoren, Lastkraftwagen und Personenwagen ersetzt. Das Pflügen, die Aussaat und überhaupt alle Feldarbeiten und insbesondere die Getreideernte werden bei Tage und bei Nacht durchgeführt, wobei nachts die Maschinen auf dem Feld bei Scheinwerferlicht arbeiten. Die gewaltigen Saatflächen erlauben es, dass die Maschinen auf einer sehr großen Strecke arbeiten, ohne umzuwenden. So legen die Mähdrescher, wenn die Beschaffenheit der Pflanzen ihre Anwendung erlaubt, in einer Breite von 24 Fuß eine Strecke von 20 Meilen, das heißt etwas über 30 Werst zurück. Früher waren für diese Arbeit 40 Pferde und Menschen notwendig. Der Traktor zieht zugleich vier Garbenbindemaschinen, die eine Fläche von 40 Fuß Breite auf einmal erfassen und 28 Meilen, das heißt eine Strecke von etwa 42 Werst, zurücklegen. Die Garbenbindemaschinen werden dann bei der Ernte angewandt, wenn das Getreide nicht genügend trocken ist, um gleichzeitig mit der Mahd auch gedroschen zu werden. In diesem Fall wird am Garbenbinder der Bindeapparat entfernt, und mit Hilfe eines besonderen Laufbandes wird das gemähte Getreide in Reihen gelegt. Das so ausgebreitete Getreide liegt 24 und 48 Stunden, während dieser Zeit trocknet es, und der Samen des gleichzeitig abgemähten Unkrauts fällt zu Boden. Dann wird ein Mähdrescher in Tätigkeit gesetzt, an dem an Stelle des Messers ein automatischer Zubringer läuft, der das getrocknete Getreide vom Boden direkt in die Trommel der Dreschmaschine befördert. Dabei arbeiten an dieser Maschine nur ein Traktorist und ein Mann an der Dreschmaschine. Weiter ist niemand an der Maschine. Das Getreide wird aus der Dreschmaschine unmittelbar in Wagen mit einer Ladekraft von 6 Tonnen geschüttet und in einem Zug von 10 solcher Wagen mit Traktoren in die Speicher befördert. In der Notiz wird darauf hingewiesen, dass bei solcher Arbeit täglich 16000 bis 20000 Buskiel Getreidekorn ausgedroschen werden.“ (Siehe „Nishneje Powolshje“ Nr. 9, September 1927, S. 38-39.)

Hier haben Sie die Beschreibung einer der gigantischen Weizenwirtschaften kapitalistischen Typs. Solche Wirtschaftsgiganten gibt es sowohl in Nord- als auch in Südamerika.
Einige Genossen sagten hier, dass die Entwicklungsbedingungen für solche gigantische Wirtschaften in den kapitalistischen Ländern nicht immer günstig oder nicht ganz günstig sind, so dass solche Wirtschaften mitunter in weniger große Einheiten von je 1000-5000 Deßjatinen aufgeteilt werden. Das ist völlig richtig.
Auf Grund dessen glauben diese Genossen, die großen Getreidewirtschaften hätten auch unter sowjetischen Verhältnissen keine Zukunft. Das aber ist völlig falsch.
Diese Genossen begreifen oder bemerken offensichtlich nicht den Unterschied zwischen den Verhältnissen der kapitalistischen Ordnung und den Verhältnissen der Sowjetordnung. Im Kapitalismus besteht das Privateigentum an Grund und Boden und folglich auch die absolute Bodenrente, was die Selbstkosten der landwirtschaftlichen Produktion verteuert und einem ernstlichen Fortschritt derselben unüberwindbare Schranken setzt. Unter der Sowjetordnung hingegen gibt es weder Privateigentum an Grund und Boden noch eine absolute Bodenrente, was die Produktion landwirtschaftlicher Produkte notwendig verbilligen und infolgedessen die fortschreitende Entwicklung des landwirtschaftlichen Großbetriebs auf dem Wege des technischen und jedes anderen Fortschritts erleichtern muss.
Weiter, im Kapitalismus ist es das Ziel der großen Getreidewirtschaften, ein Maximum an Profit zu erzielen oder jedenfalls einen solchen Profit, der der so genannten Durchschnittsprofitrate entspricht, denn sonst sind sie überhaupt nicht imstande, sich zu erhalten und zu bestehen. Dieser Umstand muss notwendig die Produktion verteuern und dadurch der Entwicklung der großen Getreidewirtschaften ernsteste Hindernisse in den Weg legen. Unter der Sowjetordnung hingegen bedürfen die großen Getreidewirtschaften, die zugleich Staatswirtschaften sind, für ihre Entwicklung keineswegs eines Maximums an Profit noch eines Durchschnittsprofits, sondern sie können sich mit einem Minimalgewinn begnügen (und mitunter können sie zeitweilig auch ohne jeden Gewinn auskommen). Hierdurch, wie auch durch den Fortfall der absoluten Bodenrente, entstehen außerordentlich günstige Bedingungen für die Entwicklung der großen Getreidewirtschaften.
Schließlich gibt es im Kapitalismus für die großen Getreidewirtschaften weder Vorzugskredite noch Steuervergünstigungen, während es unter der Sowjetordnung, die für eine allseitige Unterstützung der sozialistischen Wirtschaft sorgt, solche Vergünstigungen gibt und geben wird.
Alle diese und ähnliche Bedingungen schaffen unter der Sowjetordnung (zum Unterschied von der kapitalistischen Ordnung) die außerordentlich günstigen Voraussetzungen, die notwendig sind, um die Entwicklung der Sowjetwirtschaften als großer Getreidewirtschaften voranzutreiben.
Schließlich die Frage der Sowjet- und Kollektivwirtschaften als der Stützpunkte zur Festigung des Zusammenschlusses, als der Stützpunkte zur Sicherung der führenden Rolle der Arbeiterklasse. Kollektiv- und Sowjetwirtschaften brauchen wir nicht nur, um unsere Perspektivziele, die sozialistische Umgestaltung des Dorfes, zu verwirklichen. Kollektiv- und Sowjetwirtschaften brauchen wir auch, um auf dem Lande schon jetzt sozialistische wirtschaftliche Stützpunkte zu haben, die notwendig sind, um den Zusammenschluss zu festigen, um die führende Rolle der Arbeiterklasse bei diesem Zusammenschluss zu sichern.
Können wir schon jetzt auf die Schaffung und Entwicklung solcher Stützpunkte rechnen? Ich zweifle nicht daran, dass wir hierauf rechnen können und müssen. Die Getreidezentrale[54] teilt mit, dass sie Verträge mit Kollektivwirtschaften, mit Artels und Gemeinschaften abgeschlossen hat, auf Grund deren sie von diesen etwa 40-50 Millionen Pud Getreide zu erhalten hat. Was die Sowjetwirtschaften betrifft, so geht aus den Angaben hervor, dass unsere alten und neuen Sowjetwirtschaften in diesem Jahr ebenfalls etwa 25 bis 30 Millionen Pud Warengetreide liefern sollen.

Wenn man die 30-35 Millionen Pud hinzuzählt, die die landwirtschaftlichen Genossenschaften von den mit ihnen im Vertragsverhältnis stehenden individuellen Bauernwirtschaften erhalten sollen, so werden wir über 100 Millionen Pud Getreide haben, das uns völlig sicher ist und das als gewisse Reserve, zumindest auf dem inneren Markt, dienen kann. Das ist doch immerhin etwas.

Hier haben Sie die ersten Ergebnisse unserer sozialistischen wirtschaftlichen Stützpunkte auf dem Lande.

Was aber folgt daraus? Daraus folgt, dass die Genossen im Unrecht sind, die glauben, die Arbeiterklasse finde bei der Behauptung ihrer sozialistischen Positionen keine Unterstützung auf dem Lande, ihr bleibe nur eins übrig: endlos zurückzuweichen und ihre Positionen fortwährend an die kapitalistischen Elemente abzutreten. Nein, Genossen, das ist falsch. Die Arbeiterklasse ist auf dem Lande keineswegs so schwach, wie es einem oberflächlichen Beobachter erscheinen könnte. Diese trübselige Philosophie hat mit dem Bolschewismus nichts gemein. Die Arbeiterklasse hat eine ganze Reihe wirtschaftlicher Stützpunkte auf dem Lande: die Sowjetwirtschaften, die Kollektivwirtschaften, die Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften, und sie kann, auf sie gestützt, den Zusammenschluss mit dem Dorf festigen, den Kulaken isolieren und ihre führende Rolle sichern. Die Arbeiterklasse hat schließlich eine Reihe politischer Stützpunkte auf dem Lande: die Sowjets, die organisierte Dorfarmut usw., und sie kann, auf sie gestützt, ihre Positionen auf dem Lande festigen.

Gestützt auf diese wirtschaftlichen und politischen Positionen auf dem Lande und unter Ausnutzung aller der proletarischen Diktatur zur Verfügung stehenden Mittel und Kräfte (der Kommandohöhen usw.), können Partei und Sowjetmacht die sozialistische Umgestaltung des Dorfes voller Zuversicht betreiben, indem sie das Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft Schritt für Schritt festigen, indem sie die führende Stellung der Arbeiterklasse in diesem Bündnis Schritt für Schritt festigen.

Besondere Aufmerksamkeit muss hierbei der Arbeit unter der Dorfarmut gewidmet werden. Es muss als Regel gelten, dass die Autorität der Sowjetmacht auf dem Lande um so höher ist, je besser und erfolgreicher unsere Arbeit unter der Dorfarmut ist, und umgekehrt, dass die Autorität der Sowjetmacht um so geringer ist, je schlechter es bei uns um die Dorfarmut bestellt ist.

Wir sprechen oft vom Bündnis mit dem Mittelbauern. Um aber unter unseren Verhältnissen dieses Bündnis zu festigen, muss man einen entschiedenen Kampf gegen das Kulakentum, gegen die kapitalistischen Elemente auf dem Lande führen. Daher hatte der XV. Parteitag unserer Partei völlig Recht, als er die Losung ausgab, die Offensive gegen das Kulakentum zu verstärken. Kann man aber einen erfolgreichen Kampf gegen das Kulakentum führen, ohne unter der Dorfarmut verstärkt zu arbeiten, ohne die Dorfarmut gegen das Kulakentum zu mobilisieren, ohne der Dorfarmut systematisch zu helfen? Es ist klar, dass man das nicht kann!

Der Mittelbauer ist eine schwankende Klasse. Wenn es um die Dorfarmut bei uns schlecht bestellt ist, wenn die Dorfarmut noch keine organisierte Stütze der Sowjetmacht darstellt, fühlt der Kulak sich stark, neigt der Mittelbauer nach der Seite des Kulaken hin. Und umgekehrt: Wenn es um die Dorfarmut bei uns gut bestellt ist, wenn die Dorfarmut eine organisierte Stütze der Sowjetmacht darstellt, fühlt sich der Kulak wie in einer belagerten Festung, neigt der Mittelbauer nach der Seite der Arbeiterklasse hin.

Daher denke ich, dass die Verstärkung der Arbeit unter der Dorfarmut, die Organisierung einer systematischen Unterstützung der Dorfarmut, schließlich die Umwandlung der Dorfarmut selbst in eine organisierte Stütze der Arbeiterklasse auf dem Lande eine der wesentlichsten aktuellen Aufgaben unserer Partei darstellt.

ÜBER DIE ERGEBNISSE DES JULIPLENUMS DES ZK DER KPdSU(B)

Referat in der Versammlung des Aktivs
der Leningrader Organisation der KPdSU(B)
13. Juli 1928

Genossen! Das soeben beendete Plenum des Zentralkomitees hat sich bei seiner Arbeit mit zwei Fragengruppen beschäftigt.
Zur ersten Fragengruppe gehören Fragen, die sich auf grundlegende, mit dem bevorstehenden VI. Weltkongress zusammenhängende Probleme der Kommunistischen Internationale beziehen.
Zur zweiten Gruppe gehören Fragen, die sich auf unseren Aufbau in der UdSSR beziehen, nämlich Fragen, die die Landwirtschaft betreffen - das Getreideproblem und die Getreidebeschaffung - und Fragen, die die Heranbildung einer technischen Intelligenz für unsere Industrie, die Heranbildung von Kadern der Intelligenz aus den Reihen der Arbeiterklasse betreffen.
Beginnen wir mit der ersten Fragengruppe.

I
FRAGEN DER KOMINTERN

1. Grundlegende Probleme des Vl. Kongresses der Komintern

Welches sind die grundlegenden Probleme, vor denen gegenwärtig der VI. Kongress der Komintern steht?
Betrachtet man die zwischen dem V. und VI. Kongress zurückgelegte Etappe, so muss man vor allem auf die Gegensätze eingehen, die während dieser Zeit im Lager der Imperialisten herangereift sind.
Was sind das für Gegensätze?
Damals, zur Zeit des V. Kongresses, sprach man bei uns noch wenig von dem englisch-amerikanischen Gegensatz als dem Hauptgegensatz. Damals war es üblich, sogar von einem englisch-amerikanischen Bündnis zu sprechen. Dafür sprach man aber umso lieber von den Gegensätzen zwischen England und Frankreich, zwischen Amerika und Japan, zwischen Siegern und Besiegten. Der Unterschied zwischen der damaligen und der jetzigen Periode besteht darin, dass von den im Lager der Kapitalisten bestehenden Gegensätzen der Gegensatz zwischen dem amerikanischen Kapitalismus und dem englischen Kapitalismus zum Hauptgegensatz geworden ist. Ob man die Erdölfrage nimmt, die sowohl für den Aufbau der kapitalistischen Wirtschaft als auch im Kriegsfalle von entscheidender Bedeutung ist; oder ob man die Frage der Märkte für den Warenabsatz nimmt, die für das Bestehen und die Entwicklung des Weltkapitalismus von größter Bedeutung sind, da man keine Waren produzieren kann, ohne den Absatz dieser Waren gesichert zu haben; ob man die Frage der Märkte für die Kapitalausfuhr nimmt, die ein besonders charakteristisches Merkmal der imperialistischen Etappe ist; oder ob man schließlich die Frage der Verkehrswege zu den Absatzmärkten oder Rohstoffquellen nimmt - alle diese grundlegenden Fragen führen auf ein Hauptproblem hin, auf das Problem des Kampfes zwischen England und Amerika um die Hegemonie in der Welt. Wo Amerika, dieses Land des gigantisch wachsenden Kapitalismus, seine Nase auch immer hineinstecken mag, sei es in China, in die Kolonien, in Südamerika oder in Afrika, überall stößt es auf gewaltige Hindernisse, auf Positionen, die England schon früher befestigt hat.

Dadurch werden die anderen Gegensätze im Lager des Kapitalismus natürlich nicht aufgehoben, die Gegensätze zwischen Amerika und Japan, England und Frankreich, Frankreich und Italien, Deutschland und Frankreich usw. Das bedeutet aber, dass diese Gegensätze in der einen oder anderen Weise mit dem Hauptgegensatz, dem Gegensatz zwischen dem kapitalistischen England, dessen Stern im Sinken begriffen ist, und dem kapitalistischen Amerika, dessen Stern aufsteigt, zusammenhängen.

Was birgt dieser Hauptgegensatz in sich? Wahrscheinlich den Krieg. Wenn zwei Giganten zusammenstoßen, wenn es ihnen auf dem Erdball zu eng wird, dann suchen sie ihre Kräfte zu messen, um die strittige Frage der Welthegemonie durch den Krieg zu entscheiden.

Das ist das erste, was man im Auge haben muss.

Der zweite Gegensatz - das ist der Gegensatz zwischen dem Imperialismus und den Kolonien. Dieser Gegensatz bestand auch zur Zeit des V. Kongresses. Aber erst jetzt hat er sich stark zugespitzt. Damals war die chinesische revolutionäre Bewegung noch nicht zu einer so machtvollen Entfaltung gekommen, waren die Millionenmassen der chinesischen Arbeiter und Bauern noch nicht so tief aufgerüttelt wie vor einem Jahr und wie jetzt. Aber das ist nicht alles. Damals, zur Zeit des V. Kongresses der Komintern, war auch noch nicht die gewaltige Belebung der Arbeiterbewegung und des nationalen Befreiungskampfes in Indien zu verzeichnen, die jetzt zu verzeichnen ist. Diese zwei grundlegenden Tatsachen rollen die Frage der Kolonien und Halbkolonien in ihrer ganzen Tragweite auf.

Was birgt die Verschärfung dieses Gegensatzes in sich? Nationale Befreiungskriege in den Kolonien und eine Intervention der Imperialisten. Diesen Umstand muss man ebenfalls im Auge haben.

Schließlich der dritte Gegensatz, der Gegensatz zwischen der kapitalistischen Welt und der UdSSR, ein Gegensatz, der nicht schwächer wird, sondern sich verschärft. Konnte man zur Zeit des V. Kongresses der Komintern sagen, dass sich ein gewisses, wenn auch labiles, so doch mehr oder weniger dauerhaftes Gleichgewicht zwischen den beiden Welten, zwischen den beiden Antipoden, zwischen der Welt der Sowjets und der Welt des Kapitalismus, herausgebildet hatte, so haben wir jetzt allen Grund zu behaupten, dass dieses Gleichgewicht seinem Ende entgegengeht.

Es braucht nicht betont zu werden, dass die Verschärfung dieses Gegensatzes zwangsläufig die Gefahr einer militärischen Intervention heraufbeschwört.

Es ist anzunehmen, dass der VI. Kongress auch diesem Umstand Rechnung tragen wird.

Somit führen alle diese Gegensätze unvermeidlich zu der einen Hauptgefahr, zur Gefahr neuer imperialistischer Kriege und Interventionen.

Daher ist die Gefahr neuer imperialistischer Kriege und Interventionen die grundlegende Frage der Gegenwart.

Das am weitesten verbreitete Mittel, die Arbeiterklasse einzulullen und sie vom Kampf gegen die Kriegsgefahr abzulenken, ist der heutige bürgerliche Pazifismus mit seinem Völkerbund, mit seinen „Friedens“-predigten, mit dem „Verbot“ des Krieges, mit seinem „Abrüstungs“-geschwätz usw.

Manch einer glaubt, der imperialistische Pazifismus sei ein Instrument des Friedens. Das ist grundfalsch. Der imperialistische Pazifismus ist ein Instrument der Kriegsvorbereitung, er dient zur Bemäntelung dieser Vorbereitung mittels pharisäischer Friedensphrasen. Ohne diesen Pazifismus und ohne sein Instrument, den Völkerbund, ist die Vorbereitung von Kriegen unter den heutigen Verhältnissen unmöglich.

Manche Leute sind so naiv, zu glauben, die Tatsache, dass es den imperialistischen Pazifismus gibt, bedeute, dass es keinen Krieg geben werde. Das ist völlig falsch. Im Gegenteil, wem es um die Wahrheit zu tun ist, der muss diesen Satz umkehren und sagen: Da der imperialistische Pazifismus mit seinem Völkerbund floriert, wird es ganz bestimmt neue imperialistische Kriege und Interventionen geben.

Und das Wichtigste bei all dem ist, dass die Sozialdemokratie der Hauptschrittmacher des imperialistischen Pazifismus in der Arbeiterklasse ist - dass sie folglich bei der Vorbereitung neuer Kriege und Interventionen die Hauptstütze des Kapitalismus innerhalb der Arbeiterklasse ist.
Um aber neue Kriege vorzubereiten, genügt der Pazifismus allein noch nicht, auch wenn er, dieser Pazifismus, von einer so bedeutenden Kraft wie der Sozialdemokratie unterstützt wird. Dazu bedarf es noch gewisser Mittel der Unterdrückung der Massen in den Zentren des Imperialismus. Man kann nicht für den Imperialismus Krieg führen, ohne das imperialistische Hinterland zu festigen. Man kann das imperialistische Hinterland nicht festigen, ohne die Arbeiter zu unterdrücken. Und gerade dazu ist der Faschismus da.
Daher die Zuspitzung der inneren Gegensätze in den Ländern des Kapitalismus, der Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital.
Einerseits durch den Mund der Sozialdemokratie Pazifismus predigen, um sich desto erfolgreicher auf neue Kriege vorbereiten zu können; anderseits durch Anwendung faschistischer Methoden die Arbeiterklasse im Hinterland, die kommunistischen Parteien im Hinterland unterdrücken, um dann desto erfolgreicher Krieg führen und die Intervention betreiben zu können - das ist der Weg der Vorbereitung neuer Kriege.
Daraus ergeben sich für die kommunistischen Parteien folgende Aufgaben:
Erstens, unermüdlicher Kampf gegen den Sozialdemokratismus auf allen Gebieten, sowohl auf wirtschaftlichem Gebiet als auch auf politischem Gebiet, wozu auch die Entlarvung des bürgerlichen Pazifismus gehört, mit dem Ziel, die Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus zu gewinnen.
Zweitens, Herstellung der Einheitsfront der Arbeiter der fortgeschrittenen Länder mit den werktätigen Massen der Kolonien, um die Kriegsgefahr abzuwenden oder, wenn ein Krieg ausbricht, den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg umzuwandeln, den Faschismus zu zerschlagen, den Kapitalismus zu stürzen, die Sowjetmacht zu errichten, die Kolonien von der Sklaverei zu befreien, mit allen Mitteln die Verteidigung der ersten Sowjetrepublik der Welt zu organisieren.
Das sind die grundlegenden Probleme und Aufgaben, vor denen der VI. Kongress steht.
Diesen Problemen und Aufgaben trägt das Exekutivkomitee der Korn-intern Rechnung, wovon man sich leicht überzeugen kann, wenn man sich die Tagesordnung des VI. Kongresses der Komintern ansieht.

2. Das Programm der Komintern

In enger Verbindung mit der Frage nach den grundlegenden Problemen der internationalen Arbeiterbewegung steht die Frage des Programms der Komintern.
Die außerordentlich große Bedeutung des Programms der Komintern besteht darin, dass es die grundlegenden Aufgaben der kommunistischen Bewegung wissenschaftlich formuliert, die Hauptwege zur Lösung dieser Aufgaben aufzeigt und somit für die Sektionen der Komintern die Klarheit über Ziele und Mittel schafft, ohne die ein sicheres Vorwärtsschreiten unmöglich ist.
Einige Worte über die Besonderheiten des von der Programmkommission des Exekutivkomitees der Komintern vorgelegten Programmentwurfs. Man könnte zumindest sieben solcher Besonderheiten anführen.
1. Der Entwurf ist ein Programm nicht für die kommunistische Partei dieses oder jenes einzelnen Landes, sondern für alle kommunistischen Parteien zusammengenommen, denn er erfasst all das, was sie miteinander gemein haben und was für sie von grundsätzlicher Bedeutung ist. Daher sein prinzipiell-theoretischer Charakter.
2. Früher war es üblich, ein Programm für die „zivilisierten“ Nationen aufzustellen. Im Gegensatz dazu berücksichtigt der Programmentwurf alle Nationen der Welt, Weiße und

Farbige, die Metropolen und die Kolonien. Daher sein allumfassender, zutiefst internationaler Charakter.
3. Der Entwurf nimmt als Ausgangspunkt nicht diesen oder jenen Kapitalismus dieses oder jenes Landes oder Erdteils, sondern das ganze Weltsystem des Kapitalismus, dem er das Weltsystem der sozialistischen Wirtschaft gegenüberstellt. Dadurch unterscheidet er sich von allen bisherigen Programmen.
4. Der Entwurf geht von der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der Länder des Kapitalismus aus und zieht die Schlussfolgerung von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einzelnen Ländern, wobei er zu der Perspektive der Bildung zweier paralleler Anziehungszentren gelangt - eines Zentrums des Weltkapitalismus und eines Zentrums des Weltsozialismus.
5. Statt der Losung der Vereinigten Staaten von Europa stellt der Entwurf die Losung der Föderation der aus dem imperialistischen System ausgeschiedenen oder ausscheidenden Sowjetrepubliken der entwickelten Länder und der Kolonien auf, einer Föderation, die sich in ihrem Kampf für den Weltsozialismus dem kapitalistischen Weltsystem entgegenstellt.
6. Der Entwurf wendet sich mit Nachdruck gegen die Sozialdemokratie als Hauptstütze des Kapitalismus in der Arbeiterklasse und als Hauptgegner des Kommunismus, wobei er feststellt, dass alle übrigen Strömungen in der Arbeiterklasse (Anarchismus, Anarchosyndikalismus, Gildensozialismus[55] usw.) ihrem Wesen nach eine Abart eben des Sozialdemokratismus sind.
7. Der Entwurf rückt die Festigung der kommunistischen Parteien sowohl im Westen als auch im Osten in den Vordergrund als Vorbedingung für die Sicherung der Hegemonie des Proletariats und sodann auch der Diktatur des Proletariats.
Das Plenum des ZK hat den Entwurf des Programms der Komintern im wesentlichen gebilligt und die Genossen, die einzelne Abänderungsvorschläge zu dem Entwurf zu machen haben, verpflichtet, diese der Programmkommission des VI. Kongresses zu unterbreiten.
So ist es um die Fragen der Komintern bestellt.
Gehen wir jetzt zu Fragen unseres inneren Aufbaus über.

II
FRAGEN DES SOZIALISTISCHEN AUFBAUS IN DER UdSSR

1. Die Frage der Getreidebeschaffungspolitik

Gestatten Sie mir einen kleinen historischen Rückblick.
Was hatten wir zum 1. Januar dieses Jahres? Sie wissen aus den Parteidokumenten, dass wir zum 1. Januar dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr ein Defizit von 128 Millionen Pud Getreide hatten. Auf die Ursachen dieser Erscheinung werde ich nicht eingehen: sie sind in den bekannten, in der Presse veröffentlichten Parteidokumenten dargelegt. Für uns ist jetzt wichtig, dass wir ein Defizit von 128 Millionen Pud hatten. Indes waren uns bis zu dem Zeitpunkt, da die Wege wegen der Schneeschmelze schlecht befahrbar wurden, nur zwei, drei Monate geblieben. Wir standen also vor der Wahl: entweder das Versäumte nachzuholen und für die Zukunft ein normales Tempo der Getreidebeschaffung zu sichern oder einer unvermeidlichen ernsten Krise unserer gesamten Volkswirtschaft entgegenzugehen.
Was musste unternommen werden, um das Versäumte nachzuholen? Vor allem musste ein Schlag gegen die Kulaken und Spekulanten geführt werden, die die Getreidepreise in die Höhe schraubten und dem Lande mit dem Hunger drohten. Zweitens musste eine möglichst große Warenmenge in die Getreidegebiete geschafft werden. Schließlich mussten alle unsere Parteiorganisationen mobilisiert, musste ein Umschwung in unserer gesamten Arbeit auf dem Gebiet der Getreidebeschaffung erzielt und mit der Praxis des Selbstlaufs Schluss gemacht

werden. Wir waren also gezwungen, außerordentliche Maßnahmen zu ergreifen. Die getroffenen Maßnahmen verfehlten nicht ihre Wirkung, wir vermochten es, bis Ende März 275 Millionen Pud Getreide aufzubringen. Wir haben nicht nur das Versäumte nachgeholt, wir haben nicht nur eine allgemeine Wirtschaftskrise verhütet, wir haben nicht nur das vorjährige Tempo der Getreidebeschaffung erreicht, sondern wir hätten auch alle Möglichkeiten gehabt, die Beschaffungskrise schmerzlos zu überwinden, wenn wir in den folgenden Monaten (April, Mai, Juni) ein auch nur einigermaßen normales Beschaffungstempo hätten aufrechterhalten können.

Da jedoch die Wintersaat in der Südukraine und zum Teil auch im Nordkaukasus zugrunde ging, fielen die Ukraine vollständig und der Nordkaukasus teilweise als Getreide liefernde Gebiete aus, wodurch der Republik 20-30 Millionen Pud Getreide verloren gingen. Dieser Umstand in Verbindung mit der Tatsache, dass wir zuviel Getreide verausgabt hatten, stellte uns vor die Notwendigkeit, stärkeren Druck auf die übrigen Gebiete auszuüben und somit die Reservefonds der Bauernschaft anzugreifen, was zu einer Verschlechterung der Lage führen musste.

Wenn wir in den Monaten Januar-März fast 300 Millionen Pud aufzubringen vermochten, wobei wir es mit Vorräten zu tun hatten, die der Bauernschaft zum manövrieren dienten, so ist es uns in den Monaten April-Juni nicht einmal gelungen, 100 Millionen Pud aufzubringen, da wir hier die Reservebestände der Bauernschaft angreifen mussten, und dies zu einer Zeit, da die Ernteaussichten noch nicht geklärt waren. Aber Getreide musste doch nun einmal aufgebracht werden. Daher erneute Rückfälle in außerordentliche Maßnahmen, administrative Willkür, Verletzung der revolutionären Gesetzlichkeit, Hofrevisionen, ungesetzliche Haussuchungen usw., wodurch die politische Lage des Landes verschlechtert und der Zusammenschluss zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft gefährdet wurde.

War das eine Entzweiung zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft? Nein, das war keine Entzweiung. Vielleicht war das eine Lappalie? Nein, das war keine Lappalie. Das war eine Gefährdung des Zusammenschlusses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft. Daraus erklärt sich denn auch, dass einige Funktionäre unserer Partei nicht die genügende Ruhe und Festigkeit aufbrachten, um die entstandene Lage nüchtern und ohne Übertreibungen einzuschätzen.

Späterhin führten die guten Ernteaussichten und die teilweise Aufhebung der außerordentlichen Maßnahmen zu einer Beruhigung und zu einer Besserung der Lage.

Worin liegt das Wesen unserer Schwierigkeiten an der Getreidefront? Was bildet die Grundlage dieser Schwierigkeiten? Ist es etwa nicht Tatsache, dass unsere Getreideanbaufläche jetzt fast ebenso groß ist wie in der Vorkriegszeit (nur um 5 Prozent kleiner)? Ist es etwa nicht Tatsache, dass wir jetzt fast ebensoviel Getreide erzeugen wie in der Vorkriegszeit (etwa 5 Milliarden Pud, d. h. nur um 200-300 Millionen weniger)? Woraus ist es zu erklären, dass wir trotzdem nur halb soviel Warengetreide erzeugen wie vor dem Krieg?

Das erklärt sich aus der Zersplitterung unserer Landwirtschaft. Während wir vor dem Kriege etwa 16 Millionen Bauernwirtschaften hatten, beträgt ihre Zahl heute nicht weniger als 24 Millionen, wobei die Tendenz zur weiteren Zerbröckelung der Bauernhöfe und bäuerlichen Grundstücke weiterhin besteht. Was heißt aber kleine Bauernwirtschaft? Das ist eine Wirtschaft, die die wenigsten Waren liefert, die am wenigsten rentabel und in hohem Grade Naturalwirtschaft, Verbrauchswirtschaft ist, eine Wirtschaft mit einem Warenteil der Produktion von nur etwa 12 bis 15 Prozent. Indes wachsen bei uns mit aller Macht die Städte und die Industrie, der Aufbau entfaltet sich, und die Nachfrage nach Warengetreide wächst mit unglaublicher Schnelligkeit. Hier liegt die Grundlage unserer Schwierigkeiten an der Getreidefront.

Folgendes sagt Lenin darüber in seiner Rede „über die Naturalsteuer“:

„Wenn die Bauernwirtschaft sich weiterentwickeln kann, so muss man auch den weiteren Übergang auf fester Basis sichern, der weitere Übergang aber besteht unweigerlich darin, dass die am wenigsten vorteilhafte und am meisten rückständige, zersplitterte bäuerliche Kleinwirtschaft sich durch allmählichen Zusammenschluss zur gesellschaftlichen Großlandwirtschaft organisiert. So haben sich die Sozialisten das alles von jeher vorgestellt. Das eben ist auch die Auffassung unserer Kommunistischen Partei.“ (4. Ausgabe, Bd. 32, 5.264, russ.)

Hier also liegt die Grundlage unserer Schwierigkeiten an der Getreidefront.
Wo ist der Ausweg aus dieser Lage?
Der Ausweg besteht erstens darin, die kleine und mittlere Bauernwirtschaft zu heben und ihr bei der Steigerung ihrer Ernteerträge, ihrer Produktivität jegliche Unterstützung zu gewähren. Den Hakenpflug durch den Eisenpflug ersetzen, diesen Wirtschaften reinsortiges Saatgut liefern, sie mit Kunstdünger, mit kleinen Maschinen versorgen, die individuellen Bauernwirtschaften durch ein weit verzweigtes Netz von Genossenschaften erfassen, dabei mit ganzen Dörfern Verträge abschließen (Kontrahierung) - das ist die Aufgabe. Eine solche Methode des Abschlusses von Verträgen zwischen landwirtschaftlichen Genossenschaften und ganzen Dörfern gibt es bereits; ihr Zweck ist es, die Bauern mit Saatgut zu versorgen, dadurch höhere Ernteerträge zu erzielen, zu gewährleisten, dass die Bauern dem Staat rechtzeitig Getreide liefern, ihnen dafür eine Prämie in Form eines gewissen Zuschlags zu dem Vertragspreis zu gewähren und ein stabiles Verhältnis zwischen Staat und Bauernschaft herzustellen. Die Erfahrung zeigt, dass diese Methode greifbare Ergebnisse zeitigt.
Es gibt Leute, die glauben, die individuelle Bauernwirtschaft habe ihre Möglichkeiten erschöpft, es lohne sich nicht, sie zu unterstützen. Das ist falsch, Genossen. Diese Leute haben mit der Linie unserer Partei nichts gemein.
Anderseits gibt es Leute, die glauben, die individuelle Bauernwirtschaft sei das A und O der Landwirtschaft überhaupt. Auch das ist falsch. Mehr noch, solche Leute vergehen sich offenkundig gegen die Grundlagen des Leninismus.
Wir können weder Leute gebrauchen, die die individuelle Bauernwirtschaft schmähen, noch Leute, die Lobeshymnen auf sie singen. Wir brauchen nüchterne Politiker, die es verstehen, aus der individuellen Bauernwirtschaft ein Maximum dessen herauszuholen, was man herausholen kann, und die zugleich verstehen, die individuelle Wirtschaft allmählich auf die Bahnen des Kollektivismus hinüberzuleiten.
Der Ausweg besteht zweitens darin, die zersplitterten kleinen und mittleren Bauernwirtschaften auf völlig freiwilliger Grundlage allmählich zu großen Kollektiven und Gemeinschaften zu vereinigen, die auf der Basis der modernen Technik, mit Hilfe von Traktoren und sonstigen landwirtschaftlichen Maschinen arbeiten.
Worin besteht die Überlegenheit der Kollektivwirtschaften über die kleinen Wirtschaften? Darin, dass sie Großbetriebe sind und daher die Möglichkeit haben, alle Errungenschaften der Wissenschaft und Technik auszunutzen, dass sie rentabler und stabiler, dass sie produktiver sind und der Warenteil ihrer Produktion größer ist. Man darf nicht vergessen, dass bei den Kollektivwirtschaften der Warenteil der Produktion 30 bis 35 Prozent beträgt und der Ernteertrag pro Deßjatine mitunter 200 Pud und mehr erreicht.
Der Ausweg besteht schließlich darin, die alten Sowjetwirtschaften zu verbessern und neue große Sowjetwirtschaften zu schaffen. Man muss dessen eingedenk sein, dass die Sowjetwirtschaften die Wirtschaftseinheiten mit dem größten Warenteil der Produktion sind. Wir haben Sowjetwirtschaften mit einem Warenteil der Produktion von nicht weniger als 60 Prozent.
Unsere Aufgabe besteht darin, alle diese drei Aufgaben richtig zu verknüpfen und in allen diesen drei Richtungen verstärkt zu arbeiten.
Die Besonderheit der gegenwärtigen Lage besteht darin, dass die Erfüllung der ersten Aufgabe - Hebung der kleinen und mittleren individuellen Bauernwirtschaft -, die immer noch

die Hauptaufgabe unserer Arbeit auf dem Gebiet der Landwirtschaft ist, für die Lösung der allgemeinen, der Gesamtaufgabe bereits nicht mehr genügt.
Die Besonderheit der gegenwärtigen Lage besteht darin, dass die erste Aufgabe durch zwei neue praktische Aufgaben, die Entwicklung der Kollektivwirtschaften und den Ausbau der Sowjetwirtschaften, ergänzt werden muss.
Außer den grundlegenden Ursachen gibt es aber noch spezifische Ursachen, zeitweilige Ursachen, die unsere Beschaffungsschwierigkeiten zu einer Beschaffungskrise gemacht haben. Was sind das für Ursachen? Zu den Ursachen dieser Art zählt die Resolution des ZK-Plenums die folgenden:
a) Störung des Gleichgewichts auf dem Markt und Verschärfung dieser Störung dadurch, dass die zahlungsfähige Nachfrage der Bauernschaft schneller wächst als das Angebot an Industriewaren; hervorgerufen wurde diese Störung durch die infolge einer Reihe guter Ernten gestiegenen Einkünfte des Dorfes, insbesondere durch die gestiegenen Einkünfte der wohlhabenden und kulakischen Schichten des Dorfes;
b) das ungünstige Verhältnis zwischen Getreidepreisen und den Preisen für andere landwirtschaftliche Erzeugnisse, wodurch der Anreiz zur Realisierung der Getreideüberschüsse abgeschwächt wurde, woran aber die Partei im Frühjahr dieses Jahres nichts ändern konnte, ohne den Interessen der unbemittelten Schichten des Dorfes Abbruch zu tun;
c) Fehler in der Planung, hauptsächlich hinsichtlich der rechtzeitigen Warenzufuhr und der Steuerveranlagung (niedrige Steuersätze für die besitzenden Schichten des Dorfes) sowie hinsichtlich einer falschen Verausgabung des Getreides;
d) Mängel in den Beschaffungs-, Partei- und Sowjetorganisationen (kein Vorgehen in einheitlicher Front, mangelnde Aktivität, Vertrauen auf den Selbstlauf);
e) Verletzung der revolutionären Gesetzlichkeit, administrative Willkür, Hofrevisionen, teilweise Schließung lokaler Märkte usw.;
f) Ausnutzung aller dieser negativen Erscheinungen durch die kapitalistischen Elemente in Stadt und Land (Kulaken, Spekulanten) zur Hintertreibung der Getreidebeschaffung und zur Verschlechterung der politischen Lage im Lande.
Während für die Beseitigung der Ursachen allgemeinen Charakters eine ganze Reihe von Jahren erforderlich ist, können die Ursachen spezifischen, zeitweiligen Charakters durchaus sofort beseitigt werden, um dadurch einer möglichen Wiederholung der Getreidebeschaffungskrise vorzubeugen.
Was ist erforderlich, um diese spezifischen Ursachen zu beseitigen? Dazu ist erforderlich:
a) sofortige Ausmerzung der Praxis der Hofrevisionen, ungesetzlicher Haussuchungen und jedweder Verstöße gegen die revolutionäre Gesetzlichkeit;
b) sofortige Ausmerzung aller und jeglicher Rückfälle in die Methoden aus der Zeit der Ablieferungspflicht und aller wie immer gearteten Versuche zur Schließung von Märkten, bei Gewährleistung elastischer Formen der Regulierung des Handels durch den Staat;
c) eine gewisse Erhöhung der Getreidepreise, variiert nach Gebieten und Getreidearten;
d) Organisierung einer richtig funktionierenden Warenzufuhr in die Getreidebeschaffungsgebiete;
e) richtige Organisierung der Getreideversorgung in der Weise, dass nicht zuviel verausgabt wird;
f) obligatorische Bildung einer staatlichen Getreidereserve.
Die ehrliche und systematische Durchführung dieser Maßnahmen muss bei der diesjährigen günstigen Ernte eine Lage schaffen, die die Notwendigkeit der Anwendung irgendwelcher außerordentlicher Maßnahmen während der bevorstehenden Getreidebeschaffungskampagne ausschließt.
Die nächste Aufgabe der Partei besteht darin, die genaue Durchführung dieser Maßnahmen zu überwachen.

Im Zusammenhang mit den Getreideschwierigkeiten erhob sich vor uns die Frage des Zusammenschlusses, des weiteren Schicksals des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern, der Mittel zur Festigung dieses Bündnisses. Man sagt, der Zusammenschluss bestehe bei uns nicht mehr, an die Stelle des Zusammenschlusses sei eine Entzweiung getreten. Das ist natürlich eine Dummheit, die eines Panikmachers würdig ist. Wenn der Zusammenschluss nicht mehr besteht, verliert der Bauer den Glauben an den morgigen Tag, er verschließt sich, er hört auf, an die Festigkeit der Sowjetmacht zu glauben, die der Hauptabnehmer seines Getreides ist, er beginnt, seine Anbauflächen einzuschränken, und denkt keinesfalls daran, sie zu erweitern, aus Furcht, dass man erneut mit Hofrevisionen, Haussuchungen usw. beginnt und ihm sein Getreide wegnimmt.
Was haben wir aber in Wirklichkeit zu verzeichnen? Wir haben eine Erweiterung des Ackers für Sommersaat in allen Gebieten zu verzeichnen. Es ist eine Tatsache, dass der Bauer in den Hauptgetreidegebieten den Acker für Sommersaat um 2-15, ja 20 Prozent erweitert hat. Geht daraus nicht klar hervor, dass der Bauer nicht an eine ewige Dauer der außerordentlichen Maßnahmen glaubt und dass er allen Grund hat, auf eine Erhöhung der Getreidepreise zu rechnen? Ist das etwa eine Entzweiung? Das heißt natürlich nicht, dass der Zusammenschluss bei uns nicht bedroht ist oder nie bedroht war. Daraus aber den Schluss von einer Entzweiung ziehen heißt den Kopf verlieren und sich treiben lassen.
Manche Genossen glauben, zur Festigung des Zusammenschlusses müsse der Schwerpunkt von der Schwerindustrie auf die Leichtindustrie (Textilindustrie) verlegt werden, weil sie meinen, die Textilindustrie sei die grundlegende und einzige „Zusammenschluss“industrie. Das ist falsch, Genossen. Das ist völlig falsch!
Natürlich ist die Textilindustrie von gewaltiger Bedeutung für den Warenumsatz zwischen der sozialistischen Industrie und der bäuerlichen Wirtschaft. Daraus aber folgern, die Textilindustrie sei die einzige Basis für den Zusammenschluss, heißt einen groben Fehler begehen. In Wirklichkeit erfolgt der Zusammenschluss zwischen Industrie und bäuerlicher Wirtschaft nicht nur auf der Linie des Kattuns, den der Bauer für seinen persönlichen Bedarf braucht, sondern auch auf der Linie des Metalls, auf der Linie von Saatgut, Kunstdünger, landwirtschaftlichen Maschinen aller Art, die der Bauer als Getreideproduzent braucht. Ich spreche schon gar nicht davon, dass die Textilindustrie selbst ohne Entwicklung der Schwerindustrie, des Maschinenbaus, weder sich entwickeln noch bestehen kann.
Wir brauchen den Zusammenschluss nicht, um die Klassen aufrechtzuerhalten und zu verewigen. Wir brauchen den Zusammenschluss, um die Bauernschaft der Arbeiterklasse näher zu bringen, um die Bauernschaft umzuerziehen, ihre individualistische Mentalität umzugestalten, sie im Geiste des Kollektivismus umzuformen und somit die Beseitigung, die Aufhebung der Klassen auf der Basis der sozialistischen Gesellschaft vorzubereiten. Wer das nicht begreift oder nicht anerkennen will, der ist kein Marxist, kein Leninist, sondern ein „Bauernphilosoph“, dessen Blick nicht vorwärts, sondern rückwärts gerichtet ist.
Wie aber kann der Bauer umgeformt, umgemodelt werden? In erster Linie und vor allem kann dies nur auf der Basis der modernen Technik, auf der Basis der kollektiven Arbeit geschehen.
Folgendes sagt Lenin hierüber:

„Die Ummodelung des kleinen Landwirts, die Umgestaltung seiner ganzen Mentalität und seiner Gepflogenheiten ist eine Sache, die Generationen erfordert. Diese Frage in Bezug auf den kleinen Landwirt lösen, sozusagen seine ganze Mentalität gesund machen, kann nur die materielle Basis, die Technik, die massenhafte Anwendung von Traktoren und Maschinen in der Landwirtschaft, die weitgehende Elektrifizierung. Das würde den kleinen Landwirt von Grund aus und mit riesiger Geschwindigkeit ummodeln.“ (4. Ausgabe, Bd. 32, S. 194, russ.)
Es ist klar: Wer den Zusammenschluss nur auf der Linie der Textilien sichern will und dabei das Metall und die Maschinen vergisst, die die bäuerliche Wirtschaft auf der Basis der kollektiven Arbeit umgestalten, der verewigt die Klassen, der ist kein proletarischer Revolutionär, sondern ein „Bauernphilosoph“.

Und an anderer Stelle sagt Lenin:

„Nur in dem Falle, dass es gelingt, den Bauern die Vorzüge der gesellschaftlichen, kollektiven, gemeinschaftlichen, artelmäßigen Bodenbestellung in der Praxis vor Augen zu führen, nur wenn es gelingt, dem Bauern mittels der gemeinschaftlichen, der Artelwirtschaft zu helfen, nur dann wird die Arbeiterklasse, die die Staatsmacht in der Hand hat, den Bauern wirklich den Beweis erbringen, dass sie im Rechte ist, und die Millionenmassen der Bauern fest und wirklich auf ihre Seite ziehen." (4. Ausgabe, Bd. 30, S. 173/174 [deutsch in „Ausgewählte Werke" in zwei Bänden, Bd. II, S.629].)

Das ist die Art und Weise, wie gewährleistet wird, dass die Millionenmassen der Bauernschaft wirklich und fest für die Arbeiterklasse, für den Sozialismus gewonnen werden.
Bisweilen wird gesagt, zur Sicherung des Zusammenschlusses hätten wir nur eine Reserve, nämlich Zugeständnisse an die Bauernschaft. Davon ausgehend, wird bisweilen die Theorie aufgestellt, man müsse unaufhörlich Zugeständnisse machen, wobei man glaubt, dass die Arbeiterklasse durch unaufhörliche Zugeständnisse ihre Positionen festigen könne. Das ist falsch, Genossen. Das ist völlig falsch! Eine solche Theorie kann nur alles verderben. Das ist eine Theorie der Hoffnungslosigkeit.
Um den Zusammenschluss zu festigen, muss man außer der einen Reserve, den Zugeständnissen, noch eine ganze Reihe anderer Reserven zur Verfügung haben, und zwar sowohl wirtschaftliche Stützpunkte auf dem Lande (entwickelte Genossenschaften, Kollektiv- und Sowjetwirtschaften) als auch politische Stützpunkte (verstärkte Arbeit unter der Dorfarmut und sichere Unterstützung durch die Dorfarmut).
Die Mittelbauernschaft ist eine schwankende Klasse. Wenn wir nicht die Unterstützung der Dorfarmut haben, wenn die Sowjetmacht auf dem Lande schwach ist, so kann der Mittelbauer zum Kulaken hinneigen. Und umgekehrt, wenn uns die Unterstützung der Dorfarmut sicher ist, so kann man mit Gewissheit sagen, dass der Mittelbauer zur Sowjetmacht hinneigen wird. Daher ist eine systematische Arbeit unter der Dorfarmut und die Versorgung der Dorfarmut sowohl mit Saatgut als auch mit billigem Getreide die nächste Aufgabe der Partei.

2. Die Frage der Heranbildung von Kadern für den industriellen Aufbau

Gehen wir nunmehr zur Frage der Heranbildung neuer Kader der technischen Intelligenz für unsere Industrie über.
Es handelt sich um unsere Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Industrie, um Schwierigkeiten, die im Zusammenhang mit der Schachty-Affäre zutage getreten sind.
Worin besteht, unter dem Gesichtswinkel der Besserung der Lage in der Industrie, das Wesen der Schachty-Affäre? Das Wesen und die Bedeutung der Schachty-Affäre bestehen darin, dass wir, was die Heranbildung eines bestimmten Minimums der Sache der Arbeiterklasse ergebener Spezialisten für unsere Industrie betrifft, uns als nahezu ungerüstet und völlig rückständig, als schändlich rückständig erwiesen haben. Die Lehre, die sich aus der Schachty-Affäre ergibt, besteht darin, dass das Tempo der Ausbildung, der Heranbildung einer neuen technischen Intelligenz aus Angehörigen der Arbeiterklasse, die der Sache des Sozialismus ergeben sind und die die technische Leitung unserer sozialistischen Industrie zu übernehmen vermögen, beschleunigt werden muss.
Das bedeutet nicht, dass wir die Spezialisten, die nicht sowjetisch denken oder die keine Kommunisten sind, die aber bereit sind, mit der Sowjetmacht zusammenzuarbeiten, von uns stoßen. Nein, das bedeutet es nicht. Wir werden auch weiterhin mit allen Mitteln, mit aller Kraft parteilose Spezialisten, parteilose Techniker heranziehen, die bereit sind, beim Aufbau unserer Industrie mit der Sowjetmacht Hand in Hand zu arbeiten. Wir verlangen durchaus nicht, dass sie sogleich ihre sozialen und politischen Anschauungen abschwören oder sie

sofort ändern. Wir verlangen nur das eine, dass sie ehrlich mit der Sowjetmacht zusammenarbeiten, wenn sie sich einmal freiwillig dazu bereit erklärt haben.
Die Sache ist aber die, dass die Zahl dieser alten Spezialisten, die bereit sind, mit der Sowjetmacht Hand in Hand zu arbeiten, relativ immer geringer wird. Die Sache ist die, dass es unbedingt notwendig ist, für sie eine aus jungen Spezialisten bestehende Ablösung zu schaffen. Und die Partei ist nun der Auffassung, dass diese Ablösung in beschleunigtem Tempo geschaffen werden muss, wenn wir nicht neue Überraschungen erleben wollen, und dass sie aus den Reihen der Arbeiterklasse, aus der Mitte der Werktätigen hervorgehen muss. Das eben heißt eine neue technische Intelligenz heranbilden, die fähig ist, den Bedürfnissen unserer Industrie gerecht zu werden.
Die Tatsachen haben gezeigt, dass das Volkskommissariat für Bildungswesen mit dieser wichtigen Aufgabe nicht fertig geworden ist. Wir haben in Anbetracht seiner Trägheit und seines Konservativismus keinen Grund zu der Annahme, dass es, auf sich selbst gestellt und zudem noch mit der Produktion wenig verbunden, in nächster Zukunft mit dieser Aufgabe fertig werden wird. Daher ist die Partei zu dem Schluss gekommen, dass die Arbeit zur beschleunigten Heranbildung einer neuen technischen Intelligenz auf drei Volkskommissariate verteilt werden muss: auf das Volkskommissariat für Bildungswesen, den Obersten Volkswirtschaftsrat und das Volkskommissariat für Verkehrswesen. Die Partei ist der Auffassung, dass dies der zweckmäßigste Weg ist, um in dieser wichtigen Angelegenheit das notwendige Arbeitstempo zu sichern. Daher die Unterstellung einiger technischer Hochschulen unter die Zuständigkeit des Obersten Volkswirtschaftsrats und des Volkskommissariats für Verkehrswesen.
Das bedeutet natürlich nicht, dass die Aufgabe der beschleunigten Heranbildung neuer Kader der technischen Intelligenz in dieser Unterstellung der technischen Hochschulen erschöpft wäre. Ohne Zweifel muss auch die materielle Sicherstellung der Studierenden dabei eine große Rolle spielen. Daher hat die Sowjetmacht die Ausgaben für die Ausbildung neuer Kader anteilmäßig den Ausgaben für industrielle Neubauten gleichgesetzt und beschlossen, dafür jährlich über 40 Millionen Rubel zusätzlich bereitzustellen.

III
SCHLUSSBEMERKUNG

Man muss zugeben, Genossen, dass wir aus unseren Schwierigkeiten und Fehlern stets gelernt haben. Bisher wenigstens war es so, dass die Geschichte uns stets lehrte, Schwierigkeiten, verschiedene Krisen und Fehler zu überwinden, und unsere Partei dadurch stählte.
So war es 1918, als wir im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten an der Ostfront, im Zusammenhang mit den Misserfolgen im Kampf gegen Koltschak schließlich die Notwendigkeit der Schaffung einer regulären Infanterie erkannten und sie auch wirklich schufen.
So war es auch 1919, als wir im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten an der Denikinfront, im Zusammenhang mit dem Tiefenstoß Mamontows in den Rücken unserer Armeen schließlich die Notwendigkeit einer starken regulären Kavallerie erkannten und sie auch wirklich schufen.
Ich glaube, dass die Dinge bei uns auch heute ungefähr so liegen. Die Getreideschwierigkeiten werden für uns nicht ohne Nutzen sein. Sie werden die Bolschewiki aufrütteln und sie zwingen, sich energisch mit der Entwicklung der Landwirtschaft, insbesondere mit der Entwicklung der Getreidewirtschaft zu befassen. Ohne diese Schwierigkeiten hätten die Bolschewiki die Lösung des Getreideproblems wohl kaum ernstlich in Angriff genommen.
Das gleiche gilt auch für die Schachty-Affäre und die damit verbundenen Schwierigkeiten. Die Lehren der Schachty-Affäre werden und können für unsere Partei nicht ohne Nutzen sein.

Ich glaube, dass diese Lehren uns zwingen werden, die Frage der Heranbildung einer neuen technischen Intelligenz, die den Anforderungen unserer sozialistischen Industrie gerecht zu werden vermag, mit aller Schärfe zu stellen.
Übrigens sehen Sie, dass wir den ersten ernsthaften Schritt zur Lösung des Problems der Heranbildung einer neuen technischen Intelligenz bereits getan haben. Wir wollen hoffen, dass dieser Schritt nicht der letzte sein wird. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

„Leningradskaja Prawda"
(Leningrader Prawda) Nr. 162,
14.Juli 1928.

AN DEN LENINGRADER OSSOAVIACHIM[56]

(Ossoaviachim = Gesellschaft zur Förderung der Verteidigung, des Flugwesens und der Chemie. Der Übers.)

Die Festigung der Verteidigungsfähigkeit des Sowjetlandes ist die Sache aller Werktätigen.
Die Leningrader Proletarier standen in den Schlachten des Bürgerkriegs in den ersten Reihen.
Die Leningrader Proletarier müssen auch jetzt beispielgebend sein durch ihre Organisiertheit, ihre Disziplin und ihre Geschlossenheit bei der Vorbereitung der Verteidigung der Sowjetunion gegen die Feinde der Arbeiterklasse.
Ich zweifle nicht daran, dass der Leningrader Ossoaviachim, als Massenorganisation der Leningrader Proletarier, seine Pflicht gegenüber dem Lande der proletarischen Diktatur erfüllen wird.

J. Stalin

„Krasnaja Gaseta“
(Die Rote Zeitung) (Leningrad) Nr. 163,
15. Juli 1928.

BRIEF AN GENOSSEN KUJBYSCHEW

Lieber Genosse Kujbyschew!
Cooper ist heute eingetroffen. Die Unterredung findet morgen statt. Wir werden sehen, was er über die amerikanischen Pläne sagt.
Habe Coopers 6. Bericht über den Dnjepr-Kraftwerkbau gelesen. Man muss natürlich auch die andere Seite hören. Immerhin scheint mir (dies ist mein erster Eindruck), dass Cooper recht hat, und nicht Winter. Schon die allgemein anerkannte Tatsache, dass der Coopersche Typ des Fangdammes (gegen den Winter auftrat) sich als der einzig zweckmäßige erwiesen hat - schon diese Tatsache spricht dafür, dass man auf Cooper unbedingt hören muss. Es wäre gut, Coopers 6. Schreiben an geeigneter Stelle zu erörtern und es im Wesentlichen zu billigen.
Wie steht es bei Dir? Habe gehört, dass Tomski Dir Ärger machen will. Er ist ein boshafter Mensch und nicht immer anständig. Mir scheint, dass er Unrecht hat. Habe Deinen Bericht über Rationalisierung gelesen. Ein recht brauchbarer Bericht. Was will Tomski noch von Dir?
Wie steht es mit dem Zarizyner Traktorenwerk und den Traktorenwerkstätten in Leningrad? Kann man auf Erfolg hoffen?
Ich drücke Dir die Hand.

Stalin

31. August 1928.

Zum erstenmal veröffentlicht.

DEM ANDENKEN DES GENOSSEN I. I. SKWORZOW-STEPANOW

Der Tod hat einen standhaften und festen Leninisten, Mitglied des ZK unserer Partei, Genossen Skworzow-Stepanow, aus unseren Reihen gerissen.

Jahrzehntelang kämpfte Genosse Skworzow-Stepanow in unseren Reihen und erfuhr alle Unbill, die das Leben eines Berufsrevolutionärs mit sich bringt. Viele Tausende Genossen kennen ihn als einen der ältesten und populärsten marxistischen Schriftsteller. Sie kennen ihn auch als aktiven Teilnehmer der Oktobertage. Sie kennen ihn schließlich auch als treu ergebenen Kämpfer für die Leninsche Einheit der Partei und für ihre eiserne Geschlossenheit.

Dem Sieg der Diktatur des Proletariats widmete Genosse Skworzow-Stepanow sein ganzes lauteres arbeitsreiches Leben.

Möge das Andenken an Genossen Skworzow-Stepanow in den Herzen der Arbeiterklasse lebendig bleiben.

J. Stalin

„Prawda" Nr. 235,
9. Oktober 1928.

ÜBER DIE RECHTE GEFAHR IN DER KPdSU(B)

Rede auf dem Plenum des Moskauer Komitees und der
Moskauer Kontrollkommission der KPdSU(B)
19. Oktober 1928

Ich glaube, Genossen, dass man vor allem von Kleinkram, von persönlichen Momenten usw. absehen muss, will man die uns interessierende Frage der rechten Abweichung klarstellen.
Gibt es bei uns in der Partei eine rechte, opportunistische Gefahr; sind objektive Bedingungen vorhanden, die eine solche Gefahr begünstigen; wie ist diese Gefahr zu bekämpfen - das sind die Fragen, vor denen wir jetzt stehen.
Wir werden aber diese Frage der rechten Abweichung nicht lösen, wenn wir sie nicht von all dem Kleinkram und den Nebensächlichkeiten säubern, die sie überlagern und die uns daran hindern, das Wesen der Frage zu begreifen.
Sapolski ist im Unrecht, wenn er glaubt, dass die Frage der rechten Abweichung eine zufällige Frage sei. Er behauptet, dass es sich hier nicht um eine rechte Abweichung, sondern um Zänkereien, um persönliche Intrigen usw. handle. Nehmen wir für einen Moment an, dass Zänkereien und persönliche Intrigen hier eine gewisse Rolle spielen, wie es bei jedem Kampf der Fall ist. Aber alles mit Zänkereien zu erklären und hinter den Zänkereien das Wesen der Frage nicht zu sehen, das bedeutet, vom richtigen, vom marxistischen Weg abzugehen.
Es kann nicht sein, dass eine so große, alte, geschlossene Organisation, wie es die Moskauer Organisation zweifellos ist, durch die Bemühungen einiger Stänkerer oder Intriganten in Bewegung, von unten bis oben in Wallung gebracht werden könnte. Nein, Genossen, solche Wunder gibt es nicht auf der Welt. Ich spreche schon gar nicht davon, dass man die Kraft und die Stärke der Moskauer Organisation nicht so gering einschätzen darf. Es ist offenkundig, dass hier tiefere Gründe wirksam waren, die weder mit Zänkereien noch mit Intrigen etwas gemein haben.
Im Unrecht ist auch Fruntow, der zwar das Vorhandensein einer rechten Gefahr zugibt, sie jedoch nicht für wert hält, dass ernste, sachliche Leute sich ernsthaft mit ihr beschäftigen. Seiner Meinung nach ist die Frage der rechten Abweichung ein Gegenstand, mit dem sich nur Schreihälse, nicht aber sachliche Leute beschäftigen können. Ich verstehe Fruntow durchaus, der so tief in der praktischen Tagesarbeit steckt, dass er keine Zeit hat, über die Perspektiven unserer Entwicklung nachzudenken. Das aber bedeutet noch nicht, dass wir den engen und geschäftigen Praktizismus mancher Parteiarbeiter in ein Dogma unseres Aufbaus verwandeln sollen. Eine gesunde praktische Einstellung ist eine gute Sache, wenn man aber dabei die Perspektive in der Arbeit verliert und die Arbeit nicht der Grundlinie der Partei unterordnet, so verwandelt sie sich in einen Nachteil. Es ist indes nicht schwer zu begreifen, dass die Frage der rechten Abweichung die Frage der Grundlinie unserer Partei ist, die Frage danach, ob die Perspektive der Entwicklung, die unsere Partei auf dem XV. Parteitag gegeben hat, richtig oder falsch ist.
Im Unrecht sind auch jene Genossen, die bei der Erörterung des Problems der rechten Abweichung die Frage auf die Personen zuspitzen, die die rechte Abweichung vertreten. Zeigt uns die Rechten oder die Versöhnler, sagen sie, nennt die Personen, damit wir mit ihnen abrechnen können. Das ist eine falsche Fragestellung. Personen spielen natürlich eine gewisse Rolle. Doch handelt es sich hier nicht um Personen, sondern um die Umstände, um die Verhältnisse, die die rechte Gefahr in der Partei erzeugen. Man kann die Personen entfernen, aber das bedeutet noch nicht, dass wir damit die rechte Gefahr in unserer Partei mit der Wurzel ausgerottet haben. Die Personenfrage entscheidet daher die Sache nicht, wenn sie auch zweifellos von Interesse ist.
Im Zusammenhang damit fällt mir unwillkürlich eine Episode ein, die sich Ende 1919 und Anfang 1920 in Odessa zugetragen hat, als unsere Truppen, die die Denikinleute aus der

Ukraine vertrieben hatten, mit den letzten Resten der Denikintruppen in der Umgebung von Odessa aufräumten. Eine Abteilung Rotarmisten suchte damals in Odessa voller Grimm nach der Entente, überzeugt, dass der Krieg ein Ende nehmen würde, wenn sie die Entente erwischten. (Allgemeine Heiterkeit.) Man kann sich vorstellen, dass die Rotarmisten irgendeinen von den Vertretern der Entente in Odessa hätten erwischen können. Damit wäre aber die Frage der Entente natürlich nicht erledigt gewesen, da die Entente, obwohl Odessa damals das letzte Territorium der Denikinleute war, ihre Wurzeln nicht in Odessa hat, sondern im Weltkapitalismus.

Das gleiche kann man von manchen unserer Genossen sagen, die in der Frage der rechten Abweichung die Sache auf die die rechte Abweichung vertretenden Personen zuspitzen und die Verhältnisse vergessen, die diese Abweichung erzeugen.

Deshalb müssen wir hier vor allem die Frage klären, unter welchen Bedingungen die rechte und auch die „linke“ (trotzkistische) Abweichung von der Leninschen Linie entstehen.

Die rechte Abweichung im Kommunismus bedeutet unter den Bedingungen des Kapitalismus die Tendenz, die Neigung, die wenn auch nicht herausgebildete und wohl auch noch nicht zum Bewusstsein gelangte, immerhin aber vorhandene Neigung eines Teils der Kommunisten, von der revolutionären Linie des Marxismus zur Sozialdemokratie hin abzuschwenken. Wenn gewisse Kreise von Kommunisten die Zweckmäßigkeit der Losung „Klasse gegen Klasse“ im Wahlkampf leugnen (Frankreich), oder gegen selbständige Kandidaturen der Kommunistischen Partei auftreten (England), oder die Frage des Kampfes gegen die „linke Sozialdemokratie nicht zuspitzen wollen (Deutschland) usw. usf., so bedeutet dies, dass es innerhalb der kommunistischen Parteien Leute gibt, die bestrebt sind, den Kommunismus dem Sozialdemokratismus anzupassen.

Ein Sieg der rechten Abweichung in den kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder würde den ideologischen Zusammenbruch der kommunistischen Parteien und eine gewaltige Stärkung des Sozialdemokratismus bedeuten. Was heißt aber eine gewaltige Stärkung des Sozialdemokratismus? Es ist dies eine Stärkung und Festigung des Kapitalismus, denn die Sozialdemokratie ist die Hauptstütze des Kapitalismus in der Arbeiterklasse.

Folglich würde ein Sieg der rechten Abweichung in den kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder zur Förderung der Vorbedingungen führen, die zur Erhaltung des Kapitalismus notwendig sind.

Die rechte Abweichung im Kommunismus bedeutet unter den sowjetischen Entwicklungsbedingungen, wo der Kapitalismus bereits gestürzt, aber noch nicht mit der Wurzel ausgerottet ist, die Tendenz, die Neigung, die wenn auch nicht herausgebildete und wohl auch noch nicht zum Bewusstsein gelangte, immerhin aber vorhandene Neigung eines Teils der Kommunisten, von der Generallinie unserer Partei zur bürgerlichen Ideologie hin abzuschwenken. Wenn gewisse Kreise unserer Kommunisten die Partei von den Beschlüssen des XV. Parteitags zurückzuzerren suchen und die Notwendigkeit der Offensive gegen die kapitalistischen Elemente des Dorfes leugnen; oder wenn sie die Einschränkung unserer Industrie fordern, da sie ihr gegenwärtiges schnelles Entwicklungstempo als für das Land verderblich betrachten; oder wenn sie die Zweckmäßigkeit der staatlichen Zuwendungen an die Kollektiv- und Sowjetwirtschaften leugnen und sie (die Zuwendungen) als hinausgeworfenes Geld betrachten; oder wenn sie die Zweckmäßigkeit des Kampfes gegen den Bürokratismus auf der Grundlage der Selbstkritik leugnen, da sie annehmen, dass die Selbstkritik unseren Apparat zerrütte; oder wenn sie die Lockerung des Außenhandelsmonopols verlangen usw. usf., so bedeutet dies, dass es in den Reihen unserer Partei Leute gibt, die, vielleicht ohne es selber zu bemerken, bemüht sind, die Sache unseres sozialistischen Aufbaus dem Geschmack und den Bedürfnissen der „Sowjet“bourgeoisie anzupassen.

Ein Sieg der rechten Abweichung in unserer Partei würde eine gewaltige Stärkung der kapitalistischen Elemente in unserem Lande bedeuten. Was bedeutet aber die Stärkung der

kapitalistischen Elemente in unserem Lande? Sie bedeutet die Schwächung der proletarischen Diktatur und die Erhöhung der Chancen für die Wiederherstellung des Kapitalismus.
Folglich würde ein Sieg der rechten Abweichung in unserer Partei bedeuten, dass die Vorbedingungen gefördert werden, die für die 'Wiederherstellung des Kapitalismus in unserem Lande nötig sind.
Gibt es bei uns, in unserem Sowjetland, Vorbedingungen, die eine Wiederherstellung (Restauration) des Kapitalismus möglich machen? Ja, die gibt es. Das mag sonderbar erscheinen, ist aber Tatsache, Genossen. Wir haben den Kapitalismus gestürzt, haben die Diktatur des Proletariats errichtet und entwickeln in gesteigertem Tempo unsere sozialistische Industrie, wobei wir die bäuerliche Wirtschaft eng mit ihr zusammenschließen. Aber wir haben den Kapitalismus noch nicht mit der Wurzel ausgerottet. Wo stecken diese Wurzeln des Kapitalismus? Sie stecken in der Warenproduktion, in der Kleinproduktion der Stadt und insbesondere des Dorfes.
Die Kraft des Kapitalismus besteht, wie Lenin sagt, „in der Stärke der Kleinproduktion. Denn Kleinproduktion gibt es auf der Welt leider noch sehr, sehr viel; die Kleinproduktion aber erzeugt Kapitalismus und Bourgeoisie unausgesetzt, täglich, stündlich, elementar und im Massenumfang.“ (Siehe 4. Ausgabe, Bd. 31, S. 7/8 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 672].)
Da bei uns die Kleinproduktion Massencharakter trägt und sogar vorherrscht und da sie, besonders unter den Verhältnissen der NÖP, unausgesetzt und im Massenumfang Kapitalismus und Bourgeoisie erzeugt, ist es klar, dass bei uns die Vorbedingungen bestehen, die eine Wiederherstellung des Kapitalismus möglich machen.
Gibt es bei uns, in unserem Sowjetlande, die Mittel und Kräfte, die notwendig sind, um die Möglichkeit der Wiederherstellung des Kapitalismus zunichte zu machen, zu beseitigen? Ja, die gibt es. Gerade darauf beruht die Richtigkeit der These Lenins von der Möglichkeit der Errichtung der vollendeten sozialistischen Gesellschaft in der UdSSR. Notwendig dazu ist die Festigung der proletarischen Diktatur, die Stärkung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft, die Entwicklung unserer Kommandohöhen unter dem Gesichtswinkel der Industrialisierung des Landes, ein rasches Entwicklungstempo der Industrie, die Elektrifizierung des Landes, die Umstellung der gesamten Volkswirtschaft auf eine neue technische Basis, der massenhafte genossenschaftliche Zusammenschluss der Bauernschaft und die Steigerung der Ernteerträge ihrer Wirtschaft, die allmähliche Vereinigung der individuellen Bauernwirtschaften zu gesellschaftlichen, kollektiven Wirtschaften, die Entwicklung der Sowjetwirtschaften, die Einschränkung und Überwindung der kapitalistischen Elemente in Stadt und Land usw. usf. Folgendes sagt Lenin hierüber:

„Solange wir in einem kleinbäuerlichen Lande leben, besteht für den Kapitalismus in Rußland eine festere ökonomische Basis als für den Kommunismus. Das darf man nicht vergessen. Jeder, der das Leben auf dem Lande aufmerksam beobachtet und es mit dem Leben in der Stadt verglichen hat, weiß, dass wir den Kapitalismus nicht mit den Wurzeln ausgerottet und dem inneren Feind das Fundament, den Boden nicht entzogen haben. Dieser Feind behauptet sich dank dem Kleinbetrieb, und um ihm den Boden zu entziehen, gibt es nur ein Mittel: die Wirtschaft des Landes, auch die Landwirtschaft, auf eine neue technische Grundlage, auf die technische Grundlage der modernen Großproduktion, zu stellen. Eine solche Grundlage bildet nur die Elektrizität. Kommunismus - das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes. Sonst wird das Land ein kleinbäuerliches Land bleiben, und das müssen wir klar erkennen. Wir sind schwächer als der Kapitalismus, nicht nur im Weltmaßstab, sondern auch im Innern unseres Landes. Das ist allbekannt. Wir haben das erkannt, und wir werden es dahin bringen, dass die wirtschaftliche Grundlage aus einer kleinbäuerlichen zu einer großindustriellen wird. Erst dann, wenn das Land elektrifiziert ist, wenn die Industrie, die Landwirtschaft und das Verkehrswesen eine moderne großindustrielle technische Grundlage erhalten, erst dann werden wir endgültig gesiegt haben.“ (4. Ausgabe, Bd. 31, S.483/484, russ.)

Daraus folgt erstens, dass, solange wir in einem kleinbäuerlichen Lande leben, solange wir die Wurzeln des Kapitalismus noch nicht ausgerodet haben, für den Kapitalismus eine festere ökonomische Basis besteht als für den Kommunismus. Es kommt vor, dass man einen Baum fällt, die Wurzeln aber nicht ausrodet, weil die Kräfte nicht ausreichen. Daraus eben ergibt sich die Möglichkeit der Wiederherstellung des Kapitalismus in unserem Lande.

Daraus folgt zweitens, dass bei uns außer der Möglichkeit der Wiederherstellung des Kapitalismus auch die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus besteht, denn wir können die Möglichkeit der Wiederherstellung des Kapitalismus beseitigen, können die Wurzeln des Kapitalismus ausroden und den endgültigen Sieg über den Kapitalismus in unserem Lande erringen, wenn wir angestrengt an der Elektrifizierung des Landes arbeiten, wenn wir der Industrie, der Landwirtschaft und dem Verkehrswesen die technische Basis der modernen Großindustrie gehen. Daraus eben ergibt sich die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in unserem Lande.

Daraus folgt schließlich, dass es unmöglich ist, den Sozialismus nur in der Industrie aufzubauen und die Landwirtschaft der spontanen Entwicklung zu überlassen, in der Meinung, dass das Dorf der Stadt „von selbst folgen" werde. Das Bestehen einer sozialistischen Industrie in der Stadt ist der grundlegende Faktor der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes. Das bedeutet aber noch nicht, dass dieser Faktor vollauf genügt. Damit die sozialistische Stadt das bäuerliche Dorf uneingeschränkt führen könne, ist es notwendig, wie Lenin sagt, „die Wirtschaft des Landes, auch die Landwirtschaft, auf eine neue technische Grundlage, auf die technische Grundlage der modernen Großproduktion zu stellen".

Steht dieses Lenin-Zitat nicht in Widerspruch mit einem anderen Lenin-Zitat, wonach „die NÖP uns vollauf die Möglichkeit sichert, das Fundament der sozialistischen Ökonomik zu errichten?" Nein, das ist nicht der Fall. Im Gegenteil, die beiden Zitate stimmen völlig miteinander überein. Lenin sagt durchaus nicht, dass uns die NÖP den fertigen Sozialismus liefere. Lenin sagt nur, dass die NÖP uns die Möglichkeit sichert, das Fundament der sozialistischen Ökonomik zu errichten. Zwischen der Möglichkeit der Errichtung des Sozialismus und seiner wirklichen Errichtung besteht ein großer Unterschied. Man darf die Möglichkeit nicht mit der Wirklichkeit verwechseln. Gerade damit diese Möglichkeit Wirklichkeit werde, gerade darum schlägt Lenin die Elektrifizierung des Landes und die Schaffung einer modernen Großindustrie als technische Basis für Industrie, Landwirtschaft und Verkehrswesen vor, als Bedingung für den endgültigen Sieg des Sozialismus in unserem Lande.

Doch kann diese Bedingung für die Errichtung des Sozialismus nicht in ein, zwei Jahren geschaffen werden. Man kann nicht in ein, zwei Jahren das Land industrialisieren, eine mächtige Industrie erbauen, die Millionenmassen der Bauernschaft genossenschaftlich organisieren, der Landwirtschaft eine neue technische Basis geben, die individuellen Bauernwirtschaften zu großen Kollektivwirtschaften vereinigen, die Sowjetwirtschaften entwickeln, die kapitalistischen Elemente in Stadt und Land einschränken und überwinden. Dazu sind Jahre und Jahre angestrengter Aufbauarbeit der proletarischen Diktatur nötig. Solange das nicht getan ist - und es kann nicht auf einmal getan werden -, bleiben wir immer noch ein kleinbäuerliches Land, wo die Kleinproduktion unausgesetzt und im Massenumfang Kapitalismus und Bourgeoisie erzeugt und wo die Gefahr einer Wiederherstellung des Kapitalismus bestehen bleibt.

Und da unser Proletariat nicht im luftleeren Raum lebt, sondern mitten im wirklichen, realen Leben mit all seiner Mannigfaltigkeit, umgeben die auf der Basis der Kleinproduktion entstehenden bürgerlichen Elemente „das Proletariat von allen Seiten, mit einer kleinbürgerlichen Atmosphäre, durchtränken es mit ihr, demoralisieren es, rufen beständig innerhalb des Proletariats Rückfälle in kleinbürgerliche Charakterlosigkeit, Zersplitterung, Individualismus, wechselnde Begeisterung und Mutlosigkeit hervor" (Lenin, 4. Ausgabe, Bd. 31, S. 27 [deutsch in „Ausgewählte Werke" in zwei Bänden, Bd. II, S. 691].) und tragen auf

diese Weise in das Proletariat und seine Partei gewisse Schwankungen, einen gewissen Wankelmut hinein.
Hier sind die Wurzeln und die Grundlage für die verschiedenen Schwankungen und Abweichungen von der Leninschen Linie in den Reihen unserer Partei.
Deshalb darf man die Frage der rechten oder „linken“ Abweichung in unserer Partei nicht als belanglose Frage betrachten.
Worin besteht die Gefahr der rechten, offen opportunistischen Abweichung in unserer Partei? Darin, dass sie die Kraft unserer Feinde, die Kraft des Kapitalismus unterschätzt, die Gefahr der Wiederherstellung des Kapitalismus nicht sieht, die Mechanik des Klassenkampfes unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats nicht versteht und daher so leicht auf Zugeständnisse an den Kapitalismus eingeht, indem sie fordert, das Entwicklungstempo unserer Industrie zu verlangsamen, den kapitalistischen Elementen in Stadt und Land Erleichterungen zu gewähren, die Frage der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften in den Hintergrund zu rücken, das Außenhandelsmonopol zu lockern usw. usf.
Es steht außer Zweifel, dass ein Sieg der rechten Abweichung in unserer Partei die Kräfte des Kapitalismus entfesseln, die revolutionären Positionen des Proletariats untergraben und die Chancen für die Wiederherstellung des Kapitalismus in unserem Lande erhöhen würde.
Worin besteht die Gefahr der „linken“ (trotzkistischen) Abweichung in unserer Partei? Darin, dass sie die Kraft unserer Feinde, die Kraft des Kapitalismus überschätzt, nur die Möglichkeit der Wiederherstellung des Kapitalismus sieht, aber die Möglichkeit der Errichtung des Sozialismus mit den Kräften unseres Landes nicht sieht, der Verzweiflung verfällt und gezwungen ist, sich mit dem Geschwätz von Thermidorianertum in unserer Partei zu trösten.
Aus den Worten Lenins, „solange wir in einem kleinbäuerlichen Lande leben, besteht für den Kapitalismus in Rußland eine festere ökonomische Basis als für den Kommunismus“ - aus diesen Worten Lenins ziehen die Vertreter der „linken“ Abweichung den falschen Schluss, dass es in der UdSSR überhaupt unmöglich sei, den Sozialismus zu errichten, dass mit der Bauernschaft nichts zu machen sei, dass die Idee des Bündnisses der Arbeiterklasse und der Bauernschaft eine überholte Idee sei, dass, wenn uns von der siegreichen Revolution im Westen keine Hilfe zuteil wird, die Diktatur des Proletariats in der UdSSR zu Fall kommen oder entarten müsse und dass, wenn der phantastische Plan der Überindustrialisierung, der selbst um den Preis des Bruchs mit der Bauernschaft durchgeführt werden soll, nicht angenommen wird, die Sache des Sozialismus in der UdSSR als verloren zu betrachten sei.
Daher das Abenteurertum in der Politik der „linken“ Abweichung. Daher die „übermenschlichen“ Sprünge in der Politik.
Es steht außer Zweifel, dass ein Sieg der „linken“ Abweichung in unserer Partei zur Loslösung der Arbeiterklasse von ihrer bäuerlichen Basis, zur Loslösung der Avantgarde der Arbeiterklasse von den übrigen Arbeitermassen und folglich zu einer Niederlage des Proletariats sowie zur Förderung der Vorbedingungen für eine Wiederherstellung des Kapitalismus führen würde.
Wie Sie sehen, führen beide Gefahren, die „linke“ wie die rechte, beide Abweichungen von der Leninschen Linie, die rechte wie die „linke“, zu ein und demselben Ergebnis, wenn auch von verschiedenen Seiten her.
Welche von diesen Gefahren ist schlimmer? Ich glaube, beide sind „schlimmer“.
Der Unterschied zwischen diesen Abweichungen, vom Standpunkt ihrer erfolgreichen Bekämpfung, besteht darin, dass die Gefahr der „linken“ Abweichung gegenwärtig für die Partei klarer ist als die Gefahr der rechten Abweichung. Der Umstand, dass wir schon einige Jahre lang einen verstärkten Kampf gegen die „linke“ Abweichung führen, konnte natürlich für die Partei nicht ergebnislos bleiben. Es ist klar, dass die Partei in den Jahren des Kampfes gegen die „linke“, die trotzkistische Abweichung viel gelernt hat, und es ist nicht mehr leicht, sie mit „linken“ Phrasen zu täuschen.

Was die rechte Gefahr betrifft, die auch früher schon bestand und die jetzt, infolge der Verstärkung der kleinbürgerlichen Elementargewalt im Zusammenhang mit der Getreidebeschaffungskrise im vergangenen Jahr, krasser in Erscheinung tritt, so ist sie, wie ich glaube, gewissen Schichten unserer Partei nicht so klar. Deshalb ist es unsere Aufgabe, ohne den Kampf gegen die „linke“, die trotzkistische Gefahr auch nur um ein Jota abzuschwächen, das Schwergewicht auf den Kampf gegen die rechte Abweichung zu verlegen und alle Maßnahmen zu treffen, damit die Gefahr dieser Abweichung der Partei ebenso klar wird, wie ihr die trotzkistische Gefahr klar ist.

Die Frage der rechten Abweichung bestünde bei uns vielleicht nicht in dieser Schärfe, wie das jetzt der Fall ist, wenn sie nicht mit der Frage der Schwierigkeiten unserer Entwicklung zusammenhinge. Aber das ist es ja gerade, dass das Bestehen der rechten Abweichung die Schwierigkeiten unserer Entwicklung vergrößert und die Überwindung dieser Schwierigkeiten hemmt. Und gerade weil die rechte Gefahr den Kampf für die Überwindung der Schwierigkeiten erschwert, gerade darum gewinnt die Frage der Überwindung der rechten Gefahr für uns besonders große Bedeutung.

Ein paar Worte über den Charakter unserer Schwierigkeiten. Man muss im Auge behalten, dass unsere Schwierigkeiten keinesfalls als Schwierigkeiten des Stillstands oder des Verfalls anzusehen sind. Es gibt Schwierigkeiten, die beim Verfall der Wirtschaft oder bei ihrem Stillstand eintreten; in diesem Fall bemüht man sich, den Stillstand weniger schmerzhaft zu machen oder den Verfall der Wirtschaft aufzuhalten. Unsere Schwierigkeiten haben mit solchen Schwierigkeiten nichts gemein. Das Charakteristische an unseren Schwierigkeiten ist, dass sie Schwierigkeiten des Aufstiegs, Schwierigkeiten des Wachstums sind. Wenn man bei uns von Schwierigkeiten spricht, so handelt es sich gewöhnlich darum, um wieviel Prozent die Industrieproduktion erhöht, um wieviel Prozent die Anbaufläche vergrößert, um wieviel Pud die Ertragsfähigkeit gesteigert werden soll usw. usw. Und gerade weil unsere Schwierigkeiten Schwierigkeiten des Aufstiegs und nicht des Verfalls oder Stillstands sind, gerade deshalb brauchen sie für die Partei nicht etwas besonders Gefährliches darzustellen.

Aber Schwierigkeiten sind immerhin Schwierigkeiten. Und da zur Überwindung von Schwierigkeiten die Anspannung aller Kräfte erforderlich ist, da Festigkeit und Ausdauer erforderlich sind, Festigkeit und Ausdauer aber nicht bei jedem ausreichen - vielleicht als Folge von Ermüdung und Abspannung oder weil man es vorzieht, möglichst ruhig, ohne Kampf und Aufregungen zu leben -, setzen gerade hier allerlei Schwankungen ein, Abschwenkungen in der Richtung des geringsten Widerstands, setzt das Gerede ein von der Verlangsamung des Entwicklungstempos der Industrie, von Erleichterungen für die kapitalistischen Elemente, von Ablehnung der Kollektiv- und Sowjetwirtschaften und überhaupt alles dessen, was über den Rahmen der gewohnten und ruhigen Verhältnisse der Alltagsarbeit hinausgeht.

Wir können uns jedoch nicht vorwärts bewegen, ohne die Schwierigkeiten zu überwinden, vor denen wir stehen. Um aber die Schwierigkeiten zu überwinden, muss man vor allem die rechte Gefahr niederkämpfen, muss man vor allem die rechte Abweichung überwinden, die den Kampf gegen die Schwierigkeiten hemmt und den Willen unserer Partei, für die Überwindung der Schwierigkeiten zu kämpfen, zu untergraben versucht.

Gemeint ist natürlich ein wirklicher Kampf, kein Kampf gegen die rechte Abweichung, der nur ein Lippenbekenntnis ist und nur auf dem Papier steht. Es gibt in unserer Partei Leute, die nicht abgeneigt sind, zur Erleichterung ihres Gewissens den Kampf gegen die rechte Gefahr zu verkünden, in der Art, wie Pfaffen manchmal „Halleluja, Halleluja“ rufen, die aber keinerlei, auch nicht die geringsten praktischen Maßnahmen ergreifen, um den Kampf gegen die rechte Abweichung in der nötigen Weise in Gang zu bringen und diese Abweichung in der Tat zu überwinden. Diese Strömung wird bei uns eine gegenüber der rechten, der offenen opportunistischen Abweichung versöhnlerische Strömung genannt. Es ist nicht schwer zu begreifen, dass der Kampf gegen ein solches Versöhnlertum ein Bestandteil des allgemeinen

Kampfes gegen die rechte Abweichung, gegen die rechte Gefahr ist. Denn es ist unmöglich, die rechte, die opportunistische Abweichung zu überwinden, wenn man nicht einen systematischen Kampf gegen das Versöhnlertum führt, das die Opportunisten unter seine Fittiche nimmt.

Die Frage nach den Trägern der rechten Abweichung ist zweifellos von Interesse, wenn auch nicht entscheidend. Wir sind auf Träger der rechten Gefahr in den unteren Organisationen unserer Partei während der Getreidebeschaffungskrise im vergangenen Jahr gestoßen, als eine ganze Reihe von Kommunisten in den Landbezirken und Dörfern gegen die Politik der Partei auftrat und auf einen Zusammenschluss mit den Kulakenelementen hinarbeitete. Sie wissen, dass Elemente dieser Art im Frühjahr dieses Jahres aus unserer Partei ausgeschlossen wurden, was in dem bekannten Dokument des ZK unserer Partei vorn Februar dieses Jahres ausdrücklich erwähnt wird.

Es wäre jedoch falsch zu behaupten, dass solche Elemente nicht in unserer Partei geblieben seien. Geht man höher hinauf, in die Kreis- und Gouvernementsorganisationen der Partei, forscht man im Sowjet- und Genossenschaftsapparat gründlich nach, so wird man dort ohne Mühe Träger der rechten Gefahr und des Versöhnlertums ihr gegenüber finden können. Bekannt sind die „Briefe“, „Erklärungen“ und sonstigen Dokumente einer Reihe von Funktionären unseres Partei- und Sowjetapparats, in denen sich die Neigung zur rechten Abweichung mit aller Bestimmtheit gezeigt hat. Sie wissen, dass diese Briefe und Dokumente im stenographischen Protokoll des Juliplenums des ZK erwähnt wurden.

Geht man noch höher hinauf und fragt man, wie die Dinge bei den Mitgliedern des ZK liegen, so muss man zugeben, dass auch unter den Mitgliedern des ZK gewisse, wenn auch überaus unbedeutende Elemente versöhnlerischer Haltung gegenüber der rechten Gefahr vorhanden sind. Das stenographische Protokoll des Juliplenums des ZK ist ein direkter Beweis dafür.

Und wie sieht es im Politbüro aus? Gibt es im Politbüro irgendwelche Abweichungen? Im Politbüro gibt es weder Rechte noch „Linke“, noch Versöhnler ihnen gegenüber. Das muss hier ganz kategorisch gesagt werden. Es ist höchste Zeit, dem Klatsch ein Ende zu bereiten, der von Elementen, die der Partei nicht wohlwollend gesinnt sind, sowie von Oppositionellen aller Art verbreitet wird, wonach es im Politbüro unseres ZK eine rechte Abweichung oder ein versöhnlerisches Verhalten ihr gegenüber gebe.

Gab es in der Moskauer Organisation oder in ihrer Spitze, im Moskauer Komitee, Schwankungen? Ja, die gab es. Es wäre töricht, jetzt behaupten zu wollen, dass es dort keine Schwankungen gegeben habe. Die offenherzige Rede Penjkows ist ein direkter Beweis dafür. Penjkow ist nicht der Letzte in der Moskauer Organisation und im Moskauer Komitee. Sie haben gehört, dass er seine Fehler in einer ganzen Reihe äußerst wichtiger Fragen unserer Parteipolitik unumwunden und offen zugegeben hat. Das bedeutet natürlich nicht, dass das gesamte Moskauer Komitee Schwankungen durchgemacht hat. Nein, keineswegs. Ein solches Dokument wie der Aufruf des Moskauer Komitees an die Mitglieder der Moskauer Organisation vom Oktober dieses Jahres zeugt unzweifelhaft davon, dass es dem Moskauer Komitee gelungen ist, die, Schwankungen einiger seiner Mitglieder zu überwinden. Ich zweifle nicht daran, dass es dem führenden Kern des Moskauer Komitees gelingen wird, die Lage endgültig einzurenken.

Manche Genossen sind unzufrieden damit, dass die Bezirksorganisationen in diese Angelegenheit eingegriffen und die Frage der Beseitigung der Fehler und Schwankungen einzelner Leiter der Moskauer Organisation aufgeworfen haben. Ich weiß nicht, wie man eine solche Unzufriedenheit rechtfertigen kann. Was kann Schlechtes daran sein, dass die Bezirksaktivs der Moskauer Organisation ihre Stimme erhoben und die Beseitigung der Fehler und Schwankungen gefordert haben? Arbeiten wir etwa nicht im Zeichen der Selbstkritik von unten? Ist es etwa nicht Tatsache, dass die Selbstkritik die Aktivität der Parteimitgliedschaft und überhaupt der proletarischen Masse steigert? Was ist Schlechtes oder Gefährliches daran, dass die Bezirksaktivs sich der Lage gewachsen gezeigt haben?

Hat das ZK richtig gehandelt, als es in diese Sache eingriff? Ich glaube, dass das ZK richtig gehandelt hat. Bersin glaubt, das ZK gehe zu scharf vor, wenn es die Frage der Absetzung eines leitenden Bezirksfunktionärs stellt, gegen den sich die Parteiorganisation des Bezirks gewandt hat. Das ist völlig falsch. Ich könnte Bersin einige Episoden aus dem Jahre 1919 und 1920 ins Gedächtnis rufen, als einige Mitglieder des ZK, die sich einige, wie ich glaube, nicht sehr schwerwiegende Fehler gegenüber der Parteilinie zuschulden kommen ließen, auf Vorschlag Lenins exemplarisch bestraft wurden, wobei einer von ihnen nach Turkestan geschickt wurde, ein anderer beinahe aus dem ZK ausgeschlossen worden wäre.

War Lenin im Recht, als er so vorging? Ich glaube, dass er völlig im Recht war. Die Lage im ZK war damals nicht so wie heute. Damals stand die Hälfte des ZK hinter Trotzki, und im ZK selbst war die Lage nicht stabil. Heute geht das ZK unvergleichlich milder vor. Weshalb? Vielleicht weil wir milder sein wollen, als Lenin es war? Nein, nicht das ist der Kern der Sache. Der Kern der Sache ist der, dass die Lage im ZK heute stabiler ist, als sie damals war, und dass das ZK jetzt die Möglichkeit hat, milder vorzugehen.

Auch Sacharow ist im Unrecht mit seiner Behauptung, das ZK habe verspätet eingegriffen. Er ist im Unrecht, weil er offensichtlich nicht weiß, dass das Eingreifen des ZK eigentlich schon im Februar dieses Jahres begonnen hat. Sacharow kann sich davon überzeugen, wenn er es wünscht. Allerdings hat das Eingreifen des ZK nicht sofort positive Resultate gezeitigt. Es wäre jedoch sonderbar, wollte man daraus dem ZK einen Vorwurf machen.

Schlussfolgerungen:

1. die rechte Gefahr stellt eine ernste Gefahr in unserer Partei dar, denn sie wurzelt in den sozialen und ökonomischen Verhältnissen unseres Landes;

2. die Gefahr der rechten Abweichung wird durch das Bestehen von Schwierigkeiten vergrößert, die nicht überwunden werden können, ohne dass die rechte Abweichung und das Versöhnlertum ihr gegenüber überwunden werden;

3. in der Moskauer Organisation waren Schwankungen, Elemente der Unbeständigkeit vorhanden;

4. der Kern des Moskauer Komitees hat mit Hilfe des ZK und der Bezirksaktivs alle Maßnahmen ergriffen, um die Schwankungen zu beseitigen;

5. es ist nicht zu bezweifeln, dass es dem Moskauer Komitee gelingen wird, die früher zum Vorschein gekommenen Fehler zu überwinden;

6. die Aufgabe besteht darin, den inneren Kampf zu liquidieren, die Moskauer Organisation zu einem einheitlichen Ganzen zusammenzuschließen und die Neuwahl der Zellenleitungen auf der Grundlage der voll entfalteten Selbstkritik erfolgreich durchzuführen. (Beifall.)

„Prawda“ Nr. 247,
23. Oktober 1928.

ANTWORT AN GENOSSEN SCH.

Genosse Sch.!

Ich habe Ihren Brief erhalten und muss sagen, dass ich Ihnen keineswegs zustimmen kann.

1. Aus dem Lenin-Zitat geht klar hervor, dass, solange wir ein kleinbäuerliches Land bleiben, die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus bei uns bestehen bleibt. Sie sagen, dass man diesen Gedanken Lenins „nicht auf die heutige Periode in der UdSSR anwenden darf". Warum eigentlich? Sind wir denn nicht immer noch ein kleinbäuerliches Land?

Natürlich, in dem Maße, wie unsere sozialistische Industrie sich entwickelt und die kollektiven Wirtschaftsformen auf dem Lande Wurzel fassen, verringern sich die Chancen für eine Restauration des Kapitalismus. Das ist eine Tatsache. Bedeutet das aber, dass wir bereits aufgehört haben, ein kleinbäuerliches Land zu sein? Bedeutet das, dass sich die sozialistischen Formen bei uns so weit entwickelt haben, dass die UdSSR nicht mehr als kleinbäuerliches Land zu betrachten ist? Es ist klar, dass es das nicht bedeutet.

Was aber folgt daraus? Daraus folgt nur das eine - dass die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus bei uns existiert. Wie kann man diese offensichtliche Tatsache bestreiten?

2. Sie schreiben in Ihrem Brief: „Als Sie über die rechte und die ‚linke' Abweichung sprachen, ergab sich bei Ihnen, dass wir sowohl mit den Rechten als auch mit den ‚Linken' nur in der Frage des Tempos der Industrialisierung auseinandergehen. Die Frage der Bauernschaft aber wurde von Ihnen bei der Einschätzung der trotzkistischen Position nur flüchtig berührt. Das führt dazu, dass Ihrer Rede eine sehr üble Deutung gegeben wird."

Es ist durchaus möglich, dass meine Rede verschieden gedeutet wird. Das ist Geschmackssache. Dass aber die in Ihrem Brief dargelegten Gedanken nicht der Wirklichkeit entsprechen - das ist für mich offensichtlich. Ich sage in meiner Rede direkt, dass die rechte Abweichung „die Kraft des Kapitalismus bei uns unterschätzt", dass sie „die Gefahr der Wiederherstellung des Kapitalismus nicht sieht", „die Mechanik des Klassenkampfes nicht versteht" „und daher so leicht auf Zugeständnisse an den Kapitalismus eingeht". Ich sage in meiner Rede direkt, dass „ein Sieg der rechten Abweichung in unserer Partei" „die Chancen für die Wiederherstellung des Kapitalismus in unserem Lande erhöhen würde". Sie werden natürlich begreifen, dass hier nicht nur vom Tempo der Industrialisierung die Rede ist.

Was muss man denn noch über die rechte Abweichung sagen, um Sie zufrieden zu stellen?

Was die „linke", trotzkistische Abweichung betrifft, so sage ich in meiner Rede direkt, dass sie die Möglichkeit der Errichtung des Sozialismus in unserem Lande verneint, dass sie die Idee des Bündnisses der Arbeiterklasse und der Bauernschaft verneint und bereit ist, ihren phantastischen Plan der Industrialisierung um den Preis des Bruchs mit der Bauernschaft durchzuführen. In meiner Rede heißt es (wenn Sie sie gelesen haben), dass „ein Sieg der ‚linken' Abweichung in unserer Partei zur Loslösung der Arbeiterklasse von ihrer bäuerlichen Basis, zur Loslösung der Avantgarde der Arbeiterklasse von den übrigen Arbeitermassen und folglich zu einer Niederlage des Proletariats sowie zur Förderung der Vorbedingungen für eine Wiederherstellung des Kapitalismus führen würde". Sie werden natürlich begreifen, dass hier nicht nur vom Tempo der Industrialisierung die Rede ist.

Ich glaube, dass hier alles Wesentliche gesagt ist, was bei uns überhaupt gegen den Trotzkismus gesagt wurde.

Natürlich sprach ich in meiner Rede über die „linke" Abweichung weniger als über die rechte: Das aber darum, weil das Thema meiner Rede die Frage der rechten Abweichung war, was ich auch zu Beginn meiner Rede vorausgeschickt habe und was der Tagesordnung des vereinigten Plenums des Moskauer Komitees und der Moskauer Kontrollkommission völlig entsprach. Eins aber kann man nicht abstreiten, dass ungeachtet dessen in meiner Rede all das Wesentliche über den Trotzkismus gesagt ist, wodurch sich der Trotzkismus überhaupt vom Leninismus einerseits und von der rechten Abweichung anderseits unterscheidet.

Was muss man denn noch in einer der rechten Abweichung gewidmeten Rede über den Trotzkismus sagen, um Sie zufrieden zu stellen?
3. Sie sind nicht mit meiner Erklärung zufrieden, dass es im Politbüro bei uns weder eine rechte noch eine „linke“ Abweichung oder Versöhnlertum ihnen gegenüber gibt. War ich zu einer solchen Erklärung berechtigt? Ja, das war ich. Warum? Weil, als der Wortlaut des Aufrufs des ZK an die Mitglieder der Moskauer Organisation im Politbüro angenommen wurde, von den anwesenden Mitgliedern des Politbüros nicht eins dagegen stimmte. Ist das gut oder schlecht? Ich glaube, das ist gut. Kann man bei einer Charakteristik des Politbüros im Oktober 1928 von einer solchen Tatsache absehen? Es ist klar, dass man das nicht kann.

Mit kommunistischem Gruß

J. Stalin

27. Oktober 1928.

Zum erstenmal veröffentlicht.

AN DEN LENINSCHEN KOMMUNISTISCHEN JUGENDVERBAND

Begrüßungsschreiben zum zehnten Jahrestag
des Leninschen Kommunistischen Jugendverbands der Sowjetunion

Gruß dem Leninschen Kommunistischen Jugendverband zu seinem zehnten Jahrestag!

Der Leninsche Kommunistische Jugendverband war und bleibt die junge Reserve unserer Revolution. Zehntausende und Hunderttausende der besten Vertreter der jungen Arbeiter- und Bauerngeneration sind in den Reihen des Kommunistischen Jugendverbands erzogen worden, haben dort ihre revolutionäre Stählung erhalten und haben sich in unsere Partei eingereiht, in unsere Sowjets, in unsere Gewerkschaften, in unsere Rote Armee, in unsere Rote Flotte, in unsere Genossenschaften, in unsere Kulturorganisationen - als Ablösung für die alte Garde der Bolschewiki.

Dem Kommunistischen Jugendverband ist die Erfüllung dieser schwierigen Aufgabe gelungen, weil er unter der Führung der Partei arbeitete, weil er es verstanden hat, in seiner Tätigkeit das Studium überhaupt, das Studium des Leninismus im besonderen, mit der tagtäglichen praktischen Arbeit zu verknüpfen, weil er es verstanden hat, die junge Generation der Arbeiter und Arbeiterinnen, der Bauern und Bäuerinnen im Geiste des Internationalismus zu erziehen, weil er es verstanden hat, eine gemeinsame Sprache zu finden zwischen alten und jungen Leninisten, zwischen der alten und der jungen Garde, weil er es verstanden hat, seine ganze Arbeit den Interessen der Diktatur des Proletariats und des Sieges des sozialistischen Aufbaus unterzuordnen.

Nur darum vermochte der Kommunistische Jugendverband das Banner Lenins hochzuhalten.

Wir wollen hoffen, dass es dem Kommunistischen Jugendverband gelingt, auch in Zukunft seine Pflicht gegenüber unserem und dem internationalen Proletariat zu erfüllen.

Gruß dem Leninschen Kommunistischen Jugendverband, der Zweimillionenreserve unserer Partei!

Es lebe die Generation der Jungkommunisten!

J. Stalin

„Prawda“ Nr. 252,
28. Oktober 1928.

ZUM ZEHNTEN JAHRESTAG DES ERSTEN KONGRESSES DER ARBEITERINNEN UND BÄUERINNEN[57]

Brüderlichen Gruß den Arbeiterinnen und allen werktätigen Frauen in Stadt und Land!
Ich wünsche ihnen Erfolg im Kampf für die Beseitigung der Ausbeutung, der Unterdrückung, der Ungleichheit, der Unwissenheit, der kulturellen Rückständigkeit!
In einheitlicher Front mit allen Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse - vorwärts für die Beseitigung des Kapitalismus, für die Festigung der Diktatur des Proletariats, für die Errichtung der neuen, sozialistischen Gesellschaft!

J. Stalin

„Prawda“ Nr. 267,
17. November 1928.

ÜBER DIE INDUSTRIALISIERUNG DES LANDES UND ÜBER DIE RECHTE ABWEICHUNG IN DER KPdSU(B)

Rede auf dem Plenum des ZK der KPdSU(B)[58]
19. November 1928

Genossen, ich werde über die drei grundlegenden Fragen sprechen, die in den Thesen des Politbüros behandelt werden.

Über die Frage der Industrialisierung des Landes und darüber, dass der ausschlaggebende Faktor bei der Industrialisierung die Entwicklung der Produktion von Produktionsmitteln bei gleichzeitiger Sicherung eines möglichst raschen Tempos dieser Entwicklung ist.

Ferner darüber, dass das Entwicklungstempo der Landwirtschaft bei uns übermäßig hinter dem Entwicklungstempo der Industrie zurückbleibt und dass daher gegenwärtig die brennendste Frage unserer Innenpolitik die Frage der Landwirtschaft und namentlich das Getreideproblem ist, die Frage, wie die Landwirtschaft zu heben, wie sie auf der Grundlage einer modernen Technik zu rekonstruieren ist.

Und schließlich die dritte Frage - über die Abweichungen von der Linie der Partei, über den Kampf an zwei Fronten und darüber, dass die Hauptgefahr bei uns gegenwärtig die rechte Gefahr, die rechte Abweichung ist.

I
DIE FRAGE DES ENTWICKLUNGSTEMPOS DER INDUSTRIE

Der Ausgangspunkt unserer Thesen ist die Feststellung, dass ein schnelles Entwicklungstempo der Industrie überhaupt, der Produktion von Produktionsmitteln im Besonderen, das Grundprinzip der Industrialisierung des Landes und der Schlüssel zur Industrialisierung ist - das Grundprinzip der Umgestaltung unserer gesamten Volkswirtschaft auf der Basis der sozialistischen Entwicklung und der Schlüssel zu dieser Umgestaltung.

Was heißt aber schnelles Entwicklungstempo der Industrie? Das heißt mehr Investitionen für Neubauten in der Industrie. Das wiederum führt dazu, dass all unsere Pläne, sowohl der Staatshaushaltsplan als auch die anderen Pläne, äußerst angespannt sind. Und in der Tat, das charakteristische Merkmal unserer Kontrollzahlen in den letzten drei Jahren, während der Periode der Rekonstruktion, besteht darin, dass ihre Festlegung und Verwirklichung bei uns im Zeichen der Anspannung aller Kräfte steht. Ob Sie unsere Kontrollzahlen nehmen, ob Sie sich unsere Voranschläge für den Staatshaushalt anschauen, ob Sie mit unseren Parteigenossen sprechen - sowohl mit denen, die in den Parteiorganisationen arbeiten, als auch mit denen, die unseren Sowjet-, Wirtschafts- und Genossenschaftsaufbau leiten -, überall und in allem zeigt sich der gleiche charakteristische Zug, die Angespanntheit unserer Pläne.

Hier erhebt sich die Frage: Brauchen wir denn überhaupt diese Angespanntheit der Pläne? Kann man nicht ohne sie auskommen? Kann man denn nicht in einem langsameren Tempo, unter „ruhigeren“ Verhältnissen arbeiten? Erklärt sich das von uns eingeschlagene schnelle Entwicklungstempo der Industrie nicht vielleicht aus dem unruhigen Charakter der Mitglieder des Politbüros und des Rates der Volkskommissare?

Natürlich nicht! Im Politbüro und im Rat der Volkskommissare sitzen nüchterne und ruhige Leute. Abstrakt gesprochen, wenn wir von der äußeren und der inneren Situation absähen, könnten wir natürlich auch ein langsameres Tempo einschlagen. Aber das ist es ja gerade, dass man erstens von der äußeren und inneren Situation nicht absehen darf und dass man zweitens, wenn man von den Verhältnissen, in denen wir leben, ausgeht, anerkennen muss,

dass gerade sie, diese Verhältnisse, uns ein schnelles Entwicklungstempo unserer Industrie diktieren.
Gestatten Sie mir, diese Situation, diese äußeren und inneren Bedingungen, die uns das schnelle Entwicklungstempo der Industrie diktieren, nunmehr näher zu untersuchen.
Die äußeren Bedingungen. Wir sind in einem Lande zur Macht gelangt, dessen Technik furchtbar rückständig ist. Neben nicht sehr zahlreichen großen Industrieeinheiten, die mehr oder weniger auf moderner Technik basieren, haben wir Hunderte und Tausende von Fabriken und Werken, deren Technik vom Standpunkt der modernen Errungenschaften keiner Kritik standhält. Indes sind wir von einer ganzen Reihe kapitalistischer Länder umgeben, die eine viel entwickeltere und modernere industrielle Technik besitzen als unser Land. Schauen Sie sich die kapitalistischen Länder an, und Sie werden sehen, dass die Technik dort nicht nur fortschreitet, sondern geradezu vorwärts eilt und die alten Formen der industriellen Technik überholt. Und so ergibt sich eine Situation, dass wir in unserem Lande einerseits die fortschrittlichste Gesellschaftsordnung, die Sowjetordnung, und die fortschrittlichste Staatsmacht der Welt, die Sowjetmacht, haben, anderseits aber eine äußerst rückständige Technik der Industrie, die die Basis für den Sozialismus und die Sowjetmacht abgeben muss. Glauben Sie, dass man den endgültigen Sieg des Sozialismus in unserem Lande erringen kann, solange dieser Widerspruch besteht?
Was müssen wir tun, um diesen Widerspruch zu beseitigen? Dazu müssen wir erreichen, dass wir die fortgeschrittene Technik der entwickelten kapitalistischen Länder einholen und überholen. Wir haben die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder hinsichtlich der Errichtung einer neuen politischen Ordnung, der Sowjetordnung, eingeholt und überholt. Das ist gut. Aber das genügt nicht. Um den endgültigen Sieg des Sozialismus in unserem Lande zu erringen, müssen wir diese Länder auch in technisch-ökonomischer Hinsicht einholen und überholen. Entweder erreichen wir das, oder wir werden zermalmt.
Das ist nicht nur vom Standpunkt der Errichtung des Sozialismus richtig. Es ist auch richtig vom Standpunkt der Behauptung der Unabhängigkeit unseres Landes unter den Verhältnissen der kapitalistischen Umkreisung. Es ist unmöglich, die Unabhängigkeit unseres Landes zu behaupten, ohne eine hinreichende industrielle Basis für die Verteidigung zu besitzen.
Es ist unmöglich, eine solche industrielle Basis zu schaffen, ohne über die höchstentwickelte Technik in der Industrie zu verfügen.
Das ist es, weshalb wir ein schnelles Entwicklungstempo der Industrie brauchen und was uns dies Tempo diktiert.
Die technisch-ökonomische Rückständigkeit unseres Landes ist keine Erfindung von uns. Diese Rückständigkeit ist Jahrhunderte alt, sie ist als Erbteil der ganzen Geschichte unseres Landes auf uns überkommen. Diese Rückständigkeit wurde als Übel empfunden, sowohl früher, in der Zeit vor der Revolution, als auch später, in der Zeit nach der Revolution. Als Peter der Große, der es mit den entwickelteren Ländern des Westens zu tun hatte, fieberhaft Fabriken und Werke baute, um die Armee zu versorgen und die Verteidigungsfähigkeit des Landes zu steigern, war dies ein eigenartiger Versuch, den Rahmen der Rückständigkeit zu sprengen. Es ist jedoch völlig begreiflich, dass keine der alten Klassen, weder die feudale Aristokratie noch die Bourgeoisie, die Aufgabe der Liquidierung der Rückständigkeit unseres Landes zu lösen vermochte. Mehr noch, diese Klassen vermochten diese Aufgabe nicht nur nicht zu lösen, sie waren nicht einmal fähig, sich diese Aufgabe in auch nur einigermaßen befriedigender Form zu stellen. Die jahrhundertealte Rückständigkeit unseres Landes kann nur auf der Grundlage des erfolgreichen sozialistischen Aufbaus liquidiert werden. Und liquidiert werden kann sie nur durch das Proletariat, das seine Diktatur errichtet hat und das die Führung des Landes in seinen Händen hält.
Es wäre töricht, wollten wir uns damit trösten, dass wir, da die Rückständigkeit des Landes nicht von uns erfunden ist, sondern als Erbteil der ganzen Geschichte unseres Landes auf uns überkommen ist, für sie nicht verantwortlich gemacht werden können und dürfen. Das wäre

falsch, Genossen. Da wir einmal zur Macht gelangt sind und die Aufgabe auf uns genommen haben, das Land auf der Grundlage des Sozialismus umzugestalten, tragen wir für alles die Verantwortung und müssen sie tragen - für das Schlechte sowohl wie für das Gute. Und gerade weil wir für alles die Verantwortung tragen, müssen wir unsere technisch-ökonomische Rückständigkeit liquidieren. Wir müssen dies unbedingt vollbringen, wenn wir die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder wirklich einholen und überholen wollen. Und vollbringen können dies nur wir, die Bolschewiki. Und gerade um diese Aufgabe zu bewältigen, müssen wir unsere Industrie systematisch in schnellem Tempo entwickeln. Dass wir aber die Industrie bereits in schnellem Tempo entwickeln, das sieht jetzt ein jeder.
Die Frage, dass es darauf ankommt, die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder in technisch-ökonomischer Hinsicht einzuholen und zu überholen - diese Frage stellt für uns Bolschewiki nichts Neues oder Unerwartetes dar. Diese Frage wurde bei uns bereits im Jahre 1917, in der Periode vor der Oktoberrevolution, gestellt. Lenin stellte sie bereits im September 1917, am Vorabend der Oktoberrevolution, in der Periode des imperialistischen Krieges, in seiner Schrift „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll“.
Folgendes sagte Lenin zu dieser Frage:

„Die Revolution bewirkte, dass Rußland in einigen Monaten seinem politischen System nach die fortgeschrittenen Länder eingeholt hat.
Aber das ist zuwenig. Der Krieg ist unerbittlich, er stellt die Frage mit schonungsloser Schärfe: entweder untergehen oder die fortgeschrittenen Länder auch ökonomisch einholen und überholen... Untergehen oder mit Volldampf vorwärts stürmen. So wird die Frage von der Geschichte gestellt.“ (4. Ausgabe, Bd. 25, S. 338 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Band II, S. 129/130].)

Mit solcher Schärfe stellte Lenin die Frage der Liquidierung unserer technisch-ökonomischen Rückständigkeit.
Lenin schrieb dies alles am Vorabend der Oktoberrevolution, in der Periode vor der Ergreifung der Macht durch das Proletariat, als die Bolschewiki weder die Macht noch eine sozialisierte Industrie, weder ein weit verzweigtes, Millionen von Bauern umfassendes Netz von Genossenschaften noch Kollektiv- und Sowjetwirtschaften hatten. Jetzt, da wir schon einiges Wesentliche haben, um unsere technisch-ökonomische Rückständigkeit von Grund aus zu liquidieren, könnten wir die Worte Lenins etwa folgendermaßen abwandeln:
„Wir haben die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder in politischer Hinsicht eingeholt und überholt, indem wir die Diktatur des Proletariats errichtet haben. Aber das ist zuwenig. Wir müssen die Diktatur des Proletariats, unsere sozialisierte Industrie, das Verkehrswesen, das Kreditsystem usw., die Genossenschaften, Kollektiv- und Sowjetwirtschaften usw. dazu benutzen, um die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder auch ökonomisch einzuholen und zu überholen.“
Die Frage des schnellen Entwicklungstempos der Industrie stünde bei uns nicht in der Schärfe, wie sie jetzt steht, wenn wir eine ebenso entwickelte Industrie und eine ebenso entwickelte Technik hätten wie beispielsweise Deutschland, wenn der Anteil der Industrie an der gesamten Volkswirtschaft bei uns ebenso hoch wäre wie zum Beispiel in Deutschland. `Unter dieser Bedingung könnten wir die Industrie in weniger schnellem Tempo entwickeln, ohne Furcht, hinter den kapitalistischen Ländern zurückzubleiben, in dem Bewusstsein, dass wir sie mit einem Schlag überholen können. Aber dann hätten wir nicht die ernste technisch-ökonomische Rückständigkeit, die wir jetzt haben. Das ist es ja gerade, dass wir in dieser Beziehung hinter Deutschland zurückstehen und es in technisch-ökonomischer Hinsicht noch lange nicht eingeholt haben.
Die Frage des schnellen Entwicklungstempos der Industrie stünde bei uns nicht in der Schärfe, wenn wir nicht das einzige Land der Diktatur des Proletariats, sondern eines der Länder der proletarischen Diktatur wären, wenn wir die proletarische Diktatur nicht nur in unserem

Lande, sondern auch in anderen, fortgeschritteneren Ländern, sagen wir in Deutschland und Frankreich, hätten.
Unter dieser Bedingung könnte die kapitalistische Umkreisung für uns nicht die ernste Gefahr darstellen, die sie jetzt darstellt, die Frage der ökonomischen Selbständigkeit unseres Landes würde natürlicherweise in den Hintergrund treten, wir könnten uns in ein System entwickelterer proletarischer Staaten eingliedern, wir könnten von ihnen Maschinen zur Entwicklung unserer Industrie und Landwirtschaft bekommen und sie mit Rohstoffen und Lebensmitteln versorgen, wir könnten also unsere Industrie in einem weniger schnellen Tempo entwickeln. Aber Sie wissen sehr wohl, dass diese Bedingung noch nicht gegeben ist und dass wir noch immer das einzige Land der proletarischen Diktatur sind, umgeben von kapitalistischen Ländern, von denen uns viele in technisch-ökonomischer Hinsicht weit voraus sind.
Deshalb stellte Lenin die Frage des Einholens und Überholens der ökonomisch fortgeschrittenen Länder als eine Frage, mit der unsere Entwicklung steht und fällt.
Das sind die äußeren Bedingungen, die uns das schnelle Entwicklungstempo unserer Industrie diktieren.
Die inneren Bedingungen. Aber außer den äußeren Bedingungen gibt es auch noch innere Bedingungen, die uns ein schnelles Entwicklungstempo unserer Industrie als des führenden Elements unserer gesamten Volkswirtschaft diktieren. Ich denke an die außerordentliche Rückständigkeit unserer Landwirtschaft, ihrer Technik und ihrer Kultur. Ich denke an das Vorhandensein einer überwiegenden Mehrheit kleiner Warenproduzenten in unserem Lande mit ihrer zersplitterten und völlig rückständigen Produktion, der gegenüber sich unsere sozialistische Großindustrie wie eine Insel im Meer ausnimmt, eine Insel, deren Basis sich mit jedem Tag erweitert, die aber immer noch eine Insel im Meer darstellt.
Man pflegt bei uns zu sagen, dass die Industrie das führende Element der gesamten Volkswirtschaft, darunter auch der Landwirtschaft, ist, dass die Industrie der Schlüssel ist, mit dessen Hilfe man die rückständige und zersplitterte Landwirtschaft auf der Basis des Kollektivismus umgestalten kann. Das ist völlig richtig. Und davon dürfen wir nicht eine Minute lang abgehen. Man darf aber auch nicht vergessen, dass, wenn die Industrie das führende Element ist, die Landwirtschaft die Basis für die Entwicklung der Industrie darstellt sowohl als Markt, der die Produkte der Industrie aufnimmt, wie auch als Lieferant von Rohstoffen und Lebensmitteln und als Quelle von Reserven für den Export, die wir brauchen, um die für die Volkswirtschaft notwendigen Ausrüstungen einzuführen. Kann man die Industrie vorwärts bringen, wenn man die Landwirtschaft in ihrer völlig rückständigen technischen Verfassung belässt, wenn man der Industrie keine landwirtschaftliche Basis sichert, wenn man die Landwirtschaft nicht rekonstruiert und der Industrie anpasst? Nein, das kann man nicht.
Daher die Aufgabe: die Landwirtschaft maximal mit Produktionsinstrumenten und -mitteln zu versorgen, die notwendig sind, um ihre Rekonstruktion auf neuer technischer Basis zu beschleunigen und vorwärts zu bringen. Um aber diese Aufgabe erfüllen zu können, ist ein schnelles Entwicklungstempo unserer Industrie notwendig. Natürlich ist die Rekonstruktion der zerbröckelten und zersplitterten Landwirtschaft eine unvergleichlich schwierigere Aufgabe als die Rekonstruktion der vereinigten und zentralisierten sozialistischen Industrie. Diese Aufgabe steht jedoch vor uns, und wir müssen sie lösen. Sie kann aber nicht anders gelöst werden als auf Grund eines schnellen Entwicklungstempos der Industrie.
Die Sowjetmacht und der sozialistische Aufbau können nicht endlos, das heißt für eine allzu lange Zeitspanne, auf zwei verschiedenen Grundlagen basieren, auf der Grundlage der größten und konzentriertesten sozialistischen Industrie und auf der Grundlage der in höchstem Grade zersplitterten und rückständigen bäuerlichen kleinen Warenwirtschaft. Man muss die Landwirtschaft allmählich, aber systematisch und beharrlich auf eine neue technische Grundlage, auf die Grundlage der Großproduktion, überleiten und sie der sozialistischen

Industrie nähern. Entweder lösen wir diese Aufgabe, und dann ist der endgültige Sieg des Sozialismus in unserem Lande gesichert, oder wir kehren uns von ihr ab, lösen diese Aufgabe nicht, und dann kann eine Rückkehr zum Kapitalismus unvermeidlich werden.
Folgendes sagt Lenin hierüber:

„Solange wir in einem kleinbäuerlichen Lande leben, besteht für den Kapitalismus in Rußland eine festere ökonomische Basis als für den Kommunismus. Das darf man nicht vergessen. Jeder, der das Leben auf dem Lande aufmerksam beobachtet und es mit dem Leben in der Stadt verglichen hat, weiß, dass wir den Kapitalismus nicht mit den Wurzeln ausgerottet und dem inneren Feind das Fundament, den Boden nicht entzogen haben. Dieser Feind behauptet sich dank dem Kleinbetrieb, und um ihm den Boden zu entziehen, gibt es nur ein Mittel: die Wirtschaft des Landes, auch die Landwirtschaft, auf eine neue technische Grundlage, auf die technische Grundlage der modernen Großproduktion, zu stellen. Eine solche Grundlage bildet nur die Elektrizität. Kommunismus - das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes.“ (4. Ausgabe, Bd. 31, S. 483/484, russ.)

Wie Sie sehen, versteht Lenin unter Elektrifizierung des Landes nicht die isolierte Errichtung einzelner Elektrizitätswerke, sondern die allmähliche Überleitung der „Wirtschaft des Landes, auch der Landwirtschaft, auf eine neue technische Grundlage, auf die technische Grundlage der modernen Großproduktion“, die auf diese oder jene Art, direkt oder indirekt, mit der Elektrifizierung verbunden ist.
Diese Rede hielt Lenin auf dem VIII. Sowjetkongress im Dezember 1920, kurz vor Einführung der NÖP, als er den so genannten Elektrifizierungsplan, d. h. den GOELRO-Plan, begründete. Auf Grund dessen behaupten manche Genossen, dass die in diesem Zitat enthaltenen Leitsätze auf die gegenwärtige Situation nicht mehr anwendbar seien. Warum eigentlich? Weil, so sagen sie, seitdem viel Wasser ins Meer geflossen ist. Es stimmt natürlich, dass seitdem viel Wasser ins Meer geflossen ist. Wir haben jetzt eine entwickelte sozialistische Industrie, wir haben Kollektivwirtschaften als Massenerscheinung, wir haben alte und neue Sowjetwirtschaften, wir haben ein dichtes Netz gefestigter Genossenschaftsorganisationen, wir haben Maschinenausleihstationen, die für die Bauernwirtschaften arbeiten, wir wenden jetzt die Methode der Kontrahierung an, als eine neue Form des Zusammenschlusses, und wir können alle diese und eine Reihe weiterer Hebel in Bewegungssetzen, um die Landwirtschaft allmählich auf die Grundlage der modernen Technik überzuleiten. Das alles ist richtig. Aber richtig ist auch, dass wir trotz alledem immer noch ein kleinbäuerliches Land bleiben, in dem die Kleinproduktion überwiegt. Das aber ist das Wesentliche. Und solange dieses Wesentliche bestehen bleibt, behält auch Lenins These ihre Gültigkeit, dass, „solange wir in einem kleinbäuerlichen Lande leben, für den Kapitalismus in Rußland eine festere ökonomische Basis besteht als für den Kommunismus“, dass also die Gefahr der Restauration des Kapitalismus keine leere Phrase ist.
Dasselbe sagt Lenin, nur in schärferer Form, auch in seinem Plan für die Broschüre „Über die Naturalsteuer“, der von ihm bereits nach der Einführung der NÖP (März-April 1921) geschrieben wurde:

„Wenn Elektrifizierung in 10-20 Jahren, dann ist der Individualismus des kleinen Landwirts und sein freier Handel im lokalen Umsatz nicht im Geringsten gefährlich. Wenn keine Elektrifizierung, dann ist sowieso die Rückkehr zum Kapitalismus unvermeidlich.“

Und weiter an der gleichen Stelle:

„10-20 Jahre richtiger Beziehungen zur Bauernschaft, und der Sieg ist im Weltmaßstab (sogar bei einer Verzögerung der proletarischen Revolutionen, die anwachsen) gesichert, sonst 20-40 Jahre Qualen weißgardistischen Terrors.“ (4. Ausgabe, Bd. 32, S. 302/303, russ.)

So scharf stellt Lenin die Frage: entweder Elektrifizierung, das heißt Überleitung der „Wirtschaft des Landes, auch der Landwirtschaft, auf eine neue technische Grundlage, auf die technische Grundlage der modernen Großproduktion“, oder Rückkehr zum Kapitalismus.
So fasst Lenin die Frage der „richtigen Beziehungen zur Bauernschaft“ auf.
Es geht hier nicht darum, den Bauern zu hätscheln und darin die Herstellung richtiger Beziehungen zu ihm zu erblicken, denn damit kommt man nicht weit, sondern darum, dem Bauern zu helfen, seine Wirtschaft „auf eine neue technische Grundlage, auf die technische Grundlage der modernen Großproduktion“ überzuleiten, denn das ist der grundlegende Weg zur Rettung der Bauernschaft aus dem Elend.
Die Überleitung der Wirtschaft des Landes auf eine neue technische Grundlage aber ist unmöglich ohne ein schnelles Entwicklungstempo unserer Industrie und vor allem der Produktion von Produktionsmitteln.
So ist es um die inneren Bedingungen bestellt, die uns ein schnelles Entwicklungstempo der Industrie diktieren.
Das sind die Bedingungen äußeren und inneren Charakters, auf denen die Angespanntheit der Kontrollzahlen unserer Volkswirtschaft beruht.
Das ist der Grund, weshalb unsere Wirtschaftspläne, sowohl der Staatshaushaltplan als auch die anderen Pläne, bei uns im Zeichen der Angespanntheit stehen, im Zeichen bedeutender Investitionen, die für die Neubauten bestimmt sind und den Zweck haben, das schnelle Entwicklungstempo der Industrie aufrechtzuerhalten.
Man könnte fragen, wo, an welcher Stelle der Thesen wird denn das gesagt? (Zwischenruf: „Ja, wo wird das gesagt?“) Davon spricht in den Thesen die für das Jahr 1928/29 vorgesehene Summe der Investitionen für Neubauten in der Industrie. Diese unsere Thesen heißen doch Thesen über die Kontrollzahlen. So ist es doch wohl, Genossen? (Zwischenruf: „Ja.“) Und in diesen Thesen heißt es, dass wir im Jahre 1928/29 für Neubauten in der Industrie 1650 Millionen Rubel investieren. Mit anderen Worten: Wir investieren in diesem Jahr in der Industrie um 330 Millionen Rubel mehr als im vergangenen Jahr.
Es ergibt sich somit, dass wir nicht nur das Entwicklungstempo der Industrie aufrechterhalten, sondern noch einen Schritt weitergehen, indem wir in der Industrie mehr investieren als im vergangenen Jahr, das heißt die Neubautätigkeit in der Industrie sowohl absolut als auch relativ steigern.
Das ist der Kernpunkt der Thesen über die Kontrollzahlen der Volkswirtschaft. Manche Genossen aber haben das Allerwesentlichste nicht erkannt. Sie haben an den Thesen über die Kontrollzahlen herumkritisiert und sind dabei nur an Kleinigkeiten haften geblieben, das Wichtigste aber haben sie nicht bemerkt.

II
DAS GETREIDEPROBLEM

Ich habe bisher über die erste in den Thesen behandelte grundlegende Frage, über das Entwicklungstempo der Industrie, gesprochen. Gehen wir nun zu der zweiten grundlegenden Frage, zum Getreideproblem, über. Ein charakteristischer Zug der Thesen ist es, dass in ihnen besonderes Gewicht gelegt wird auf das Problem der Entwicklung der Landwirtschaft überhaupt und der Getreidewirtschaft im Besonderen. Ist diese Linie der Thesen richtig? Ich glaube, sie ist richtig. Schon au£ dem Juliplenum wurde gesagt, dass der schwächste Punkt in der Entwicklung unserer Volkswirtschaft die übermäßige Rückständigkeit der Landwirtschaft überhaupt und der Getreidewirtschaft im besonderen ist.
Wenn man darüber spricht, dass bei uns die Landwirtschaft hinter der Industrie zurückbleibt und über diese Tatsache klagt, so ist das natürlich nicht ernst zu nehmen. Die Landwirtschaft ist immer hinter der Industrie zurückgeblieben und wird immer zurückbleiben. Das trifft besonders zu unter unseren Verhältnissen, wo die Industrie in höchstem Grade konzentriert,

die Landwirtschaft aber in höchstem Grade zersplittert ist. Natürlich wird die vereinigte Industrie sich schneller entwickeln als die zersplitterte Landwirtschaft. Daraus ergibt sich ja unter anderem die führende Rolle der Industrie gegenüber der Landwirtschaft. Deshalb gibt das übliche Zurückbleiben der Landwirtschaft hinter der Industrie noch keine Veranlassung dafür, das Getreideproblem aufzurollen.

Das Problem der Landwirtschaft und namentlich der Getreidewirtschaft taucht erst dann auf, wenn aus dem üblichen Zurückbleiben der Landwirtschaft hinter der Industrie ein übermäßiges Zurückbleiben ihres Entwicklungstempos wird. Ein charakteristischer Zug des gegenwärtigen Zustands der Volkswirtschaft ist die Tatsache, dass das Entwicklungstempo der Getreidewirtschaft hinter dem Entwicklungstempo der Industrie übermäßig zurückbleibt, während die Nachfrage der wachsenden Städte und Industriezentren nach Warengetreide kolossal zunimmt. Dabei besteht unsere Aufgabe nicht darin, das Entwicklungstempo der Industrie zu verlangsamen und dem Entwicklungsniveau der Getreidewirtschaft anzupassen (dies würde nur alles verwirren und eine rückläufige Entwicklung bedeuten), sondern darin, die Entwicklung der Getreidewirtschaft dem Entwicklungstempo der Industrie anzupassen und das Entwicklungstempo der Getreidewirtschaft derart zu beschleunigen, dass eine rasche Vorwärtsentwicklung der gesamten Volkswirtschaft, sowohl der Industrie als auch der Landwirtschaft, gewährleistet wird.

Entweder lösen wir diese Aufgabe, womit auch das Getreideproblem gelöst sein wird, oder wir lösen sie nicht, und dann ist der Bruch zwischen der sozialistischen Stadt und dem kleinbäuerlichen Dorf unvermeidlich.

So ist es bei uns um die Frage bestellt, Genossen. Das ist das Wesen des Getreideproblems.

Heißt das nicht, dass wir es jetzt mit einer „Stagnation“ in der Entwicklung der Getreidewirtschaft oder gar mit ihrer „Degradation“ zu tun haben? Gerade in diesem Sinne stellt Frumkin die Frage in seinem zweiten Brief, den wir heute auf sein Verlangen den Mitgliedern des ZK und der ZKK zugestellt haben. In diesem Brief sagt er direkt, dass wir in der Landwirtschaft eine „Stagnation“ haben. „Wir können und sollen in der Presse“, schreibt er, „nicht von einer Degradation sprechen, aber innerhalb der Partei dürfen wir nicht verbergen, dass dieses Zurückbleiben gleichbedeutend ist mit einer Degradation.“

Ist diese Behauptung Frumkins richtig? Natürlich ist sie nicht richtig! Wir Mitglieder des Politbüros sind absolut nicht einverstanden mit dieser Behauptung, und eine solche Beleuchtung der Frage des Zustands der Getreidewirtschaft widerspricht von Grund aus den Thesen des Politbüros.

In der Tat, was heißt Degradation, und worin muss sie in der Landwirtschaft zum Ausdruck kommen? Sie muss offenbar darin zum Ausdruck kommen, dass die Landwirtschaft eine rückläufige, eine abwärts gehende Entwicklung durchmacht, eine Entwicklung von neuen Formen der Wirtschaftsführung zurück zu alten, mittelalterlichen Formen. Sie muss zum Ausdruck kommen im Übergang der Bauernschaft, sagen wir, von der Dreifelderwirtschaft zur Brachfeldwirtschaft, vom eisernen Pflug und von Maschinen zum Hakenpflug, von gereinigtem und reinsortigem Saatgut zu ungereinigtem und gewöhnlichem Saatgut, von der modernen Kultur des Ackerbaus zu einer niedrigeren Kultur usw. usf. Aber beobachten wir denn jetzt derartige Erscheinungen? Ist es denn nicht allgemein bekannt, dass Zehntausende und Hunderttausende Bauerngehöfte alljährlich von der Dreifelderwirtschaft zur Vier- und Mehrfelderwirtschaft, von gewöhnlichem Saatgut zu reinsortigem Saatgut, vom Hakenpflug zum eisernen Pflug und zu Maschinen, von einer niedrigeren Kultur des Ackerbaus zu einer höheren übergehen? Wo ist denn hier eine Degradation?

Frumkin hängt sich überhaupt gern zur Begründung seines Standpunkts an die Rockschöße dieser oder jener Mitglieder des Politbüros. Es ist durchaus möglich, dass er auch diesmal versuchen wird, sich an die Rockschöße Bucharins zu hängen und zu beweisen, dass Bucharin in seinem Artikel „Notizen eines Ökonomen“ „dasselbe“ sagt. Aber Bucharin sagt bei weitem nicht „dasselbe“. Bucharin stellte in seinem Artikel die abstrakte, theoretische Frage nach der

Möglichkeit oder der Gefahr einer Degradation. Abstrakt gesprochen, ist eine solche Fragestellung durchaus möglich und berechtigt. Was aber macht Frumkin? Er macht aus der abstrakten Frage nach der Möglichkeit einer Degradation eine tatsächliche Degradation der Landwirtschaft. Und das heißt bei ihm Analyse des Zustands der Getreidewirtschaft! Ist das nicht lächerlich, Genossen?
Das wäre eine schöne Sowjetmacht, die im elften Jahr ihres Bestehens die Landwirtschaft in einen Zustand der Degradation brächte! Eine solche Macht müsste man ja davonjagen, statt sie zu unterstützen. Und die Arbeiter hätten eine solche Macht schon längst davongejagt, wenn sie die Landwirtschaft wirklich in einen Zustand der Degradation gebracht hätte. Dies Liedchen von einer Degradation singen uns allerlei bürgerliche Spezialisten vor, die von einer Degradation der Landwirtschaft träumen. Dies Liedchen von einer Degradation sang uns auch Trotzki eine Zeitlang vor. Ich hätte nicht erwartet, dass Frumkin diesen zweifelhaften Weg betritt.
Worauf gründet Frumkin seine Behauptung von der Degradation? Vor allein darauf, dass die Getreideanbaufläche bei uns in diesem Jahr kleiner ist als im vorigen Jahr. Woraus ist diese Tatsache zu erklären? Vielleicht aus der Politik der Sowjetmacht? Natürlich nicht. Das erklärt sich daraus, dass die Wintersaat im Steppengebiet der Ukraine und teilweise auch im Nordkaukasus zugrunde ging und dass das gleiche Gebiet der Ukraine im Sommer dieses Jahres von einer Dürre heimgesucht wurde. Wären diese ungünstigen klimatischen Bedingungen, von denen die Landwirtschaft voll und ganz abhängig ist, nicht gewesen, dann hätten wir in diesem Jahr eine um mindestens eine Million Deßjatinen größere Getreideanbaufläche als im vergangenen Jahr.
Er gründet seine Behauptung weiter darauf, dass unsere Bruttoproduktion an Getreide in diesem Jahr nur wenig größer ist als im vergangenen Jahr (um 70 Millionen Pud), während sie bei Weizen und Roggen uni etwa 200 Millionen Pud geringer ist. Woraus aber erklärt sich das alles? Aus den gleichen Erscheinungen, nämlich dass eine Dürre zu verzeichnen war und dass die Wintersaat durch Frühfrost zugrunde ging. Wären diese ungünstigen klimatischen Bedingungen nicht gewesen, so wäre unsere Bruttoproduktion an Getreide in diesem Jahr um etwa 300 Millionen Pud größer als im vergangenen Jahr. Wie kann man von solchen Faktoren absehen wie Dürre, Frühfrost usw., die für die Ernte dieser oder jener Gebiete von entscheidender Bedeutung sind?
Wir stellen uns jetzt die Aufgabe, die Anbaufläche um 7 Prozent zu erweitern, die Ernteerträge um 3 Prozent zu steigern und die Bruttoproduktion an Getreide um etwa 10 Prozent zu erhöhen. Es kann keinen Zweifel geben, dass wir alle Maßnahmen treffen werden, um diese Aufgaben zu erfüllen. Aber es ist nicht ausgeschlossen, dass wir trotz unserer Maßnahmen erneut von einer teilweisen Missernte, von Frühfrost oder Dürre in diesen oder jenen Gebieten betroffen werden, und es ist möglich, dass diese Umstände zu einem gewissen Zurückbleiben der Bruttoproduktion an Getreide hinter unseren Plänen oder sogar hinter der Bruttoproduktion dieses Jahres führen werden. Würde das aber bedeuten, dass die Landwirtschaft „degradiert", dass an dieser „Degradation" die Politik der Sowjetmacht schuld ist, dass wir den Bauern des wirtschaftlichen Ansporns „beraubt", dass wir ihm die wirtschaftliche Perspektive „genommen" haben?
Vor einigen Jahren verfiel Trotzki in den gleichen Fehler, als er behauptete, der „Regen" habe keine Bedeutung für die Landwirtschaft. Rykow nahm, unterstützt von der gewaltigen Mehrheit der Mitglieder des ZK, dagegen Stellung. Jetzt verfällt Frumkin in den gleichen Fehler, indem er von den Bedingungen des Klimas, die für die Landwirtschaft von entscheidender Bedeutung sind, absieht und alles auf die Politik unserer Partei zu schieben sucht.
Welche Mittel und Wege gibt es, um das Entwicklungstempo der Landwirtschaft im Allgemeinen und der Getreidewirtschaft im Besonderen zu beschleunigen?
Es gibt drei solcher Wege oder Kanäle:

a) Steigerung der Ertragsfähigkeit und Erweiterung der Anbauflächen der individuellen Wirtschaften der armen Bauern und der Mittelbauern;
b) weitere Entwicklung der Kollektivwirtschaften;
c) Erweiterung der alten und Entwicklung neuer Sowjetwirtschaften.
Davon war schon in der Resolution des Juliplenums die Rede. In den Thesen wird das auf dem Juliplenum Gesagte wiederholt, aber die Frage wird konkreter gestellt und in Ziffern ausgedrückt, indem bestimmte Investitionen hierfür angeführt werden. Frumkin fand auch hier Anlass zum Nörgeln. Er glaubt, wenn die individuelle Wirtschaft an die erste Stelle gesetzt wird, die Kollektivwirtschaften und die Sowjetwirtschaften aber an die zweite und dritte Stelle gesetzt werden, so bedeute dies nichts anderes als einen Sieg seines Standpunkts. Das ist lächerlich, Genossen. Natürlich muss man, wenn man an die Sache vom Standpunkt der relativen Bedeutung dieser oder jener Formen der Landwirtschaft herangeht, die individuelle Wirtschaft an die erste Stelle setzen, denn sie liefert fast sechsmal soviel Warengetreide wie die Kollektiv- und Sowjetwirtschaften. Wenn man aber an die Sache vom Standpunkt des Wirtschaftstyps herangeht, von dem Standpunkt, welche Wirtschaftsform uns am nächsten steht, so muss man die Kollektiv- und Sowjetwirtschaften an die erste Stelle setzen, weil sie, verglichen mit der individuellen Bauernwirtschaft, einen höheren Typ des landwirtschaftlichen Betriebs darstellen. Muss wirklich noch bewiesen werden, dass beide Standpunkte für uns gleich annehmbar sind?
Was ist erforderlich, damit unsere Arbeit in allen diesen drei Kanälen vonstatten geht, damit praktisch eine Beschleunigung des Entwicklungstempos der Landwirtschaft und vor allem der Getreidewirtschaft erzielt wird?
Dazu ist vor allem notwendig, die Aufmerksamkeit unserer Parteikader auf die Landwirtschaft zu lenken und sie auf die konkreten Fragen des Getreideproblems zu konzentrieren. Man muss Schluss machen mit den allgemeinen Phrasen und dem Geschwätz über die Landwirtschaft irrt allgemeinen und endlich, entsprechend den verschiedenartigen Bedingungen der verschiedenen Gebiete, an die Ausarbeitung praktischer Maßnahmen zur Hebung der Getreidewirtschaft schreiten. Es ist Zeit, von Worten zur Tat überzugehen und sich endlich mit der konkreten Frage zu beschäftigen, wie die Ertragsfähigkeit zu steigern und die Anbauflächen der individuellen Wirtschaften der armen Bauern und der Mittelbauern zu erweitern, wie die Kollektiv- und Sowjetwirtschaften zu verbessern und weiterzuentwickeln sind, wie die Unterstützung der Bauern durch die Kollektiv- und Sowjetwirtschaften auf der Linie der Versorgung der Bauern mit besserem Saatgut, besserem Zuchtvieh zu organisieren ist, wie die Unterstützung der Bauern mit Maschinen und sonstigen Geräten durch die Ausleihstationen zu organisieren ist, wie das System der Kontrahierung und das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen überhaupt erweitert und verbessert werden kann usw. usf. (Zwischenruf : „Das ist Praktizismus.“) Einen solchen Praktizismus brauchen wir unbedingt, denn ohne ihn laufen wir Gefahr, die ernste Frage der Lösung des Getreideproblems in leerem Geschwätz über die Landwirtschaft im Allgemeinen untergehen zu lassen.
Das ZK hat es sich zur Aufgabe gemacht, in die Wege zu leiten, dass unsere führenden Funktionäre aus den Hauptgetreidegebieten im Rat der Volkskommissare und im Politbüro konkrete Berichte über Fragen der Entwicklung der Landwirtschaft erstatten. Auf diesem Plenum werden Sie einen Bericht des Genossen Andrejew über die Wege zur Lösung des Getreideproblems im Nordkaukasus hören. Ich glaube, es wird in Zukunft notwendig sein, dass wir uns ähnliche Berichte der Reihe nach von der Ukraine, dem Zentralen Schwarzerdegebiet, dem Wolgagebiet, Sibirien usw. erstatten lassen. Das ist unbedingt notwendig, um die Aufmerksamkeit der Partei auf das Getreideproblem zu lenken und unsere Parteikader endlich zu einer konkreten Behandlung der mit dem Getreideproblem zusammenhängenden Fragen zu veranlassen.

Es ist zweitens notwendig, zu erreichen, dass unsere Parteifunktionäre auf dem Lande in ihrer praktischen Arbeit zwischen Mittelbauern und Kulaken streng unterscheiden, sie nicht auf die gleiche Stufe stellen und nicht den Mittelbauern treffen, wo es gilt, den Kulaken zu schlagen. Es ist höchste Zeit, diese, mit Verlaub zu sagen, Fehler zu beseitigen. Nehmen wir zum Beispiel die Frage der individuellen Besteuerung. Wir haben einen Beschluss des Politbüros und ein entsprechendes Gesetz, dass höchstens 2-3 Prozent aller Höfe, das heißt der reichste Teil des Kulakentums, mit der individuellen Steuer zu belegen sind. Was aber geschieht in Wirklichkeit? Es gibt eine ganze Reihe von Gebieten, in denen 10, 12, ja noch mehr Prozent mit dieser Steuer belegt werden, wodurch also auch der mittelbäuerliche Teil getroffen wird. Ist es nicht an der Zeit, diesem Verbrechen ein Ende zu machen?
Anstatt nun aber konkrete Maßnahmen zur Liquidierung dieser und ähnlicher Schändlichkeiten vorzuschlagen, betreiben unsere werten „Kritiker“ Wortklauberei und schlagen vor, die Worte „der reichste Teil der Kulaken“ durch die Worte „der mächtigste Teil der Kulaken“ oder „die oberste Spitze der Kulaken“ zu ersetzen. Als ob das nicht ein und dasselbe wäre! Es ist erwiesen, dass es bei uns etwa 5 Prozent Kulaken gibt. Es ist erwiesen, dass nach dem Gesetz nur 2-3 Prozent aller Höfe, das heißt der reichste Teil der Kulaken, mit der individuellen Steuer zu belegen sind. Es ist erwiesen, dass dieses Gesetz in der Praxis in einer ganzen Reihe von Bezirken verletzt wird. Die „Kritiker“ aber, anstatt konkrete Maßnahmen zur Liquidierung dieser Erscheinungen vorzuschlagen, ergehen sich in einer Kritik an Worten und wollen nicht begreifen, dass sich die Sache dadurch nicht um ein Jota ändert. Die reinsten Buchstabengelehrten! (Zwischenruf: „Es wird vorgeschlagen, alle Kulaken individuell zu besteuern.“) Nun, dann muss man die Aufhebung des Gesetzes verlangen, wonach nur 2-3 Prozent aller Höfe mit der individuellen Steuer zu belegen sind. Indes habe ich nicht gehört, dass jemand die Aufhebung des Gesetzes über die individuelle Besteuerung verlangt hätte. Man sagt, die willkürliche Ausdehnung der individuellen Besteuerung solle der Auffüllung des lokalen Haushalts dienen. Man darf aber den lokalen Hauhalt nicht in der Weise auffüllen, dass man das Gesetz verletzt, dass man die Direktive der Partei verletzt. Unsere Partei ist da, sie ist keineswegs liquidiert. Die Sowjetmacht ist da, sie ist keineswegs liquidiert. Und wenn es an Mitteln für den lokalen Haushalt mangelt, muss man die Frage des lokalen Haushalts aufwerfen, keineswegs aber darf man die Gesetze verletzen, die Weisungen der Partei aufheben.
Es ist ferner notwendig, den individuellen Wirtschaften der armen Bauern und der Mittelbauern einen stärkeren Ansporn zu geben. Zweifellos wird die bereits durchgeführte Erhöhung der Getreidepreise, die praktische Verwirklichung der revolutionären Gesetzlichkeit, die praktische Unterstützung der Wirtschaften der armen Bauern und der Mittelbauern auf dem Wege der Kontrahierung usw. dem Bauern einen starken wirtschaftlichen Ansporn geben. Frumkin meint, wir hätten dem Bauern diesen Ansporn genommen oder fast genommen, wir hätten ihn der wirtschaftlichen Perspektive beraubt. Das ist natürlich Unsinn. Wenn das richtig wäre, dann ist unverständlich, worauf sich eigentlich der Zusammenschluss, das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Hauptmassen der Bauernschaft gründet? Man darf doch nicht glauben, dass dieses Bündnis ein moralisches Bündnis ist. Man muss doch endlich begreifen, dass das Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft ein Zweckbündnis ist, ein Interessenbündnis zweier Klassen, ein Klassenbündnis der Arbeiter und der Hauptmassen der Bauernschaft, das beiden Seiten Nutzen bringen soll. Wenn wir der Bauernschaft den wirtschaftlichen Ansporn genommen oder fast genommen hätten, wenn wir die Bauern der wirtschaftlichen Perspektive beraubt hätten, dann gäbe es bei uns natürlich keinen Zusammenschluss, dann gäbe es kein Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft. Offenbar kann es sich hier nicht darum handeln, für die Massen der armen Bauern und der Mittelbauern einen wirtschaftlichen Ansporn zu „schaffen“ oder ihnen einen solchen Ansporn zu „geben“, sondern nur darum, diesen Ansporn zum beiderseitigen Nutzen für die

Arbeiterklasse und die Hauptmassen der Bauernschaft zu verstärken und weiter zu fördern. Eben davon ist in den Thesen über die Kontrollzahlen der Volkswirtschaft die Rede.
Schließlich ist es notwendig, die Versorgung des Dorfes mit Waren zu verstärken. Ich denke dabei sowohl an Waren für die Konsumtion als auch besonders an Waren für die Produktion (Maschinen, Kunstdünger usw.), die die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte steigern können. Man kann nicht sagen, dass bei uns auf diesem Gebiet alles zum Besten bestellt sei. Sie wissen, dass die Erscheinungen des Warenhungers bei uns noch lange nicht liquidiert sind und wohl auch nicht so rasch liquidiert sein werden. In gewissen Kreisen unserer Partei besteht die Illusion, dass wir den Warenhunger sofort liquidieren könnten. Das ist leider nicht richtig. Man darf nicht außer acht lassen, dass die Erscheinungen des Warenhungers zusammenhängen erstens mit dem wachsenden Wohlstand der Arbeiter und Bauern und der kolossalen Zunahme der zahlungsfähigen Nachfrage nach Waren, deren Produktion zwar jedes Jahr wächst, aber nicht die ganze Nachfrage befriedigen kann, und zweitens mit der gegenwärtigen Periode der Rekonstruktion der Industrie.
Die Rekonstruktion der Industrie bedeutet die Überleitung von Mitteln aus der Sphäre der Produktion von Konsumtionsmitteln in die Sphäre der Produktion von Produktionsmitteln. Ohne dies gibt es, namentlich unter unseren, sowjetischen Verhältnissen, keine ernstliche Rekonstruktion der Industrie und kann es sie nicht geben. Was heißt das aber? Das heißt, dass Gelder für die Errichtung neuer Betriebe investiert werden, dass die Zahl der Städte und der neuen Verbraucher wächst, während die neuen Betriebe erst nach 3-4 Jahren neue Warenmengen liefern können. Es ist leicht zu begreifen, dass dieser Umstand der Liquidierung des Warenhungers nicht förderlich sein kann.
Heißt das nun, dass wir die Hände in den Schoß legen und uns gegenüber den Erscheinungen des Warenhungers als ohnmächtig bekennen sollen? Nein, das heißt es nicht. Die Sache ist die, dass wir konkrete Maßnahmen ergreifen können und müssen, um den Warenhunger zu vermindern, um ihn zu mildern. Das kann man tun, und das müssen wir sofort tun. Daher muss man alles daransetzen, die Industriezweige zu stärken, von denen die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion unmittelbar abhängt (Stalingrader Traktorenwerk, Rostower Werk für den Bau landwirtschaftlicher Maschinen, Woronesher Trieurwerk usw. usf.). Dazu müssen fernerhin die Industriezweige nach Möglichkeit gestärkt werden, von denen die Vergrößerung der Warenmengen abhängt, die Mangelwaren darstellen (Tuch, Glas, Nägel usw.). Usw. usf...
Kubjak sagte, nach den Kontrollzahlen der Volkswirtschaft würden der individuellen Bauernwirtschaft in diesem Jahr weniger Mittel zur Verfügung gestellt als im vergangenen Jahr. Ich glaube, das stimmt nicht. Kubjak lässt offenbar außer acht, dass wir den Bauern auf dem Wege der Kontrahierung in diesem Jahr etwa 300 Millionen Rubel Kredit gewähren (fast um 100 Millionen mehr als im vergangenen Jahr). Wenn man diesen Umstand in Betracht zieht - und man muss ihn in Betracht ziehen -, dann zeigt sich, dass wir in diesem Jahr für die Entwicklung der individuellen Bauernwirtschaft mehr aufwenden als im vergangenen Jahr. Was die alten und die neuen Sowjet- und Kollektivwirtschaften betrifft, so werden hierfür in diesem Jahr rund 300 Millionen Rubel investiert (etwa um 150 Millionen mehr als im vergangenen Jahr).
Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Kollektivwirtschaften, die Sowjetwirtschaften und die Methode der Kontrahierung. Sie dürfen nicht allein als Mittel zur Vergrößerung unserer Reserven an Warengetreide betrachtet werden. Sie sind zugleich eine neue Form des Zusammenschlusses zwischen der Arbeiterklasse und den Hauptmassen der Bauernschaft.
Über die Methode der Kontrahierung ist bei uns schon genügend gesprochen worden, und ich werde nicht ausführlich darauf eingehen. Es ist einem jeden klar, dass die Methode der massenweisen Kontrahierung es uns erleichtert, die Bemühungen der individuellen Bauernwirtschaften zu vereinigen, dass sie ein Element der Beständigkeit in die Beziehungen

zwischen Staat und Bauernschaft hineinträgt und somit den Zusammenschluss zwischen Stadt und Land festigt.
Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die Kollektivwirtschaften und besonders auf die Sowjetwirtschaften lenken als auf Hebel, die die Umgestaltung der Landwirtschaft auf der Grundlage der modernen Technik erleichtern, in den Köpfen der Bauern eine Revolution bewirken und ihnen helfen, sich vom Konservatismus und vom Festhalten am Gewohnten zu befreien. Der Einsatz von Traktoren, großen landwirtschaftlichen Maschinen und Traktorenkolonnen in unseren Getreidegebieten kann für die benachbarten Bauernwirtschaften nicht ohne Wirkung bleiben. Die Unterstützung der benachbarten Bauern mit Saatgut, Maschinen und Traktoren wird die Bauernschaft zweifellos zu schätzen wissen und als ein Zeichen der Stärke und der Macht des Sowjetstaates werten, der bemüht ist, der Bauernschaft die Bahn frei zu machen für eine ernstliche Hebung der Landwirtschaft. Diesen Umstand haben wir bisher nicht in Betracht gezogen und ziehen wir wohl auch jetzt noch nicht genügend in Betracht. Ich glaube aber, dass dies das Wichtigste ist, was uns die Kollektiv- und Sowjetwirtschaften gegenwärtig zur Lösung des Getreideproblems und zur Festigung des Zusammenschlusses in seinen neuen Formen bieten und bieten können.
Das sind im Allgemeinen die Mittel und Wege, die wir in unserer Arbeit zur Lösung des Getreideproblems ausnutzen müssen.

III
ÜBER DEN KAMPF GEGEN DIE ABWEICHUNGEN UND DAS VERSÖHNLERTUM IHNEN GEGENÜBER

Gehen wir nun zur dritten grundlegenden Frage unserer Thesen über, zur Frage der Abweichungen von der leninistischen Linie.
Die soziale Basis der Abweichungen ist in der Tatsache zu suchen, dass in unserem Lande die Kleinproduktion vorherrscht, dass aus der Kleinproduktion kapitalistische Elemente hervor wachsen, dass unsere Partei vom kleinbürgerlichen Element umgeben ist, und schließlich, dass einzelne Glieder unserer Partei von diesem Element angesteckt sind.
Das ist im Grunde genommen die soziale Basis der Abweichungen. Alle diese Abweichungen tragen kleinbürgerlichen Charakter. Worauf läuft die rechte Abweichung hinaus, von der hier hauptsächlich die Rede ist? Worauf zielt sie ab? Sie zielt auf die Anpassung an die bürgerliche Ideologie ab, auf die Anpassung unserer Politik an den Geschmack und die Bedürfnisse der „Sowjet“bourgeoisie.
Was droht uns, wenn die rechte Abweichung in unserer Partei den Sieg davonträgt? Das wäre der ideologische Zusammenbruch unserer Partei, die Entfesselung der kapitalistischen Elemente, das Steigen der Chancen für eine Restauration des Kapitalismus oder, wie Lenin sagte, für eine „Rückkehr zum Kapitalismus“, Wo sind die Tendenzen zur rechten Abweichung hauptsächlich anzutreffen? In unserem Sowjet-, Wirtschafts-, Genossenschafts- und Gewerkschaftsapparat und auch im Apparat der Partei, namentlich in ihren Grundeinheiten im Dorf.
Gibt es bei uns unter den Parteimitgliedern Leute, die die rechte Abweichung verkörpern? Unbedingt, die gibt es. Rykow hat das Beispiel Schatunowskis angeführt, der sich gegen den Bau des Dnjepr-Kraftwerks aussprach. Es kann keinen Zweifel geben, dass bei Schatunowski eine rechte Abweichung zutage getreten ist, eine Abweichung zum offenen Opportunismus. Dennoch glaube ich, dass Schatunowski nicht typisch ist für die Charakterisierung der rechten Abweichung, für die Charakterisierung ihrer Physiognomie. Ich glaube, dass hier die Palme des Sieges Frumkin gebührt. (Heiterkeit.) Ich denke an seinen ersten Brief (Juni 1928) und dann an seinen zweiten Brief, der hier den Mitgliedern des ZK und der ZKK ausgehändigt wurde (November 1928).

Untersuchen wir diese beiden Briefe. Nehmen wir die „grundlegenden Sätze“ des ersten Briefes.

1. *„Das Dorf ist, mit Ausnahme eines kleinen Teils der Dorfarmut, gegen uns eingestellt.“* Stimmt das? Es ist klar, dass das nicht stimmt. Wenn das stimmte, dann wäre bei uns nicht einmal die Spur eines Zusammenschlusses geblieben. Seit dem Monat Juni aber (der Brief ist im Juni geschrieben) ist schon fast ein halbes Jahr vergangen, und jeder, der nicht blind ist, sieht, dass der Zusammenschluss der Arbeiterklasse und der Hauptmassen der Bauernschaft fortbesteht und erstarkt. Wozu schreibt Frumkin diese Ungereimtheit? Um die Partei zu schrecken und sie nachgiebig zu machen gegenüber der rechten Abweichung.

2. *„Die in der letzten Zeit eingeschlagene Linie hat die Hauptmassen der Mittelbauern in eine hoffnungslose und perspektivelose Lage versetzt.“* Ist das richtig? Das ist völlig falsch. Es ist klar, dass der Mittelbauer, wäre die wirtschaftliche Lage der Hauptmassen der Mittelbauern im Frühjahr dieses Jahres hoffnungslos und perspektivlos gewesen, den Acker für die Sommersaat nicht in allen wichtigen Getreidegebieten erweitert hätte. Bei uns wird die Sommeraussaat gewöhnlich im April-Mai durchgeführt. Frumkins Brief aber wurde im Juni geschrieben. Wer ist bei uns, unter der Sowjetmacht, der Hauptabnehmer des Getreides? Der Staat und die mit ihm verbundenen Genossenschaften. Es ist klar, dass die mittelbäuerlichen Massen, litten sie an wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit, befänden sie sich in einem Zustand der „Entzweiung“ mit der Sowjetmacht, den Acker für die Sommersaat nicht dem Staat zuliebe, der der Hauptabnehmer des Getreides ist, erweitern würden. Frumkin redet eine offenkundige Ungereimtheit. Auch hier versucht Frumkin, die Partei zu schrecken mit den „Gräueln“ der Perspektivlosigkeit, um sie nachgiebig zu machen gegenüber seinem, Frumkins, Standpunkt.

3. *„Man muss zum XIV. und XV. Parteitag zurückkehren.“* Dass der XV. Parteitag hier völlig unpassend hinzugesetzt wird, steht außer jedem Zweifel. Der Kern der Sache ist hier nicht der XV. Parteitag, sondern die Losung: Zurück zum XIV. Parteitag; Was aber heißt das? Das heißt Verzicht auf die „Verstärkung der Offensive gegen den Kulaken“ (siehe Resolution des XV. Parteitags). Ich sage das nicht, um den XIV. Parteitag herabzusetzen. Ich sage das, weil Frumkin mit seiner Aufforderung, zum XIV. Parteitag zurückzukehren, den Schritt vorwärts leugnet, den die Partei vom XIV. zum XV. Parteitag gemacht hat, und weil er, indem er diesen Schritt vorwärts leugnet, die Partei zurückzerrt. Das Juliplenum des ZK nahm zu dieser Frage Stellung. Es erklärte in seiner Resolution geradeheraus, dass Leute, die den Beschluss des XV. Parteitags - „die Offensive gegen das Kulakentum weiterzuentwickeln“ - zu umgehen versuchen, „die bürgerlichen Tendenzen in unserem Lande zum Ausdruck bringen“. Ich sage es Frumkin offen, dass das Politbüro, als es diesen Punkt der Resolution des Juliplenums formulierte, Frumkin und seinen ersten Brief meinte.

4. *„Maximale Unterstützung der Dorfarmut, die in die Kollektive eintritt.“* Wir haben der Dorfarmut, die in die Kollektive eintritt, und sogar jener, die dies nicht tut, stets nach Maßgabe unserer Kräfte und Möglichkeiten maximale Unterstützung gewährt. Das ist nichts Neues. Das Neue, das die Beschlüsse des XV. Parteitags von denen des XIV. Parteitags unterscheidet, besteht nicht hierin, sondern darin, dass der XV. Parteitag die größtmögliche Entwicklung der Kollektivwirtschaftsbewegung als eine der wichtigsten Tagesaufgaben gestellt hat. Wenn Frumkin nun von maximaler Unterstützung der Dorfarmut, die in die Kollektive eintritt, spricht, macht er im Grunde genommen Ausflüchte, weicht er der vom XV. Parteitag gestellten Aufgabe, der größtmöglichen Entwicklung der Kollektivwirtschaftsbewegung, aus. Im Grunde genommen ist Frumkin gegen die Entfaltung der Arbeit, die der Entwicklung der Kollektivwirtschaften und damit der Stärkung des sozialistischen Sektors im Dorf gilt.

5. *„Die Erweiterung der Sowjetwirtschaften nicht in forciertem und überforciertem Tempo betreiben.“* Es kann Frumkin nicht unbekannt sein, das wir erst beginnen, an der Erweiterung der alten und der Schaffung neuer Sowjetwirtschaften ernstlich zu arbeiten. Es kann Frumkin

nicht unbekannt sein, das wir dafür viel weniger Mittel aufwenden als aufgewandt werden müssten, wenn uns hierzu irgendwelche Reserven zur Verfügung ständen. Die Worte „in forciertem und überforciertem Tempo“ werden hier angeführt, um andern einen „Schreck“ einzujagen und damit zu verbergen, dass man selbst keine auch nur einigermaßen ernstliche Erweiterung der Sowjetwirtschaften wünscht. Frumkin spricht sich hier im Grunde genommen gegen die Entwicklung der Sowjetwirtschaften und damit gegen die Stärkung des sozialistischen Sektors im Dorf aus.

Fassen Sie nun alle diese Sätze Frumkins zusammen, und Sie erhalten eine Blütenlese, die die rechte Abweichung charakterisiert.

Wenden wir uns nun Frumkins zweitem Brief zu. Worin unterscheidet sich der zweite Brief vom ersten? Darin, dass er die Fehler des ersten Briefs vertieft. Im ersten Brief wurde von einer Perspektivlosigkeit der mittelbäuerlichen Wirtschaft gesprochen. Im zweiten aber wird von einer „Degradation“ der Landwirtschaft gesprochen. Im ersten Brief wurde die Rückkehr zum XIV. Parteitag, das heißt eine Abschwächung der Offensive gegen den Kulaken, gefordert. Im zweiten Brief aber heißt es, dass „wir die Produktion der Kulakenwirtschaften nicht stören dürfen“. Im ersten Brief wurde von der Industrie überhaupt nichts gesagt. Im zweiten Brief aber wird die „neue“ Theorie entwickelt, dass für den industriellen Aufbau weniger ausgegeben werden solle. Im Übrigen gibt es zwei Punkte, in denen beide Briefe übereinstimmen: hinsichtlich der Kollektivwirtschaften und der Sowjetwirtschaften - hier wie dort spricht sich Frumkin gegen die Entwicklung der Kollektivwirtschaften und der Sowjetwirtschaften aus. Es ist klar, dass der zweite Brief die Fehler des ersten Briefs vertieft.

Über die Theorie von der „Degradation“ habe ich bereits gesprochen. Es kann keinen Zweifel geben, dass diese Theorie eine Erfindung bürgerlicher Spezialisten ist, die sich bemüßigt fühlen, von einem Untergang der Sowjetmacht zu schreien. Frumkin hat sich von den bürgerlichen Spezialisten, die im Bereich des Volkskommissariats für Finanzen untergeschlüpft sind, einschüchtern lassen, und jetzt versucht er selbst, die Partei zu schrecken, um sie nachgiebig zu machen gegenüber der rechten Abweichung. Über die Kollektiv- und Sowjetwirtschaften ist ebenfalls genügend gesprochen worden. Deshalb lohnt es sich nicht, Gesagtes zu wiederholen. Untersuchen wir die übrigen zwei Punkte: den Punkt über die Kulakenwirtschaft und den Punkt über die Investitionen für Neubauten in der Industrie.

Über die Kulakenwirtschaft. Frumkin sagt, dass „wir die Produktion der Kulakenwirtschaften nicht stören dürfen“. Was heißt das? Das heißt, dass der Kulak bei der Entwicklung seiner Ausbeuterwirtschaft nicht gestört werden soll. Was heißt aber, den Kulaken bei der Entwicklung seiner Ausbeuterwirtschaft nicht zu stören? Das heißt, den Kapitalismus im Dorf zu entfesseln, ihm freien Lauf zu lassen, ihm volle Freiheit zu geben. Damit haben wir die alte Losung der französischen Liberalen: „laissez faire, laissez passer“, das heißt, stört die Bourgeoisie nicht in ihrem Geschäft, stört sie nicht, sich frei zu bewegen.

Diese Losung stellten die alten französischen Liberalen in der Zeit der französischen bürgerlichen Revolution auf, in der Zeit des Kampfes gegen die feudale Staatsmacht, die die Bourgeoisie beengte und sie nicht zur Entwicklung kommen ließ. Demnach sollen wir jetzt von der sozialistischen Losung - „immer stärkere Einschränkung der kapitalistischen Elemente“ (siehe die Thesen über die Kontrollzahlen) übergehen zu der bürgerlich-liberalen Losung - keine Einengung der Entwicklung des Kapitalismus im Dorf. Wieso, haben wir etwa die Absicht, uns aus Bolschewiki in bürgerliche Liberale zu verwandeln? Was kann diese bürgerlich-liberale Losung Frumkins mit der Linie der Partei gemein haben?

(Frumkin: „Genosse Stalin, lesen Sie auch die anderen Punkte vor.“) Ich lese den ganzen Punkt vor. „Wir dürfen auch die Produktion der Kulakenwirtschaften nicht stören, müssen aber gleichzeitig gegen die fronherrliche Ausbeutung seitens der Kulaken kämpfen.“ Nun, verehrter Frumkin, glauben Sie wirklich, dass die zweite Hälfte des Satzes etwas an der Sache bessert und sie nicht verschlechtert? Was heißt Kampf gegen die fronherrliche Ausbeutung? Die Losung des Kampfes gegen die fronherrliche Ausbeutung ist doch eine Losung der

bürgerlichen Revolution gegen die fronherrlich-feudalen oder halbfeudalen Methoden der Ausbeutung. Wir stellten diese Losung tatsächlich auf, als wir der bürgerlichen Revolution entgegen schritten und unterschieden zwischen der fronherrlichen Form der Ausbeutung, die wir zu beseitigen bemüht waren, und der nicht fronherrlichen, der so genannten „progressiven“ Form der Ausbeutung, die wir damals nicht einschränken und beseitigen konnten, da die bürgerlichen Verhältnisse bestehen blieben. Aber damals waren wir auf dem Wege zur bürgerlich-demokratischen Republik. Jetzt jedoch haben wir, wenn ich nicht irre, die sozialistische Revolution, die Kurs hält und halten muss auf die Beseitigung aller Formen der Ausbeutung, darunter auch der „progressiven“ Formen der Ausbeutung. Wollen Sie etwa, dass wir uns von der sozialistischen Revolution, die wir entwickeln und vorwärts treiben, zurückwenden und zu den Losungen der bürgerlichen Revolution zurückkehren? Wie kann man sich zu einem solchen Unsinn versteigen?

Weiter: Was heißt, die Kulakenwirtschaft nicht stören? Das heißt, dem Kulaken Handlungsfreiheit geben. Was aber heißt, ihm Handlungsfreiheit geben? Das heißt, ihm die Macht geben. Als die bürgerlichen Liberalen in Frankreich von der feudalen Staatsmacht verlangten, dass sie die Bourgeoisie in ihrer Entwicklung nicht störe, drückten sie dies in konkreten Forderungen aus, in der Forderung, der Bourgeoisie die Macht zu übergeben. Und sie waren im Recht. Um sich richtig entwickeln zu können, muss die Bourgeoisie die Macht haben. Wenn man konsequent sein will, muss man also sagen: Lasst den Kulaken an die Macht. Denn man muss doch begreifen, dass es nicht anders sein kann, als dass man die Entwicklung der Kulakenwirtschaft einschränkt, wenn man dem Kulaken die Macht nimmt und sie in den Händen der Arbeiterklasse konzentriert. Das sind die Schlussfolgerungen, die sich beim Lesen von Frumkins zweitem Brief aufdrängen.

Über die Neubauten in der Industrie. Bei der Erörterung der Kontrollzahlen hatten wir drei Zahlen: der Oberste Volkswirtschaftsrat beantragte hierfür 825 Millionen Rubel, die Staatliche Plankommission veranschlagte 750 Millionen Rubel, das Volkskommissariat für Finanzen aber wollte nur 650 Millionen Rubel bewilligen. Welchen Beschluss fasste das ZK unserer Partei in dieser Frage? Es setzte eine Summe von 800 Millionen Rubel fest, das heißt genau um 150 Millionen Rubel mehr, als das Volkskommissariat für Finanzen vorgeschlagen hatte. Dass das Volkskommissariat für Finanzen weniger geben wollte, daran ist natürlich nichts Verwunderliches: der Geiz des Volkskommissariats für Finanzen ist allgemein bekannt, es muss geizig sein. Aber es handelt sich jetzt nicht hierum. Es handelt sich darum, dass Frumkin die Zahl von 650 Millionen Rubel nicht aus Geiz, sondern auf Grund seiner neugebackenen Theorie „von den Möglichkeiten“ verteidigt, indem er in seinem zweiten Brief und in einem besonderen Artikel im Presseorgan des Volkskommissariats für Finanzen behauptet, dass wir unsere Wirtschaftslage ganz bestimmt verschlechtern, wenn wir dem Obersten Volkswirtschaftsrat für Neubauten mehr als 650 Millionen Rubel zur Verfügung stellen. Was aber heißt das? Das heißt, dass Frumkin gegen die Beibehaltung des gegenwärtigen Entwicklungstempos der Industrie ist und offenbar nicht begreift, dass eine Verlangsamung dieses Tempos die Lage unserer gesamten Volkswirtschaft tatsächlich verschlechtern würde.

Fassen Sie nun diese beiden Punkte aus Frumkins zweitem Brief zusammen, den Punkt über die Kulakenwirtschaft und den Punkt über die Neubauten in der Industrie, fügen Sie die Theorie von der „Degradation“ hinzu - und Sie haben die Physiognomie der rechten Abweichung.

Sie wollen wissen, was die rechte Abweichung ist und wie sie aussieht? Lesen Sie die beiden Briefe Frumkins, studieren Sie diese Briefe und da werden Sie's begreifen.

So ist es um die Physiognomie der rechten Abweichung bestellt.

Aber in den Thesen wird nicht nur von der rechten Abweichung gesprochen. In ihnen wird außerdem von der so genannten „linken“ Abweichung gesprochen. Was ist die „linke“ Abweichung? Gibt es bei uns wirklich eine so genannte „linke“ Abweichung in der

Partei? Gibt es bei uns in der Partei gegen die Mittelbauernschaft gerichtete Tendenzen, wie es in unseren Thesen heißt, Tendenzen der Überindustrialisierung usw.? Ja, die gibt es. Worauf laufen sie hinaus? Sie laufen auf eine Abweichung zum Trotzkismus hinaus. Bereits das Juliplenum hat das festgestellt. Ich denke an die bekannte Resolution des Juliplenums über die Getreidebeschaffungspolitik, in der vom Kampf an zwei Fronten gesprochen wird: gegen diejenigen, die uns vom XV. Parteitag zurückzerren - das sind die Rechten -, und gegen diejenigen, die die außerordentlichen Maßnahmen zu einem ständigen Kurs der Partei machen wollen - das sind die „Linken", das ist die Tendenz zum Trotzkismus.

Es ist klar, dass es innerhalb unserer Partei Elemente des Trotzkismus und eine Tendenz zur trotzkistischen Ideologie gibt. Ich glaube, während der Diskussion vor dem XV. Parteitag haben etwa viertausend Mitglieder gegen unsere Plattform gestimmt. (Zwischenruf: „Zehntausend.") Ich glaube, wenn zehntausend dagegen gestimmt haben, so haben zweimal zehntausend mit dem Trotzkismus sympathisierende Parteimitglieder überhaupt nicht gestimmt, weil sie nicht in die Versammlungen gekommen sind. Das sind eben die trotzkistischen Elemente, die nicht aus der Partei ausgeschieden sind und die sich, wie man annehmen muss, noch nicht von der trotzkistischen Ideologie frei gemacht haben. Außerdem glaube ich, dass der Teil der Trotzkisten, der sich dann von der trotzkistischen Organisation gelöst hat und in die Partei zurückgekehrt ist, es noch nicht vermocht hat, sich von der trotzkistischen Ideologie zu trennen, und vermutlich ebenfalls nicht abgeneigt ist, seine Anschauungen unter den Parteimitgliedern zu verbreiten. Schließlich haben wir die Tatsache eines gewissen Wiederauflebens der trotzkistischen Ideologie in einigen Organisationen unserer Partei. Fassen Sie all das zusammen, und Sie haben alle Elemente, die erforderlich sind, um in der Partei eine Abweichung zum Trotzkismus konstatieren zu können.

Das ist auch begreiflich: Es kann nicht anders sein, als dass es beim Vorhandensein des kleinbürgerlichen Elements und bei dem Druck, den dieses Element auf unsere Partei ausübt, trotzkistische Tendenzen in unserer Partei gibt. Die Kader der Trotzkisten verhaften oder aus der Partei ausschließen - das ist eins. Mit der Ideologie des Trotzkismus Schluss machen - das ist etwas anderes. Das dürfte schwieriger sein. Und wir sagen: Wo es eine rechte Abweichung gibt, dort muss es auch eine „linke" Abweichung geben. Die „linke" Abweichung ist der Schatten der rechten Abweichung. Lenin sagte im Hinblick auf die Otsowisten, dass die „Linken" ebenfalls Menschewiki sind, nur umgestülpte. Das ist völlig richtig. Das gleiche gilt auch für die heutigen „Linken". Leute mit einer Abweichung zum Trotzkismus sind im Grunde genommen ebenfalls Rechte, nur umgestülpte, Rechte, die sich hinter „linken" Phrasen verbergen.

Daher der Kampf an zwei Fronten, sowohl gegen die rechte Abweichung als auch gegen die „linke" Abweichung.

Man kann sagen: Wenn die „linke" Abweichung im Grunde genommen dasselbe ist wie die opportunistische rechte Abweichung, wo ist denn dann der Unterschied zwischen ihnen und wo sind hier eigentlich zwei Fronten? In der Tat, wenn ein Sieg der Rechten die Erhöhung der Chancen für eine Restauration des Kapitalismus bedeutet, ein Sieg der „Linken" aber zu den gleichen Resultaten führt, welchen Unterschied gibt es dann zwischen ihnen, und warum nennt man die einen Rechte, die anderen „Linke"? Und wenn es einen Unterschied zwischen ihnen gibt, worin besteht er dann? Stimmt es etwa nicht, dass beide Abweichungen die gleiche soziale Wurzel haben, dass sie beide kleinbürgerliche Abweichungen sind? Stimmt es etwa nicht, dass beide Abweichungen im Falle ihres Sieges zu ein und denselben Resultaten führen? Worin besteht denn dann der Unterschied zwischen ihnen?

Der Unterschied besteht darin, dass ihre Plattformen verschieden, ihre Forderungen verschieden, ihre Wege und Methoden verschieden sind.

Wenn die Rechten zum Beispiel sagen: „Man hätte das Dnjepr-Kraftwerk nicht bauen sollen", die „Linken" aber im Gegenteil einwenden: „Was nützt uns ein Dnjepr-Kraftwerk? Gebt uns

jedes Jahr ein neues Dnjepr-Kraftwerk“ (Heiterkeit) - dann muss man zugeben, dass es offensichtlich einen Unterschied gibt.
Wenn die Rechten sagen: „Tastet den Kulaken nicht an, lasst ihn sich frei entwickeln“, die „Linken“ aber im Gegenteil einwenden: „Schlagt nicht nur den Kulaken, sondern auch den Mittelbauern, denn er ist ebenso ein Privateigentümer wie der Kulak“ - dann muss man zugeben, dass es offensichtlich einen Unterschied gibt.
Wenn die Rechten sagen: „Es sind Schwierigkeiten aufgetreten, ist es nicht an der Zeit, die Segel zu streichen“, die „Linken“ aber im Gegenteil einwenden: „Was kümmern uns die Schwierigkeiten, wir pfeifen auf eure Schwierigkeiten, wir fahren mit Volldampf voraus“ (Heiterkeit) - dann muss man zugeben, dass es offensichtlich einen Unterschied gibt.
Da haben Sie ein Bild von der spezifischen Plattform und den spezifischen Methoden der „Linken“. Daraus erklärt sich denn auch, dass es den „Linken“ zuweilen gelingt, einen Teil der Arbeiter mit Hilfe tönender „linker“ Phrasen auf ihre Seite zu locken und sich als die entschiedensten Gegner der Rechten aufzuspielen, obwohl alle Welt weiß, dass sie, die „Linken“, die gleichen sozialen Wurzeln haben wie die Rechten und dass sie nicht selten mit den Rechten ein Abkommen, einen Block schließen zum Kampf gegen die leninistische Linie.
Das ist der Grund, weshalb wir Leninisten den Kampf an zwei Fronten führen müssen - sowohl gegen die rechte Abweichung als auch gegen die „linke“ Abweichung.
Wenn aber die trotzkistische Tendenz eine „linke“ Abweichung darstellt, heißt das nicht, dass die „Linken“ weiter links stehen als der Leninismus? Nein, das heißt` es nicht. Der Leninismus ist die äußerste linke (ohne Anführungszeichen) Strömung in der internationalen Arbeiterbewegung. Wir Leninisten gehörten der II. Internationale bis zum Beginn des imperialistischen Krieges als äußerste linke Fraktion der Sozialdemokraten an. Wir blieben nicht in der II. Internationale, und wir propagierten die Spaltung in der 11. Internationale, weil wir eben als äußerste linke Fraktion nicht mit kleinbürgerlichen Verrätern des Marxismus, mit Sozialpazifisten und Sozialchauvinisten in einer Partei sein wollten.
Diese Taktik und diese Ideologie wurden später zur Grundlage der bolschewistischen Parteien der ganzen Welt. In unserer Partei sind wir Leninisten die einzigen Linken ohne Anführungszeichen. Daher sind wir Leninisten keine „Linken“ und keine Rechten in unserer eigenen Partei. Wir sind die Partei der Marxisten-Leninisten. Und wir kämpfen in unserer Partei nicht nur gegen diejenigen, die wir als offen opportunistische Abweichler bezeichnen, sondern auch gegen diejenigen, die „linker“ sein wollen als der Marxismus, „linker“ als der Leninismus und ihre rechte, opportunistische Natur hinter tönenden „linken“ Phrasen verbergen.
Ein jeder wird begreifen, dass es ironisch gemeint ist, wenn man Leute, die sich noch nicht von trotzkistischen Tendenzen befreit haben, als „Linke“ bezeichnet. Lenin nannte die „linken Kommunisten“ Linke, und zwar manchmal mit und manchmal ohne Anführungszeichen. Ein jeder wird aber begreifen, dass Lenin sie nur ironisch Linke nannte und damit unterstrich, dass sie nur in Worten, nur scheinbar Linke sind, in Wirklichkeit aber kleinbürgerliche rechte Tendenzen vertreten.
Wie kann von einer linken (ohne Anführungszeichen) Einstellung der trotzkistischen Elemente die Rede sein, wenn sie sich gestern noch mit offen opportunistischen Elementen in einem antileninistischen Block vereinigten und sich direkt und unmittelbar mit den antisowjetischen Schichten des Landes zusammenschlossen? Ist es denn nicht Tatsache, dass wir gestern noch einen offenen Block der „Linken“ und der Rechten gegen die leninistische Partei hatten und dass dieser Block ohne Zweifel von den bürgerlichen Elementen unterstützt wurde? Und ist das nicht ein Beweis dafür, dass sie, die „Linken“ und die Rechten, sich nicht in einem Block hätten vereinigen können, wenn sie nicht gemeinsame soziale Wurzeln hätten, wenn sie nicht von der gleichen opportunistischen Natur wären? Der Block der Trotzkisten ist vor einem Jahr zerfallen. Ein Teil der Rechten, wie Schatunowski, hat sich von dem Block abgekehrt. Die rechten Blockleute werden also von nun an eben als Rechte auftreten, und die

„linken“ werden ihre rechte Einstellung hinter „linken“ Phrasen verbergen. Welche Garantie gibt es aber, dass die „Linken“ und die Rechten nicht wiederum zueinander finden? (Heiterkeit.) Es ist klar, dass es hier keine Garantie gibt noch geben kann.

Wenn wir aber für die Losung des Kampfes an zwei Fronten sind, heißt das nicht, dass wir damit die Notwendigkeit des Zentrismus in unserer Partei verkünden? Was heißt Kampf an zwei Fronten? Ist das nicht Zentrismus? Sie wissen, dass die Trotzkisten die Sache gerade so hinstellen: Es gibt, so meinen sie, „Linke“, das sind „wir“, die Trotzkisten, die „wahren Leninisten“; es gibt „Rechte“, das sind alle übrigen; schließlich gibt es „Zentristen“, die zwischen den „Linken“ und den Rechten hin und her schwanken. Kann man eine solche Auffassung von unserer Partei für richtig halten? Es ist klar, dass man das nicht kann. So können nur Leute reden, bei denen sich alle Begriffe verwirrt haben und die schon längst mit dem Marxismus gebrochen haben. So können nur Leute reden, die den prinzipiellen Unterschied zwischen der sozialdemokratischen Partei der Vorkriegsperiode, die eine Partei des Blocks proletarischer und kleinbürgerlicher Interessen war, und der Kommunistischen Partei, die eine aus einem Guss geformte Partei des revolutionären Proletariats ist, nicht sehen und nicht verstehen.

Der Zentrismus darf nicht als räumlicher Begriff betrachtet werden: An einer Stelle sitzen, sagen wir, die Rechten, an einer anderen die „Linken“ und in der Mitte die Zentristen. Zentrismus ist ein politischer Begriff. Seine Ideologie ist die Ideologie der Anpassung, die Ideologie der Unterordnung der proletarischen Interessen unter die Interessen der Kleinbourgeoisie innerhalb einer gemeinsamen Partei. Diese Ideologie ist dem Leninismus fremd und widerwärtig.

Der Zentrismus ist eine für die II. Internationale der Vorkriegszeit natürliche Erscheinung. Da gab es Rechte (die Mehrheit), da gab es Linke (ohne Anführungszeichen), und da gab es Zentristen, deren ganze Politik darin bestand, den Opportunismus der Rechten mit linken Phrasen zu verbrämen und die Linken den Rechten unterzuordnen.

Worin bestand damals die Politik der Linken, deren Kern die Bolschewiki bildeten? Im entschiedenen Kampf gegen die Zentristen, im Kampf für den Bruch mit den Rechten (besonders nach Beginn des imperialistischen Krieges) und in der Organisierung einer neuen, revolutionären Internationale aus wirklich linken, wirklich proletarischen Elementen.

Warum konnte damals eine solche Kräftegruppierung innerhalb der II. Internationale entstehen, und warum wurde eine solche Politik von den Bolschewiki in der II. Internationale verfolgt? Weil die II. Internationale damals eine Partei des Blocks proletarischer und kleinbürgerlicher Interessen zu Nutz und Frommen der kleinbürgerlichen Sozialpazifisten, Sozialchauvinisten war. Weil die Bolschewiki damals das Feuer auf die Zentristen konzentrieren mussten, die die proletarischen Elemente den Interessen der Kleinbourgeoisie unterzuordnen versuchten. Weil die Bolschewiki damals verpflichtet waren, die Idee der Spaltung zu propagieren, denn ohne dies hätten die Proletarier nicht ihre eigene, aus einem Guss geformte revolutionäre marxistische Partei zu organisieren vermocht.

Kann man behaupten, dass es in unserer Kommunistischen Partei die gleiche Kräftegruppierung gibt und dass in ihr die gleiche Politik betrieben werden muss, die die Bolschewiki in den Parteien der II. Internationale während der Vorkriegszeit betrieben haben? Es ist klar, dass man das nicht kann. Das kann man nicht, denn das hieße den prinzipiellen Unterschied nicht verstehen zwischen der Sozialdemokratie als einer Partei des Blocks proletarischer und kleinbürgerlicher Elemente und der aus einem Guss geformten Kommunistischen Partei des revolutionären Proletariats. Dort (bei der Sozialdemokratie) hatte die Partei eine bestimmte Klassengrundlage. Hier (bei den Kommunisten) hat die Partei eine völlig andere Grundlage. Dort (bei der Sozialdemokratie) war der Zentrismus eine natürliche Erscheinung, da eine Partei des Blocks verschiedenartiger Interessen nicht ohne Zentristen auskommen kann, und die Bolschewiki waren verpflichtet, auf die Spaltung hinzuarbeiten. Hier (bei den Kommunisten) ist der Zentrismus gegenstandslos und unvereinbar mit dem

Leninschen Parteiprinzip, da die Kommunistische Partei eine aus einem Guss geformte Partei des Proletariats ist und nicht eine Partei des Blocks verschiedenartiger Klassenelemente.
Und da die herrschende Kraft in unserer Partei die äußerste linke Strömung der internationalen Arbeiterbewegung ist (Leninisten), hat eine Politik der Spaltung in unserer Partei vom Standpunkt des Leninismus keinerlei Berechtigung und kann sie nicht haben. (Zwischenruf: „Ist eine Spaltung in der Partei bei uns möglich oder nicht?“) Es geht nicht um die Möglichkeit einer Spaltung, sondern darum, dass eine Politik der Spaltung in unserer aus einem Guss geformten leninistischen Partei vom Standpunkt des Leninismus nicht zu rechtfertigen ist.
Wer diesen prinzipiellen Unterschied nicht begreift, der handelt dem Leninismus zuwider, der bricht mit dem Leninismus.
Deshalb glaube ich, dass nur Leute, die den Verstand verloren und die letzten Reste des Marxismus über Bord geworfen haben, ernsthaft behaupten können, dass die Poetik unserer Partei, die Politik des Kampfes an zwei Fronten, eine Politik des Zentrismus sei.
Lenin hat in unserer Partei den Kampf stets an zwei Fronten geführt, sowohl gegen die „linken“ als auch gegen die offen menschewistischen Abweichungen. Sehen Sie sich Lenins Schrift „Der ‚linke Radikalismus’, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ an, betrachten Sie die Geschichte unserer Partei, und Sie werden begreifen, dass unsere Partei wuchs und erstarkte im Kampf gegen beide Abweichungen, sowohl gegen die rechte als auch gegen die „linke“. Kampf gegen die Otsowisten und die „linken“ Kommunisten einerseits, Kampf gegen die offen opportunistische Abweichung vor der Oktoberrevolution, während der Oktoberrevolution und danach anderseits - das sind die Phasen, die unsere Partei in ihrer Entwicklung durchlief. Allen bekannt sind Lenins Worte, dass wir den Kampf führen müssen sowohl gegen den offenen Opportunismus als auch gegen die „linken“ Doktrinäre.
Heißt das etwa, das Lenin ein Zentrist war, dass er eine Politik des Zentrismus betrieb? Es ist klar, dass es das nicht heißt.
Was stellen nun unsere rechten und „linken“ Abweichler dar?
Was die rechte Abweichung betrifft, so ist sie natürlich nicht das gleiche wie der Opportunismus der Sozialdemokraten in der Vorkriegszeit. Eine Abweichung zum Opportunismus ist noch nicht Opportunismus. Wir wissen, wie Lenin seinerzeit den Begriff Abweichung erklärte. Eine Abweichung nach rechts - das ist etwas, was noch nicht die Form des Opportunismus angenommen hat und was noch korrigiert werden kann. Deshalb darf man eine Abweichung nach rechts nicht mit vollendetem Opportunismus identifizieren.
Was die „linke“ Abweichung anbelangt, so ist sie gerade das Gegenteil von dem, was die äußersten Linken in der II. Internationale der Vorkriegszeit, das heißt die Bolschewiki, darstellten. Die „linken“ Abweichler sind nicht nur keine Linken ohne Anführungszeichen, sie sind im Grunde genommen ebenfalls Vertreter der rechten Abweichung, nur mit dem Unterschied, dass sie ihre wirkliche Natur unbewusst hinter „linken“ Phrasen verbergen. Es wäre ein Verbrechen an der Partei, nicht zu sehen, wie gewaltig der Unterschied zwischen den „linken“ Abweichlern und den wahren Leninisten, den einzigen Linken (ohne Anführungszeichen) in unserer Partei ist. (Zwischenruf: „Und die Legalisierung der Abweichungen?“) Wenn der offene Kampf gegen die Abweichungen ihre Legalisierung ist, dann muss man zugeben, dass Lenin sie längst „legalisiert“ hat.
Sie, diese Abweichler, sowohl die rechten als auch die „linken“, rekrutieren sich aus den verschiedenartigsten Elementen der nichtproletarischen Schichten, aus Elementen, die den Druck der kleinbürgerlichen Anarchie auf die Partei und die Zersetzung einzelner Glieder der Partei widerspiegeln. Ein Teil von Leuten, die aus anderen Parteien kommen; Leute mit trotzkistischen Tendenzen in der Partei; Splitter früherer Fraktionen in der Partei; verbürokratisierende (und schon verbürokratisierte) Parteimitglieder im Staats-, Wirtschafts-, Genossenschafts- und Gewerkschaftsapparat, die sich mit den ausgesprochen bürgerlichen Elementen dieser Apparate zusammenschließen; wohlhabende Parteimitglieder in unseren

Dorforganisationen, die mit dein Kulakentum verwachsen usw. usf. - das ist der Nährboden für die Abweichungen von der leninistischen Linie. Es ist klar, dass diese Elemente nichts wirklich Linkes und Leninistisches aufnehmen können. Sie können nur eine offen opportunistische Abweichung nähren oder die so genannte „linke“ Abweichung, die ihren Opportunismus mit linken Phrasen maskiert.
Deshalb ist der Kampf an zwei Fronten die einzig richtige Politik der Partei.
Weiter. Ist es richtig, wenn in den Thesen gesagt wird, dass die Hauptmethode unseres Kampfes gegen die rechte Abweichung die Methode des voll entfalteten ideologischen Kampfes sein muss? Ich glaube, das ist richtig. Es wäre gut, sich hier der Erfahrungen des Kampfes gegen den Trotzkismus zu erinnern. Womit begannen wir den Kampf gegen ihn? Vielleicht mit organisatorischen Maßnahmen? Natürlich nicht! Wir begannen mit dem ideologischen Kampf. Dieser wurde bei uns von 1918 bis 1925 geführt. Bereits im Jahre 1924 nahmen unsere Partei und der V. Kongress der Komintern eine Resolution an über den Trotzkismus als kleinbürgerliche Abweichung. Dennoch saß Trotzki bei uns sowohl im ZK als auch im Politbüro. Ist das eine Tatsache oder nicht? Es ist eine Tatsache. Wir „duldeten“ also Trotzki und die Trotzkisten im ZK. Warum ließen wir ihr Verbleiben in den führenden Organen der Partei zu? Weil die Trotzkisten sich damals ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten mit der Partei den Beschlüssen des ZK unterordneten und sich loyal verhielten. Wann begannen wir, in nennenswertem Maße organisatorische Maßnahmen anzuwenden? Erst nachdem die Trotzkisten sich zu einer Fraktion organisiert, ein eigenes fraktionelles Zentrum geschaffen, ihre Fraktion zu einer neuen Partei gemacht hatten und anfingen, zu antisowjetischen Demonstrationen aufzurufen.
Ich glaube, dass wir den gleichen Weg auch im Kampf gegen die rechte Abweichung gehen müssen. Die rechte Abweichung darf vorerst noch nicht als etwas betrachtet werden, was schon feste Form angenommen und sich herauskristallisiert hat, wenn sie sich auch in der Partei verstärkt. Sie nimmt erst feste Form an und kristallisiert sich erst heraus. Gibt es bei den rechten Abweichlern eine Fraktion? Ich glaube nicht. Kann man sagen, dass sie sich den Beschlüssen unserer Partei nicht unterordnen? Ich glaube, dass wir noch keinen Grund haben, sie dessen zu beschuldigen. Kann man behaupten, dass die rechten Abweichler sich unbedingt zu einer eigenen Fraktion organisieren werden? Ich zweifle daran. Daher die Schlussfolgerung: Die Hauptmethode unseres Kampfes gegen die rechte Abweichung muss im gegenwärtigen Stadium die Methode des voll entfalteten ideologischen Kampfes sein. Dies ist umso richtiger, als bei manchen Mitgliedern unserer Partei die entgegengesetzte Tendenz besteht - den Kampf gegen die rechte Abweichung nicht mit dem ideologischen Kampf, sondern mit organisatorischen Maßnahmen zu beginnen. Sie sagen direkt: Überlasst uns so 10 oder 20 Mann von diesen Rechten, wir zerfetzen sie im Nu und machen so Schluss mit der rechten Abweichung. Ich bin der Meinung, Genossen, dass solche Stimmungen falsch und gefährlich sind. Gerade um uns nicht von solchen Stimmungen treiben zu lassen, sondern den Kampf gegen die rechte Abweichung ins richtige Geleise zubringen, gerade darum müssen wir klar und entschieden sagen, dass die Hauptmethode unseres Kampfes gegen die rechte Abweichung im gegenwärtigen Stadium der ideologische Kampf ist.
Heißt das nun, dass wir organisatorische Maßnahmen überhaupt ablehnen? Nein, das heißt es nicht. Aber das heißt zweifellos, dass organisatorische Maßnahmen hier eine untergeordnete Rolle spielen müssen und dass wir die rechten Abweichler, wenn sie die Parteibeschlüsse nicht verletzen, nicht aus diesen oder jenen leitenden Organisationen und Institutionen hinauswerfen sollen. (Zwischenruf: „Und die Moskauer Praxis?“)
Ich glaube, dass wir unter den führenden Moskauer Genossen keine Rechten hatten. Was dort vorlag, war ein falsches Verhalten zu den rechten Stimmungen. Am ehesten kann man sagen, dass es dort eine versöhnlerische Tendenz gab. Ich kann aber nicht sagen, dass im Moskauer Komitee eine rechte Abweichung bestand. (Zwischenruf: „Aber einen organisatorischen Kampf gab es?“)

Einen organisatorischen Kampf gab es, wenn er auch einen untergeordneten Platz einnahm. Es gab ihn, weil in Moskau auf der Grundlage der Selbstkritik Neuwahlen stattfinden und die Bezirksaktivs das Recht haben, ihre Sekretäre abzusetzen. (Heiterkeit.) (Zwischenruf: „Waren denn Neuwahlen der Sekretäre bei uns angesetzt?“) Niemand hat die Neuwahl der Sekretäre verboten. Wir haben den Juni-Aufruf des ZK, in dem es ausdrücklich heißt, dass die Entfaltung der Selbstkritik zu einer leeren Phrase werden kann, wenn den unteren Organisationen nicht das Recht gewährleistet ist, jeden beliebigen Sekretär, jedes beliebige Parteikomitee abzusetzen. Was können Sie gegen einen solchen Aufruf einwenden? (Zwischenruf: „Vor der Parteikonferenz?“) Ja, auch vor der Parteikonferenz.

Ich sehe ein Augurenlächeln auf den Gesichtern mancher Genossen. Das ist schlecht, Genossen. Ich sehe, dass manche von Ihnen den sehnlichen Wunsch haben, diese oder jene Vertreter der rechten Abweichung so rasch wie möglich ihrer Posten zu entheben. Aber das ist keine Lösung der Frage, liebe Genossen. Natürlich ist es leichter, Postenenthebungen vorzunehmen, als eine breit angelegte und wohldurchdachte Aufklärungskampagne über die rechte Abweichung, über die rechte Gefahr und über den Kampf gegen sie durchzuführen. Das Leichteste ist aber nicht das Beste. Bemühen Sie sich einmal, eine breit angelegte Aufklärungskampagne gegen die rechte Gefahr zu organisieren, bemühen Sie sich, dafür keine Zeit zu sparen, und dann werden Sie sehen, je breiter und tiefer diese Kampagne ist, um so schlimmer wird es für die rechte Abweichung sein. Deshalb glaube ich, dass im Mittelpunkt unseres Kampfes gegen die rechte Abweichung der ideologische Kampf stehen muss.

Was das Moskauer Komitee betrifft, so weiß ich nicht, was man dem noch hinzufügen soll, was Uglanow in seinem Schlusswort auf dem Plenum des Moskauer Komitees und der Moskauer Kontrollkommission der KPdSU(B) gesagt hat. Er erklärte unumwunden:

„Wenn ich ein wenig an die Geschichte zurückdenke, daran zurückdenke, wie ich mich 1921 in Leningrad mit Sinowjew herumschlug, so gab es damals eine etwas heftigere ‚Keilerei'. Damals gingen wir als Sieger hervor, weil wir im Recht waren. Jetzt wurden wir geschlagen, weil wir uns geirrt haben. Das wird uns eine Lehre sein.“

Daraus geht hervor, dass Uglanow den Kampf jetzt ebenso führte, wie er ihn seinerzeit gegen Sinowjew geführt hat. Gegen wen führte er denn eigentlich in der letzten Zeit den Kampf? Offenbar gegen die Politik des ZK. Gegen wen denn sonst? Auf welcher Basis konnte dieser Kampf geführt werden? Offenbar auf der Basis des Versöhnlertums gegenüber der rechten Abweichung.

Deshalb heben die Thesen ganz richtig die Notwendigkeit des Kampfes gegen das Versöhnlertum gegenüber den Abweichungen von der leninistischen Linie, besonders aber gegen das Versöhnlertum gegenüber der rechten Abweichung, als eine der aktuellen Aufgaben unserer Partei hervor.

Schließlich die letzte Frage. In den Thesen heißt es, dass wir gegenwärtig die Notwendigkeit des Kampfes gegen die rechte Abweichung besonders hervorheben müssen. Was heißt das? Das heißt, dass die rechte Gefahr gegenwärtig die Hauptgefahr in unserer Partei ist. Den Kampf gegen die trotzkistischen Tendenzen, und zwar einen konzentrierten Kampf, führen wir nunmehr schon ein Jahrzehnt lang. Das Ergebnis dieses Kampfes ist die Zerschlagung der Hauptkader des Trotzkismus. Man kann nicht sagen, dass der Kampf gegen die offen opportunistische Abweichung in der letzten Zeit ebenso intensiv geführt worden wäre. Und er wurde deshalb nicht besonders intensiv geführt, weil sich die rechte Abweichung bei uns noch im Zustand der Herausbildung und Kristallisierung befindet, wobei sie erstarkt und anwächst angesichts des Erstarkens der kleinbürgerlichen Anarchie, die im Zusammenhang mit unseren Schwierigkeiten bei der Getreidebeschaffung größer geworden ist. Deshalb muss der Hauptschlag gegen die rechte Abweichung gerichtet werden.

Zum Schluss, Genossen, möchte ich noch eine Tatsache hervorheben, von der hier nicht gesprochen wurde und die meines Erachtens von nicht geringer Bedeutung ist. Wir, die

Mitglieder des Politbüros, haben Ihnen unsere Thesen über die Kontrollzahlen vorgelegt. Ich habe diese Thesen in meiner Rede als unbedingt richtig verteidigt. Ich spreche nicht von einzelnen Verbesserungen, die an diesen Thesen vorgenommen werden können. Dass sie aber im Wesentlichen richtig sind und uns eine richtige Durchführung der leninistischen Linie gewährleisten - darüber kann es keinen Zweifel geben. Und ich muss Ihnen erklären, dass wir diese Thesen im Politbüro einstimmig angenommen haben. Ich glaube, dass diese Tatsache von einiger Bedeutung ist in Anbetracht der Gerüchte, die immer wieder von verschiedenen übel wollenden Elementen, Gegnern und Feinden unserer Partei in unseren Reihen verbreitet werden. Ich denke da an die Gerüchte, wonach es bei uns, im Politbüro, eine rechte Abweichung, eine „linke“ Abweichung, Versöhnlertum und, der Teufel weiß, was noch alles geben soll. Mögen diese Thesen ein weiterer, hundertster oder hundertunderster Beweis dafür sein, dass wir uns im Politbüro alle einig sind.

Ich wünsche nur, dass das Plenum diese Thesen ebenso einstimmig als Grundlage annimmt. (Beifall.)

„Prawda“ Nr. 273,
24.November 1928.

AN DIE ARBEITER DER „KATUSCHKA“, AN DIE ARBEITER DER JARZEWOER FABRIK IM GOUVERNEMENT SMOLENSK[59]

Ich begrüße die Initiative, die Sie bei der Organisierung des Wettbewerbs für die beste Durchführung der Wahlkampagne anlässlich der Wahlen zu den Sowjets entfaltet haben.

Die Wahlen zu den Sowjets - den Organen der Diktatur der Arbeiterklasse - müssen die ureigene Sache der Arbeiter selbst sein.

Ihre Teilnahme an der Wahlkampagne beschränkt sich nicht darauf, die Wahlen in Ihrer Stadt, die Wahlen zu den Stadtsowjets, richtig, auf bolschewistische Art durchzuführen.

Schwieriger, aber nicht weniger wichtig ist die Aufgabe, an der Durchführung der Wahlkampagne auf dem Lande unmittelbar teilzunehmen. Der Ausgang der Wahlen zu den Sowjets wird in vieler Hinsicht davon abhängen, wieweit die Arbeiterklasse in der Stadt, die Landarbeiter und die armen Bauern im Dorf an der Kampagne teilnehmen, wieweit sie auf deren Verlauf Einfluss ausüben, die Mittelbauern mit sich reißen, die Kulaken in den Hintergrund drängen und somit die führende Rolle der Arbeiterklasse auf dem Lande gewährleisten werden. Daher wird der von Ihnen ausgehende Appell von Betrieb zu Betrieb, der die Arbeiter zu stärkster Beteiligung an der Wahlkampagne mobilisiert, große Bedeutung haben.

Ich wünsche Ihnen Erfolg.

J. Stalin

„Prawda“ Nr.274,
25. November 1928.

AN DIE ARBEITER DES WERKS „KRASNY PROFINTERN“

in Beshiza

Brüderlichen Gruß den Arbeitern des Werks „Krasny Profintern“! Ich grüße Sie anlässlich der Annahme des Aufrufs, den die Arbeiter der „Katuschka“ und der Jarzewoer Fabrik an Sie richteten, und wünsche Ihnen Erfolg bei der Durchführung der Kampagne für die Neuwahlen zu den Sowjets. Ich bitte zu einschuldigen, dass ich nicht selbst in Ihr Werk kommen kann.

J. Stalin

29. November 1928.

„Prawda“ Nr. 278,
30. November 1928.

ZUM ZEHNTEN JAHRESTAG DER FRUNSE-MILITÄRAKADEMIE DER ROTEN ARBEITER- UND BAUERNARMEE

Herzlichen Gruß der Frunse-Militärakademie zu ihrem zehnjährigen Bestehen. Ich wünsche ihr Erfolg und weiteres Gedeihen.

Stalin

„Prawda“ Nr. 286,
9. Dezember 1928.

ÜBER DIE RECHTE GEFAHR IN DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Rede in der Sitzung des Präsidiums des EKKI
19. Dezember 1928

Genossen! Da Genosse Molotow hier den Standpunkt der Delegation der KPdSU(B) bereits dargelegt hat, brauche ich nur noch einige Worte hinzuzufügen. Ich gedenke, drei im Verlauf der Diskussion aufgetretene Fragen zu berühren, und auch das nur flüchtig.

Diese Fragen sind: das Problem der kapitalistischen Stabilisierung, das Problem der Klassenkämpfe des Proletariats im Zusammenhang mit der wankenden Stabilisierung und das Problem der deutschen Kommunistischen Partei.

Ich muss mit Bedauern feststellen, dass Humbert-Droz und Serra in allen diesen drei Fragen in den Sumpf des feigen Opportunismus geraten sind. Humbert-Droz hat zwar vorerst nur zu formalen Fragen Stellung genommen. Ich denke jedoch an seine grundsätzliche Rede in der Sitzung des Politsekretariats des EKKI, in der die Frage der Rechten und der Versöhnler in der deutschen Kommunistischen Partei erörtert wurde. Ich denke, dass gerade diese Rede die ideologische Grundlage für jene Stellung bildet, die die Minderheit des EKKI-Präsidiums in dieser Sitzung bezog. Daher darf über die grundsätzliche Rede, die Humbert-Droz in der Sitzung des Politsekretariats des EKKI hielt, nicht mit Stillschweigen hinweggegangen werden.

Ich sagte, dass Humbert-Droz und Serra in den Sumpf des feigen Opportunismus geraten sind. Was bedeutet das? Das bedeutet, dass es außer dem offenen Opportunismus noch einen verhüllten Opportunismus gibt, der sich scheut, sein wahres Gesicht zu zeigen. Das ist eben der Opportunismus, der im Versöhnlertum gegenüber der rechten Abweichung besteht. Versöhnlertum ist feiger Opportunismus. Ich muss, wie gesagt, mit Bedauern feststellen, dass unsere beiden Genossen in den Sumpf des feigen Opportunismus geraten sind.

Gestatten Sie, Ihnen das an Hand einiger Tatsachen vor Augen zu führen.

I
DAS PROBLEM DER KAPITALISTISCHEN STABILISIERUNG

Die Komintern geht davon aus, dass die gegenwärtige kapitalistische Stabilisierung eine zeitweilige, unbeständige, labile, morsche Stabilisierung ist, die im Laufe der weiteren Entwicklung der kapitalistischen Krise immer stärker erschüttert werden wird.

Das widerspricht nicht im Geringsten jener allgemein bekannten Tatsache, dass die kapitalistische Technik und Rationalisierung im Wachsen begriffen sind. Mehr noch, dieses Wachstum bildet gerade die Grundlage für die zunehmende innere Fäulnis und Hinfälligkeit der Stabilisierung.

Was sagte aber Humbert-Droz in seiner Rede im Politsekretariat des EKKI? Er stellt dort die Labilität und Unbeständigkeit der Stabilisierung glattweg in Abrede. Er behauptet in seiner Rede ganz einfach, dass „der VI. Weltkongress die allgemeine verschwommene Formulierung von der Fäulnis, Labilität usw. der Stabilisierung faktisch verworfen hat“. Er behauptet ganz einfach, die bekannte These des VI. Kongresses über die dritte Periode enthalte kein Wort über die Labilität der Stabilisierung. Kann man diese von Humbert-Droz aufgestellte Behauptung als richtig gelten lassen? Nein, das kann man nicht. Man kann das nicht, da der VI. Kongress der Komintern genau das Gegenteil von dem feststellt, was Humbert-Droz in seiner Rede behauptet. Der VI. Kongress der Komintern stellt in dem Absatz über die dritte Periode eindeutig fest:

„Diese Periode“ (d. h. die dritte Periode. J. St.) „führt unvermeidlich über eine weitere Entwicklung der Widersprüche der kapitalistischen Stabilisierung zur weiteren Erschütterung der kapitalistischen Stabilisierung und zu einer heftigen Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus.“[60]

Beachten Sie - „weitere Erschütterung der Stabilisierung“... Was heißt das? Das heißt, dass die Stabilisierung schon jetzt erschüttert, labil ist, dass sie unter den in der dritten Periode obwaltenden Verhältnissen noch weiter erschüttert werden wird. Humbert-Droz aber hat die Stirn, all die zu verhöhnen, darunter auch die deutsche Kommunistische Partei, die erklären, dass die Stabilisierung labil und morsch ist, die erklären, dass der gegenwärtige Kampf der Arbeiterklasse die kapitalistische Stabilisierung untergräbt und zersetzt. Wen verhöhnt Humbert-Droz? Es ist klar: die Beschlüsse des VI. Kongresses.
Daraus ergibt sich, dass Humbert-Droz sich zwar den Anschein gibt, als verteidige er die Beschlüsse des VI. Kongresses der Komintern, in Wirklichkeit aber diese Beschlüsse revidiert und somit zu einer opportunistischen Auffassung von der Stabilisierung hinabgleitet.
So ist es um die formale Feite der Frage bestellt.
Gehen wir nun zur Analyse des Wesens der Frage über. Wenn man die gegenwärtige Stabilisierung weder als labil noch als morsch, noch als unbeständig bezeichnen kann, was ist sie denn dann eigentlich? Dann bleibt nur das eine übrig: anzuerkennen, dass die Stabilisierung dauerhaft ist, jedenfalls aber, dass sie sich festigt. Wenn wir es aber mit einer sich festigenden Stabilisierung des Kapitalismus zu tun haben, worin besteht dann die so genannte sich verschärfende und vertiefende Krise des Weltkapitalismus? Ist es nicht klar, dass von einer Vertiefung der kapitalistischen Krise dann keine Rede mehr sein kann? Ist es nicht klar, dass Humbert-Droz sich in seinen eigenen Widersprüchen verstrickt hat?
Weiter. Lenin sagte, dass die Entwicklung des Kapitalismus unter den Verhältnissen des Imperialismus einen zweiseitigen Prozess darstellt: einerseits Wachstum des Kapitalismus in einigen Ländern, anderseits Verwesung des Kapitalismus in anderen Ländern. Ist diese These Lenins richtig? Und wenn sie richtig ist, ist es dann nicht klar, dass die kapitalistische Stabilisierung nur eine morsche Stabilisierung sein kann?
Schließlich ein paar Worte über eine Reihe allbekannter Tatsachen.
Wir haben solche Tatsachen zu verzeichnen wie die wütenden Kämpfe der imperialistischen Gruppen um Absatzmärkte für ihre Waren, um Märkte für die Kapitalausfuhr.
Wir haben solche Tatsachen zu verzeichnen wie die wahnwitzige Steigerung der Rüstungen in den kapitalistischen Ländern, die Entstehung neuer Kriegsbündnisse und die unverkennbare Vorbereitung zu neuen imperialistischen Kriegen.
Wir haben solche Tatsachen zu verzeichnen wie die Verschärfung der Gegensätze zwischen den beiden Giganten des Imperialismus, Amerika und England, die bestrebt sind, alle übrigen Staaten in ihren Bannkreis zu ziehen.
Wir haben schließlich solche Tatsachen zu verzeichnen wie das Bestehen der Sowjetunion, das Wachstum und Gedeihen der Sowjetunion auf allen Gebieten des Aufbaus, sowohl auf wirtschaftlichem als auch auf politisch-kulturellem Gebiet. Allein das Bestehen der Sowjetunion, schon gar nicht zu sprechen von ihrem Wachstum, erschüttert und untergräbt den Weltkapitalismus in seinen Grundfesten.
Wie können Marxisten, Leninisten, Kommunisten nach alldem behaupten, die kapitalistische Stabilisierung sei nicht labil und morsch, sie werde nicht allein schon durch den Gang der Dinge mit jedem Jahr, mit jedem Tag mehr erschüttert?
Geht Humbert-Droz und auch Serra ein Licht auf, in welchen Sumpf sie geraten?
Mit diesem Fehler hängen die übrigen von Humbert-Droz und Serra begangenen Fehler zusammen.

II
DAS PROBLEM DER KLASSENKÄMPFE DES PROLETARIATS

Ebenso fehlerhaft ist die Stellung, die Humbert-Droz zur Frage der Klassenkämpfe des Proletariats in den kapitalistischen Ländern, zur Frage ihres Charakters und ihrer Bedeutung einnimmt. Aus der von Humbert-Droz in der Sitzung des Politsekretariats gehaltenen Rede ergibt sich, dass der Kampf der Arbeiterklasse, ihre spontanen Zusammenstöße mit den Kapitalisten im wesentlichen nur defensiven Charakter trügen, dass die kommunistischen Parteien sich bei der Leitung dieses Kampfes lediglich auf den Rahmen der bestehenden reformistischen Gewerkschaften beschränken müssten.

Ist das richtig? Nein, das ist nicht richtig. Das behaupten heißt hinter den Ereignissen einher trotten. Humbert-Droz vergisst, dass der Kampf der Arbeiterklasse sich jetzt auf dem Boden der wankenden Stabilisierung abspielt, dass die Kämpfe der Arbeiterklasse nicht selten den Charakter eines Begegnungsgefechtes, eines Gegenangriffes, ja einer direkten Offensive gegen die Kapitalisten tragen. Humbert-Droz erblickt in den Kämpfen, die die Arbeiterklasse in der letzten Periode geführt hat, nichts Neues. Er übersieht solche Tatsachen wie den Lodzer Generalstreik, die wirtschaftlichen Streiks um Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Frankreich, in der Tschechoslowakei, in Deutschland, die gewaltige Mobilisierung der proletarischen Kräfte in Deutschland bei den Kämpfen gegen die Aussperrung der Metallarbeiter usw. usf.

Was besagen diese und ähnliche Tatsachen, was signalisieren sie? Sie besagen, dass im Schoße der kapitalistischen Länder die Voraussetzungen für einen neuen revolutionären Aufschwung der Arbeiterbewegung heranreifen. Das ist eben das Neue, was Humbert-Droz und Serra nicht sehen, nicht bemerken und was jene Genossen überhaupt niemals bemerken werden, die gewohnt sind, nicht vorwärts, sondern rückwärts zu schauen.

Was bedeutet aber, rückwärts und nicht vorwärts zu schauen? Das bedeutet, hinter den Ereignissen einher zu trotten, das Neue an den Ereignissen nicht zu sehen und sich von ihnen überrumpeln zu lassen. Das bedeutet, auf die führende Rolle der kommunistischen Parteien in der Arbeiterbewegung zu verzichten. Das war es ja gerade, weshalb die Führung der deutschen Kommunistischen Partei während der Revolution 1923 versagt hat. Wer daher die Fehler von 1923 nicht wiederholen will, der muss die Kommunisten zu bewusstem Denken erziehen und sie vorwärts führen, der muss die Massen auf die kommenden Kämpfe vorbereiten, muss alle Maßnahmen treffen, damit die kommunistischen Parteien nicht hinter den Ereignissen zurückbleiben und die Arbeiterklasse nicht überrumpelt wird.

Es ist höchst sonderbar, dass Humbert-Droz und Serra das vergessen.

Die deutschen Kommunisten stellten in der Periode der Ruhrkämpfe die bekannte Tatsache fest, dass unorganisierte Arbeiter sich als revolutionärer erwiesen als die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Humbert-Droz ist darüber aufgebracht und behauptet, dass das unmöglich der Fall sein konnte. Sonderbar! Warum sollte das nicht möglich sein? Im Ruhrgebiet gibt es etwa eine Million Arbeiter. Davon sind etwa 200000 gewerkschaftlich organisiert. Die Gewerkschaften werden von bürokratischen Reformisten geführt, die durch tausend Fäden an die Kapitalistenklasse gebunden sind. Was kann denn daran wundernehmen, dass unorganisierte Arbeiter sich als revolutionärer erwiesen haben als die organisierten? Konnte es denn überhaupt anders sein?

Ich könnte Ihnen Tatsachen aus der Geschichte der revolutionären Bewegung in Rußland anführen, die weit mehr „wundernehmen“ könnten. Es kam bei uns des Öfteren vor, dass die Massen sich als revolutionärer erwiesen als ihre (als manche) kommunistischen Führer. Das ist allen russischen Bolschewiki wohlbekannt. Gerade davon ging auch Lenin aus, als er sagte, dass man die Massen nicht nur lehren, sondern auch von den Massen lernen muss. Nicht über

diese Tatsachen muss man sich wundern, sondern darüber, dass Humbert-Droz diese einfachen Dinge aus dem Gebiet der revolutionären Praxis nicht begreift.
Das gleiche ist auch von Serra zu sagen. Er billigt es nicht, dass die deutschen Kommunisten im Kampf um die Organisierung der ausgesperrten Metallarbeiter über den Rahmen der bestehenden Gewerkschaften hinausgegangen sind und diesen Rahmen gesprengt haben. Er erblickt darin eine Verletzung der Beschlüsse des IV. Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale[61]. Er versichert, die Rote Gewerkschaftsinternationale habe die Kommunisten angewiesen, nur innerhalb der Gewerkschaftsverbände zu arbeiten. Das ist Unsinn, Genossen! Die Rote Gewerkschaftsinternationale hat keinerlei derartige Anweisungen gegeben. Dies zu sagen, bedeutet, die kommunistische Partei zur Rolle eines passiven Zuschauers bei den Klassenkämpfen des Proletariats zu verurteilen. Dies zu sagen, bedeutet, die Idee der führenden Rolle der kommunistischen Partei in der Arbeiterbewegung zu Grabe zu tragen.
Das Verdienst der deutschen Kommunisten besteht ja gerade darin, dass sie sich durch das Geschwätz vom „Gewerkschaftsrahmen“ nicht haben schrecken lassen und über diesen Rahmen hinausgegangen sind, indem sie entgegen dem Willen der Gewerkschaftsbürokraten den Kampf der unorganisierten Arbeiter organisiert haben. Das Verdienst der deutschen Kommunisten besteht ja gerade darin, dass sie neue Formen des Kampfes und der Organisation der unorganisierten Arbeiter gesucht und herausgefunden haben. Möglicherweise haben sie dabei eine Reihe unwesentlicher Fehler begangen. Aber eine neue Sache geht niemals ohne Fehler ab. Aus der Feststellung, dass wir in den reformistischen Gewerkschaften arbeiten müssen - vorausgesetzt, dass diese Gewerkschaften Massenorganisationen sind -, folgt jedoch keineswegs, dass wir unsere Massenarbeit auf die Tätigkeit in den reformistischen Gewerkschaften beschränken, dass wir zu Sklaven der Normen und Forderungen dieser Verbände werden sollen. Wenn die reformistische Führung mit dem Kapitalismus verwächst (siehe die Resolution des VI. Kongresses der Komintern und des IV. Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale), die Arbeiter-klasse aber gegen den Kapitalismus kämpft, kann man da behaupten, die Arbeiterklasse, mit der kommunistischen Partei an der Spitze, könne den Kampf führen, ohne den bestehenden reformistischen Rahmen der Gewerkschaften bis zu einem gewissen Grade zu sprengen? Es ist klar, dass man das nicht behaupten kann, ohne in Opportunismus zu verfallen. Man könnte sich daher durchaus eine Situation vorstellen, die es erforderlich macht, entgegen dem Willen der Gewerkschaftsbonzen, die sich den Kapitalisten verkauft haben, parallele Massenvereinigungen der Arbeiterklasse zu schaffen. Eine solche Situation haben wir bereits in Amerika. Es ist durchaus möglich, dass auch in Deutschland die Entwicklung in dieser Richtung verlaufen wird.

III
DAS PROBLEM
DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Wird es eine organisierte und festgefügte deutsche Kommunistische Partei mit eiserner innerer Disziplin geben, oder wird es sie nicht geben - darum geht es, Genossen. Es geht nicht nur um Rechte oder Versöhnler, es geht um die Existenz der deutschen Kommunistischen Partei selbst. Die deutsche Kommunistische Partei existiert. Aber neben und innerhalb der deutschen Kommunistischen Partei gibt es zwei Kräfte, die die Partei von innen zersetzen und ihre Existenz bedrohen. Das ist erstens die Fraktion der Rechten, die innerhalb der Kommunistischen Partei eine neue, antileninistische Partei mit einem eigenen Zentrum, mit eigenen Presseorganen organisiert und die Disziplin der Kommunistischen Partei tagaus,

tagein durchbricht. Das ist zweitens die Gruppe der Versöhnler, die durch ihre Schwankungen die Fraktion der Rechten stärkt.
Ich werde hier nicht den Nachweis führen, dass die Fraktion der Rechten mit dem Marxismus-Leninismus bricht und einen wütenden Kampf gegen die Komintern führt. Das ist längst bewiesen. Ich werde hier auch nicht den Nachweis führen, dass die Gruppe der Versöhnler gegen den bekannten Beschluss des VI. Kongresses über den systematischen Kampf gegen die Rechten verstößt. Auch das ist längst bewiesen. Es handelt sich jetzt darum, dass eine derartige Lage in der deutschen Kommunistischen Partei nicht länger geduldet werden kann. Eine derartige „Ordnung“, dass die Rechten mit ihrem sozialdemokratischen Ideengerümpel die Atmosphäre vergiften und gegen die elementaren Grundlagen der Parteidisziplin systematisch verstoßen, während die Versöhnler Wasser auf die Mühle der Rechten leiten - eine derartige „Ordnung“ länger dulden, hieße, sich gegen die Komintern zu stellen und gegen die elementaren Forderungen des Marxismus-Leninismus zu verstoßen; darum handelt es sich.
Es ist die gleiche (wenn nicht eine noch schlimmere) Lage entstanden, wie sie in der KPdSU(B) in der letzten Phase des Kampfes gegen den Trotzkismus bestand, als die Partei und die Komintern sich gezwungen sahen, die Trotzkisten aus ihren Reihen zu verjagen. Das sehen jetzt alle. Nur Humbert-Droz und Serra sehen das nicht oder geben sich den Anschein, als sähen sie es nicht. Das bedeutet, dass sie gewillt sind, sowohl die Rechten als auch die Versöhnler zu unterstützen, sei es auch um den Preis völliger Zersetzung der deutschen Kommunistischen Partei.
Bei ihrer Stellungnahme gegen den Ausschluss der Rechten berufen sich Humbert-Droz und Serra auf den bekannten Beschluss des VI. Kongresses, der besagt, dass die rechten Abweichungen auf dem Wege des ideologischen Kampfes zu überwinden sind. Das ist vollkommen richtig. Diese Genossen vergessen aber, dass die Beschlüsse des VI. Kongresses den Kampf der kommunistischen Parteien gegen die rechte Gefahr keineswegs auf Maßnahmen ideologischer Art beschränken. Bei der Erörterung der Maßnahmen des ideologischen Kampfes gegen die Abweichungen von der leninistischen Linie erklärt der VI. Kongress der Komintern in seiner Resolution zum Referat Bucharins zugleich:

„Das schließt keineswegs aus, sondern setzt im Gegenteil voraus die maximale Festigung der eisernen innerparteilichen Disziplin, die unbedingte Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, die unbedingte Unterordnung der unteren Organe sowie auch der anderen Parteiorganisationen (Parlamentsfraktionen, Gewerkschaftsfraktionen, Presse usw.) unter die führenden Parteizentren.“[62]

Es ist höchst sonderbar, dass Humbert-Droz und Serra diese These der Resolution des VI. Kominternkongresses vergessen. Es ist höchst sonderbar, dass alle Versöhnler, sowohl jene, die zugeben, Versöhnler zu sein, als auch jene, die sich gegen diese Bezeichnung verwahren, diese wichtige These der Kommunistischen Internationale systematisch vergessen, wenn sie sich auf die Resolution des VI. Kongresses berufen.
Wie nun aber, wenn wir an Stelle der maximalen Festigung der eisernen innerparteilichen Disziplin in der deutschen Kommunistischen Partei himmelschreiende Tatsachen der unverfrorensten Verletzung jeder Disziplin sowohl durch die Rechten als auch zum Teil durch einige Versöhnler zu verzeichnen haben? Kann ein derartiger Zustand länger geduldet werden?
Wie nun aber, wenn wir an Stelle der unbedingten Unterordnung der unteren Organe, der Gewerkschaftsfraktionen und einiger Organe der Parteipresse unter das führende Parteizentrum in der deutschen Kommunistischen Partei himmelschreiende Tatsachen gröbster Verletzung dieser Forderung des VI. Kominternkongresses durch die Rechten und zum Teil durch einige Versöhnler zu verzeichnen haben?
Kann eine derartige Lage länger geduldet werden?
Sie kennen die vom II. Kongress bestätigten Aufnahmebedingungen der Komintern[63]. Ich meine die 21 Bedingungen. Im ersten Punkt dieser Bedingungen heißt es: „die periodische

und nichtperiodische Presse sowie alle Parteiverlage müssen völlig dem Zentralkomitee der Partei untergeordnet sein, unabhängig davon, ob die Partei in ihrer Gesamtheit in dem betreffenden Augenblick legal oder illegal ist“. Sie wissen, dass die rechte Fraktion über zwei Presseorgane verfügt. Sie wissen, dass diese Presseorgane von irgendeiner Unterordnung unter das Zentralkomitee der deutschen Kommunistischen Partei nichts hören wollen. Es fragt sich: Kann ein solch unerhörter Zustand länger geduldet werden?

Im Punkt 12 der 21 Bedingungen heißt es, dass die Partei „möglichst zentralistisch organisiert“ sein muss, dass in ihr eine „eiserne, an die militärische Disziplin grenzende Disziplin herrschen“ muss. Sie wissen, dass die Rechten in der deutschen Kommunistischen Partei weder eine eiserne noch irgendeine andere Disziplin, ihre eigene, ihre Fraktionsdisziplin ausgenommen, anerkennen wollen. Es fragt sich: Kann ein solch unerhörter Zustand länger geduldet werden?

Oder wollen Sie etwa sagen, dass die vom II. Kongress der Komintern bestätigten Bedingungen für die Rechten nicht bindend seien? Humbert-Droz und Serra zetern hier über Genossen, die angeblich gegen die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale verstoßen. In Gestalt der Rechten haben wir es jetzt mit Leuten zu tun, die wirklich (und nicht angeblich) sogar gegen die Grundlagen der Kommunistischen Internationale verstoßen. Warum schweigen sie denn? Geschieht es nicht deshalb, weil sie durch ihre Reden den Anschein erwecken wollen, als ob sie die Beschlüsse der Komintern verteidigten, in Wirklichkeit aber die Rechten verteidigen und eine Revision dieser Beschlüsse durchsetzen wollen?

Besonders interessant ist die Erklärung Serras. Er schwört bei Gott und allen Heiligen, er sei gegen die Rechten, gegen die Versöhnler usw. Welche Folgerungen zieht er aber daraus? Meinen Sie etwa: Kampf gegen die Rechten und Versöhnler? Weit gefehlt! Er zieht daraus die äußerst sonderbare Schlussfolgerung, das bestehende Politbüro des ZK der deutschen Kommunistischen Partei müsse, seiner Meinung nach, reorganisiert werden.

Stellen Sie sich das vor: Das Politbüro des ZK der KPD führt einen entschiedenen Kampf gegen die rechte Gefahr und die Schwankungen der Versöhnler; Serra ist für den Kampf gegen die Rechten und die Versöhnler; deshalb schlägt Serra vor, die Rechten und die Versöhnler ungeschoren zu lassen, den Kampf gegen die Rechten und die Versöhnler abzuschwächen und die Zusammensetzung des Politbüros des ZK der KPD im Geiste des Versöhnlertums zu ändern. Das nenne ich eine „Schlussfolgerung“!

Serra muss schon entschuldigen, wenn ich hier geradeheraus sage, dass sein Standpunkt in dieser Frage mich an den Standpunkt der Winkeladvokaten erinnert, die bemüht sind, das Weiße schwarz und das Schwarze weiß erscheinen zu lassen. Das eben heißt bei uns, die opportunistischen Elemente nach Advokatenart zu verteidigen.

Serra kommt mit dem Vorschlag, das Politbüro des ZK der KPD zu reorganisieren, das heißt diesen oder jenen daraus zu entfernen und andere hinein zu nehmen, diesen und jenen durch andere zu ersetzen. Warum sagt Serra nicht offen und unverhohlen, durch wen er sie ersetzen will. (Serra: „Durch jene, die der VI. Kominternkongress haben wollte.“) Aber der VI. Kongress hat keineswegs eine Rehabilitierung der Versöhnler vorgeschlagen. Im Gegenteil, er verpflichtet uns zu einem systematischen Kampf gegen das Versöhnlertum. Und gerade deshalb, weil die Versöhnler diese Verpflichtung nicht erfüllt haben, gerade deshalb wurde nach dem VI. Kongress der bekannte Beschluss des Präsidiums des EKKI vom 6. Oktober 1928 über die Rechten und Versöhnler gefasst. Serra möchte die Rolle des alleinigen Interpreten der Beschlüsse des VI. Kongresses übernehmen. Diesen Anspruch Serras kann man keinesfalls als berechtigt gelten lassen. Die Interpretation der Beschlüsse des VI. Kongresses steht dein Exekutivkomitee der Komintern und seinem Präsidium zu. Ich sehe, dass Serra mit dem Beschluss des Präsidiums des EKKI vom 6. Oktober nicht einverstanden ist, obwohl er das nicht offen erklärt hat.

Und was folgt daraus? Nur das eine: Der von Humbert-Droz und Serra in der Frage der deutschen Kommunistischen Partei eingenommene Standpunkt ist der Standpunkt einer feigen, advokatenhaften Verteidigung der Rechtem gegen die KPD und die Komintern.

IV
DIE RECHTEN IN DER KPD
UND IN DER KPdSU(B)

Ich habe heute aus den Ausführungen einiger Redner erfahren, dass manche deutschen Versöhnler sich zu ihrer Rechtfertigung auf meine Rede berufen, die ich auf dem Novemberplenum des ZK der KPdSU(B) zur Frage der Methoden des Kampfes gegen die rechten Elemente gehalten habe. Bekanntlich habe ich in meiner Rede (sie ist veröffentlicht worden) behauptet, dass im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung des Kampfes gegen die rechte Gefahr innerhalb der KPdSU(B) die Hauptmethode des Kampfes der ideologische Kampf ist, was nicht ausschließt, dass in einzelnen Fällen organisatorische Maßnahmen angewandt werden. Ich begründete diese These damit, dass die Rechten in der KPdSU(B) sich noch nicht herauskristallisiert haben, noch keine Gruppierung oder Fraktion bilden und es noch zu keinem einzigen Fall der Verletzung oder Nichtdurchführung der Beschlüsse des ZK der KPdSU(B) haben kommen lassen. Ich habe in meiner Rede betont, dass, wenn die Rechten zum Fraktionskampf übergehen und gegen die Beschlüsse des ZK der KPdSU(B) zu verstoßen beginnen, wir mit ihnen ebenso verfahren werden, wie wir im Jahre 1927 mit den Trotzkisten verfahren sind. Mir scheint, das ist klar. Ist es nach alledem nicht dumm, wenn man sich auf meine Rede als auf ein Argument zugunsten der Rechten in Deutschland beruft, wo die Rechten bereits zu fraktionellen Kampfmethoden übergegangen sind und systematisch gegen die Beschlüsse des ZK der KPD verstoßen, oder wenn man sich auf sie als auf ein Argument zugunsten der Versöhnler in Deutschland beruft, wo diese mit der Fraktion der Rechten noch nicht gebrochen haben und offenbar auch nicht brechen wollen? Ich glaube, dass man sich etwas Dümmeres als eine solche Berufung nicht denken kann. Nur Menschen, die mit der Logik gebrochen haben, können nicht begreifen, welch großer Unterschied zwischen der Stellung der Rechten in der KPdSU(B) und ihrer Stellung in der KPD besteht.

In der Tat. Die Rechten in der KPdSU(B) bilden noch keine Fraktion und führen die Beschlüsse des ZK der KPdSU(B) zweifellos loyal durch. Die Rechten in Deutschland dagegen haben bereits eine Fraktion, mit einem Fraktionszentrum an der Spitze, und treten die Beschlüsse des ZK der KPD systematisch mit Füßen. Ist es nicht klar, dass die Kampfmethoden gegen die Rechten in diesen beiden Parteien im gegebenen Augenblick nicht die gleichen sein können?

Weiter. Bei uns in der UdSSR gibt es keine Sozialdemokratie als organisierte und ernstlich in Betracht kommende Kraft, die die rechte Gefahr in der KPdSU(B) nähren und ihr Antrieb geben könnte. In Deutschland dagegen existiert neben der Kommunistischen Partei eine stärkere und recht gut organisierte Sozialdemokratische Partei, die die rechte Abweichung in der deutschen Kommunistischen Partei nährt und sie objektiv zu ihrer Agentur macht. Ist es nicht klar, dass nur ein Blinder nicht sehen kann, welch großer Unterschied zwischen der Situation in der UdSSR und der in Deutschland besteht?

Schließlich noch ein Umstand. Unsere Partei ist gewachsen und erstarkt in den härtesten Kämpfen gegen die Menschewiki, wobei diese Kämpfe mehrere Jahre lang die Form eines direkten Bürgerkriegs gegen sie annahmen. Vergessen Sie nicht, dass wir Bolschewiki im Oktober die Menschewiki und Sozialrevolutionäre als den linken Flügel der konterrevolutionären imperialistischen Bourgeoisie niedergeworfen haben. Daraus erklärt sich unter anderem auch die Tatsache, dass die Traditionen des Kampfes gegen den offenen Opportunismus nirgends, in keiner kommunistischen Partei der Welt derart stark sind wie in der KPdSU(B). Man braucht sich nur an die Moskauer Organisation, besonders an das

Moskauer Komitee, zu erinnern, wo gewisse versöhnlerische Schwankungen auftraten, man braucht sich nur daran zu erinnern, wie die kommunistischen Arbeiter Moskaus die Linie des Moskauer Komitees mit einem Schlag, in knapp zwei Monaten korrigierten - man braucht sich nur an all das zu erinnern, um zu verstehen, wie stark in unserer Partei die Traditionen des Kampfes gegen den offenen Opportunismus sind.

Kann man von der deutschen Kommunistischen Partei das gleiche sagen? Sie werden mir sicherlich beipflichten, dass man das leider nicht sagen kann. Mehr noch, wir können nicht leugnen, dass die Kommunistische Partei in Deutschland sich von den sozialdemokratischen Traditionen, die die rechte Gefahr in der KPD nähren, noch lange nicht befreit hat.

Das sind also die Verhältnisse in Deutschland und die Verhältnisse in der UdSSR, die davon zeugen, dass die Verschiedenheit der Verhältnisse verschiedene Methoden des Kampfes gegen die rechte Gefahr in der KPdSU(B) und gegen die rechte Gefahr in der KPD erheischt.

Nur Menschen, denen das elementarste Empfinden eines Marxisten abgeht, können diese einfache Sache nicht begreifen.

In der Kommission des Novemberplenums des ZK der KPdSU(B), die mit der Ausarbeitung der Resolution[64] beauftragt war, wurde von einer Gruppe von Genossen der Vorschlag gemacht, dass die grundlegenden Thesen der Resolution auch für andere Sektionen der Komintern, darunter auch für die deutsche Sektion, gelten sollten. Wir haben diesen Vorschlag abgelehnt und erklärt, dass zwischen den Bedingungen des Kampfes gegen die rechte Gefahr in der KPD und den Kampfbedingungen in der KPdSU(B) ein kardinaler Unterschied besteht.

V
ÜBER DIE ENTWÜRFE FÜR EINEN GESCHLOSSENEN UND EINEN OFFENEN BRIEF

Einige Worte über die von den Kommissionen des EKKI eingebrachten Resolutionsentwürfe. Serra ist der Meinung, diese Entwürfe trügen den Charakter von Provinzresolutionen. Warum? - fragt man sich. Weil, so meint er, im Entwurf des offenen Briefes keine Analyse der politischen Situation, aus der die rechte Gefahr entspringt, enthalten ist.

Das ist lächerlich, Genossen. Eine solche Analyse ist bereits in den Beschlüssen des VI. Kongresses enthalten. Sollen wir sie wiederholen? Ich denke, sie braucht nicht wiederholt zu werden. Eigentlich hätten wir uns beschränken können auf eine kurze Resolution über die Rechten, die gegen die Beschlüsse des VI. Kongresses systematisch verstoßen und daher ausgeschlossen werden müssen, und über die Versöhnler, die gegen die Rechten keinen Kampf führen und daher eine sehr ernste Verwarnung verdienen.

Wenn wir uns jedoch nicht auf eine kurze Resolution beschränkt haben, so geschah das deshalb, um den Arbeitern das Wesen der rechten Abweichung klarzumachen, ihnen das wahre Gesicht der Brandler und Thalheimer zu zeigen, ihnen zu zeigen, was diese Leute früher waren und was sie jetzt sind, zu zeigen, wie lange die Komintern sie geschont hat, in der Hoffnung, sie zu bessern, zu zeigen, wie lange die Kommunisten sie in ihrer Mitte geduldet haben und warum solche Leute nicht länger in der Komintern geduldet werden können.

Aus diesem Grunde ist der Resolutionsentwurf ausführlicher geworden als zuerst zu erwarten war.

Genosse Molotow hat hier bereits davon gesprochen, dass die Delegation der KPdSU(B) diesen Resolutionsentwürfen zustimmt. Ich kann die Erklärung des Genossen Molotow nur wiederholen.

„Bolschewik“, Nr. 23-24,
1928

ANTWORT AN KUSCHTYSSEW

Genosse Kuschtyssew!
Ihren Brief vom 11.XII.28 habe ich erhalten.
Ihre Frage kann den Anschein erwecken, als ob sie berechtigt sei. In Wirklichkeit hält sie keiner Kritik stand. Es ist nicht schwer zu begreifen, dass Lenin mit seiner These „Sowjetmacht plus Elektrifizierung ist Kommunismus“ weder sagen will, dass es im Kommunismus irgendeine politische Macht geben wird, noch dass wir, wenn wir uns ernsthaft mit der Elektrifizierung des Landes beschäftigt haben, damit den Kommunismus bereits verwirklicht hätten.
Was wollte nun Lenin mit diesem Ausspruch sagen? Er wollte meiner Meinung nach nur sagen, dass für den Vormarsch zum Kommunismus die Sowjetmacht allein nicht ausreicht, dass die Sowjetmacht, um zum Kommunismus zu gelangen, das Land elektrifizieren und die gesamte Volkswirtschaft auf die Großproduktion umstellen muss, dass die Sowjetmacht bereit ist, diesen Weg zu gehen, um zum Kommunismus zu gelangen. Lenins Ausspruch bedeutet lediglich die Bereitschaft der Sowjetmacht, den Weg zum Kommunismus über die Elektrifizierung zu gehen.
Wir sagen oft, dass unsere Republik eine sozialistische Republik ist. Bedeutet das, dass wir den Sozialismus bereits verwirklicht, die Klassen beseitigt und den Staat abgeschafft haben (denn verwirklichter Sozialismus bedeutet Absterben des Staates)? Oder bedeutet das, dass die Klassen, der Staat usw. im Sozialismus noch existieren werden? Es ist klar, dass es das nicht bedeutet. Haben wir dann das Recht, unsere Republiksozialistisch zu nennen? Natürlich haben wir es. Von welchem Standpunkt aus? Vom Standpunkt unserer Entschlossenheit und unserer Bereitschaft, den Sozialismus zu verwirklichen, die Klassen zu beseitigen usw. Vielleicht wären Sie bereit, Genosse Kuschtyssew, Lenins Meinung hierzu zu hören? Wenn Sie bereit sind, so hören Sie:

„Es hat wohl noch keinen Menschen gegeben, der sich die Frage nach der Wirtschaft Rußlands gestellt und dabei den Übergangscharakter dieser Wirtschaft bestritten hätte. Kein einziger Kommunist hat wohl auch bestritten, dass die Bezeichnung Sozialistische Sowjetrepublik bedeutet, dass die Sowjetmacht entschlossen ist, den Übergang zum Sozialismus zu verwirklichen, keineswegs aber, dass die neuen ökonomischen Zustände als sozialistisch anerkannt werden.“ (4. Ausgabe, Bd. 27, S. 302, russ.)

Das ist doch wohl klar.

Mit kommunistischem Gruß

J. Stalin

28. Dezember 1928.

Zum erstenmal veröffentlicht.

1929

SO TIEF SIND SIE GESUNKEN

Die Notwendigkeit, die Frage der illegalen trotzkistischen Organisation mit aller Klarheit zu behandeln, wird diktiert durch die ganze Tätigkeit, die diese. in letzter Zeit entfaltet hat und die die Partei und die Sowjetmacht zwingt, sich den Trotzkisten gegenüber prinzipiell anders zu verhalten, als es die Partei vor dem XV. Parteitag tat.
Das offene Auftreten der Trotzkisten auf der Straße am 7. November 1927 war der Wendepunkt, an dem die trotzkistische Organisation zeigte, dass sie nicht nur mit der Partei, sondern auch mit dem Sowjetregime bricht.
Diesem Auftreten ging eine ganze Reihe parteifeindlicher und sowjetfeindlicher Handlungen voraus: die gewaltsame Beschlagnahme eines staatlichen Gebäudes für eine Versammlung (Moskauer Technische Hochschule), die Organisierung illegaler Druckereien usw. Vor dem XV. Parteitag jedoch ergriff die Partei gegenüber der trotzkistischen Organisation immer noch Maßnahmen, die davon zeugten, dass die Parteiführung den Trotzkisten helfen wollte, sich zu bessern, dass sie ihnen helfen wollte, ihre Fehler zu erkennen und auf den Weg der Partei zurückzufinden. Mehrere Jahre hindurch, beginnend mit der Diskussion von 1923, verfolgte die Partei geduldig diese Linie - die Linie hauptsächlich des ideologischen Kampfes. Und selbst auf dem XV. Parteitag war noch von eben diesen Maßnahmen gegen die trotzkistische Organisation die Rede, obgleich die Trotzkisten „von Meinungsverschiedenheiten taktischen Charakters zu Meinungsverschiedenheiten programmatischen Charakters übergegangen sind, Lenins Anschauungen revidieren und auf die Position des Menschewismus hinab geglitten sind“. (Resolution des XV. Parteitags.)[65]
Das seit dem XV. Parteitag vergangene Jahr hat gezeigt, dass der Beschluss des XV. Parteitags, der die aktiven Trotzkisten aus der Partei ausschloss, richtig war. Im Laufe des Jahres 1928 verwandelten sich die Trotzkisten vollends aus einer illegalen parteifeindlichen Gruppe in eine illegale antisowjetische Organisation. Darin besteht das Neue, das die Organe der Sowjetmacht im Laufe des Jahres 1928 zwang, Repressalien gegen die Funktionäre dieser illegalen antisowjetischen Organisation zu ergreifen.
Die Machtorgane der proletarischen Diktatur können es nicht zulassen, dass im Lande der Diktatur des Proletariats eine illegale antisowjetische Organisation besteht, die, wenn auch ihrer Mitgliederzahl nach völlig unbedeutend, doch immerhin über eigene Druckereien, eigene Komitees verfügt, die antisowjetische Streiks zu organisieren versucht und so tief sinkt, dass sie ihre Anhänger für einen Bürgerkrieg gegen die Organe der proletarischen Diktatur vorbereitet. Aber eben so tief sind die Trotzkisten gesunken, die ehemals eine Fraktion innerhalb der Partei waren und jetzt zu einer illegalen antisowjetischen Organisation geworden sind.
Es versteht sich, dass alles, was im Lande sowjetfeindlich, was menschewistisch ist, seine Sympathie für die Trotzkisten zum Ausdruck bringt und sich jetzt um die Trotzkisten gruppiert.
Der Kampf der Trotzkisten gegen die KPdSU(B) hatte seine eigene Logik, und diese Logik hat die Trotzkisten in das antisowjetische Lager geführt. Trotzki begann damit, dass er im Januar 1928 seinen Gesinnungsgenossen riet, den Schlag gegen die Führung der KPdSU(B) zu richten, ohne sich in Gegensatz zur UdSSR zu stellen. Die Logik des Kampfes hat jedoch dazu geführt, dass Trotzki seine Schläge gegen die Führung der KPdSU(B), gegen die führende Kraft der proletarischen Diktatur unvermeidlich gegen die Diktatur des Proletariats selbst, gegen die UdSSR, gegen unsere gesamte Sowjetgesellschaft richtete.
Die Trotzkisten versuchten, die im Lande führende Partei und die Organe der Sowjetmacht in den Augen der Arbeiterklasse mit allen Mitteln zu diskreditieren. In einem Direktivschreiben vom 21.10.1928, das ins Ausland geschickt und nicht nur im Presseorgan des Renegaten Maslow, sondern auch in weißgardistischen Organen („Rulj“[66] u. a.) veröffentlicht wurde, stellt Trotzki die verleumderische sowjetfeindliche Behauptung auf, dass die in der UdSSR

bestehende Ordnung ein „umgestülptes Kerenskiregime“ sei, ruft er zur Organisierung von Streiks, zur Hintertreibung der Kampagne für den Abschluss von Kollektivverträgen auf und bereitet im Grunde genommen seine Kader auf die Möglichkeit eines neuen Bürgerkriegs vor.
Andere Trotzkisten erklären direkt, man solle bei der Vorbereitung zum Bürgerkrieg „vor nichts, vor keinerlei geschriebenen oder ungeschriebenen Gesetzen haltmachen“.
Die Verleumdungen über die Rote Armee und ihre Führer, die von den Trotzkisten in der illegalen und ausländischen Renegatenpresse - und über diese in der weißgardistischen Presse des Auslands - verbreitet werden, zeugen davon, dass die Trotzkisten nicht davor haltmachen, die internationale Bourgeoisie direkt gegen den Sowjetstaat aufzuhetzen. Die Rote Armee und ihre Führer werden in diesen Dokumenten als die Armee eines künftigen bonapartistischen Umsturzes hingestellt. Dabei versucht die trotzkistische Organisation einerseits, die Sektionen der Komintern zu spalten, Zersetzung in die Reihen der Komintern zu tragen und überall ihre Fraktionen zu bilden, anderseits hetzt sie die dem Sowjetstaat ohnehin feindlichen Elemente gegen die UdSSR auf.
Die revolutionären Phrasen in den trotzkistischen Schriften können das konterrevolutionäre Wesen der trotzkistischen Aufrufe bereits nicht mehr verbergen. Lenin warnte die Partei auf dein X. Parteitag im Zusammenhang mit der Kronstädter Meuterei, dass selbst „die Weißgardisten bestrebt sind und es verstehen, sich einen solchen Anstrich zu geben, dass sie als Kommunisten erscheinen, ja sogar ‚linker’ als die Kommunisten, nur um es zuwege zu bringen, das Bollwerk der proletarischen Revolution in Rußland zu schwächen und zu stürzen“. Lenin führte damals auch als Beispiel an, wie die Menschewiki die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der KPR(B) ausnutzten, um die Kronstädter Meuterer, die Sozial-revolutionäre und Weißgardisten, faktisch vorwärtszutreiben und zu unterstützen, wobei sie sich für den Fall eines Scheiterns der Meuterei als Anhänger der Sowjetmacht, nur einer Sowjetmacht mit angeblich kleinen Korrekturen, ausgaben[67]. Die illegale Organisation der Trotzkisten hat voll und ganz bewiesen, dass sie eine solche maskierte Organisation ist, die gegenwärtig alle der proletarischen Diktatur feindlichen Elemente um sich konzentriert. Die trotzkistische Organisation spielt jetzt faktisch die gleiche Rolle, die seinerzeit in der UdSSR die Partei der Menschewiki in ihrem Kampf gegen das Sowjetregime spielte.
Die Unterminierungsarbeit der trotzkistischen Organisation erfordert von den Organen der Sowjetmacht einen schonungslosen Kampf gegen diese antisowjetische Organisation. Hieraus erklären sich die in letzter Zeit von der OGPU ergriffenen Maßnahmen zur Liquidierung dieser antisowjetischen Organisation (Verhaftungen und Ausweisungen).
Offenbar legen sich bei weitem nicht alle Mitglieder der Partei klare Rechenschaft darüber ab, dass zwischen der früheren trotzkistischen Opposition innerhalb der KPdSU(B) und der heutigen illegalen antisowjetischen trotzkistischen Organisation außerhalb der KPdSU(B) bereits ein unüberbrückbarer Abgrund liegt. Indes wäre es an der Zeit, diese offenkundige Wahrheit zu begreifen und sie sich zu Eigen zu machen. Daher ist das „liberale“ Verhalten gegenüber Funktionären der illegalen trotzkistischen Organisation, das einzelne Parteimitglieder zuweilen an den Tag legen, völlig unzulässig. Darüber müssen sich alle Mitglieder der Partei klar werden. Mehr noch, dem ganzen Lande, den breiten Schichten der Arbeiter und Bauern muss klargemacht werden, dass die illegale trotzkistische Organisation eine antisowjetische Organisation, eine der proletarischen Diktatur feindliche Organisation ist.
Mögen diejenigen Trotzkisten, die noch auf halbem Wege stehen, gleichfalls diese neue Lage bedenken, die durch ihre Führer und durch die Tätigkeit der illegalen antisowjetischen trotzkistischen Organisation hervorgerufen worden ist.
Eins von beiden: Entweder mit der illegalen trotzkistischen antisowjetischen Organisation gegen die KPdSU(B) und gegen die proletarische Diktatur in der UdSSR oder völliger Bruch mit der illegalen antisowjetischen Organisation der Trotzkisten und völliger Verzicht auf jedwede Unterstützung dieser Organisation.

Zum erstenmal veröffentlicht.

DIE BUCHARINGRUPPE UND DIE RECHTE ABWEICHUNG IN UNSERER PARTEI

Aus Reden in der gemeinsamen Sitzung des Politbüros
des ZK und des Präsidiums der ZKK der KPdSU(B)
Ende Januar und Anfang Februar 1929
(Kurze Niederschrift)

Genossen! So traurig es ist, so müssen wir doch die Tatsache feststellen, dass sich in unserer Partei eine besondere Bucharingruppe, bestehend aus Bucharin, Tomski und Rykow, gebildet hat. Von der Existenz dieser Gruppe war der Partei vordem nichts bekannt - die Bucharinleute verbargen die Tatsache der Existenz einer solchen Gruppe sorgfältig vor der Partei. Jetzt aber ist diese Tatsache bekannt und offensichtlich geworden.

Diese Gruppe hat, wie aus ihrer Erklärung zu ersehen ist, ihre besondere Plattform, die sie der Politik der Partei entgegenstellt. Sie fordert erstens - im Gegensatz zu der bestehenden Politik der Partei - eine Verlangsamung des Entwicklungstempos unserer Industrie, wobei sie behauptet, dass das gegenwärtige Entwicklungstempo der Industrie „verderblich“ sei. Sie fordert zweitens - ebenfalls im Gegensatz zur Politik der Partei - eine Einschränkung des Aufbaus der Sowjet- und Kollektivwirtschaften, wobei sie behauptet, dass die Kollektiv- und Sowjetwirtschaften bei der Entwicklung unserer Landwirtschaft keine ernsthafte Rolle spielten und spielen könnten. Sie fordert drittens - ebenfalls im Gegensatz zur Politik der Partei - volle Freiheit für den privaten Handel und Verzicht auf die regulierende Rolle des Staates auf dem Gebiet des Handels, wobei sie behauptet, dass die regulierende Rolle des Staates die Entwicklung des Handels unmöglich mache.

Mit anderen Worten, die Bucharingruppe stellt eine rechte Abweichung dar, sie ist eine Kapitulantengruppe, die nicht für die Liquidierung der kapitalistischen Elemente in Stadt und Land, sondern für deren freie Entwicklung eintritt.

Gleichzeitig tritt die Bucharingruppe gegen die außerordentlichen Maßnahmen gegenüber dem Kulakentum sowie gegen die „übermäßige“ Besteuerung der Kulaken auf und beschuldigt die Partei unverfroren, sie betreibe durch die Anwendung dieser Maßnahmen im Grunde genommen eine Politik der „militärisch-feudalen Ausbeutung der Bauernschaft“. Diese lächerliche Beschuldigung brauchte Bucharin, um die Kulaken in Schutz zu nehmen, wobei er die werktätige Bauernschaft mit dem Kulakentum verwechselte und beide auf die gleiche Stufe stellte.

Die Bucharingruppe verlangt, die Partei solle ihre Politik von Grund aus ändern, und zwar im Geiste der Plattform dieser Gruppe. Sie erklärt weiter, dass Bucharin, Rykow und Tomski demissionieren werden, wenn die Partei ihre Politik nicht ändert.

Das sind die Tatsachen, die im Verlauf der Diskussion in der gegenwärtigen gemeinsamen Sitzung des Politbüros des ZK und des Präsidiums der ZKK festgestellt wurden.

Festgestellt wurde außerdem, dass Bucharin im Auftrag der Gruppe hinter den Kulissen Verhandlungen mit Kamenew führte, um einen Block der Bucharinleute mit den Trotzkisten gegen die Partei und ihr ZK zu organisieren. Offensichtlich hielten es die Bucharinleute, da sie nicht auf einen Sieg ihrer Plattform im ZK unserer Partei rechneten, für notwendig, einen solchen Block hinter dem Rücken des ZK der Partei zu organisieren.

Gab es bei uns früher Meinungsverschiedenheiten? Ja, es gab sie. Zum erstenmal traten bei uns heftige Meinungsverschiedenheiten vor dem Juliplenum des ZK (1928) auf. Die Meinungsverschiedenheiten betrafen die gleichen Fragen: das Entwicklungstempo der Industrie, die Sowjet- und Kollektivwirtschaften, die volle Freiheit für den privaten Handel, die außerordentlichen Maßnahmen gegen das Kulakentum. Die Sache endete jedoch damals auf dem Plenum mit der Annahme einer einheitlichen und gemeinsamen Resolution zu all diesen Fragen. Wir alle waren damals der Ansicht, dass Bucharin und seine Anhänger sich

von ihren Fehlern losgesagt hätten und dass die Meinungsverschiedenheiten durch die Annahme der gemeinsamen Resolution beigelegt wären. Auf diesem Boden kam es auch zu der bekannten, von allen Mitgliedern des Politbüros unterzeichneten Erklärung (Juli 1928), dass im Politbüro Einigkeit herrscht und keine Meinungsverschiedenheiten bestehen.
Zum zweiten Mal traten bei uns heftige Meinungsverschiedenheiten vor dem Novemberplenum des ZK auf. Bucharins Artikel „Notizen eines Ökonomen" bewies mit aller Deutlichkeit, dass im Politbüro nicht alles zum Besten bestellt ist, dass jedenfalls eins der Mitglieder des Politbüros die Linie des ZK zu revidieren oder zu „korrigieren" versucht. Für uns, für die Mehrheit der Mitglieder des Politbüros, unterlag es jedenfalls keinem Zweifel, dass die „Notizen eines Ökonomen" einen parteifeindlichen eklektischen Artikel darstellen, der die Verlangsamung des Entwicklungstempos der Industrie und die Änderung unserer Politik auf dem Lande im Geiste des bekannten Briefes von Frumkin bezweckt. Hinzu kommt noch die Frage der Demission Rykows, Bucharins und Tomskis. Es handelt sich darum, dass Rykow, Bucharin und Tomski damals zu der Kommission kamen, die mit der Ausarbeitung der Resolution über die Kontrollzahlen beauftragt war, und erklärten, dass sie demissionieren würden. Im Verlauf der Arbeiten dieser Kommission wurden jedoch alle Meinungsverschiedenheiten auf diese oder jene Weise beigelegt: das gegenwärtige Entwicklungstempo der Industrie wurde beibehalten, die weitere Entfaltung des Aufbaus von Sowjet- und Kollektivwirtschaften wurde gebilligt, die maximale Besteuerung der Kulaken wurde aufrechterhalten, die regulierende Rolle des Staates auf dem Gebiet des Handels blieb gleichfalls gewahrt, die lächerliche Beschuldigung, dass die Partei eine Politik der „militärisch-feudalen Ausbeutung der Bauernschaft" betreibe, wurde unter allgemeinem Gelächter der Kommissionsmitglieder zurückgewiesen, die Demission der Drei wurde zurückgenommen. Das Ergebnis war die gemeinsame, von allen Mitgliedern des Politbüros angenommene Resolution über die Kontrollzahlen. Das Ergebnis war der bekannte Beschluss des Politbüros, dass alle Mitglieder des Politbüros sowohl auf dem Novemberplenum des ZK als auch außerhalb desselben erklären sollten, dass im Politbüro Einigkeit herrscht und keine Meinungsverschiedenheiten bestehen.
Konnten wir damals wissen, dass Bucharin, Rykow und Tomski nur zum Schein für die einheitliche Resolution stimmten, dass sie sich besondere Punkte vorbehalten, in denen sie weiterhin Meinungsverschiedenheiten mit der Partei haben, dass Bucharin und Tomski in Wirklichkeit sich faktisch weigern würden, im Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion, in der Komintern, in der „Prawda" zu arbeiten, dass es im Archiv Kamenews gewisse „Aufzeichnungen" gibt, aus denen hervorgeht, dass wir innerhalb des ZK eine besondere Gruppe mit einer eigenen Plattform haben, die versucht, mit den Trotzkisten einen Block gegen die Partei zu bilden?
Es ist klar, dass wir das nicht wissen konnten.
Jetzt ist es für alle klar, dass Meinungsverschiedenheiten bestehen, und zwar ernste Meinungsverschiedenheiten. Offenbar lassen Frumkins Lorbeeren Bucharin keine Ruhe. Lenin hatte tausendmal recht, als er bereits im Jahre 1916 an Schljapnikow schrieb, dass Bucharin „in der Politik verflucht wankelmütig ist"[68]. Diese Wankelmütigkeit hat sich jetzt von Bucharin auf die Mitglieder seiner Gruppe übertragen.
Das Grundübel der Bucharinleute ist ihr Glaube, ist ihre Überzeugung, dass unsere Getreideschwierigkeiten und alle anderen Schwierigkeiten behoben werden könnten, wenn wir dem Kulaken Erleichterungen gewährten und ihm Handlungsfreiheit ließen. Sie glauben, die Schwierigkeiten würden beseitigt und die politische Lage des Landes würde gebessert werden, wenn wir dem Kulaken Erleichterungen gewährten, wenn wir seine Ausbeutertendenzen nicht einschränkten, wenn wir ihm freie Hand ließen usw. Es braucht nicht betont zu werden, dass dieser naive Glauben der Bucharinleute an die rettende Rolle des Kulaken ein so lächerlicher Unsinn ist, dass es sich nicht einmal lohnt, ihn zu kritisieren. Es ist das Pech der Bucharinleute, das sie die Mechanik des Klassenkampfes nicht begreifen,

nicht begreifen, dass der Kulak der geschworene Feind der Werktätigen, der geschworene Feind unserer ganzen Gesellschaftsordnung ist. Sie begreifen nicht, dass eine Politik der Erleichterungen und der Gewährung von Handlungsfreiheit für den Kulaken die Verschlechterung der ganzen politischen Lage unseres Landes, die Erhöhung der Chancen für die kapitalistischen Elemente im Lande, den Verlust der Dorfarmut für uns, die Demoralisierung des Mittelbauern, den Bruch mit der Arbeiterklasse unseres Landes bedeutet. Sie begreifen nicht, dass keinerlei Gewährung von Handlungsfreiheit für den Kulaken unsere Getreideschwierigkeiten verringern kann, denn der Kulak wird sowieso nicht freiwillig Getreide liefern, solange wir die Politik der Beschaffungspreise und der Regulierung des Getreidemarktes durch die Staatsorgane beibehalten; auf die Politik der staatlichen Regulierung des Handels können wir aber nicht verzichten, wenn wir die Sowjetordnung, die Diktatur des Proletariats nicht untergraben wollen. Es ist das Pech der Bucharinleute, dass sie diese einfachen und elementaren Dinge nicht begreifen. Ich spreche schon gar nicht davon, dass eine Politik der Gewährung von Handlungsfreiheit für die kapitalistischen Elemente sowohl theoretisch als auch politisch mit den Grundlagen der Leninschen Politik und des Leninismus absolut unvereinbar ist.

All das ist richtig, können die Genossen sagen, wo aber ist der Ausweg, was muss im Zusammenhang mit dem Hervortreten der Bucharingruppe unternommen werden? Was den Ausweg aus der entstandenen Lage betrifft, so haben die meisten Genossen bereits dazu Stellung genommen. Die Mehrheit der Genossen fordert, dass die Versammelten Festigkeit an den Tag legen und die Demission Bucharins und Tomskis entschieden zurückweisen (Rykow hat seine Demission bereits zurückgenommen). Die Mehrheit der Genossen fordert, dass die gemeinsame Sitzung des Politbüros des ZK und des Präsidiums der ZKK die rechtsopportunistische, kapitulantenhafte Plattform Bucharins, Tomskis und Rykows verurteilt, dass sie den Versuch Bucharins und seiner Gruppe, einen parteifeindlichen Block mit den Trotzkisten zusammenzuzimmern, verurteilt. Ich schließe mich diesen Vorschlägen voll und ganz an.

Die Bucharinleute sind mit einem solchen Beschluss nicht einverstanden. Sie möchten, dass ihnen die Freiheit fraktioneller Gruppierungen gewährt werde - entgegen dem Statut der Partei. Sie möchten, dass ihnen die Freiheit, die Beschlüsse der Partei und des ZK zu verletzen, gewährt werde - entgegen den ureigenen Interessen der Partei. Es fragt sich - mit welchem Recht?

Bei ihnen sieht es so aus: Wenn die Beschlüsse des ZK von einfachen Parteimitgliedern nicht durchgeführt werden, so müssen diese mit der ganzen Strenge der Parteigesetze bestraft werden; wenn die Beschlüsse des ZK jedoch von so genannten Führern, sagen wir, von Mitgliedern des Politbüros, verletzt werden, so darf man sie nicht nur nicht bestrafen, sondern nicht einmal kritisieren, denn eine Kritik wird von ihnen in solchem Fall als „Prügel“ hingestellt.

Es versteht sich, dass die Partei sich nicht auf diesen heuchlerischen Standpunkt stellen kann. Wenn wir für die Führer andere Gesetze verkünden als für die „einfachen Menschen“ in der Partei, dann wird bei ums weder von der Partei noch von der Parteidisziplin irgendetwas übrig bleiben.

Man beschwert sich darüber, dass man „geprügelt“ werde. Aber diese Beschwerden sind fadenscheinig. Wenn Bucharin das Recht hat, einen ungereimten parteifeindlichen Artikel wie die „Notizen eines Ökonomen“ zu schreiben, so haben die Mitglieder der Partei umso mehr das Recht, einen solchen Artikel zu kritisieren. Wenn Bucharin und Tomski sich das Recht nehmen, gegen einen Beschluss des ZK zu verstoßen, und sich hartnäckig weigern, auf den ihnen übertragenen Posten zu arbeiten, so haben die Mitglieder der Partei um so mehr das Recht, ein derartiges Verhalten zu kritisieren. Wenn das als „Prügel“ bezeichnet wird, so mögen sie uns einmal erklären, was sie dann unter der Losung der Selbstkritik, der innerparteilichen Demokratie usw. verstehen.

Man sagt, Lenin hätte Tomski und Bucharin gegenüber bestimmt größere Milde walten lassen, als es das ZK jetzt tut. Das trifft keineswegs zu. Gegenwärtig ist es so, dass zwei Mitglieder des Politbüros gegen die Beschlüsse des ZK systematisch verstoßen und sich hartnäckig weigern, auf den Posten zu bleiben, die ihnen die Partei übertragen hat, während das ZK der Partei, anstatt sie zu bestrafen, sie nunmehr schon zwei Monate lang zu bewegen sucht, auf ihren Posten zu bleiben. Erinnern Sie sich einmal daran, wie Lenin in solchen Fällen gehandelt hat. Ist Ihnen denn nicht mehr in Erinnerung, dass Genosse Lenin Tomski wegen eines kleinen Fehlers nach Turkestan gejagt hat?

Tomski. Unter Sinowjews und zum Teil auch deiner gütigen Mithilfe.

Stalin. Wenn du sagen willst, dass man Lenin von etwas hätte überzeugen können, wovon er selbst nicht überzeugt war, so kann man nur darüber lachen ... Erinnern Sie sich einmal an ein anderes Vorkommnis, zum Beispiel an die Sache mit Schljapnikow, dessen Ausschluss aus dem ZK Lenin beantragte, weil er in der Zelle des Obersten Volkswirtschaftsrats den Entwurf einer Verfügung des Obersten Volkswirtschaftsrats kritisiert hatte.

Wer kann bestreiten, dass die heutigen Verbrechen Bucharins und Tomskis, die gegen die Beschlüsse des ZK gröblich verstoßen und offensichtlich eine neue opportunistische Plattform gegen die Partei formieren, um ein Vielfaches schlimmer sind als die Vergehen Tomskis und Schljapnikows in dem oben angeführten Fall? Indes fordert das ZK nicht einmal, dass einer von ihnen aus dem ZK entfernt oder irgendwohin nach Turkestan kommandiert wird, sondern es beschränkt sich auf den Versuch, sie davon zu überzeugen, dass sie auf ihren Posten bleiben müssen, wobei es natürlich gleichzeitig ihre parteifremden, ja mitunter geradezu parteifeindlichen Auffassungen entlarvt. Wollen Sie noch größere Milde?

Wäre es nicht richtiger, zu sagen, dass wir, die Mehrheit des ZK, uns den Bucharinleuten gegenüber zu liberal und tolerant verhalten, dass wir dadurch vielleicht, ohne es zu wollen, ihre parteifeindliche fraktionelle „Arbeit“ fördern?

Ist es nicht an der Zeit, mit diesem Liberalismus Schluss zu machen? Ich schlage vor, den Antrag der Mehrheit der hier Versammelten zu billigen und in der Tagesordnung fortzufahren.

Zum erstenmal veröffentlicht.

ANTWORT AN BILL-BELOZERKOWSKI

Genosse Bill-Belozerkowski!

Ich schreibe mit großer Verspätung. Aber besser spät als nie.

1. Ich halte schon die Stellung der Frage nach „Rechten“ und „Linken“ in der schönen Literatur (und also auch im Theater) für falsch. Der Begriff „Rechte“ bzw. „Linke“ ist heute in unserem Lande ein Parteibegriff, eigentlich ein innerparteilicher Begriff. „Rechte“ bzw. „Linke“ - das sind Leute, die eben von der Parteilinie nach dieser oder jener Seite abweichen. Es wäre deshalb sonderbar, diese Begriffe auf ein solches außerhalb der Partei liegendes und unvergleichlich breiteres Gebiet anzuwenden wie die schöne Literatur, das Theater u. ä. Diese Begriffe sind allenfalls noch anwendbar auf diesen oder jenen (kommunistischen) Parteizirkel auf dem Gebiet der schönen Literatur. Innerhalb eines solchen Zirkels kann es „Rechte“ und „Linke“ geben. Sie jedoch in der schönen Literatur im gegenwärtigen Stadium ihrer Entwicklung anwenden, wo es alle möglichen Strömungen, einschließlich antisowjetischer und direkt konterrevolutionärer, gibt, das heißt alle Begriffe auf den Kopf stellen. Am richtigsten wäre es, in der schönen Literatur mit klassenmäßigen Begriffen oder sogar mit den Begriffen „sowjetisch“, „antisowjetisch“, „revolutionär“, „gegenrevolutionär“ usw. zu operieren.

2. Aus dem Gesagten folgt, dass ich das „Golowanowtum“[69] weder für eine „rechte“ noch für eine „linke“ Gefahr halten kann - es liegt jenseits des Bereichs von Parteiströmungen. Das „Golowanowtum“ gehört zur Kategorie der antisowjetischen Erscheinungen. Daraus folgt natürlich nicht, dass Golowanow selbst sich nicht bessern, dass er sich nicht von seinen Fehlern frei machen kann, dass man ihn verfolgen und ständig angreifen muss, sogar dann, wenn er bereit wäre, seine Fehler abzulegen, dass er auf diese Weise gezwungen werden muss, ins Ausland zu gehen.

Oder zum Beispiel „Die Flucht“ von Bulgakow, die man ebenfalls nicht für eine Erscheinungsform der „linken“ oder „rechten“ Gefahr halten darf. „Die Flucht“ ist ein Versuch, für gewisse Schichten der antisowjetischen Emigranten Mitleid, wenn nicht gar Sympathie, zu erwecken - folglich ein Versuch, die Sache der Weißgardisten zu rechtfertigen oder halb zu rechtfertigen. „Die Flucht“ ist in der Gestalt, in der sie vorliegt, eine antisowjetische Erscheinung.

Ich hätte übrigens nichts gegen die Aufführung der „Flucht“, wenn Bulgakow zu seinen acht Träumen noch ein oder zwei Träume hinzufügte, in denen er die inneren sozialen Triebfedern des Bürgerkriegs in der UdSSR darstellt, damit der Zuschauer begreifen kann, dass alle diese auf ihre Weise „ehrenhaften“ Serafims und verschiedenen Privatdozenten nicht einer Laune der Bolschewiki wegen aus Rußland hinausgeworfen wurden, sondern weil sie auf Kosten des Volkes schmarotzten (trotz ihrer „Ehrenhaftigkeit“), dass die Bolschewiki, als sie diese „ehrenhaften“ Anhänger der Ausbeutung fortjagten, den Willen der Arbeiter und Bauern vollzogen und deshalb völlig richtig handelten.

3. Warum so häufig Stücke von Bulgakow aufgeführt werden? Weil es wahrscheinlich nicht genug eigene, für die Aufführung taugliche Stücke gibt. In fischloser Zeit sind selbst „Die Tage der Turbins“ ein Fisch. Natürlich ist es sehr leicht, zu „kritisieren“ und ein Verbot für nichtproletarische Literatur zu fordern. Aber das Leichteste ist nicht das Beste. Nicht auf das Verbot kommt es an, sondern darauf, die alte und neue nichtproletarische Makulatur auf dem Wege des Wettbewerbs, durch Schaffung echter, interessanter, künstlerischer Stücke sowjetischen Charakters, die sie ersetzen können, Schritt für Schritt von der Bühne zu verdrängen. Der Wettbewerb aber ist eine große und ernste Sache, denn nur unter den Verhältnissen des Wettbewerbs kann die Herausbildung und Kristallisation unserer proletarischen schönen Literatur erreicht werden.

Was das Stück „Die Tage der Turbins“ selbst betrifft, so ist es nicht einmal so schlecht, denn es bringt mehr Nutzen als Schaden. Vergessen Sie nicht, dass der Haupteindruck, der beim

Zuschauer von diesem Stück bleibt, ein für die Bolschewiki günstiger Eindruck ist: „Wenn selbst solche Menschen wie die Turbins gezwungen sind, die Waffen zu strecken und sich dem Willen des Volkes zu unterwerfen, und somit zugeben, dass ihre Sache endgültig verloren ist, so bedeutet das, die Bolschewiki sind unbesiegbar, gegen sie, die Bolschewiki, ist nicht aufzukommen." „Die Tage der Turbins" sind eine Demonstration der alles besiegenden Kraft des Bolschewismus.

Natürlich ist der Autor in jeder Beziehung „unschuldig" an dieser Demonstration. Aber was kümmert das uns?

4. Es ist richtig, dass Genosse Swiderski auf Schritt und Tritt die unglaublichsten Fehler begeht und Entstellungen zulässt. Aber richtig ist auch, dass die Spielplankommission in ihrer Arbeit nicht weniger Fehler macht, wenn auch nach der anderen Seite. Denken Sie nur an „Die Purpurinsel", „Die Verschwörung der .Gleichen" und ähnliche Makulatur, die aus unerfindlichen Gründen für das wirklich bürgerliche Kammertheater gern zugelassen wird.

5. Was die „Gerüchte" über „Liberalismus" betrifft, so lassen Sie uns lieber davon nicht sprechen - überlassen Sie es den Moskauer Marktweibern, sich mit „Gerüchten" zu befassen.

J. Stalin

2. Februar 1929.

Zum erstenmal veröffentlicht.

AN DIE ARBEITER UND ARBEITERINNEN DES „KRASNY TREUGOLNIK“

Werte Genossen, Arbeiter und Arbeiterinnen des „Krasny Treugolnik“! Nehmen Sie meinen freundschaftlichen Gruß anlässlich des Übergangs des „Krasny Treugolnik“ zum Siebenstundentag entgegen.

In den kapitalistischen Ländern arbeiten Ihre Brüder und Schwestern 10, 12, ja 14 Stunden. Wir, die Arbeiter und Arbeiterinnen unseres Arbeiter- und Bauernstaates, werden von nun an 7 Stunden täglich arbeiten.

Mögen alle wissen, dass die Arbeiter der UdSSR in den ersten Reihen der Arbeiterklasse der ganzen Welt stehen!

Möge unser Banner - das Banner des Aufbaus des Sozialismus - zum Banner der Arbeiter aller Länder werden!

Ich bitte zu entschuldigen, dass es mir nicht möglich ist, zu Ihnen zu kommen, um an Ihrer Feier teilzunehmen.

J. Stalin

2. Februar 1929.

„Leningradskaja Prawda“
(Leningrader Prawda) Nr. 28,
3. Februar 1929.

TELEGRAMM NACH PROSKUROW AN DIE ROTARMISTEN, KOMMANDEURE UND POLITISCHEN FUNKTIONÄRE DES ERSTEN ROTEN KOSAKENREGIMENTS[70]

Brüderlichen Gruß den Rotarmisten, Kommandeuren und politischen Funktionären des Ersten Roten Kosakenregiments der Roten Kavalleriedivision. Wünsche Erfolg in der Arbeit und Sieg über die Feinde der Arbeiter und Bauern.

Stalin

22. Februar 1929.

Zum erstenmal veröffentlicht.

BEGRÜSSUNGSSCHREIBEN AN DIE „SELSKOCHOSJAISTWENNAJA GASETA“

Gruß und beste Wünsche der „Selskochosjaistwennaja Gaseta“[71]! Ich wünsche ihr Erfolg bei der Ausarbeitung und Behandlung der Fragen der Entwicklung der Landwirtschaft auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Theorie.

Hoffen wir, dass sie es vermag, zum organisierenden Zentrum der aktiven Kräfte des Aufbaus zu werden, die das schwierige Werk der sozialistischen Rekonstruktion unserer Landwirtschaft voranführen.

Stalin

„Selskochosjaistwennaja Gaseta“
(Landwirtschaftszeitung) Nr. 1,
1. März 1929.

DIE NATIONALE FRAGE UND DER LENINISMUS

Antwort an die Genossen Meschkow, Kowaltschuk und andere

Ihre Briefe habe ich erhalten. Sie gleichen einer ganzen Reihe von Briefen über dasselbe Thema, die ich während der letzten Monate von anderen Genossen bekommen habe. Ich habe jedoch beschlossen, gerade Ihnen zu antworten, weil Sie die Fragen unverhüllter stellen und so dazu beitragen, Klarheit zu schaffen. Zwar ist die Lösung, zu der Sie in Ihren Briefen hinsichtlich der behandelten Fragen gelangen, falsch, aber das ist eine andere Frage, darüber werden wir weiter unten sprechen.
Kommen wir zur Sache.

1. DER BEGRIFF „NATION“

Die russischen Marxisten haben schon längst ihre Theorie der Nation. Nach dieser Theorie ist die Nation eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft von vier grundlegenden Merkmalen, und zwar: auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, der Gemeinschaft des Territoriums, der Gemeinschaft des Wirtschaftslebens und der Gemeinschaft der psychischen Wesensart, die sich in der Gemeinschaft der spezifischen Besonderheiten der nationalen Kultur offenbart. Bekanntlich hat diese Theorie in unserer Partei allgemeine Anerkennung gefunden.
Wie aus Ihren Briefen zu ersehen ist, halten Sie diese Theorie für nicht ausreichend. Daher machen Sie den Vorschlag, die vier Merkmale der Nation durch ein fünftes Merkmal zu ergänzen, und zwar: das Vorhandensein eines eigenen gesonderten Nationalstaates. Sie sind der Ansicht, dass es ohne dieses fünfte Merkmal keine Nation gebe noch geben könne.
Ich bin der Meinung, dass das von Ihnen vorgeschlagene Schema mit seinem neuen, fünften Merkmal des Begriffs „Nation“ grundfalsch ist und weder theoretisch noch praktisch-politisch gerechtfertigt werden kann.
Ihrem Schema zufolge dürfte man als Nationen nur die Nationen gelten lassen, die ihren eigenen, von anderen Staaten abgesonderten Staat haben, alle unterdrückten Nationen aber, die kein selbständiges Staatswesen besitzen, müsste man aus der Kategorie der Nationen streichen, wobei der Kampf der unterdrückten Nationen gegen das nationale Joch, der Kampf der Kolonialvölker gegen den Imperialismus nicht mehr zu dem Begriff „nationale Bewegung“, „nationale Befreiungsbewegung“ zu rechnen wäre.
Mehr noch. Ihrem Schema zufolge müsste man behaupten, dass
a) die Iren erst nach der Bildung des „Irischen Freistaats“ zur Nation wurden, bis zu diesem Zeitpunkt jedoch keine Nation waren;
b) die Norweger vor der Abtrennung Norwegens von Schweden keine Nation waren, sondern erst nach dieser Abtrennung zur Nation wurden;
c) die Ukrainer keine Nation waren, solange die Ukraine zum zaristischen Rußland gehörte, dass sie erst nach der Abtrennung von Sowjetrußland unter der Zentralrada und unter dem Hetman Skoropadski zur Nation wurden, jedoch wieder aufhörten, eine Nation zu sein, nachdem sie ihre Ukrainische Sowjetrepublik mit den anderen Sowjetrepubliken in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vereinigt hatten.
Solche Beispiele könnte man endlos anführen.
Es ist offensichtlich, dass ein Schema, das zu derart absurden Schlussfolgerungen führt, nicht als wissenschaftliches Schema betrachtet werden kann.
In der praktischen Politik führt Ihr Schema unvermeidlich zur Rechtfertigung der nationalen, imperialistischen Unterdrückung, deren Vertreter sich entschieden weigern, die unterdrückten und nicht vollberechtigten Nationen, die keine eigenen abgesonderten Nationalstaaten

besitzen, als wirkliche Nationen anzuerkennen, und meinen, dieser Umstand gebe ihnen das Recht, diese Nationen zu unterdrücken.
Ich spreche schon gar nicht davon, dass Ihr Schema zur Rechtfertigung der bürgerlichen Nationalisten in unseren Sowjetrepubliken führt, die den Nachweis zu erbringen suchen, dass die sowjetischen Nationen aufgehört haben, Nationen zu sein, nachdem sie ihre nationalen Sowjetrepubliken in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vereinigt haben.
So steht es um die Frage einer „Ergänzung“ und „Berichtigung“ der russischen marxistischen Theorie der Nation.
Es bleibt nur das eine übrig: anzuerkennen, dass die russische marxistische Theorie der Nation die einzig richtige Theorie ist.

2. DIE ENTSTEHUNG UND ENTWICKLUNG DER NATIONEN

Einer Ihrer schwerwiegenden Fehler besteht darin, dass Sie alle heutzutage bestehenden Nationen in einen Topf werfen und den prinzipiellen Unterschied zwischen ihnen übersehen.
Es gibt verschiedene Nationen auf der Welt. Es gibt Nationen, die sich in der Epoche des aufsteigenden Kapitalismus entwickelt haben, als die Bourgeoisie, während sie den Feudalismus und die feudale Zersplitterung beseitigte, die Nation vereinigte und zu einem Ganzen verband. Das sind die so genannten „modernen“ Nationen.
Sie behaupten, dass die Nationen schon vor dem Kapitalismus entstanden seien und existiert hätten. Wie konnten aber Nationen vor dem Kapitalismus, in der Periode des Feudalismus entstehen und existieren, als die Länder in einzelne selbständige Fürstentümer zersplittert waren, die nicht nur nicht durch nationale Bande miteinander verbunden waren, sondern entschieden die Notwendigkeit solcher Bande leugneten? Entgegen Ihren irrigen Behauptungen gab es in der vorkapitalistischen Periode keine Nationen und konnte es auch keine geben, da es noch keine nationalen Märkte gab, da es weder ökonomische noch kulturelle nationale Zentren gab, da es folglich auch die Faktoren nicht gab, durch die die wirtschaftliche Zersplitterung eines Volkes beseitigt wird und die bis dahin gesonderten Teile dieses Volkes zu einem nationalen Ganzen zusammengeschlossen werden.
Natürlich sind die Elemente der Nation - Sprache, Territorium, Kulturgemeinschaft usw. - nicht vom Himmel gefallen, sondern haben sich nach und nach herausgebildet, und zwar bereits in der vorkapitalistischen Periode. Aber diese Elemente befanden sich in einem Keimzustand und waren bestenfalls eine Potenz in dem Sinne, dass sich unter bestimmten günstigen Bedingungen in Zukunft eine Nation bilden konnte. Die Potenz wurde erst in der Periode des aufsteigenden Kapitalismus mit seinen nationalen Märkten, mit seinen ökonomischen und kulturellen Zentren zur Wirklichkeit.
In diesem Zusammenhang muss man an die vortrefflichen Worte erinnern, die Lenin in seiner Schrift „Was sind die ‚Volksfreunde’ und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?“ zur Frage der Entstehung der Nationen sagt. In seiner Polemik gegen den Volkstümler Michailowski, der die Entstehung der nationalen Bindungen und der nationalen Einheit aus der Entwicklung der Geschlechtsverbände ableitet, schreibt Lenin:

„Somit wären die nationalen Bindungen eine Fortsetzung und Verallgemeinerung der Geschlechtsverbände! Herr Michailowski scheint seine Vorstellungen von der Geschichte der Gesellschaft offenbar jenen kindischen Fabeln zu entnehmen, die man Gymnasiasten einpaukt. Die Geschichte der Gesellschaft besteht, dieser Schulweisheit gemäß, darin, dass zuerst die Familie, diese Zelle jedweder Gesellschaft, bestanden habe ..., worauf sich die Familie zum Stamm, der Stamm aber zum Staat entwickelt habe. Wenn nun Herr Michailowski mit wichtiger Miene diesen kindischen Unsinn wiederholt, so zeigt das nur - abgesehen von allem anderen -, dass er vom Verlauf der Geschichte, sei es auch nur der russischen, nicht die geringste Ahnung hat. Erschien es noch angebracht, von einem

Gentilwesen im alten Rußland zu sprechen, so steht fest, dass bereits im Mittelalter, in der Epoche des Moskowitischen Staates, diese Geschlechtsverbände nicht mehr bestanden, das heißt, dass der Staat keineswegs auf Geschlechtsverbänden, sondern auf Ortsverbänden aufgebaut war: Die Gutsherren und die Klöster nahmen Bauern aus verschiedenen Gegenden auf, und die so entstandenen Gemeinden bildeten reine Territorialverbände. Von nationalen Bindungen im eigentlichen Sinne des Wortes konnte indessen in der damaligen Zeit kaum die Rede sein: Der Staat zerfiel in einzelne Lande, teilweise sogar Fürstentümer, die lebendige Spuren ihrer einstigen Autonomie, Eigentümlichkeiten der Verwaltung, zuweilen eigene Truppen (die einzelnen Bojaren pflegten mit eigenen Regimentern in den Krieg zu ziehen), besondere Zollschranken usw. beibehalten hatten. Erst für die Neuzeit der russischen Geschichte (etwa seit dem 17. Jahrhundert) ist ein tatsächlicher Zusammenschluss aller dieser Gebiete, Länder und Fürstentümer zu einem Ganzen kennzeichnend. Dieser Zusammenschluss, hoch verehrter Herr Michailowski, wurde nicht durch die Geschlechtsverbände, auch nicht einmal durch ihre Fortsetzung und Verallgemeinerung hervorgerufen: Er wurde hervorgerufen durch den zunehmenden Austausch zwischen den einzelnen Gebieten, den allmählich wachsenden Warenverkehr, die Konzentration der kleinen örtlichen Märkte zu einem gesamtrussischen Markt. Da die Leiter und Herren dieses Prozesses kapitalistische Kaufleute waren, so war die Schaffung dieser nationalen Bindungen nichts anderes als eine Schaffung bürgerlicher Bindungen.“ (Siehe Bd. I, S. 72/73[72].)

So verhält es sich mit der Entstehung der so genannten „modernen“ Nationen.
Die Bourgeoisie und ihre nationalistischen Parteien waren und bleiben in dieser Periode die leitende Hauptkraft dieser Nationen. Klassenfrieden innerhalb der Nation um der „Einheit der Nation“ willen; Erweiterung des Territoriums der eigenen Nation durch Annexion fremder nationaler Territorien; Misstrauen und Hass gegen fremde Nationen; Unterdrückung der nationalen Minderheiten; Einheitsfront mit dem Imperialismus - das ist das ideologische und sozialpolitische Rüstzeug dieser Nationen.
Solche Nationen muss man als bürgerliche Nationen qualifizieren. Es sind dies zum Beispiel die französische, die englische, die italienische, die nordamerikanische und andere, ihnen ähnliche Nationen. Ebensolche bürgerlichen Nationen waren die russische, die ukrainische, die tatarische, die armenische, die georgische und andere Nationen in Rußland vor der Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Sowjetordnung in unserem Lande.
Es ist begreiflich, dass das Schicksal dieser Nationen an das Schicksal des Kapitalismus gebunden ist, dass mit dem Sturz des Kapitalismus diese Nationen abtreten müssen.
Eben diese bürgerlichen Nationen meint Stalin in der Schrift „Marxismus und nationale Frage“, wenn er sagt: „Die Nation ist nicht einfach eine historische Kategorie, sondern eine historische Kategorie einer bestimmten Epoche, der Epoche des aufsteigenden Kapitalismus.“ Und weiter: „Die Geschicke der ihrem Wesen nach bürgerlichen nationalen Bewegung sind naturgemäß an das Schicksal der Bourgeoisie gebunden. Ein endgültiges Verebben der nationalen Bewegung ist erst mit dem Sturz der Bourgeoisie möglich. Erst im Reiche des Sozialismus kann völliger Friede hergestellt werden.“[73]
So verhält es sich mit den bürgerlichen Nationen.
Doch gibt es auch andere Nationen auf der Welt. Das sind die neuen, sowjetischen Nationen, die sich entwickelt und herausgebildet haben auf der Grundlage der alten, bürgerlichen Nationen nach dem Sturz des Kapitalismus in Rußland, nach der Liquidierung der Bourgeoisie und ihrer nationalistischen Parteien, nach der Errichtung der Sowjetordnung.
Die Arbeiterklasse und ihre internationalistische Partei sind die Kraft, die diese neuen Nationen zusammenschweißt und sie führt. Bündnis der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft innerhalb der Nation zur Liquidierung der Überreste des Kapitalismus im Namen des siegreichen Aufbaus des Sozialismus; Beseitigung der Überreste der nationalen Unterdrückung im Namen der Gleichberechtigung und freien Entwicklung der Nationen und nationalen Minderheiten; Beseitigung der Überreste des Nationalismus im Namen der

Freundschaft zwischen den Völkern und des Sieges des Internationalismus; Einheitsfront mit allen unterdrückten und nicht vollberechtigten Nationen im Kampf gegen die Politik der Eroberungen und Eroberungskriege, im Kampf gegen den Imperialismus - das ist das geistige und sozialpolitische Gepräge dieser Nationen.
Solche Nationen muss man als sozialistische Nationen qualifizieren.
Diese neuen Nationen entstanden und entwickelten sich auf der Grundlage der alten, bürgerlichen Nationen im Ergebnis der Liquidierung des Kapitalismus - auf dem Wege ihrer radikalen Umgestaltung im Geiste des Sozialismus. Niemand kann leugnen, dass die heutigen sozialistischen Nationen in der Sowjetunion - die russische, die ukrainische, die bjelorussische, die tatarische, die baschkirische, die usbekische, die kasachische, die aserbaidshanische, die georgische, die armenische und andere Nationen - sich von Grund aus von den entsprechenden alten, bürgerlichen Nationen im alten Rußland unterscheiden sowohl ihrer Klassenzusammensetzung und ihrem geistigen Gepräge als auch ihren sozialpolitischen Interessen und Bestrebungen nach.
Das sind die zwei Typen von Nationen, die die Geschichte kennt.
Sie sind damit nicht einverstanden, dass die Geschicke der Nationen, in diesem Fall die Geschicke der alten, bürgerlichen Nationen, an das Schicksal des Kapitalismus gebunden sind. Sie sind mit der These nicht einverstanden, dass mit der Liquidierung des Kapitalismus die alten, bürgerlichen Nationen liquidiert werden. Aber woran sonst könnte das Schicksal dieser Nationen gebunden sein, wenn nicht an das Schicksal des Kapitalismus? Ist es denn schwer zu begreifen, dass mit dem Verschwinden des Kapitalismus die von ihm hervorgebrachten bürgerlichen Nationen verschwinden müssen? Glauben Sie etwa, dass die alten, bürgerlichen Nationen unter der Sowjetordnung, unter der Diktatur des Proletariats bestehen und sich entwickeln können? Das fehlte gerade noch...
Sie befürchten, dass die Liquidierung der unter dem Kapitalismus bestehenden Nationen mit der Liquidierung der Nationen überhaupt, mit der Liquidierung jedweder Nation gleichbedeutend sei. Warum, aus welchem Grunde? Ist Ihnen denn nicht bekannt, dass es außer den bürgerlichen Nationen noch andere Nationen, sozialistische Nationen, gibt, die viel fester gefügt und viel lebensfähiger sind als jede beliebige bürgerliche Nation?
Darin eben besteht Ihr Fehler, dass Sie außer bürgerlichen Nationen keine anderen Nationen sehen - folglich haben Sie die ganze Epoche übersehen, in der auf den Trümmern der alten, bürgerlichen Nationen in der Sowjetunion sozialistische Nationen entstanden.
Darum eben handelt es sich, dass die Liquidierung der bürgerlichen Nationen nicht die Liquidierung der Nationen überhaupt bedeutet, sondern die Liquidierung allein der bürgerlichen Nationen. Auf den Trümmern der alten, bürgerlichen Nationen entstehen und entwickeln sich neue, sozialistische Nationen, die viel fester gefügt sind als jede beliebige bürgerliche Nation, denn sie sind frei von den unversöhnlichen Klassenwidersprüchen, von denen die bürgerlichen Nationen zerfressen werden, und repräsentieren in viel stärkerem Maße das ganze Volk als jede beliebige bürgerliche Nation.

3. DIE ZUKUNFT DER NATIONEN UND DER NATIONALEN SPRACHEN

Sie begehen einen ernsten Fehler, wenn Sie ein Gleichheitszeichen setzen zwischen der Periode des Sieges des Sozialismus in einem Lande und der Periode des Sieges des Sozialismus im Weltmaßstab und behaupten, dass nicht nur beim Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab, sondern auch beim Sieg des Sozialismus in einem Lande das Verschwinden der nationalen Unterschiede und der nationalen Sprachen, die Verschmelzung der Nationen und die Bildung einer einheitlichen gemeinsamen Sprache möglich und notwendig sei. Dabei vermengen Sie ganz verschiedene Dinge: die „Beseitigung der nationalen Unterdrückung“ mit

der „Aufhebung der nationalen Unterschiede“, die „Beseitigung der nationalen Staatsschranken“ mit dem „Absterben der Nationen“, mit der „Verschmelzung der Nationen“.
Es muss betont werden, dass eine Vermengung dieser verschiedenartigen Begriffe für Marxisten absolut unzulässig ist. Bei uns, in unserem Lande, ist die nationale Unterdrückung schon längst beseitigt, daraus folgt aber keineswegs, dass die nationalen Unterschiede verschwunden seien und die Nationen unseres Landes aufgehört hätten zu bestehen. Bei uns, in unserem Lande, sind die nationalen Staatsschranken mit Grenzschutz und Zollämtern schon längst beseitigt, daraus folgt aber keineswegs, dass die Nationen bereits verschmolzen und die nationalen Sprachen verschwunden seien, dass diese Sprachen durch irgendeine für alle unsere Nationen gemeinsame Sprache ersetzt worden seien.
Sie sind unzufrieden mit meiner Rede in der Kommunistischen Universität der Völker des Ostens (1925)[74], in der ich die Richtigkeit der These verneine, dass beim Sieg des Sozialismus in einem Lande, zum Beispiel in unserem Lande, angeblich die nationalen Sprachen absterben, die Nationen verschmelzen werden und an Stelle der nationalen Sprachen eine gemeinsame Sprache entstehen werde.
Sie sind der Meinung, diese meine Erklärung widerspreche der bekannten These Lenins, dass das Ziel des Sozialismus nicht nur Beseitigung der Zersplitterung der Menschheit in kleine Staaten und jeder Absonderung der Nationen, nicht nur Annäherung der Nationen, sondern auch ihre Verschmelzung ist.
Sie sind ferner der Meinung, sie widerspreche auch der anderen Leninschen These, dass beim Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab die nationalen Unterschiede und die nationalen Sprachen anfangen werden abzusterben, dass nach diesem Sieg die nationalen Sprachen anfangen werden, in einer gemeinsamen Sprache aufzugehen.
Das ist völlig falsch, Genossen. Das ist ein großer Irrtum.
Ich sprach bereits oben davon, dass es für einen Marxisten nicht statthaft ist, solche verschiedenartigen Erscheinungen wie den „Sieg des Sozialismus in einem Lande“ und den „Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab“ zu vermengen und in einen Topf zu werfen. Man darf nicht vergessen, dass diese verschiedenartigen Erscheinungen zwei völlig verschiedene Epochen widerspiegeln, die sich voneinander nicht nur zeitlich (was sehr wichtig ist), sondern auch ihrem ganzen Wesen nach unterscheiden.
Nationales Misstrauen, nationale Absonderung, nationale Feindschaft, nationale Zusammenstöße werden natürlich nicht durch irgendein „angeborenes“ Gefühl nationaler Gehässigkeit hervorgerufen und genährt, sondern durch das Bestreben des Imperialismus, fremde Nationen zu unterwerfen, und durch die Furcht dieser Nationen vor der Gefahr der nationalen Versklavung. Solange der Weltimperialismus besteht, werden zweifellos auch dieses Bestreben und diese Furcht bestehen - wird es folglich auch in der überwiegenden Mehrheit der Länder sowohl nationales Misstrauen als auch nationale Absonderung, sowohl nationale Feindschaft als auch nationale Zusammenstöße geben. Kann man nun behaupten, dass der Sieg des Sozialismus und die Liquidierung des Imperialismus in einem Lande die Liquidierung des Imperialismus und des nationalen Jochs in den meisten Ländern bedeuten? Es ist klar, dass man das nicht kann. Daraus folgt aber, dass der Sieg des Sozialismus in einem Lande, wenn er auch den Weltimperialismus ernstlich schwächt, dennoch nicht die Bedingungen schafft noch schaffen kann, die für die Verschmelzung der Nationen und die Verschmelzung der nationalen Sprachen der Welt zu einem einheitlichen Ganzen notwendig sind.
Die Periode des Sieges des Sozialismus im Weltmaßstab unterscheidet sich von der Periode des Sieges des Sozialismus in einem Lande vor allem eben dadurch, dass sie den Imperialismus in allen Ländern liquidiert, dass sie sowohl das Bestreben, fremde Nationen zu unterwerfen, als auch die Furcht vor der Gefahr der nationalen Versklavung beseitigt, dem nationalen Misstrauen und der nationalen Feindschaft den Boden entzieht, die Nationen in einem einheitlichen System der sozialistischen Weltwirtschaft vereint und somit die realen

Bedingungen schafft, die für eine allmähliche Verschmelzung aller Nationen zu einem Ganzen notwendig sind.

Das ist der grundsätzliche Unterschied zwischen diesen beiden Perioden.

Daraus folgt aber, dass es einen unverzeihlichen Fehler begehen hieße, wollte man diese beiden verschiedenen Perioden vermengen und in einen Topf werfen. Nehmen wir meine Rede in der Kommunistischen Universität der Werktätigen des Ostens. Dort heißt es:

„Man redet davon (wie das zum Beispiel Kautsky tut), dass in der Periode des Sozialismus eine allgemeinmenschliche Einheitssprache geschaffen werden wird und alle anderen Sprachen absterben werden. Ich glaube nicht so recht an diese Theorie einer allumfassenden Einheitssprache. Die Erfahrung jedenfalls spricht nicht für, sondern gegen diese Theorie. Bis jetzt ist es so gewesen, dass die sozialistische Revolution die Zahl der Sprachen nicht vermindert, sondern vermehrt hat, denn dadurch, dass sie die tiefsten Tiefen der Menschheit aufrüttelt und auf die politische Arena bringt, erweckt sie eine ganze Reihe neuer, früher gar nicht oder wenig bekannter Nationalitäten zu neuem Leben. Wer hätte gedacht, dass das alte zaristische Rußland nicht weniger als 50 Nationen und nationale Gruppen umfasste? Die Oktoberrevolution hat jedoch dadurch, dass sie die alten Ketten gesprengt und eine ganze Reihe vergessener Völker und Völkerschaften auf den Plan gerufen hat, diese zu neuem Leben erweckt und ihnen neue Entwicklungsmöglichkeiten gegeben.“[75]

Aus diesem Zitat ist ersichtlich, dass ich mich gegen Leute vom Schlage Kautskys wandte, der (das heißt Kautsky) in der nationalen Frage stets ein Dilettant war und blieb, der die Mechanik der Entwicklung der Nationen nicht begreift und keine Vorstellung davon hat, wie kolossal groß die Stabilität der Nationen ist, der es für möglich hält, dass sich die Nationen lange vor dem Sieg des Sozialismus, bereits unter bürgerlich-demokratischen Verhältnissen, verschmelzen, der die Assimilierungs„arbeit“ der Deutschen in Tschechien lakaienhaft preist und leichtfertig behauptet, die Tschechen seien schon beinahe germanisiert, die Tschechen als Nation hätten keine Zukunft.

Aus diesem Zitat ist ferner ersichtlich, dass ich in meiner Rede nicht die Periode des Sieges des Sozialismus im Weltmaßstab im Auge hatte, sondern ausschließlich die Periode des Sieges des Sozialismus in einem Lande. Dabei behauptete ich (und behaupte es nach wie vor), dass die Periode des Sieges des Sozialismus in einem Lande nicht die Bedingungen schafft, die für eine Verschmelzung der Nationen und der nationalen Sprachen notwendig sind, dass diese Periode - im Gegenteil - günstige Verhältnisse für eine Wiedergeburt und ein Aufblühen der Nationen schafft, die früher vom zaristischen Imperialismus unterdrückt wurden, jetzt aber durch die Sowjetrevolution vom nationalen Joch befreit sind.

Aus diesem Zitat ist schließlich ersichtlich, dass Sie den kolossalen Unterschied zwischen den beiden verschiedenen historischen Perioden übersehen, infolgedessen den Sinn der Rede Stalins nicht verstanden und sich im Ergebnis all dessen im Gewirr Ihrer eigenen Fehler verirrt haben.

Gehen wir zu Lenins Thesen über das Absterben und die Verschmelzung der Nationen nach dem Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab über.

Hier eine der Thesen Lenins, entnommen aus Lenins 1916 erschienenem Artikel „Die sozialistische Revolution und das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung“, eine These, die aus irgendwelchen Gründen in Ihren Briefen nicht vollständig zitiert wird:

„Das Ziel des Sozialismus ist nicht nur Beseitigung der Zersplitterung der Menschheit in kleine Staaten und jeder Absonderung der Nationen, nicht nur Annäherung der Nationen, sondern auch ihre Verschmelzung ... Wie die Menschheit zur Abschaffung der Klassen nur durch die Übergangsperiode der Diktatur der unterdrückten Klasse kommen kann, so kann sie zur unvermeidlichen Verschmelzung der Nationen nur durch die Übergangsperiode der

völligen Befreiung, das heißt der Freiheit der Lostrennung, aller unterdrückten Nationen kommen.“ (Siehe Bd. XIX, S.40[76].)

Und hier eine andere These Lenins, die von Ihnen ebenfalls nicht vollständig zitiert wird:

„Solange nationale und staatliche Unterschiede zwischen den Völkern und Ländern bestehen - diese Unterschiede werden sich aber noch sehr, sehr lange sogar nach der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats im Weltmaßstab erhalten -, erfordert die Einheitlichkeit der internationalen Taktik der kommunistischen Arbeiterbewegung aller Länder nicht die Beseitigung der Mannigfaltigkeit, nicht die Aufhebung der nationalen Unterschiede (das wäre im gegenwärtigen Augenblick eine sinnlose Phantasterei), sondern eine solche Anwendung der grundlegenden Prinzipien des Kommunismus (Sowjetmacht und Diktatur des Proletariats), bei der diese Prinzipien im einzelnen richtig modifiziert und den nationalen und nationalstaatlichen Verschiedenheiten richtig angepasst, auf sie richtig angewendet werden.“ (Siehe 4. Ausgabe, Bd.31, S.72 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, 5.736].)

Hervorgehoben sei, dass dieses Zitat Lenins Schrift „Der ‚linke Radikalismus’, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ entnommen ist, die im Jahre 1920, das heißt nach dem Sieg der sozialistischen Revolution in einem Lande, nach dem Sieg des Sozialismus in unserem Lande, erschienen ist.
Aus diesen Zitaten ist ersichtlich, dass Lenin den Prozess des Absterbens der nationalen Unterschiede und der Verschmelzung der Nationen nicht in die Periode des Sieges des Sozialismus in einem Lande verlegt, sondern ausschließlich in die Periode nach der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats im Weltmaßstab, das heißt in die Periode des Sieges des Sozialismus in allen Ländern, wenn bereits die Grundlagen der sozialistischen Weltwirtschaft gelegt sein werden.
Aus diesen Zitaten ist ferner ersichtlich, dass Lenin den Versuch, den Prozess des Absterbens der nationalen Unterschiede in die Periode des Sieges des Sozialismus in einem Lande, in unserem Lande, zu verlegen, als „sinnlose Phantasterei“ bezeichnet.
Aus diesen Zitaten ist außerdem ersichtlich, dass Stalin unbedingt recht hatte, als er in seiner Rede in der Kommunistischen Universität der Werktätigen des Ostens die Möglichkeit verneinte, dass in der Periode des Sieges des Sozialismus in einem Lande, in unserem Lande, die nationalen Unterschiede und die nationalen Sprachen absterben, und dass Sie unbedingt unrecht hatten, als Sie etwas der These Stalins direkt Entgegengesetztes verfochten.
Aus diesen Zitaten ist schließlich ersichtlich, dass Sie, der Sie die beiden verschiedenen Perioden des Sieges des Sozialismus vermengen, Lenin nicht verstanden, Lenins Linie in der nationalen Frage entstellt und infolgedessen, ohne es zu wollen, den Weg des Bruches mit dem Leninismus beschritten haben.
Es wäre falsch zu glauben, dass die Aufhebung der nationalen Unterschiede und das Absterben der nationalen Sprachen sofort nach der Niederlage des Weltimperialismus, mit einem Schlage, sozusagen durch Dekretieren von oben erfolgen werde. Nichts ist irriger als eine solche Ansicht. Der Versuch, die Verschmelzung der Nationen durch Dekretieren von oben, auf dem Wege des Zwangs vorzunehmen, würde bedeuten, den Imperialisten in die Hände zu spielen, das Werk der Befreiung der Nationen zugrunde zu richten, das Werk der Herstellung der Zusammenarbeit und Brüderlichkeit zwischen den Nationen zu Grabe zu tragen. Eine solche Politik käme der Assimilierungspolitik gleich.
Es ist Ihnen natürlich bekannt, dass es für die Assimilierungspolitik als volksfeindliche, konterrevolutionäre Politik, als verderbliche Politik im Arsenal des Marxismus-Leninismus absolut keinen Platz gibt.
Es ist außerdem bekannt, dass sich die Nationen und die nationalen Sprachen durch eine außerordentliche Stabilität und kolossale Widerstandskraft gegen die Assimilierungspolitik

auszeichnen. Die türkischen Assimilatoren, die grausamsten aller Assimilatoren, haben die Balkannationen jahrhundertelang gemartert und gepeinigt, sie haben es jedoch nicht nur nicht fertig gebracht, sie zu vernichten, sondern sahen sich gezwungen zu kapitulieren. Die zaristisch-russischen Russifikatoren und die preußisch-deutschen Germanisatoren, die den türkischen Assimilatoren an Grausamkeit wohl kaum nachstanden, haben im Verlauf von mehr als hundert Jahren die polnische Nation zerstückelt und gepeinigt, genauso wie die persischen und türkischen Assimilatoren die armenische und die georgische Nation im Verlauf von Jahrhunderten zerstückelten, peinigten und auszurotten suchten, sie haben es jedoch nicht nur nicht fertig gebracht, diese Nationen zu vernichten, sondern sahen sich im Gegenteil gezwungen, ebenfalls zu kapitulieren.

Alle diese Umstände müssen berücksichtigt werden, wenn man den wahrscheinlichen Verlauf der Ereignisse vom Standpunkt der Entwicklung der Nation unmittelbar nach der Niederlage des Weltimperialismus richtig voraussehen will.

Es wäre ein Irrtum zu glauben, dass die erste Etappe der Periode der Weltdiktatur des Proletariats der Beginn des Absterbens der Nationen und der nationalen Sprachen, der Beginn der Herausbildung einer einheitlichen gemeinsamen Sprache sein werde. Im Gegenteil, die erste Etappe, in deren Verlauf die nationale Unterdrückung endgültig beseitigt werden wird, wird die Etappe sein, in der die früher unterdrückten Nationen und nationalen Sprachen sich entwickeln und aufblühen werden, die Etappe, in der die Gleichberechtigung der Nationen hergestellt werden wird, die Etappe, in der das gegenseitige nationale Misstrauen verschwinden wird, die Etappe, in der sich die internationalen Verbindungen zwischen den Nationen anknüpfen und festigen werden.

Erst in der zweiten Etappe der Periode der Weltdiktatur des Proletariats, in dem Maße, wie sich an Stelle der kapitalistischen Weltwirtschaft eine einheitliche sozialistische Weltwirtschaft herausbilden wird - erst in dieser Etappe wird sich eine Art gemeinsame Sprache herauszubilden beginnen, denn erst in dieser Etappe werden die Nationen die Notwendigkeit empfinden, neben ihren eigenen nationalen Sprachen eine gemeinsame internationale Sprache zu haben - zur Erleichterung des Verkehrs untereinander und zur Erleichterung der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Zusammenarbeit. In dieser Etappe werden also die nationalen Sprachen und eine gemeinsame internationale Sprache nebeneinander bestehen. Es ist möglich, dass zuerst nicht nur ein, für alle Nationen gemeinsames Weltwirtschaftszentrum mit einer gemeinsamen Sprache entstehen wird, sondern mehrere zonale Wirtschaftszentren für einzelne Gruppen von Nationen mit einer besonderen, für jede Gruppe von Nationen gemeinsamen Sprache und dass sich diese Zentren erst späterhin zu einem gemeinsamen sozialistischen Weltwirtschaftszentrum mit einer für alle Nationen gemeinsamen Sprache vereinigen werden.

In der folgenden Etappe der Periode der Weltdiktatur des Proletariats, wenn sich das sozialistische Weltwirtschaftssystem in genügendem Grade gefestigt haben und der Sozialismus in das Alltagsleben der Völker eingegangen sein wird, wenn sich die Nationen in der Praxis von den Vorzügen überzeugt haben werden, die eine gemeinsame Sprache vor den nationalen Sprachen hat - dann werden die nationalen Unterschiede und Sprachen abzusterben beginnen und einer allen gemeinsamen Weltsprache Platz machen.

Das etwa ist meines Erachtens das Bild der Zukunft der Nationen, das Bild der Entwicklung der Nationen auf dem Wege zu ihrer künftigen Verschmelzung.

4. DIE POLITIK DER PARTEI IN DER NATIONALEN FRAGE

Einer Ihrer Fehler besteht darin, dass Sie die nationale Frage nicht als Teil der allgemeinen Frage der sozialen und politischen Entwicklung der Gesellschaft betrachten, nicht als Teil, der eben dieser allgemeinen Frage untergeordnet ist, sondern als etwas sich selbst Genügendes und Beständiges, das seine Richtung und seinen Charakter im Verlauf der Geschichte nicht

wesentlich ändert. Darum sehen Sie nicht, was jeder Marxist sieht, nämlich, dass die nationale Frage nicht immer den gleichen Charakter hat, dass sich Charakter und Aufgaben der nationalen Bewegung je nach den verschiedenen Entwicklungsperioden der Revolution ändern.

Das ist eigentlich auch die logische Erklärung für die traurige Tatsache, dass Sie so leicht die verschiedenartigen Entwicklungsperioden der Revolution vermengen und in einen Topf werfen und nicht verstehen, dass durch die Veränderung des Charakters und der Aufgaben der Revolution in den verschiedenen Entwicklungsetappen entsprechende Veränderungen im Charakter und in den Aufgaben der nationalen Frage hervorgerufen werden, dass sich demgemäß auch die Politik der Partei in der nationalen Frage ändert, dass man infolgedessen die an eine bestimmte Entwicklungsperiode der Revolution gebundene Politik der Partei in der nationalen Frage nicht gewaltsam von dieser Periode loslösen und willkürlich auf eine andere Periode übertragen darf.

Die russischen Marxisten gingen stets von dem Grundsatz aus, dass die nationale Frage ein Teil der allgemeinen Frage der Entwicklung der Revolution ist, dass die nationale Frage in den verschiedenen Etappen der Revolution verschiedene Aufgaben hat, die dem Charakter der Revolution in jedem gegebenen historischen Augenblick entsprechen, und dass sich demgemäß auch die Politik der Partei in der nationalen Frage ändert.

In der Periode vor dem ersten Weltkrieg, als die Geschichte die bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland auf die Tagesordnung setzte, verknüpften die russischen Marxisten die Lösung der nationalen Frage mit dem Schicksal der demokratischen Umwälzung in Rußland. Unsere Partei war der Auffassung, dass der Sturz des Zarismus, die Beseitigung der Überreste des Feudalismus und die völlige Demokratisierung des Landes die beste Lösung der nationalen Frage bedeuten, soweit ihre Lösung im Rahmen des Kapitalismus möglich ist.

Das ist die Politik der Partei in dieser Periode.

Auf diese Periode beziehen sich auch die bekannten Artikel Lenins über die nationale Frage, darunter der Artikel „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage“, in dem Lenin schreibt:

„...ich behaupte, dass es nur eine einzige Lösung der nationalen Frage gibt, soweit eine solche in der Welt des Kapitalismus überhaupt möglich ist, und diese Lösung ist der konsequente Demokratismus. Zum Beweis berufe ich mich unter anderem auf die Schweiz.“ (Siehe Bd. XVII, S. 150[77].)

Auf die gleiche Periode bezieht sich Stalins Schrift „Marxismus und nationale Frage“, in der es unter anderem heißt:

„Ein endgültiges Verebben der nationalen Bewegung ist erst mit dem Sturz der Bourgeoisie möglich. Erst im Reiche des Sozialismus kann völliger Friede hergestellt werden. Aber den nationalen Kampf auf ein Mindestmaß zu reduzieren, ihn an der Wurzel zu untergraben, ihn für das Proletariat in höchstmöglichem Grade unschädlich zu machen, das ist auch im Rahmen des Kapitalismus möglich. Davon zeugen, sagen wir, die Beispiele der Schweiz und Amerikas. Dazu muss das Land demokratisiert, muss den Nationen die Möglichkeit freier Entwicklung gewährt werden.“[78]

In der darauffolgenden Periode, in der Periode des ersten Weltkrieges, als der lang währende Krieg zwischen den beiden imperialistischen Koalitionen die Macht des Weltimperialismus untergrub, als die Krise des Weltsystems des Kapitalismus die äußerste Grenze erreichte, als sich neben der Arbeiterklasse der „Mutterländer“ auch die kolonialen und abhängigen Länder in die Befreiungsbewegung einreihten, als sich die nationale Frage in eine nationale und koloniale Frage verwandelte, als die Einheitsfront der Arbeiterklasse der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder und der unterdrückten Völker der Kolonien und abhängigen Länder zu einer realen Kraft zu werden begann, als infolgedessen die sozialistische Revolution zu einer

aktuellen Frage wurde - da konnten sich die russischen Marxisten nicht mehr mit der Politik der vorangegangenen Periode begnügen, und sie hielten es für notwendig, die Lösung der nationalen und kolonialen Frage mit dem Schicksal der sozialistischen Umwälzung zu verknüpfen.
Die Partei war der Auffassung, dass der Sturz der Macht des Kapitals und die Organisierung der Diktatur des Proletariats, die Vertreibung der imperialistischen Truppen aus den kolonialen und abhängigen Ländern sowie die Sicherung des Rechts auf Lostrennung und Bildung von eigenen nationalen Staaten für diese Länder, die Überwindung der nationalen Feindschaft und des Nationalismus sowie die Festigung der internationalen Verbindungen zwischen den Völkern, die Organisierung einer einheitlichen sozialistischen Volkswirtschaft und die Herstellung einer brüderlichen Zusammenarbeit der Völker auf dieser Grundlage - dass dies die beste Lösung der nationalen und kolonialen Frage unter den gegebenen Verhältnissen ist.
Das ist die Politik der Partei in dieser Periode.
Diese Periode ist noch lange nicht voll zur Entfaltung gekommen, denn sie hat erst begonnen, aber zweifellos wird sie noch ihr entscheidendes Wort sprechen...
Gesondert zu betrachten ist die Frage der gegenwärtigen Entwicklungsperiode der Revolution in unserem Lande und der gegenwärtigen Politik der Partei.
Hervorgehoben sei, dass unser Land einstweilen das einzige Land ist, das bereit war, den Kapitalismus zu stürzen. Und es hat den Kapitalismus tatsächlich gestürzt und die Diktatur des Proletariats errichtet.
Bis zur Verwirklichung der Diktatur des Proletariats im Weltmaßstab und - um so mehr - bis zum Sieg des Sozialismus in allen Ländern ist es also einstweilen noch weit.
Ferner muss hervorgehoben werden, dass wir, als wir mit der Macht der Bourgeoisie Schluss machten, die sich schon längst von ihren alten demokratischen Traditionen losgesagt hatte, im Vorbeigehen auch die Aufgabe der „völligen Demokratisierung des Landes“ gelöst, das System der nationalen Unterdrückung beseitigt und die Gleichberechtigung der Nationen in unserem Lande hergestellt haben.
Bekanntlich haben sich diese Maßnahmen als das beste Mittel zur Überwindung des Nationalismus und der nationalen Feindschaft, zur Herstellung von Vertrauen zwischen den Völkern erwiesen.
Schließlich muss hervorgehoben werden, dass die Beseitigung der nationalen Unterdrückung zur nationalen Wiedergeburt der früher unterdrückten Nationen unseres Landes geführt hat, zur Entwicklung ihrer nationalen Kultur, zur Festigung der freundschaftlichen internationalen Verbindungen zwischen den Völkern unseres Landes und zum Zustandekommen einer Zusammenarbeit zwischen ihnen beim sozialistischen Aufbau.
Man muss dessen eingedenk sein, dass diese zu neuem Leben erweckten Nationen schon nicht mehr die alten, von der Bourgeoisie geführten, bürgerlichen Nationen sind, sondern neue, sozialistische Nationen, die auf den Trümmern der alten Nationen entstanden sind und von der internationalistischen Partei der werktätigen Massen geführt werden.
Im Zusammenhang damit hielt es die Partei für notwendig, den zu neuem Leben erweckten Nationen unseres Landes zu helfen, sich in ihrer ganzen Größe aufzurichten, ihre nationale Kultur zu beleben und weiterzuentwickeln, in ihrer Muttersprache Schulen, Theater und andere Kulturinstitutionen zur Entfaltung zu bringen, den Partei-, Gewerkschafts-, Genossenschafts-, Staats- und Wirtschaftsapparat zu nationalisieren, das heißt ihn seiner Zusammensetzung nach national zu gestalten, eigene, nationale Partei- und Sowjetkader heranzubilden und all den - freilich nicht zahlreichen - Elementen, die diese Politik der Partei zu hemmen versuchen, den Zaum anzulegen.
Das bedeutet, dass die Partei die Entwicklung und das Aufblühen der nationalen Kulturen der Völker unseres Landes unterstützt und unterstützen wird, dass sie die Festigung unserer neuen,

sozialistischen Nationen fördern wird, dass sie sich dieser Sache annimmt und sie vor allen und jeglichen antileninistischen Elementen schützen wird.
Aus Ihren Briefen geht hervor, dass Sie diese Politik unserer Partei nicht billigen. Das kommt erstens daher, dass Sie die neuen, sozialistischen Nationen mit den alten, bürgerlichen Nationen verwechseln und nicht begreifen, dass die nationalen Kulturen unserer neuen sowjetischen Nationen ihrem Inhalt nach sozialistische Kulturen sind. Das kommt zweitens daher, dass Sie - verzeihen Sie meine Grobheit - in den Fragen des Leninismus ernstlich hinken und sich sehr schlecht in der nationalen Frage auskennen.
Beachten Sie nur folgende elementare Frage. Wir alle sprechen von der Notwendigkeit einer Kulturrevolution in unserem Lande. Will man diese Frage ernst nehmen und nicht leeres Stroh dreschen, so muss man in dieser Richtung wenigstens den ersten Schritt tun: vor allem die Grundschulbildung und dann auch die Mittelschulbildung für alle Bürger des Landes ohne Unterschied der Nationalität obligatorisch machen. Es ist klar, dass ohne dies keinerlei kulturelle Entwicklung unseres Landes möglich ist, ganz zu schweigen von der so genannten Kulturrevolution. Mehr noch: Ohne dies wird es bei uns weder einen wirklichen Aufschwung der Industrie und der Landwirtschaft noch eine zuverlässige Landesverteidigung geben.
Wie ist das aber zu erreichen, wenn man bedenkt, dass der Prozentsatz der Analphabeten in unserem Lande immer noch sehr hoch ist, dass es in einer ganzen Reihe von Nationen unseres Landes 80 bis 90 Prozent Analphabeten gibt?
Dazu ist es notwendig, das Land mit einem weit verzweigten Netz von Schulen zu überziehen, die in der Muttersprache der einheimischen Bevölkerung unterrichten, und diese Schulen mit Lehrkräften zu versorgen, die diese Sprache beherrschen.
Dazu ist es notwendig, den ganzen Verwaltungsapparat, von dem Partei- und dem Gewerkschaftsapparat bis zu dem Staats- und dem Wirtschaftsapparat, zu nationalisieren, das heißt ihn seiner Zusammensetzung nach national zu gestalten.
Dazu ist es notwendig, Presse, Theater, Kinos und andere Kulturinstitutionen in der Muttersprache zur Entfaltung zu bringen.
Warum, fragt sich, in der Muttersprache? Eben darum, weil die Millionenmassen des Volkes in der kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung nur in ihrer Muttersprache, in der nationalen Sprache, vorwärtskommen können.
Nach all dem Gesagten ist es, glaube ich, nicht gar so schwer zu begreifen, dass Leninisten, natürlich wenn sie Leninisten bleiben wollen, keine andere Politik in der nationalen Frage betreiben können als die, die jetzt in unserem Lande betrieben wird.
Ist dem nicht so?
Nun, wollen wir hier Schluss machen.
Ich glaube, ich habe auf alle Ihre Fragen und Zweifel geantwortet.

Mit kommunistischem Gruß

J. Stalin

18. März 1929.

Zum erstenmal veröffentlicht.

ANMERKUNGEN

1. Während seiner Reise nach Sibirien, vom 15. Januar bis zum 6. Februar 1928, besuchte J. W. Stalin die hauptsächlichen Getreidebezirke der Region. J. W. Stalin nahm an einer Sitzung des Büros des Sibirischen Regionskomitees der KPdSU(B) in Nowosibirsk, an Sitzungen der Büros der Bezirkskomitees der KPdSU(B) und an Aktivtagungen der Parteiorganisationen der Bezirke Barnaul, Bijsk, Rubzowsk und Omsk teil, die gemeinsam mit Vertretern der Sowjets und der Beschaffungsorgane abgehalten wurden. Dank der von J. W. Stalin getroffenen politischen und organisatorischen Maßnahmen gewährleisteten die Parteiorganisationen Sibiriens die Erfüllung des Getreidebeschaffungsplans.
2. Siehe W.I. Lenin, „Werke", 4. Ausgabe, Bd. 24, S.51 [deutsch in „Ausgewählte Werke" in zwei Bänden, Bd. II, S. 30].
3. Siehe W. I. Lenin, „Werke", 4. Ausgabe, Bd. 24, S.465 (russ.).
4. Der XV. Parteitag der KPdSU(B) tagte in Moskau vom 2. bis zum 19. Dezember 1927. Der Parteitag erörterte den politischen und den organisatorischen Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees, die Rechenschaftsberichte der Zentralen Revisionskommission, der ZKK-Arbeiter- und Bauerninspektion, der Delegation der KPdSU(B) im Exekutivkomitee der Komintern, die Direktiven für die Ausarbeitung eines Fünfjahrplans zur Entwicklung der Volkswirtschaft, einen Bericht über die Arbeit auf dem Lande sowie ein Referat der Parteitagskommission über die Frage der Opposition und wählte die Zentralinstanzen der Partei. J. W. Stalin erstattete am 3. Dezember den politischen Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU(B) und hielt am 7. Dezember das Schlusswort. Am 12. Dezember wählte der Parteitag J. W. Stalin in die Kommission, die eine Resolution zu dem Bericht über die Tätigkeit der Delegation der KPdSU(B) im Exekutivkomitee der Komintern ausarbeiten sollte. Der Parteitag billigte die politische und die organisatorische Linie des Zentralkomitees der Partei und erteilte diesem den Auftrag, auch weiterhin eine Politik des Friedens und der Festigung der Verteidigungskraft der UdSSR durchzuführen, die sozialistische Industrialisierung des Landes in ungeschwächtem Tempo fortzusetzen, den sozialistischen Sektor in Stadt und Land zu erweitern und zu festigen sowie auf die Liquidierung der kapitalistischen Elemente in der Volkswirtschaft hinzusteuern. Der Parteitag erteilte die Direktive zur Ausarbeitung des ersten Fünfjahrplans der Volkswirtschaft der UdSSR. Der Parteitag fasste den Beschluss über die allseitige Entfaltung der Kollektivierung der Landwirtschaft, er legte einen Plan zur Erweiterung der Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften fest und gab Anweisungen über die Methoden des Kampfes für die Kollektivierung der Landwirtschaft. Der XV. Parteitag der KPdSU(B) ist in die Geschichte der Partei als der Parteitag der Kollektivierung eingegangen. In seinen Beschlüssen über die Opposition, die auf die Liquidierung des trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks gerichtet waren, konstatierte der Parteitag, dass die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Partei und der Opposition in programmatische Meinungsverschiedenheiten umgeschlagen sind, dass die trotzkistische Opposition den Weg des antisowjetischen Kampfes betreten hat, und erklärte die Zugehörigkeit zur trotzkistischen Opposition und die Propagierung ihrer Anschauungen für unvereinbar mit dem Verbleiben in den Reihen der bolschewistischen Partei. Der Parteitag billigte den gemeinsamen Beschluss des ZK und der ZKK der KPdSU(B) (vom November 1927) über den Ausschluss Trotzkis und Sinowjews aus der Partei und beschloss, alle aktiven Teilnehmer des trotzkistisch-sinowjewistischen Blocks aus der Partei auszuschließen. (Über den XV. Parteitag der KPdSU(B) siehe „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang", S.275/276 [deutsche Ausgabe, Berlin 1951, S. 359-361]. Die Resolutionen und Beschlüsse des Parteitags siehe in „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", Teil II, 1941, S. 222-262, russ.)

5. Siehe „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S. 251 (russ.).
6. Es handelt sich um die Diskussion, die der Partei von dem trotzkistisch-sinowjewistischen Oppositionsblock aufgezwungen worden war. Im Oktober 1927, zwei Monate vor dem XV. Parteitag der KPdSU(B), erklärte das Zentralkomitee der Partei die allgemeine Parteidiskussion für eröffnet. Über die Diskussion siehe „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“, S. 272 [deutsche Ausgabe, Berlin 1951, S. 355].
7. Siehe „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S. 255 (russ.).
8. Das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) tagte unter Teilnahme der Mitglieder der Zentralen Revisionskommission vom 6. bis zum 11. April 1928. Das Plenum behandelte die Frage der Getreidebeschaffung des laufenden Jahres und der Organisierung der Getreidebeschaffungskampagne für das Jahr 1928/29, den Bericht der Kommission des Politbüros über die praktischen Maßnahmen zur Beseitigung der im Zusammenhang mit der Schachty-Affäre aufgedeckten Mängel, den Arbeitsplan des Politbüros und des Plenums des ZK der KPdSU(B) für das Jahr 1928. J.W. Stalin hielt in der Sitzung des Plenums am 10. April eine Rede zu dem Bericht der Kommission des Politbüros und wurde in die Kommission gewählt, die mit der endgültigen Abfassung der Resolution über die Schachty-Affäre und die praktischen Aufgaben im Kampf gegen die Mängel im Wirtschaftsaufbau beauftragt wurde. Das Plenum fasste einen speziellen Beschluss, alljährlich Mitglieder des ZK, des Präsidiums der ZKK und andere leitende Funktionäre in die Ortsorganisationen zu schicken, um an Ort und Stelle den Kampf gegen die Mängel in der Arbeit zu verstärken und die praktische Anleitung durch die zentralen Organe zu verbessern. (Die Resolutionen des Plenums des ZK und der ZKK der KPdSU(B) siehe in „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S.263-276, russ.)
9. Gemeint ist die Schädlingstätigkeit einer konterrevolutionären Organisation bürgerlicher Spezialisten im Schachtybezirk und in anderen Bezirken des Donezbeckens. Diese Organisation wurde Anfang 1928 aufgedeckt. Über die Schachty-Affäre siehe den vorliegenden Band, S.31/32, 47-57. Siehe ferner „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“, 5.279 [deutsche Ausgabe, Berlin 1951, S. 364/365].
10. „Listok Rabotsche-Krestjanskoi Inspekzii“ (Das Blatt der Arbeiter- und Bauerninspektion) erschien vom 15. März 1928 bis zum 28. November 1933 in bestimmten Zeitabständen in der „Prawda“. „Das Blatt der Arbeiter- und Bauerninspektion“ setzte sich das Ziel, die breiten Massen der Werk-tätigen in den Kampf gegen den Bürokratismus einzubeziehen.
11. „Komsomolskaja Prawda“ - Tageszeitung, Organ des Zentralkomitees und des Moskauer Komitees des Leninschen Kommunistischen Jugendverbands der Sowjetunion; erscheint seit dem 24. Mai 1925.
12. W. I. Lenin, Brief an W. M. Molotow über den Plan des politischen Referats auf dem XI. Parteitag (siehe „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 33, S. 223/224, russ.).
13. Der VIII. Parteitag der KPR(B), der vom 18. bis zum 23. März 1919 in Moskau tagte, legte die neue Politik der Partei gegenüber der Mittelbauernschaft fest - die Politik des festen Bündnisses mit dem Mittelbauern. Die Grundlagen dieser Politik wurden von W.I. Lenin in dem Bericht über die Arbeit im Dorf dargelegt. (Siehe W.I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 29, S.175-191 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 526 bis 541]. Über den VIII. Parteitag der KPR(B) siehe „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“, S.222-225 [deutsche Ausgabe, Berlin 1951, S. 290-294].)
14. Gemeint sind das Rundschreiben Nr. 33 des Obersten Volkswirtschaftsrats der UdSSR vom 29. März 1926 „Über die Organisierung der Verwaltung der Industriebetriebe“ und die es ergänzenden „Allgemeinen Richtlinien über die Rechte und Pflichten des technischen Werkdirektors in der Metall- und Elektroindustrie“.

15. Der VIII. Unionskongress des Leninschen Kommunistischen Jugendverbands tagte vom 5. bis zum 16. Mai 1928 in Moskau. Auf dem Kongress wurden folgende Fragen behandelt: die Ergebnisse und die Perspektiven des sozialistischen Aufbaus und die Aufgaben der kommunistischen Erziehung der Jugend; die Rechenschaftsberichte des ZK und der Zentralen Revisionskommission des Leninschen Kommunistischen Jugendverbands; der Rechenschaftsbericht der Delegation des Leninschen Kommunistischen Jugendverbands in der Kommunistischen Jugendinternationale; die Frage der Arbeit und Ausbildung der Jugend in Zusammenhang mit dem Fünfjahrplan der Entwicklung der Volkswirtschaft; die Frage der Arbeit des Leninschen Kommunistischen Jugendverbands unter den Kindern und andere Fragen. J. W. Stalin hielt am 16. Mai in der Schlusssitzung des Kongresses eine Rede.
16. Gemeint ist das Schreiben des ZK der KPdSU(B) „Für die sozialistische Umgestaltung des Dorfes. (Die grundlegenden Aufgaben der Abteilungen für die Arbeit auf dem Lande)“, das an alle Zentralkomitees der nationalen kommunistischen Parteien, an die Büros des ZK der KPdSU(B), an die Regions-, Gebiets-, Gouvernements-, Bezirks- und Kreiskomitees der KPdSU(B) gerichtet war. Das Schreiben wurde mit der Unterschrift des Sekretärs des ZK der KPdSU(B) W.M. Molotow in Nr. 112 der „Prawda“ vom 16. Mai 1928 veröffentlicht.
17. Im Jahre 1918 wurden auf Initiative J. M. Swerdlows beim Allrussischen ZEK kurzfristige Lehrgänge für Agitation und Propaganda organisiert, die im Januar 1919 in Schule für Sowjetarbeit umbenannt wurden. Auf der Grundlage dieser Schule wurde auf Beschluss des VIII. Parteitags der KPR(B) die Zentralschule für Sowjet- und Parteiarbeit geschaffen. In der zweiten Hälfte des Jahres 1919 wurde die Zentralschule für Sowjet- und Parteiarbeit zur Kommunistischen J.-M.-Swerdlow-Universität umgebildet. Der zehnte Jahrestag der Swerdlow-Universität wurde am 28. Mai 1928 begangen.
18. Der XIV. Parteitag der KPdSU(B) tagte in Moskau vom 18. bis zum 31. Dezember 1925. J.W. Stalin erstattete auf dem Parteitag den politischen Rechenschaftsbericht des ZK. Der Parteitag bezeichnete als zentrale Aufgabe der Partei den Kampf für die sozialistische Industrialisierung des Landes als die Grundlage für die Errichtung des Sozialismus in der UdSSR. In seinen Beschlüssen hob der Parteitag hervor, dass es für den Kampf gegen das Kulakentum von großer Bedeutung ist, das Bündnis der Arbeiterklasse mit dem Mittelbauern weiter zu festigen und sich dabei auf die Dorfarmut zu stützen. Der Parteitag wies auf die Notwendigkeit hin, die Entwicklung der Landwirtschaft zu unterstützen und voranzutreiben, indem die Ackerbaukultur verbessert und eine immer größere Masse von Bauernwirtschaften mit Hilfe der Genossenschaften in den Strom des sozialistischen Aufbaus einbezogen wird. (Die Resolutionen und Beschlüsse des Parteitags siehe in „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S.47-90, russ. Über den XIV. Parteitag der KPdSU(B) siehe „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“, S. 263-266 [deutsche Ausgabe, Berlin 1951, S. 343 bis 347].)
19. Gemeint ist W.I. Lenins Bericht „Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution“ auf dem IV. Kongress der Komintern, der vom 5. November bis zum 5. Dezember 1922 tagte. (Siehe W. I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 33, S. 380-394 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 964-977].)
20. Gemeint ist W.I. Lenins Bericht „Über die Taktik der KPR“ auf dem III. Kongress der Komintern, der vom 22. Juni bis zum 12. Juli 1921 tagte. (Siehe W. I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 32, S.454-472, russ.)
21. Gemeint ist der in Nr.128 der „Prawda“ vom 3. Juni 1928 veröffentlichte Aufruf des ZK der KPdSU(B) „An alle Mitglieder der Partei, an alle Arbeiter“. (Siehe „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S. 807 bis 809, russ.)

22. W.I. Lenin, „Wertvolle Geständnisse Pitirim Sorokins“ (siehe „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 28, S. 171, russ.).
23. Siehe „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil I, 1941, S. 292 (russ.).
24. Siehe W. I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 29, S. 183 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. 11, S. 533/534].
25. Siehe W. I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 29, S. 139 (russ.).
26. Siehe „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil I, 1941, S. 307, 309 (russ.).
27. Die XVI. Moskauer Gouvernementskonferenz der KPdSU(B) tagte vom 20. bis zum 28. November 1927. J. W. Stalin hielt am 23. November in der Vormittagssitzung der Konferenz die Rede „Die Partei und die Opposition“. (Siehe „Werke“, Bd. 10, S. 252-268 [deutsche Ausgabe S. 218-232].)
28. Es werden die von Marx als Wahlspruch im Vorwort zur ersten deutschen Auflage des „Kapitals“ angeführten Worte aus der „Göttlichen Komödie“ von Dante zitiert. (Siehe K. Marx und F. Engels, „Ausgewählte Schriften“ in zwei Bänden, Bd. 1, 1948, S. 412 [deutsche Ausgabe S. 4261.)
29. Siehe „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S. 223 (russ.).
30. Siehe „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S.263-269 (russ.).
31. Siehe „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S. 248 (russ.).
32. Siehe „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S. 251 (russ.).
33. Siehe „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S. 242 (russ.).
34. Siehe „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil 1, 1941, 5.307 (russ.).
35. K. Marx, „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ (siehe K. Marx und F. Engels, „Ausgewählte Schriften“ in zwei Bänden, Bd. I, 1948, S. 215 [deutsche Ausgabe S.229]).
36. Siehe W.I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 7, S. 190 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. I, S. 327/328].
37. Siehe „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S. 275 (russ.).
38. „Birshowka“ - „Birshewyje Wjedomosti“ (Börsennachrichten) - bürgerliche Zeitung vom Boulevardtyp, die seit 1880 in Petersburg erschien. Die Prinzipienlosigkeit und Feilheit der Zeitung machten ihren Titel zum Gattungsnamen. Ende Oktober 1917 wurde die Zeitung vom Revolutionären Militärkomitee des Petrograder Sowjets verboten.
39. Das Plenum des Zentralkomitees der KPdSU(B), das vom 4. bis zum 12. Juli 1928 tagte, nahm den Informationsbericht über Fragen des bevorstehenden VI. Kongresses der Komintern entgegen und billigte im wesentlichen den Entwurf des Programms der Komintern. Das Plenum fasste Beschlüsse zu folgenden Fragen: die Politik der Getreidebeschaffung im Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftslage, die Organisierung neuer (Getreide-) Sowjetwirtschaften, die Verbesserung der Heranbildung neuer Spezialisten. J. W. Stalin sprach in den Sitzungen des Plenums am 5., 9. und 11. Juli; seine Reden werden im vorliegenden Band veröffentlicht. (Die Resolutionen des Plenums des ZK der KPdSU(B) siehe in „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S.277-286, russ.)
40. Der Entwurf des Programms der Kommunistischen Internationale, der vom Plenum des ZK der KPdSU(B) im Juli 1928 erörtert wurde, war von der auf dem V. Kongress der

Komintern (Juni-Juli 1924) gebildeten Programmkommission ausgearbeitet worden. Der Kommission gehörte J. W. Stalin an, der die Ausarbeitung des Programmentwurfs leitete. Der von der Programmkommission des EKKI am 25. Mai 1928 angenommene und vom Juliplenum des ZK der KPdSU(B) gebilligte Entwurf wurde dem Programm der Komintern zugrunde gelegt, das auf dem VI. Kongress der Kommunistischen Internationale (Juli-September 1928) bestätigt wurde. Über den Programmentwurf siehe den vorliegenden Band, S.179-181.

41. Siehe W.I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 27, S. 207-246 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 357-392].
42. Am 21. März 1919 wurde in Ungarn die Räterepublik ausgerufen. Von den ersten Tagen ihres Bestehens an war die Ungarische Räterepublik in einer schwierigen Lage. Das Land machte eine tiefgehende Finanz- und Lebensmittelkrise durch, es führte den Kampf gegen die innere Konterrevolution und die Entente, die eine Wirtschaftsblockade und eine militärische Intervention gegen Räte-Ungarn organisierte. Die ungarischen Sozialdemokraten, die der Regierung der ungarischen Republik angehörten, betrieben eine verräterische Zersetzungsarbeit im Hinterland und an der Front und trafen Abmachungen mit Agenten der Entente über den Sturz der Rätemacht. Im August 1919 wurde die ungarische Revolution durch die vereinigten Kräfte der inneren Konterrevolution und der Interventen niedergeschlagen.
43. Gemeint ist die tiefgehende revolutionäre Krise in Deutschland im Herbst 1923. Als Ergebnis einer machtvollen revolutionären Bewegung bildeten sich in Sachsen und Thüringen Arbeiterregierungen, in Hamburg fand ein bewaffneter Aufstand der Arbeiter statt. Die Revolution von 1923 in Deutschland erlitt eine Niederlage.
44. W. I. Lenin, „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage“ (siehe „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 31, 5.129-141 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S.758-769]).
45. Siehe „Entwurf des Programms der Kommunistischen Internationale“, Moskau/Leningrad 1928, S. 52 (russ.). Siehe ferner W. I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 30, S. 75/76 (russ.), Bd. 31, S. 27 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 691].
46. „Der Vl. Kongress der Komintern tagte in Moskau vom 17. Juli bis zum 1. September 1928. Der Kongress erörterte den Rechenschaftsbericht des Exekutivkomitees der Komintern, die Rechenschaftsberichte des Exekutivkomitees der Kommunistischen Jugendinternationale und der Internationalen Kontrollkommission, Maßnahmen des Kampfes gegen die Gefahr imperialistischer Kriege, das Programm der Kommunistischen Internationale, die Frage der revolutionären Bewegung in den kolonialen und halbkolonialen Ländern, die Wirtschaftslage in der UdSSR und die Lage in der KPdSU(B), er bestätigte das Statut der Komintern. Der Kongress wies auf das Anwachsen der inneren Gegensätze des Kapitalismus hin, deren unvermeidliche Folge die Erschütterung der kapitalistischen Stabilisierung und eine heftige Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus ist. Der Kongress legte die Aufgaben der Kommunistischen Internationale fest, die sich aus den neuen Bedingungen des Kampfes der Arbeiterklasse ergaben. In der Resolution über die Lage in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und in der KPdSU(B) hob der Kongress die Erfolge des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR hervor sowie ihre Bedeutung für die Festigung der revolutionären Positionen des internationalen Proletariats und rief die Werktätigen der ganzen Welt zur Verteidigung der Sowjetunion auf. J.W. Stalin wurde in das Präsidium des Kongresses, in die Programmkommission und in die politische Kommission gewählt, die mit der Ausarbeitung der Thesen über die internationale Lage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale beauftragt wurde.
47. Siehe „Die Sowjetkongresse der RSFSR in Beschlüssen und Resolutionen“, Moskau 1939, S. 225 (russ.).

48. Siehe W. I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 33, S.293 (russ.).
49. „Bednota“ (Die Dorfarmut) - Tageszeitung, Organ des ZK der KPdSU(B); erschien in Moskau von März 1918 bis Januar 1931.
50. Siehe W. I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 33, S. 212 (russ.).
51. „Krasnaja Gaseta“ (Die Rote Zeitung) - Tageszeitung; wurde vom Leningrader Sowjet der Arbeiter-, Bauern- und Rotarmistendeputierten von Januar 1918 bis Februar 1939 herausgegeben.
52. Gemeint sind die lokalen Wirtschaftsberatungen, die in den Jahren 1921 bis 1923 bei den Exekutivkomitees der Sowjets abgehalten wurden.
53. „Nishneje Powolshje“ (Das Untere Wolgagebiet) - Monatszeitschrift; wurde seit 1924 in Saratow von den Plankommissionen des Unteren Wolgagebiets und des Saratower Gouvernements und seit 1926 von der Saratower Gouvernements- und Regionsplankommission herausgegeben. Von August 1932 bis 1933 wurde die Zeitschrift von der Regionsplankommission in Stalingrad herausgegeben.
54. Getreidezentrale - Allrussischer Zentralverband landwirtschaftlicher Genossenschaften für Erzeugung, Verarbeitung und Absatz von Getreide- und Ölkulturen; bestand von 1926 bis 1931.
55. Gildensozialismus - eine dem Marxismus zutiefst feindliche Richtung innerhalb des sozialdemokratischen Reformismus; entstand um 1900 in England. Der Gildensozialismus verneint den Klassencharakter des Staates, den Klassenkampf und die Diktatur des Proletariats, er propagiert die Vereinigung der Arbeiter, Intellektuellen und Techniker zu einer Föderation nationaler Industriegilden und deren Umwandlung in Organe zur Leitung der Industrie im Rahmen des bürgerlichen Staates. Durch die Ablehnung der revolutionären Kampfmethoden verurteilt der Gildensozialismus die Arbeiterklasse zu Tatenlosigkeit und völliger Unterwerfung unter die Bourgeoisie.
56. Der Aufruf wurde von J. W. Stalin anlässlich der in der Sowjetunion vom 15. bis zum 22. Juli 1928 durchgeführten „Woche der Verteidigung“ verfasst.
57. Der erste Allrussische Kongress der Arbeiterinnen und Bäuerinnen tagte vom 16. bis zum 21. November 1918 in Moskau. Der Kongress wurde vom Zentralkomitee der KPR(B) einberufen, um die politische Aufklärung der Arbeiterinnen und Bäuerinnen zu organisieren und sie für die aktive Teilnahme am sozialistischen Aufbau zu gewinnen. An dem Kongress nahmen 1147 Frauen als Delegierte teil. Am 19. November hielt W.I. Lenin eine Rede vor dem Kongress. (Über den Kongress und seine Bedeutung siehe W.I. Lenin, „Werke“, 4.Ausgabe, Bd.28, S.160-162, russ. und J.W. Stalin, „Werke“, Bd. 5, S.349-351 [deutsche Ausgabe 5.305-3071.)
58. Das Plenum des Zentralkomitees der KPdSU(B) tagte unter Teilnahme der Mitglieder der Zentralen Kontrollkommission und der Zentralen Revisionskommission vom 16. bis zum 24. November 1928. Das Plenum beschäftigte sich mit den Kontrollzahlen der Volkswirtschaft für das Jahr 1928/29 und behandelte folgende Fragen: die ersten Ergebnisse des Siebenstundentages und seine weitere Durchführung; die Werbung von Arbeitern und die Regulierung des Wachstums der Partei; einen Bericht des Nordkaukasischen Regionskomitees der KPdSU(B) über die Arbeit auf dem Lande und die Maßnahmen zur Hebung der Landwirtschaft. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt J. W. Stalin in der Sitzung des Plenums am 19. November die Rede „Über die Industrialisierung des Landes und über die rechte Abweichung in der KPdSU(B)“. Am 20. November wurde J. W. Stalin vom Plenum in die Kommission gewählt, die mit der Abfassung der Resolution über die Kontrollzahlen der Volkswirtschaft für das Jahr 1928/29 beauftragt wurde. (Die Resolutionen des Plenums des ZK der KPdSU(B) siehe in „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S. 287-310, russ.)

59. Am 21. November 1928 fand in der Smolensker Konfektionsfabrik „Katuschka“ ein Meeting statt, das der Organisierung eines Gouvernementswettbewerbs für die beste Durchführung der Wahlen zu den Sowjets gewidmet war. Auf diesem Meeting fassten die Arbeiter den Beschluss, eine Beteiligung ausnahmslos aller Arbeiter und ihrer Familienangehörigen an den Wahlen zu den Sowjets zu gewährleisten, andere Betriebe anlässlich der Wahlen zum Wettbewerb herauszufordern, und richteten einen Appell an die Arbeiter der Jarzewoer Textilfabrik und anderer Fabriken und Werke der Gouvernements Smolensk, Brjansk und Kaluga. Die Arbeiter wandten sich mit einem Schreiben an J. W. Stalin und M. I. Kalinin, in dem sie ihnen ihre Wahl zu Ehrenvorsitzenden des Wettbewerbsausschusses mitteilten und um Hinweise zur Frage der Organisierung des Wettbewerbs für die beste Durchführung der Wahlen zu den Sowjets baten.
60. Siehe „Stenographischer Bericht des VI. Kongresses der Komintern. 6. Folge. Thesen, Resolutionen, Beschlüsse, Aufrufe“, Moskau/Leningrad 1929, S. 57 (russ.).
61. Der IV. Kongress der Roten Gewerkschaftsinternationale tagte in Moskau vom 17. März bis zum 3. April 1928. Der Kongress behandelte folgende Fragen: die Ergebnisse und die nächsten Aufgaben der internationalen Gewerkschaftsbewegung; die Arbeiterjugend in der Gewerkschaftsbewegung; Organisationsfragen; Maßnahmen des Kampfes gegen den Faschismus und gegen die gelben Gewerkschaften; die Gewerkschaftsbewegung in den kolonialen und halbkolonialen Ländern und andere Fragen. In seinen Beschlüssen betonte der Kongress, dass in der Situation, da die Stabilisierung des Kapitalismus immer stärker erschüttert wird, der Klassenkampf sich verstärkt und verschärft und dass die gesamte Tätigkeit der Roten Gewerkschaftsinternationale auf die Gewinnung der Massen und auf die Leitung ihres Kampfes gegen das Kapital gerichtet sein muss. Der Kongress erklärte, dass die zentrale Aufgabe der Roten Gewerkschaftsinternationale die Eroberung der reformistischen Gewerkschaften und die Leitung der Streiks entgegen dem Widerstand der reformistischen Führer ist. In der Resolution zu Organisationsfragen betonte der Kongress, dass die revolutionären Gewerkschaften tagtäglich an der Einbeziehung der breiten Schichten des Proletariats in die Gewerkschaftsorganisationen arbeiten müssen.
62. Siehe „Stenographischer Bericht des VI. Kongresses der Komintern. 6. Folge. Thesen, Resolutionen, Beschlüsse, Aufrufe“, Moskau/Leningrad 1929, S. 80 (russ.).
63. Gemeint ist die am 6. August 1920 bestätigte Resolution des II. Kongresses der Komintern „Aufnahmebedingungen der Kommunistischen Internationale“. Die Thesen dieser Resolution, die in einer speziellen Kommission erörtert und dem Kongress vorgelegt wurden, waren von W. I. Lenin verfasst worden. (Siehe W. I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 31, S. 221-227, russ.)
64. Gemeint ist die Resolution „Über die Kontrollzahlen der Volkswirtschaft für das Jahr 1928/29“, die in der Kommission des Novemberplenums des ZK der KPdSU(B) unter Leitung J. W. Stalins ausgearbeitet und in der Sitzung des Plenums am 24. November 1928 angenommen wurde. Im Schlussteil der Resolution wies das Plenum auf die Notwendigkeit des Kampfes an zwei Fronten hin und legte die Methoden des Kampfes gegen die rechte Gefahr als die Hauptgefahr in der KPdSU(B) fest. (Siehe „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S. 296/297, russ.)
65. Die Resolution des XV. Parteitags „Über die Opposition“ siehe in „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil II, 1941, S. 259-261 (russ.).
66. „Rulj“ (Das Steuer) - Zeitung der kadettischen weißen Emigranten, die von November 1920 bis Oktober 1931 in Berlin erschien.

67. W.I. Lenin, „Ursprünglicher Entwurf der Resolution des X. Parteitags der KPR über die Einheit der Partei“ (siehe „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 32, S. 217/218 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 801/802]).
68. Siehe W. I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 35, S. 168 (russ.).
69. Das „Golowanowtum“ trat in Versuchen eines gewissen Teils der Bühnenkünstler in Erscheinung, die alten bürgerlichen Bräuche und Arbeitsmethoden auf das sowjetische Theater zu übertragen. 1926-1928 wandte sich eine Gruppe von Künstlern des Großen Theaters mit dem Dirigenten Golowanow an der Spitze gegen die Schaffung eines neuen Repertoires, das den gestiegenen Ansprüchen der breiten Schichten der Werktätigen und den Aufgaben des sozialistischen Aufbaus gerecht wurde. Diese Gruppe stellte sich dem Kollektiv des Theaters entgegen und lehnte es ab, junge künstlerische Kräfte zu fördern. Die von der Partei getroffenen Maßnahmen zur Umgestaltung der Arbeit des sowjetischen Theaters führten zur Überwindung des „Golowanowtums“.
70. Das Begrüßungstelegramm J.W. Stalins nach Proskurow an die Rotarmisten, Kommandeure und politischen Funktionäre des Ersten Roten Kosakenregiments der Roten Kavalleriedivision wurde anlässlich der Feier des elften Jahrestags der Roten Armee abgesandt.
71. „Selskochosjaistwennaja Gaseta“ (Landwirtschaftszeitung) - Tageszeitung, Organ des Rates der Volkskommissare der UdSSR; erschien vom 1. März 1929 bis zum 29. Januar 1930, wurde dann umgestaltet und erhielt den Namen „Sozialistitscheskoje Semledelije“ (Sozialistische Landwirtschaft).
72. Siehe W. I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 1, S. 137/138 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. 1, S. 106/107].
73. Siehe J. W. Stalin, „Werke“, Bd. 2, S. 303, 311/312 [deutsche Ausgabe S. 277, 285].
74. J.W. Stalin, „Über die politischen Aufgaben der Universität der Völker des Ostens“ (siehe „Werke“, Bd.7, S. 133-152 [deutsche Ausgabe S. 115 bis 131]).
75. Siehe J.W. Stalin, „Werke“, Bd. 7, S.138/139 [deutsche Ausgabe S. 120].
76. Siehe W. I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 22, S. 135/136 (russ.).
77. Siehe W. I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 20, S. 23 (russ.).
78. Siehe J. W. Stalin, „Werke“, Bd. 2, S. 312 [deutsche Ausgabe S. 285].

ENDE BAND 11